



universität
wien

DIPLOMARBEIT

„Die KPÖ und die Komintern“

Verfasser

Roland Starch

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2009

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 312

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Geschichte

Betreuerin:

Univ. Doz. Mag. Dr. Brigitte Bailer-Galanda

Inhalt

	Seite
0. Vorbemerkung	4
1. Forschungsgegenstand	5
1.1. Forschungsstand und verwendete Literatur	5
1.2. Anmerkungen zur Literatur	6
1.3. Forschungsleitende Fragen	8
2. Einleitung	9
3. Unterschiede zwischen Sozialdemokratischen und Kommunistischen Parteien	12
4. Die internationale Arbeiterbewegung bis 1918	14
4.1. Die Anfänge der Arbeiterbewegung in Österreich	14
4.2. Die Arbeiterbewegung im Ersten Weltkrieg	15
4.3. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands (Bolschewiki)	17
4.4. I. und II. Internationale	18
4.5. Die Zimmerwald-Bewegung	19
5. Die Oktoberrevolutionen und die Etablierung der Räterepublik in Russland	23
5.1. Nach der Februarrevolution in Russland	23
5.2. Oktoberrevolution und Weltrevolutionsbestrebungen	24
5.3. Die Reaktion der Entente	27
5.4. Auswirkungen der sowjetrussischen Revolutionsbestrebungen auf Europa	28
5.5. Organisierte Revolutionsversuche	29
6. Die Entwicklung in Österreich bis 1918	31
6.1. Der „pazifistische“ Schwenk der Habsburger und das Wiederaufleben der SDAP	31
6.2. Die Hegemonie der Sozialdemokratie	31
6.3. Das Ende des Ersten Weltkriegs	33
7. Die Entstehung der österreichischen Kommunistischen Partei	35
7.1. Kommunistische Vorläufergruppen	35
7.2. Die Gründung der KPÖ	41
7.3. Erste propagandistische Aktionen	44
7.4. Der 1. Parteitag der KPDÖ	45
7.5. Die Kriegsgefangenen in Sowjetrußland	48
7.6. Der Österreichisch-Ungarische Sowjet	51
7.7. Die sowjetrussischen Aktivitäten in Österreich - und ihre Bekämpfung	52
8. Die Erste Republik	57
8.1. Die Gründung der Republik in Österreich	57
8.2. Parlamentarische Republik statt Räterepublik	57
8.3. Die soziale Lage	60
8.4. Die Sozialgesetzgebung	61

9. Die österreichische Rätebewegung	65
9.1. Die Arbeiter- und Soldatenräte	65
9.2. Die Arbeiterräte in der Republik	65
9.3. Die 1. Reichskonferenz der Arbeiterräte	67
10. Die Wiederbelebungsversuche der II. Internationale	69
11. Die Pläne zur Organisierung der sozialistischen Revolution im Weltmaßstab	71
11.1. Die Komintern	71
11.2. Die Vorbereitung des Gründungskongresses	74
11.3.1. Die KPDÖ im Vorfeld der Gründung	74
11.3.2. Die Anreise nach Moskau	75
11.4.1. Der I. Kongress der Komintern	76
11.4.2. Organisatorische und personelle Belange	78
11.4.3. Die skeptische Haltung der KPD	79
11.4.4. Der Beitrag der österreichischen KP zur Gründung der Komintern	79
11.5. Die weiteren Aktivitäten des ersten Parteichefs	81
11.6. Nach dem Gründungskongress	84
11.7. Die „Richtlinien der Kommunistischen Internationale“	87
12. Revolutionäre Erhebungen in den Kriegsverliererstaaten	90
12.1. Sozialistische Revolution in Ungarn	90
12.2. Von der parlamentarischen Republik ...	90
12.3. ... zur Ungarischen Räterepublik	92
12.4. Der Krieg gegen die Räterepublik	95
13. Österreich und die Ungarische Räterepublik	99
13.1. Die Haltung der SDAP	99
13.2. Die Haltung der KPDÖ	100
13.3. Die Unterstützung für Ungarn	102
14. Die Wirkungen der russischen und ungarischen Revolution in Österreich	104
14.1. Die sozialrevolutionäre Phase in Österreich	104
14.2.1. Der revolutionäre Höhepunkt	105
14.2.2. Die „Gründonnerstagsaffäre“	105
14.3.1. Die ungarische Gesandtschaft	108
14.3.2. Die „Bankgassenaffäre“	109
14.4.1. Das letzte revolutionäre Aufbäumen	110
14.4.2. Der „Juniputsch“	116
14.4.3. Auseinandersetzungen über die Aufstandstaktik in der Komintern	118
14.4.4. Sozialdemokratische und konservative Reaktionen	119
14.4.5. Die Parlamentsdebatte über den „Juniputsch“	119
14.5.1. Die „Bettelheimerei“: Ein verzweifelter Revolutionsversuch	122
14.5.2. Putsch oder Revolution?	123
14.6.1. Die kommunistische Kritik an der bürgerlichen Republik	124
14.6.2. Fortgesetzte Agitation für eine Räterepublik	125
14.7. Der 2. Parteitag der KPDÖ	130
14.8. Der internationale Solidaritätsstreik für Ungarn	131
15. Die Niederschlagung der ungarischen Revolution und das Ende der revolutionären Phase in Österreich	133

15.1. Das Ende der revolutionären Phase und die Konsolidierung der Republik	133
15.2.1. Das Ende der Ungarischen Räterepublik	133
15.2.2. Die Flucht der ungarischen Kommissare nach Österreich	134
15.3.1. Die KPÖ nach dem Ende der Ungarischen Räterepublik	137
15.3.2. Die drohende Spaltung der KPÖ	138
15.4. Die Auflösung des Volkswehbatallions 41	140
15.5. Die kommunistische Neuorientierung	140
15.6. Der 3. Parteitag der KPÖ	142
15.7. Der Arbeiterrat nach dem Ende der Ungarischen Räterepublik	144
15.8. Der Niedergang der Arbeiterräte und die Bildung einer linken Opposition	145
16. Weltrevolutionsbestrebungen contra Schutz der Sowjetrepublik	147
16.1. Komintern und sowjetische Außenpolitik	147
16.2. Die Strukturen der Komintern	150
16.3. Die personelle Stärke des Apparats	152
16.4. Die Rolle der KPÖ in der Komintern	153
16.5. Die leitenden Kader	154
16.6. Aktivitäten der Komintern in Deutschland und Österreich	155
16.7. Agenturen der Komintern in Österreich	156
16.8.1. Der II. Weltkongress der Komintern	159
16.8.2. Strenge Aufnahmebedingungen und Herausbildung des Apparats	161
16.9. Die Beziehungen zwischen Sowjetrußland und Österreich	162
16.10. Der österreichische Gesandte in Moskau	164
16.11. Ausbau der diplomatischen und handelspolitischen Beziehungen	164
16.12. Die sowjetrussische Vertretung in Österreich	167
16.13. Differenzen zwischen der Komintern und der Sowjetdiplomatie	167
16.14. Diplomatische Verwicklungen	168
16.15. Sowjetrussische Spionage	171
17. Die Abkehr von Weltrevolutionsbestrebungen und der Niedergang der KPÖ	172
17.1. Der rasche Verfall	172
17.2. Die Erste Republik zu Beginn der 1920er Jahre	172
17.3. Fraktionskämpfe und Bedeutungslosigkeit der KPÖ	173
17.4. Die Auseinandersetzungen um die Wahlbeteiligung	173
17.5. Der 4. Parteitag der KPÖ	175
17.6. Die Auseinandersetzungen mit der IASP	176
17.7. Der III. Weltkongress der Komintern	177
17.8. Zuspitzung der Fraktionskämpfe	178
17.9. Die Bolschewisierung der KPÖ	179
17.10. Ideologische Entwicklung der KPÖ und der Komintern	180
18. Schluss	182
19. Abkürzungsverzeichnis	184
20. Literaturverzeichnis	186
20.1. Gedruckte Quellen und Protokolle	186
20.2. Zeitungen	187
20.3. Zeitschriften	187
20.4. Sammelbände	190
20.5. Monographien	194

0. Vorbemerkung

Im Blickpunkt der Arbeit stehen die politischen Konzepte der kommunistischen Bewegung und deren parteiförmige Umsetzung von den Anfängen, bis Mitte der 1920er Jahre. Ab 1917 wurden diese praktisch wirksam und in alle Welt in Form Kommunistischer Parteien „exportiert“. Wie sich die Oktoberrevolution in Österreich auswirkte und welche Organisationen sie wie verbreiten sollten, soll Gegenstand der Arbeit sein.

Auf eine Modernisierung der Orthographie der zitierten Quellen wurde verzichtet. Sowohl kursiv geschriebene, als auch mit doppeltem Buchstabenabstand geschriebene Stellen wurden dem Original entsprechend wiedergegeben.

Die Darstellung erfolgt chronologisch. Es war aber unumgänglich, thematische Aspekte als Gesamtes abzuhandeln, weswegen die Chronologie immer wieder unterbrochen wurde und auch Wiederholungen vorkommen.

Für Ereignisse in Russland folgt die Datierung, wenn nicht beide Daten angegeben sind, dem bis zum 1. Februar 1918 in Russland verwendeten julianischen Kalender. Um das Datum unserer (gregorianischen) Zeitrechnung zu erhalten, müssen dem julianischen Datum im 19. Jahrhundert zwölf und im 20. Jahrhundert 13 Tage hinzugefügt werden.

Abschließend möchte ich mich bei Frau Dr. Amelie Lanier fürs Korrekturlesen und die mannigfaltigen Hinweise zur Theoriegeschichte, die aber wegen der ständigen thematischen Überbordung nur zu einem kleinen Teil in die Arbeit haben einfließen können - und bei Herrn Andreas Reiter und Herrn Ing. Leo Böck-Starch für technisch-praktische Hilfestellung, herzlich bedanken. Zu guter Letzt bei meiner Betreuerin, Frau Univ. Doz. Dr. Brigitte Bailer-Galanda, der durch den thematischen „Wildwuchs“ und der andauernden Hinauszögerung viel Geduld abverlangt wurde.

1. Forschungsgegenstand

1.1. Forschungsstand und verwendete Literatur

Es gibt kaum zusammenhängende Darstellungen über die Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ) während der Anfangszeit. Eine Ausnahme bilden die Arbeiten des Historikers Hans Hautmann; in erster Linie das 1971 erschienene Werk „Die verlorene Räterepublik. Am Beispiel der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs“. Der Zusammenhang zwischen der KPÖ und der Komintern fällt dabei aber etwas aus dem Blickwinkel. Die Forschung über Vorgeschichte und Anfänge der KPÖ ist generell recht spärlich und wird fast ausschließlich von Hans Hautmann betrieben. Aktuelle Artikel zu dem Thema werden von der, das Parteiarchiv der KPÖ verwaltenden, Alfred-Klahr-Gesellschaft (AKG) in deren „Mitteilungen“ veröffentlicht. Eine umfangreiche Darstellung der frühen kommunistischen Bewegung wurde vom sowjetischen Historiker Vladimir M. Turok unter dem Titel „Abriss der Geschichte Österreichs 1918-1929“ bereits 1955 verfasst. Diese Arbeit, die nur in russischer Sprache vorliegt, wurde von Hautmann berücksichtigt. Die dürftige Literatur hängt wohl mit der Bedeutungslosigkeit der KPÖ zusammen. Deshalb fand wohl auch die Forschung zu den diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und der Sowjetunion während der Ersten Republik wenig Beachtung, weswegen Edgard Haiders Dissertation zu dem Thema umso aufschlussreicher ist. Das Forschungsinteresse an der sowjetischen Außenpolitik setzt erst für den Zeitraum ab den 1930er Jahren verstärkt ein.

Die, dem von Michael Buckmiller und Klaus Meschkat 2007 herausgegebenen „Biographischen Handbuch zur Geschichte der Kommunistischen Internationale“ beiliegende CD bietet mit ihren fast 30 000 Personendaten einen umfassenden Einblick in die personelle Struktur der Komintern und liefert Lebensdaten zu weniger bekannten Personen. Einige biographische Angaben sind, wenn nicht näher gekennzeichnet, dem Datensatz entnommen.

Die nicht in ungarischer Sprache verfasste Literatur zur Ungarischen Räterepublik ist ebenfalls überschaubar. Einiges an deutschsprachiger Literatur dazu dürfte offenbar anlässlich des 50. Jahrestags der Räterepublik in Ungarn produziert worden sein, wie etwa das von József Farkas 1979 in Budapest herausgegebene Werk „Räterepublik und Kultur. Ungarn 1919“. Der Schwerpunkt dieses Sammelbandes liegt aber auf der Kunstgeschichte dieser kurzen Ära. Nach dem Ende des Realsozialismus klang das Interesse an der Räterepublik ab. Einen interessanten Einblick bieten die von Karl Nehring herausgegebenen „Flugblätter und Flugschriften zur Ungarischen Räterepublik 1919. Deutschsprachige Drucke aus Budapester Sammlungen“.

1.2. Anmerkungen zur Literatur

Anstatt einer ausführlichen Kritik der verwendeten Literatur seien ein paar grundsätzliche Anmerkungen dazu gemacht. Weisen die zeitgenössischen Beiträge, unabhängig von ihrem politischen Standpunkt, meist noch eine realistische Einschätzung der Geschehnisse auf, so kann das bei der historischen Literatur weniger behauptet werden. Die Offensichtlichkeit der Schwäche der kommunistischen Bewegung auf ihrem Höhepunkt veranschaulichte beispielsweise der deutschnationale Abgeordnete und spätere Innen- und Justizminister Leopold Waber im Sommer 1919: „Wir wissen sehr wohl, wie schwach die kommunistische Partei ist und wenn draußen die Welt wüsste, wie schwach sie ist, würde sie die Verhältnisse in Wien nicht so einschätzen, wie wir das aus der Anfrage eines englischen Offiziers an den Herrn Staatssekretär gesehen haben. Draußen in der Welt, in Paris, stellt man sich die bolschewistische Propaganda in Wien weit stärker vor, als sie tatsächlich ist. Wir könnten gewiß darauf hinweisen [...], daß wir hier in Österreich weitaus besser abgeschnitten haben, als in Deutschland.“¹

Im Gegensatz dazu behauptet etwa der Historiker Karl Vocelka, dass es „noch viele Monate“ unklar blieb, „ob der Staat sich in Richtung einer demokratischen Republik oder eines Staates nach sowjetischem Muster“ entwickeln würde, ohne für diese These einen Beleg zu liefern.² Anton Pelinka weist auf den, im Unterschied zu Deutschland, reibungslosen Übergang von der Monarchie zur Republik hin. Trotzdem meint er, dass zu der Zeit eine Räterepublik nach russischem Vorbild eine reale Alternative zur parlamentarischen Demokratie gewesen wäre. Einen Beleg bleibt auch Pelinka schuldig.³

Oskar Lehner spricht von der „Gefahr“ der Errichtung einer Räterepublik nach bolschewistischem Muster, die er aber durch die sozialdemokratisch kontrollierte Rätebewegung für gebannt hielt.⁴ Walter Göhring und Brigitte Pellar sprechen in ihrer hagiographisch gehaltenen Hanusch-Biographie angesichts des Massenelends 1918/19 ebenfalls von der „Gefahr einer revolutionären Entwicklung“.⁵ Nicht das Elend der Menschen ist also (angesichts dieser Wortwahl) das Verwerfliche, sondern dass die Verelendeten auf die Idee kommen könnten, mit einem System, das ihnen augenscheinlich Mühsal und

¹ Vgl. Stenographische Protokolle über die Sitzungen der konstituierenden Nationalversammlung der Republik Österreich 1919. I. Band. 1. bis 46. Sitzung, 630. (I. d. F.: Stenographische Protokolle).

² Vgl. Karl Vocelka, Geschichte Österreichs. Kultur – Gesellschaft – Politik, 272. (I. d. F.: Geschichte Österreichs).

³ Vgl. Anton Pelinka, Parlament, 59-71. In: Emmerich Tálos, Herbert Dachs, Ernst Hanisch, Anton Staudinger [Hrsg.], Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933, 60f. (I. d. F.: Handbuch).

⁴ Vgl. Oskar Lehner, Verfassungsentwicklung, 45-58. In: Tálos u. a. [Hrsg.], Handbuch, 49.

⁵ Vgl. Walter Göhring, Brigitte Pellar, Ferdinand Hanusch. Aufbruch zum Sozialstaat (=Schriftenreihe des Instituts zur Erforschung der Geschichte der Gewerkschaften und Arbeiterkammern Nr. 18), 198. (I. d. F.: Ferdinand Hanusch).

Entbehrungen bereitet, Schluss zu machen. Diese Frage beherrschte die Anhänger des Kommunismus.

Laut Gabriel Foco wäre der Erste Weltkrieg 1916/17 gewonnen gewesen. Erst seine Fortsetzung habe zum „siebzig Jahre auf der Welt lastende[n] Kommunismus“ geführt, weswegen der Krieg „sinnlos“ gewesen wäre.⁶ Der Krieg wird zynischerweise nur deshalb kritisiert, weil er die erhoffte Kriegsbeute nicht einspielte und weil Unberechtigte – die Bolschewiki - dabei profitierten, weswegen Argumente gegen den Kommunismus gar nicht erst vorgebracht werden. Foco, der den Standpunkt eines nachgeborenen, ideellen Kriegsherrn einnimmt, weiß es besser, warum die damaligen Akteure mit dem Erreichten offenbar nicht zufrieden waren und den Krieg deshalb fortsetzten.

Selbst für Hautmann lag „beschränkt auf Wien und das Industriegebiet Niederösterreichs – ein kommunistischer Umsturz durchaus im Bereich der Möglichkeit“, wie er im Vorwort einräumt.⁷ Allerdings belegt seine detaillierte „objektiv-faktische Beschreibung“⁸ der Aktivitäten der KP gerade das Gegenteil, nämlich die Schwäche und Aussichtslosigkeit kommunistischer Umsturzversuche zu jedem Zeitpunkt, weshalb der Wunsch Vater seines Gedankens gewesen sein dürfte. Selbstredend betrachtet Hautmann eine Räterepublik nicht unter dem Blickwinkel der „Gefahr“, sondern vom Standpunkt einer verpassten Gelegenheit, wie auch der Buchtitel suggerieren mag.

Solch wertende Betrachtungen lassen die politischen Präferenzen der Autoren und Autorinnen durchscheinen, wobei Wissenschaft von persönlicher Meinung nicht getrennt wird. Die wissenschaftliche Analyse leidet, wenn hinter der historischen Darstellung die persönliche Meinung zum Vorschein kommt und Kritik durch Parteilichkeit ersetzt wird. Anstatt einer Analyse wird ein – unausgesprochener und oft der Totalitarismustheorie entlehnter - Vergleich zwischen der Demokratie, als positivem und nicht mehr hinterfragbaren Gegenbild und dem Sowjetkommunismus, gemacht.⁹ Das führt dazu, dass der Kommunismus als eine Art Betriebsunfall, die Sowjetunion als eine Abweichung von einer unausgesprochenen Norm dargestellt und ihre Geschichte unter dem Aspekt einer verpassten Gelegenheit ihrer Verhinderung begutachtet wird. Eine wissenschaftliche Analyse bedarf aber weder einer Schmähung, noch eines Lobgesangs, sondern begründeter Urteile. Wenn die eigene Sichtweise schon einfließt, dann aber mit den dazugehörigen

⁶ Vgl. Gabriel Foco, Der verlorene Friede nach dem gewonnenen Krieg. Kritik an den Pariser Vororteverträgen 1919-1920 aus ungarischer Sicht, 346ff. (I. d. F.: Friede).

⁷ Vgl. Hans Hautmann, Die verlorene Räterepublik. Am Beispiel der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs, 12. (I. d. F.: Verlorene Räterepublik).

⁸ Ebd., 9.

⁹ Vgl. Wolfgang Wippermann, Totalitarismus als „Analyserahmen“?, 73-89. In: Jens Mecklenburg, Wolfgang Wippermann [Hrsg.], „Roter Holocaust“? Kritik des Schwarzbuchs des Kommunismus, 80.

Begründungen, ohne welche der jeweilige Standpunkt gar nicht eingenommen werden könnte. Solche Urteile, in denen der (Sowjet-)Kommunismus ohne weitere Begründung mit „Gefahr“ assoziiert wird, ziehen sich fast durch die gesamte verwendete Literatur.

1.3. Forschungsleitende Fragen

Es stellt sich die Frage, was denn nun der Kommunismus sowjetischer Art, der Bolschewismus, gewesen ist? Warum gab es ihn, wofür und wogegen stand der Bolschewismus? Sind seine Analysen und seine Kritik haltbar, oder nicht? Und schließlich: Wie wirkte er sich praktisch, in erster Linie hierzulande, aus?

Dafür ist neben der Chronologie der Ereignisse, eine Referierung der kommunistischen Ideen und ihrer Genese, die Vorstellungen ihrer wichtigsten Verfechter und Verfechterinnen, allen voran Vladimir I. Lenin, unabdingbar. Lenin war der maßgeblichste Theoretiker des Sowjetsozialismus. Seine Theorien wurden unter Berufung auf seine Autorität weiterentwickelt. Dabei wurden auch unterschiedliche Standpunkte vertreten, die von den politischen Konjunkturen der Sowjetunion abhängig waren.

2. Einleitung

Um die Politik sowohl der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ), als auch der III. bzw. Kommunistischen Internationale (Komintern bzw. KI) zu verstehen, reicht ein Blick auf die Geschichte seit deren Gründungen 1918/19, nicht aus. Dazu ist eine eingehendere Betrachtung der internationalen Arbeiterbewegung, sowohl von ihren historischen Anfängen bis zu den Spaltungen, als auch ihren theoretischen Grundlagen und Differenzen, erforderlich. Der Kriegsbeginn 1914 bedeutete eine Zäsur in der Arbeiterbewegung, verursacht durch den Zusammenbruch der II. Internationale - und offenbarte die schon seit längerer Zeit bestehende Spaltung der Arbeiterbewegung, die mit der Oktoberrevolution nicht mehr nur theoretisch, sondern praktisch vollzogen wurde und als deren Produkte sowohl die KPÖ, als auch die Komintern hervorgegangen sind. Die Ergebnisse des Ersten Weltkriegs, als auch die Haltung der Sozialdemokratie tragen ebenso sehr zur Erklärung der KPÖ bei, wie die kurzzeitigen, aber intensiven Auswirkungen der Ungarischen Räterepublik. Ein nicht unwesentlicher Teil der Arbeit widmet sich diesen Aspekten.

Die III. Internationale wurde im März 1919 durch ihren I. Weltkongress formell gegründet, doch wurde sie „faktisch im Jahre 1918 geschaffen, als der langjährige Prozeß des Kampfes mit dem Opportunismus und Sozial-Chauvinismus, besonders während der Kriegszeit, in einer Reihe von Nationen zur Bildung von kommunistischen Parteien geführt hatte“, wie Lenin hervorhob.¹⁰ „Im Jahre 1919 blieb uns nur übrig, dem Tatsache gewordenen Form zu geben“, ergänzte Grigorij E. Zinov`ev.¹¹ Damit wurden die seit dem Kriegsbeginn unternommenen Gründungsversuche zu einem Abschluss gebracht. Es ist ersichtlich, dass die Idee einer III. Internationale vor der einer Sowjetrepublik existierte – und sie war überhaupt der Ausgangspunkt der kommunistischen Bewegung. Bevor Lenin und die Bolschewiki die Revolution in Russland durchführen konnten, hatte Lenin alles darangesetzt, eine III. Internationale zu gründen. Bereits am 1. November 1914 hatte Lenin den Bruch mit der II. Internationale und die Gründung einer erneuerten, an den Grundsätzen und revolutionären Zielen der I. und II. Internationale orientierten, III. Internationale gefordert: „Die II. Internationale ist tot, vom Opportunismus besiegt. Nieder mit dem Opportunismus. Es lebe die nicht nur von den `Überläufern`, sondern auch vom Opportunismus gesäuberte III. Internationale!“, heißt es in einem Aufruf Lenins.¹² Auf den Antikriegskonferenzen in der

¹⁰ Vgl. N. Lenin, Die Dritte Internationale, ihr Platz in der Geschichte, III-VIII. In: Die Kommunistische Internationale. Organ des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, Nr. 1 (1919), IV. (I. d. F.: Die KI. Organ des EKKI).

¹¹ Vgl. G. Sinowjew, Die Perspektiven der proletarischen Revolution, 9-14. In: Die KI. Organ des EKKI, Nr. 1 (1919), 9.

¹² Vgl. Theo Pirker [Hrsg.], Utopie und Mythos der Weltrevolution. Zur Geschichte der Komintern 1920-1940, 18. (I. d. F.: Mythos).

Schweiz 1915 und 1916 wurden die kriegsgegnerischen Kräfte zwar gesammelt und gestärkt, aber eine Abspaltung von der II. Internationale kam für die überwiegende Mehrheit nicht in Frage. Erst die Oktoberrevolution schuf die praktischen Voraussetzungen, um die Idee einer III., einer Kommunistischen Internationale realisieren zu können.

Die KPÖ bildete die österreichische Sektion der Komintern, womit KPÖ-Mitglieder gleichzeitig auch Mitglieder der Komintern waren. Die Komintern existierte von 1919 bis 1943 und war die übergeordnete Leitungsebene der Kommunistischen Parteien der Welt. Die Politik der KPÖ geriet kaum in Widerspruch zur sowjetischen Außenpolitik, wenngleich nicht jede Handlung der KPÖ auf die Bedürfnisse Moskaus zurückgeführt werden kann. Nachdem klar geworden war, dass die Weltrevolution eine „revolutionäre Pause“ machen oder ganz ausbleiben und Sowjetrußland der einzige „sozialistische Staat“ bleiben würde, fiel die Politik der Komintern mit der sowjetischen Außenpolitik zusehends zusammen. Die KPÖ unterzog die sowjetische Politik keiner Kritik und verließ sich ganz auf die Ausstrahlung des Sowjetsozialismus, auch ohne direkte Beeinflussung aus Moskau. Einige Entscheidungen und politische Schwenks waren offensichtlich nicht in ihrem Sinne, doch nahm die KPÖ die sowjetischen Vorgaben an.¹³

Abgesehen von den ersten Monaten ihrer Existenz, war die KPÖ in der Zwischenkriegszeit eine unbedeutende Kleinpartei und eine abhängige Parteigängerin der Sowjetunion und deren Außenpolitik. Die Treue zur Sowjetunion erklärt sich aus der zunehmenden Gleichsetzung von weltweiten Revolutionsbestrebungen mit sowjetischer Außenpolitik. Die Sowjetunion sah sich seit den 1920er Jahren als das Zentrum der Weltrevolution und ihre schiere Existenz wurde als Grund der damaligen kapitalistischen Krise angenommen.¹⁴ Dabei hatten die revolutionären Bewegungen nach 1919 in allen Ländern, außer Sowjetrußland, eine vernichtende Niederlage einstecken müssen. Die daraus resultierende politische und ökonomische Isolation der Sowjetunion führte in Wirklichkeit zur Anpassung an sowjetische Bedürfnisse und schlussendlich zur Aufgabe der Revolutionsbestrebungen. Dieser Politik sollte im Zweiten Weltkrieg die Komintern zum Opfer fallen.

Erst in der Zeit des Austrofaschismus, nach ihrem Verbot 1933 und erst recht nach dem Februar 1934 gewann die KPÖ nach ihrer Anfangsphase, wieder sprunghaft und längerfristig an Mitgliedern, die sich zumeist aus enttäuschten Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen rekrutierten. Ihr politischer Charakter hatte sich aber geändert.

¹³ Vgl. Heinz Gärtner, Zwischen Moskau und Österreich. Die KPÖ – Analyse einer sowjetabhängigen Partei, 14. (I. d. F.: KPÖ).

¹⁴ Ebd., 16.

Da die KPÖ als Konkurrenzpartei zur SDAP auftrat, wurde sie von Beginn an von der Sozialdemokratie mit den unterschiedlichsten Mitteln bekämpft. In den Christlichsozialen erwuchs ihr ein zusätzlicher Gegner. Später setzte sie den Kampf gegen den Austrofaschismus und danach gegen den Nationalsozialismus fort. Erst mit der Gründung der Zweiten Republik wurde ihr eine gewisse Anerkennung zuteil, die aber hauptsächlich der Unterstützung durch die Siegermacht Sowjetunion geschuldet war. Von April 1945 bis November 1945 war die KPÖ, neben der SPÖ und der ÖVP, Mitglied der Provisorischen Regierung.¹⁵ Bis 1947 stellte sie einen Ministerposten in der Konzentrationsregierung. 1959 schaffte sie den Einzug in das Parlament nicht mehr. Die Feindschaften ihrer innenpolitischen Gegner gegenüber der als „Russenpartei“ titulierten KPÖ blieben aber ungehindert bestehen.

¹⁵ Vgl. Manfred Mugrauer, Die Politik der Kommunistischen Partei Österreichs in der Provisorischen Regierung Renner [Diplomarbeit], 53ff.

3. Unterschiede zwischen Sozialdemokratischen und Kommunistischen Parteien

Historisch hat die Sozialdemokratie den Arbeiterinnen und Arbeitern Anerkennung und politische Rechte verschafft. Karl Marx merkt allgemein über diese Form der Emanzipation an: „Die *politische* [Hervorh. im Orig.; Anm.] Emanzipation ist allerdings ein großer Fortschritt, sie ist zwar nicht die letzte Form der menschlichen Emanzipation überhaupt, aber sie ist die letzte Form der menschlichen Emanzipation *innerhalb* der bisherigen Weltordnung.“¹⁶ Die Sozialdemokratie hatte sich nicht als Gegner, sondern als politischer Mitkonkurrent um die Teilhabe an der Herrschaft in der bürgerlichen Gesellschaft eingebracht. Marx fasst den „eigentümlichen Charakter“ der Sozialdemokratie seit ihren ersten politisch-organisatorischen Gehversuchen in Frankreich „dahin zusammen, daß demokratisch-republikanische Institutionen als Mittel verlangt werden, nicht um zwei Extreme, Kapital und Lohnarbeit, beide aufzuheben, sondern um ihren Gegensatz abzuschwächen und in Harmonie zu verwandeln.“ Ihr politisches Ziel sei die „Umänderung der Gesellschaft auf demokratischem Wege, aber eine Umänderung innerhalb der Grenzen des Kleinbürgertums.“¹⁷ Marx und Engels lehnten die Bezeichnung „sozialdemokratisch“ für eine Partei als „unpassend“ ab, „deren ökonomisches Programm nicht bloß allgemein sozialistisch, sondern direkt kommunistisch, und deren politisches letzten Endes die Überwindung des ganzen Staates, also auch der Demokratie“ zum Ziel habe.¹⁸ Die Kritik an der deutschen Sozialdemokratie fasste Marx in der „Kritik des Gothaer Programm“ zusammen.

Die Kommunistischen Parteien haben demgegenüber weiterhin an der Zielvorstellung der Revolution, d. h. am Umsturz der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung festgehalten. Die Revolution gelang der KP in Russland und vorübergehend in wenigen anderen Ländern, durch die Erringung der politischen Macht über den bürgerlichen Staat und seine darauf folgende „Zerschlagung“, d. h. eines von Grund auf umgebauten Staates. An seine Stelle trat die „Diktatur der Proletariats“, d. h. ein „proletarischer Staat“. Der Staat sollte nach den materiellen Interessen der Arbeitenden und der Bauernschaft ausgerichtet werden, wobei die KP als „klassenbewusste“ Avantgarde fungierte. Die sowjetrussische KP hat tatsächlich den Kapitalismus durch Verstaatlichung abgeschafft und mit dem Entzug der Eigentumsbasis auch das Bürgertum beseitigt, aber keinen Sozialismus im Marx'schen Sinne, d. h. eine bedürfnisorientierte Produktion, an seine Stelle gesetzt, weil sie das „Wertgesetz“ nicht

¹⁶ Vgl. Karl Marx, Zur Judenfrage, 347-377. In: Marx-Engels-Werke 1, 356. (I. d. F.: MEW).

¹⁷ Vgl. Karl Marx, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, 111-207. In: MEW 8, 141.

¹⁸ Vgl. Friedrich Engels, Vorwort zur Broschüre „Internationales aus dem 'Volksstaat'(1871-1875)“, 416-418. In: MEW 22, 418.

abgeschafft hatte, sondern diesem zu einem störungsfreien Wirken verhelfen wollte. Ihre „sozialistische Planwirtschaft“ trug den Widerspruch in sich, ausgerechnet mit Geld planen zu wollen. Der Widerspruch daran war, dass gerade das kapitalistische Mittel und der kapitalistische Zweck schlechthin, im Realsozialismus ohne Markt und ohne Eigentum für die optimale Produktion und Verteilung sorgen sollten. Wollte der neue, der „sozialistische“ Staat mit Geld arbeiten, so musste er diesem daher einen politisch bestimmten Preis zuordnen, da ja Markt und Privateigentum als die im Kapitalismus den Preis bestimmenden Instanzen, abgeschafft waren. Durch die staatliche Preisregelung sollte das Geld als Hebel wirken und automatisch für die optimale Produktion und Versorgung sorgen. Das ist so ziemlich das Gegenteil von einer Planwirtschaft, in der die Bedürfnisse ermittelt und auf die Produktionskapazitäten abgestimmt werden und in der die Arbeitsteilung rationell geregelt wird. Unter dem das Ergebnis seiner Untersuchung treffend zusammenfassenden Titel „Planmäßige Zweckentfremdung von Lohn, Preis und Profit als Alternative zum Kapitalismus“, hat der Autor Karl Held die Grundlagen der politischen Ökonomie des Sowjetsozialismus detailliert dargelegt.¹⁹ An den Widersprüchen, die sich damit ergaben, laborierte die Sowjetunion bis zu ihrem Ende und „löste“ sie durch die Einführung des Kapitalismus.

¹⁹ Vgl. Karl Held [Hrsg.], Das Lebenswerk des Michail Gorbatschow. Von der Reform des `realen Sozialismus` zur Zerstörung der Sowjetunion, 29ff. (I. d. F.: Lebenswerk).

4. Die internationale Arbeiterbewegung bis 1918

4.1. Die Anfänge der Arbeiterbewegung in Österreich

Bereits 1874 versuchten Delegierte von Arbeiterbildungsvereinen bei einem österreichweiten Treffen in Neudörfel, im heutigen Burgenland, eine einheitliche Arbeiterparteiorganisation auf der Grundlage des liberalen Staatsgrundgesetzes von 1867 zu gründen. Doch Fraktionskämpfe und staatlicher Druck verhinderten bis zum Beginn der 1880er Jahre eine Einigung.²⁰ Der radikale Flügel wurde ausgegrenzt und die anarchistische Bewegung war von Haus aus nicht dabei. Die Sozialdemokratische Partei ging schließlich aus mehreren Organisationen hervor und mit dem Hainfelder Programm von 1888/89 gab sie sich, geführt von Victor Adler, eine ideologisch einheitliche Grundlage.²¹ Die österreichische Sozialdemokratie formierte sich somit relativ spät, was auch der dauernden Repression in der Monarchie geschuldet war. Die KPÖ stellte sich später ebenfalls in die Tradition des Hainfelder Programms.²² Abgesehen von revolutionären Phrasen vertrat die SDAP ein nichtrevolutionäres Programm.²³ Gemessen an den Kriterien, die Karl Marx in seiner „Kritik des Gothaer Programm“ anlegt, war die SDAP niemals eine revolutionäre Partei, weswegen die Integration in die Monarchie und dann in die Erste Republik so reibungslos vonstatten ging.²⁴ Der Historiker Charles Gulick meint, dass „die meisten urteilsfähigen Menschen [...] sehr wenig von dem, was sie [die SDAP; Anm.] leistete, strenggenommen sozialistisch nennen“ würden.²⁵ Der Marxismus der SDAP wäre „eher eine Sache des revolutionären Gefühls als des revolutionären Verstandes, mehr eine Sache des politischen Bekenntnisses als der politischen Erkenntnis“ geblieben, meinte das kommunistische Theorieorgan „Weg und Ziel“.²⁶ Die österreichische Fraktion der SDAP wäre „im Grunde genommen deutschnational“ gewesen, merkte der KPÖ-Sekretär Friedl (Siegfried) Fürnberg an.²⁷ Die Partei stand dermaßen loyal zum Kaiserreich, sodass sie spöttisch sogar „k. k. Sozialdemokratie“ genannt wurde.²⁸ Die KP nannte sie „Habsburgersozialisten“.²⁹

²⁰ Vgl. Wolfgang Maderthaner, Die Sozialdemokratie, 177-194. In: Tálos u. a. [Hrsg.], Handbuch, 177.

²¹ Vgl. Vocolka, Geschichte Österreichs, 241.

²² Vgl. Historische Kommission beim ZK der KPÖ [Hrsg.], Die Kommunistische Partei Österreichs – Beiträge zu ihrer Geschichte und Politik, 15f. (I. d. F.: KPÖ).

²³ Vgl. Vocolka, Geschichte Österreichs, 242.

²⁴ Vgl. Fritz Keller, Die Arbeiter- und Soldatenräte in Österreich 1918-23. Versuch einer Analyse, 9f. (I. d. F.: Arbeiter- und Soldatenräte).

²⁵ Vgl. Charles Gulick, Österreich von Habsburg zu Hitler, 14. (I. d. F.: Habsburg).

²⁶ Vgl. Franz Strobl, Zur Geschichte der Spaltung der österreichischen Arbeiterbewegung, 727-740. In: Weg und Ziel. Monatsschrift für Fragen der Demokratie und des wissenschaftlichen Sozialismus, Nr. 9/1958, 728. (I. d. F.: WuZ).

²⁷ Vgl. Friedl Fürnberg, 40 Jahre KPÖ, 886-893. In: Weg und Ziel. Monatsschrift für Fragen der Demokratie und des wissenschaftlichen Sozialismus, Nr. 11/1958, 891.

²⁸ Vgl. Vocolka, Geschichte Österreichs, 255.

Ab den 1890er Jahren erfolgten ein rascher Parteaufbau und die Ausbildung einer Massenbasis, oft bedroht von der Illegalität. Die als einheitliche Partei für das gesamte cisleithanische Gebiet fungierende und neben Deutschsprachigen auch tschechische, polnische, italienische, slowenische und ukrainische Mitglieder integrierende Partei gab schon 1897 den „Internationalismus“ auf und gliederte sich in sechs nationale Sektionen.³⁰ Diese nationale Gliederung leistete der Trennung in nationale Parteien 1918 Vorschub. Vor allem deutschsprachige und tschechische Mitglieder der SDAP beschwerten sich gegenseitig über den jeweiligen Nationalismus, der sie bei Wahlen sogar gegeneinander kandidieren ließ. 1905 fand der letzte Gesamtparteitag statt. Danach agierten die nationalen Parteivorstände mehr oder weniger unabhängig voneinander und 1907 zerfiel die Reichsratsfraktion.³¹ Zukünftigen Wahlerfolgen tat der Nationalismus keinen Abbruch und so stellte sich 1907 ein erster großer Wahlerfolg ein.³² Seit 1911 war die SDAP die stärkste, aber national zersplitterte Fraktion im Reichsrat.

4.2. Die Arbeiterbewegung im Ersten Weltkrieg

Die österreichische Arbeiterbewegung war vor, während und nach dem Krieg von der „Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich“ (DSAPÖ), die sich 1918 in „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“ (SDAP) umbenannte, dominiert. Diese suchte den Schulterchluss bzw. den „Burgfrieden“ mit der habsburgischen Herrschaft und verzichtete ebenso wie ihre europäischen Schwesterparteien auf einen ihrer wesentlichen ideologischen Pfeiler, den Pazifismus - und trug damit zur nationalistischen Kriegsbegeisterung mit bei.³³ Der Kriegseintritt zerstreute „den revolutionären Nebel, in den die Internationale gehüllt war.“³⁴ Es offenbarte sich, dass „mächtige Gefühle des Patriotismus und Nationalismus [...] in den breiten Massen der Arbeiterklasse geschlummert [hatten]. Sie wurzeln letzten Endes in der Tatsache, daß die Volksmassen physisch und kulturell mit den nationalen und staatlichen Gemeinwesen, zu dem sie gehören, verwachsen sind, daß dieses Gemeinsam gleichsam die soziale Erde bildet, von dessen Existenzbedingungen und Schicksal ihr eigenes Dasein unzertrennlich ist.“ Und „das Gefühl der internationalen Klassensolidarität hatte in der Skala der Werte seinen Vorrang verloren“, fasste der sozialdemokratische Journalist Julius Braunthal den Nationalismus der Sozialdemokratie verständnisvoll

²⁹ Vgl. Gisela Icha, „Völker, hört die Signale“. Politische Propaganda unter besonderer Berücksichtigung des unterschiedlichen ideologischen Propagandazieles der SDAPÖ und der KPÖ in der 'Ersten Republik' zwischen 1918/1920 [Diplomarbeit], 177. (I. d. F.: Propaganda).

³⁰ Vgl. Strobl, Spaltung, 727-740. In: WuZ, Nr. 9/1958, 730f.

³¹ Ebd., 732.

³² Vgl. Maderthaner, Sozialdemokratie, 177-194. In: Tálos u.a. [Hrsg.], Handbuch, 178.

³³ Vgl. Vocelka, Geschichte Österreichs, 268.

³⁴ Vgl. Julius Braunthal, Geschichte der Internationale, Band 2, 17. (I. d. F.: Internationale).

zusammen.³⁵ Der Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung“ (AZ), Friedrich Austerlitz, schrieb am 5. August 1914 über die einen Tag zuvor von der deutschen Sozialdemokratie genehmigten Kriegskredite, dass dies den „Tag der stolzesten und gewaltigsten Erhebung des deutschen Geistes“ markiere.³⁶ Austerlitz schrieb zum „Tag der deutschen Nation“, dass sich die österreichische Arbeiterschaft zur Monarchie und zum Kriegseintritt bekenne. Der Parteivorstand der SDAP wollte sogar eine Resolution durchbringen, nach der die auswärtige Krise die Völker Österreich-Ungarns in den Zustand der Notwehr versetzt habe. Wäre Österreich-Ungarn nicht auf dem Verordnungsweg regiert worden, so wäre die SDAP der deutschen Schwesterpartei mit einer offenen Kriegsunterstützung gefolgt.³⁷ Der deutsche Kaiser Wilhelm II. v. Hohenzollern hatte ganz recht, als er über die Sozialdemokratie meinte: „Der rote Lack war abgesprungen!“³⁸ Die Zustimmung zum Krieg, „hieß für die Sozialdemokratie, sich mit sich selbst in Widerspruch setzen [...] und in der Internationale der Arbeiter die größte Verwirrung stiften“, meinte der SPD-Politiker Eduard Bernstein.³⁹

Karl Renner beispielsweise hatte noch am 12. November 1912 vollmundig verkündet, dass die SDAP im Falle eines eventuellen Kriegsbeginns, auch einen „Krieg“ führen wolle, „aber im eigenen Lande wollen wir den Feind suchen, treffen und schlagen!“⁴⁰ Renner stand mit derartigen Aussprüchen auf dem Boden der Beschlüsse des Basler Friedenskongresses von 1912. Noch am 24. Juli 1914 schrieb die „Arbeiter-Zeitung“ über das habsburgische Ultimatum an Serbien, das zum Auslöser des Ersten Weltkrieges werden sollte: „In jedem dieser Punkte [...] schimmert es von Blut“ und schob dem Habsburgerregime die volle Verantwortung für die Entfesselung des Krieges zu. Doch am 5. August, einen Tag nachdem die SPD für die Kriegskredite gestimmt hatte, hieß es in derselben Zeitung: „nie hat eine Partei größer und erhabener gehandelt als die deutsche Sozialdemokratie.“⁴¹ Im August 1914 hätte in Wien ein Antikriegskongress der II. Internationale stattfinden sollen; die Festschrift war schon gedruckt. Stattdessen verlangte die Führung der SDAP nun, dass die Sozialdemokraten, weil sie im Ruf standen „vaterlandslose Gesellen“ zu sein, „erst recht die Ersten“ im Kampf gegen die „Schandpläne des westlichen Imperialismus“ und die „Moskowiter Raub- und Beutegier“ sein müssten - und sie stellten sich „ohne Vorbehalt“, wie

³⁵ Ebd., 18.

³⁶ Vgl. Norbert Schausberger, Deutsche Anschlussaspirationen 1918/19 (Bisher wenig beachtete ökonomisch-strategische Aspekte zum November 1918), 66-100. In: Isabella Ackerl [Hrsg.], Österreich November 1918. Die Entstehung der Ersten Republik; Protokoll des Symposiums in Wien am 24. und 25. Oktober 1978, (=Veröffentlichungen / Wissenschaftliche Kommission zur Erforschung der Geschichte der Republik Österreich 9), 71.

³⁷ Vgl. Keller, Arbeiter- und Soldatenräte, 11.

³⁸ Ebd., 12.

³⁹ Vgl. Braunthal, Internationale, 28.

⁴⁰ Vgl. Strobl, Spaltung, 727-740. In: WuZ, Nr. 9/1958, 735.

⁴¹ Vgl. Braunthal, Internationale, 31.

Otto Bauer betonte, auf die Seite und in den Dienst der Mittelmächte.⁴² Die SDAP war die nächsten zwei Jahre fast vollständig paralysiert.⁴³ Friedrich Austerlitz behauptete nach dem Krieg, dass die „Arbeiter-Zeitung“ nur ausgesprochen habe, „was Überzeugung, mehr oder minder bewusstes Wollen der Massen“ war. Die Entscheidung der SP-Führung führte zu „Apathie“ und der Schrumpfung der Mitgliederzahl von 120 000 vor dem Krieg auf 40 000 im Jahr 1916.⁴⁴ Der Mitgliederschwund war nicht nur mit den Einrückungen und den Kriegstoten erklärbar, da sich auch die Zahl der weiblichen Parteimitglieder stark verringerte.⁴⁵

Nur ganz wenige sozialdemokratische Parteien waren grundsätzlich gegen den Krieg, wie etwa die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands“ (Bolschewiki) (SDAPR (B)) und die Sozialdemokratie vom 1914 noch neutralen Bulgarien.⁴⁶ Nur vier Sozialdemokratische Parteien der sieben kriegführenden Länder zogen die volle Konsequenz aus den Prinzipien der Internationale – und weigerten sich, ihre Regierungen politisch zu unterstützen. Neben den Bolschewiki waren das noch die „Menschewiki“, die „Serbische Sozialdemokratische Arbeiterpartei“ und mit Einschränkungen, die britische „Independent Labour Party“ (ILP). Allerdings war nur die ILP eine Massenpartei.⁴⁷

4.3. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands (Bolschewiki)

Die Bolschewiki bildeten den Kristallisationskern der kommunistischen Bewegung. Der im Exil weilende Vladimir I. Ul'janov (seit seiner sibirischen Verbannung benutzte er den Decknamen „Lenin“) war die geistige Führungsfigur. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands (SDAPR (B)) war 1898 aus dem Zusammenschluss mehrerer kleiner Zirkel, hervorgegangen.⁴⁸ Am II. Parteitag 1903 hatte sich die Partei in zwei Fraktionen - die Bolschewiki („Mehrheitler“) und Menschewiki („Minderheitler“) - gespalten, wobei sich die von Lenin geführten Bolschewiki gegen die Menschewiki durchgesetzt hatten.⁴⁹ Seit dem Ausscheiden der Menschewiki aus der Partei 1912 trug die SDAPR den Zusatz (B) für Bolschewiki im Parteinamen.⁵⁰ Im September 1914 wandten sich die Bolschewiki im Untergrund mit einer Resolution gegen den Krieg und die Regierung, worauf die bolschewistischen Duma-Abgeordneten im Oktober wegen Hochverrat verhaftet und die

⁴² Vgl. Strobl, Spaltung, 727-740. In: WuZ, Nr. 9/1958, 736.

⁴³ Vgl. Maderthaler, Sozialdemokratie, 177-194. In: Tálos u.a. [Hrsg.], Handbuch, 180.

⁴⁴ Vgl. Strobl, Spaltung, 727-740. In: WuZ, Nr. 9/1958, 737.

⁴⁵ Ebd., 738ff.

⁴⁶ Vgl. Autorenkollektiv [Hrsg.], Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (=Bücherei des Marxismus-Leninismus, Band 12), 229. (I. d. F. Geschichte der KPdSU).

⁴⁷ Vgl. Braunthal, Internationale, 48.

⁴⁸ Vgl. Autorenkollektiv [Hrsg.], Geschichte der KPdSU, 53.

⁴⁹ Ebd., 82f.

⁵⁰ Ebd., 198ff.

Partei zerschlagen worden waren.⁵¹ Als konsequente Kriegs- und Zarismusgegnerin befürwortete die SDAPR (B) den „Defätismus“, d. h. die Niederlage der eigenen Regierung und die „Umwandlung des gegenwärtigen imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg“.⁵² Lenin hielt den Zarismus für die „reaktionärste und barbarischste Monarchie Europas“.⁵³ Zu einem „einzigen wirklichen Befreiungskrieg“ und damit revolutionär sollte die internationale Arbeiterklasse den Weltkrieg machen, indem sie „gegen die Bourgeoisie aller Länder um die politische Macht und um den Sieg des Sozialismus“ kämpfen sollte. Der Weltkrieg sollte durch eine Weltrevolution beendet werden.⁵⁴ Eine massive Repressionswelle seitens der zaristischen Behörden war angesichts solch eindeutiger Forderungen die Folge.⁵⁵

Die Idee zur Gründung einer III. Internationale existierte seit dem Kriegsbeginn 1914. Es war maßgeblich Lenin, der diese Idee theoretisch formulierte und ihre Verwirklichung betrieb. Als noch keine Rede und noch gar keine Vorstellung von den beiden Russischen Revolutionen von 1917 und der Errichtung der russischen Sowjetrepublik sein konnte, arbeiteten die Bolschewiki an der Schaffung einer, an den alten Grundsätzen der I. und II. Internationale orientierten, erneuerten Internationale. Damit war die III. Internationale von der Idee her drei Jahre älter, als die Idee einer Sowjetrepublik. Aber erst die Oktoberrevolution sollte die praktischen Voraussetzungen für die Verwirklichung der neuen Internationale ermöglichen.

4.4. I. und II. Internationale

Die I. Internationale wurde 1864 als „Internationale Arbeiterassoziation“ (IAA) in London gegründet. Marx spielte im leitenden Organ, dem Generalrat, eine bedeutende Rolle. Ziel war die Koordination von heterogenen Arbeiterparteien und Gruppierungen zu einer internationalen Arbeiterbewegung. Das Organisationsschema umfasste drei Ebenen: den jährlich stattfindenden Kongress, den Generalrat und die angeschlossenen Sektionen. Aufgrund von Zentralisierungsbestrebungen spaltete sich die Bewegung 1872 in einen marxistischen und einen anarchistischen Flügel. 1876 zerfiel die IAA.⁵⁶ Bis 1888 gab es verschiedene Versuche zur Bildung einer neuen Internationale.

1889 wurde in Paris die II. Internationale als lose Föderation von nationalen Parteien, Arbeitervereinen und Gewerkschaften gegründet. Anfang des 20. Jahrhunderts dominierten

⁵¹ Vgl. Georg v. Rauch, Geschichte der Sowjetunion, 38. (I. d. F.: Sowjetunion).

⁵² Vgl. Autorenkollektiv [Hrsg.], Geschichte der KPdSU, 231f.

⁵³ Vgl. W. I. Lenin, Der Krieg und die russische Sozialdemokratie, 11-21. In: Lenin-Werke 21, 12. (I. d. F.: LW).

⁵⁴ Vgl. Dietrich Geyer, Die Russische Revolution. Historische Probleme und Perspektiven, 51f. (I. d. F.: Russische).

⁵⁵ Vgl. Autorenkollektiv [Hrsg.], Geschichte der KPdSU, 234.

⁵⁶ Vgl. Heinrich Gemkow, Unser Leben. Eine Biographie über Karl Marx und Friedrich Engels, 172ff.

die Parteien. Alle drei Jahre sollten Kongresse stattfinden. Nach 1905 sicherte das „Internationale Sozialistische Büro“ (ISB) die Kontinuität zwischen den Kongressen. 1914 zerbrach die II. Internationale durch die Kriegsunterstützung. Ab 1919 wurde die Wiederbelebung der II. Internationale von Parteien eingeleitet, die die revolutionäre Strategie abgelehnt und sich auf den Parlamentarismus eingerichtet hatten.

4.5. Die Zimmerwald-Bewegung

Vor der Wiederbelebung der II. und der Gründung der III. Internationale hatten sich die vereinzelt Kriegsgegner innerhalb der Sozialdemokratie allmählich zu organisieren begonnen. Am 11. Juli 1915 fand in Bern ein Vorbereitungstreffen für eine internationale sozialistische Konferenz statt, an der unter anderem der Bolschewik Grigorij E. Zinov`ev teilnahm. Es wurde aber betont, dass die geplante Konferenz „keineswegs der Bildung einer neuen Internationale dienen“ sollte. Eingeladen sollten alle sozialdemokratischen Parteien werden, die an den „alten Grundsätzen“ der Internationale festgehalten hatten und den „Burgfrieden“ ablehnten. Viele Parteien waren daher von vornherein von der Konferenz ausgeschlossen.⁵⁷

Auf der vom 5. bis 8. September 1915 abgehaltenen Konferenz im schweizerischen Zimmerwald trafen sich erstmals seit Kriegsbeginn Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten der verfeindeten Machtblöcke, sowohl der Entente, als auch der Mittelmächte. Die Konferenz beförderte zwar die Verselbständigung der linken Flügel der sozialdemokratischen Parteien, führte aber zu keiner Abspaltung. Lenin war in der Nähe Krakaus von den österreichisch-ungarischen Behörden als „russischer Spion“ verhaftet worden. Victor Adler hatte sich für Lenins Freilassung und Ausreise in die Schweiz eingesetzt. In Bern am 5. September 1915 angekommen, schrieb Lenin seine „Thesen zum Krieg“, in denen er vor allem der deutschen, französischen und belgischen Sozialdemokratie „Verrat am Sozialismus“ vorwarf.⁵⁸

Lenin glaubte, dass der Weltkrieg den revolutionären Sturz der Gesellschaftsordnung massenhaft vorantreiben werde. Durch revolutionäre Propaganda sollten die Massen gewonnen und der Staatsapparat sollte durch einen Bürgerkrieg zerschlagen werden. Lenin setzte ausschließlich auf diejenigen Kriegsgegner, die nicht nur für die sofortige Beendigung des Krieges eintraten, sondern für die Umwandlung des Krieges in den Bürgerkrieg waren. Der Bruch mit der II. Internationale und die Gründung einer III. Internationale waren dafür

⁵⁷ Vgl. Braunthal, Internationale, 55.

⁵⁸ Ebd., 56.

unabdingbar. Bis zum Kriegsbeginn hatte auch Lenin daran geglaubt, dass die II. Internationale, trotz aller reformistischen Politik, im Grunde doch den Sturz der kapitalistischen Ordnung betreiben würde. Seit dem August 1914 erschien ihm die Internationale als kontraproduktiv für die Revolution. Bereits am 1. November 1914 hatte er die Gründung einer vom „Opportunismus gereinigten neuen, einer III. Internationale gefordert“.⁵⁹ Der „III. Internationale steht die Aufgabe bevor, die Kräfte des Proletariats zum revolutionären Ansturm gegen die kapitalistischen Regierungen zu organisieren, zum Bürgerkrieg gegen die Bourgeoisie aller Länder um die politische Macht, um den Sieg des Sozialismus“, so Lenin. Den Führern der Sozialdemokratischen Parteien warf er vor, dass sie durch „Bestechung“ eine „Arbeiteraristokratie“ geschaffen hätten, die sich wiederum durch „Sozialchauvinismus“ bei ihren SP-Führungen revanchiert hätte. Durch „Monopolprofite“ aus der Ausbeutung der Kolonien wären die nötigen Mittel dafür bereitgestellt worden. Die III. Internationale müsse daher auch die proletarischen Massen der Kolonien, die von der II. Internationale vernachlässigt worden waren, organisieren.⁶⁰ Lenin hoffte, dass die Konferenz von Zimmerwald, an der 38 Delegierte teilnahmen, bereits die Gründungskonferenz der III. Internationale sein würde oder zumindest ihre Grundlagen geschaffen werden würden. Die Anführer des „Zentrums“, Karl Kautsky, Hugo Haase und Eduard Bernstein, von Lenin als „Sozialpazifisten“ bezeichnet, wurden nicht eingeladen. Allerdings tendierte die Mehrheit der Delegierten zum „Zentrum“.⁶¹

Lenin unterteilte die Sozialdemokraten in drei Gruppen. Die sozialdemokratischen Kriegsbefürworter nannte er „Sozialchauvinisten“, weil sie „Sozialismus in Worten, Chauvinismus in Taten“ betreiben würden.⁶² „Sozialpazifisten“ waren die Anhänger der „Zentristen“ um den deutschen Sozialdemokraten Karl Kautsky, die zwar für den Frieden, aber gegen den revolutionären Krieg und somit ebenfalls verbürgerlicht wären.⁶³ Auf der Zimmerwalder Konferenz, bei der kein österreichischer Delegierter dabei war, war es zum Streit zwischen den Anhängern Kautskys und Lenin gekommen. Lenins Anhänger blieben in der Minderheit und bildeten die „Zimmerwalder Linke“.⁶⁴ Von den 38 Delegierten konnten nur sieben Personen für Lenins Sichtweise gewonnen werden. Neben Lenin, noch Zinov`ev, der später der erste Vorsitzende der Komintern werden sollte; Karl B. Radek aus dem zu Österreich gehörenden Galizien, der in der Schweiz lebte; Jan A. Berzin aus dem zu Russland gehörenden Lettland, Henriette Roland-Holst aus den Niederlanden; die beiden schwedischen Delegierten und ein Vertreter einer kleinen deutschen Gruppe. Lenin hatte

⁵⁹ Ebd., 57.

⁶⁰ Ebd., 58.

⁶¹ Ebd., 60.

⁶² Vgl. W. I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, 189-309. In: LW 22, 191.

⁶³ Vgl. Rauch, Sowjetunion, 37.

⁶⁴ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 21.

einen detaillierten Plan für die Umwandlung des Burgfriedens in den Bürgerkrieg vorbereitet, der von der Mehrheit der Konferenzteilnehmer als „kindisch“ und „gefährlicher Unsinn“ zurückgewiesen wurde.⁶⁵ Der französische Gewerkschaftsführer Alfred Merrheim warf Lenin vor, „nicht beherrscht vom Verlangen nach dem Frieden [zu sein], sondern vom Wunsche, die Grundpfeiler einer neuen Internationale aufzurichten“ - und hielt fest: „dies ist es, was uns trennt.“ Der offizielle Konferenzbericht betont, dass „in keiner Weise der Anschein erweckt werden [dürfe], als wolle die Konferenz eine Spaltung herbeiführen und eine neue Internationale gründen.“ Das von Lev D. Trockij verfasste Zimmerwalder Manifest an die „Proletarier Europas“ vertrat die Position des von Lenin abgelehnten „Zentrum“. Darin wurde der „Burgfrieden“ abgelehnt und der Kampf gegen die Regierungen zur Erzwingung des Friedens gefordert. Zinov`ev kritisierte, dass die Konferenz „nicht dem Opportunismus offen den Krieg erklären wollte“, weswegen von den Delegierten betont worden wäre, „daß sie eine III. Internationale nicht bauen wollen.“⁶⁶ Aber auch Lenin stimmte dem Manifest zu, um eine völlige Isolierung zu verhindern.

Lenins Argumentation baute auf den Beschlüssen des Basler Friedenskongresses von 1912 auf. Er wies die „Sozialchauvinisten“ und das kautskyische „Zentrum“ akribisch auf deren frühere Stellungnahmen gegenüber einem drohenden Krieg hin und warf ihnen eine bewusste Ignorierung der Analysen dieses letzten großen Friedenskongresses vor, da eine offene Leugnung des Basler Manifests durch die sozialdemokratischen Kriegsbefürworter nicht möglich gewesen wäre. Wenn die Kriegsbefürworter das Basler Manifest als Phrase oder Irrtum darstellen würden, dann würde das bedeuten, „die ganze sozialistische Arbeit der letzten 25 Jahre als Phrase oder Irrtum hinzustellen“, spitzte Lenin seine Folgerung zu. Innerhalb der Arbeiterbewegung hätten sich die „Sozialchauvinisten“ breit gemacht, deren widersprüchliche Ideen ein „Geschwulst“ waren, das bersten musste, und es „ist geborsten. Die ganze Frage besteht darin, ob man wie Kautsky & Co. den Eiter zurück in den Organismus hineinzupressen sucht wegen `Einigkeit` (mit dem Eiter) oder ob man den Eiter recht schnell und sauber beseitigen soll, trotz des momentanen akuten Schmerzes, den dies verursacht, um dem Organismus der Arbeiterbewegung zur völligen Gesundheit zu verhelfen.“⁶⁷ Mit solch drastischen Vergleichen versuchte Lenin die Wirkung des Kriegs auf die II. Internationale darzustellen.

Das Zimmerwalder Manifest blieb ohne Widerhall, worauf das Zimmerwalder Komitee zu einer weiteren Konferenz nach Kienthal einlud. An der vom 24. bis 30. April 1916

⁶⁵ Vgl. Braunthal, Internationale, 61.

⁶⁶ Ebd., 62.

⁶⁷ Vgl. W. I. Lenin, Der Opportunismus und der Zusammenbruch der II. Internationale, 107-119. In: LW 22, 110.

abgehaltenen Konferenz nahmen 44 Delegierte teil.⁶⁸ Die Linken um Lenin versuchten neuerlich die Sozialdemokratie aufzuspalten und eine III. Internationale zu etablieren. Die französische Delegation etwa erklärte, sie sei „nicht gekommen, um eine neue Internationale zu gründen.“ Nur 12 Delegierte unterstützten die Linken. Ein einstimmiges Manifest schien kaum zustande zu kommen. Zu den bisherigen Forderungen kamen nun die Ablehnung „jeglicher Kriegspolitik“ und die Verweigerung weiterer Kriegskredite hinzu.⁶⁹ Die Einschätzung der II. Internationale war, wie Zinov`ev feststellte, „der wichtigste Punkt der Tagesordnung, denn in dieser Formel wurde im Grunde genommen die Frage entschieden, ob Zweite oder Dritte Internationale.“ Für Zinov`ev bedeutete die Konferenz einen kleinen Fortschritt, da die Zimmerwalder Bewegung eine Eigendynamik bekam. Zinov`ev fragte sich daraufhin, „kann man denn sagen, daß die Würfel geworfen, daß die Zimmerwalder endgültig den Weg des Bruches mit den offiziellen Sozialisten beschritten haben, daß Zimmerwald der Keim der III. Internationale geworden ist? Nein, mit gutem Gewissen kann man dies noch nicht sagen [...].“⁷⁰ Die Zimmerwalder Bewegung war im Grunde keine revolutionäre Bewegung. Die einzige größere revolutionäre Bewegung, die sich bildete, war die Spartakus-Bewegung innerhalb der „Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ (USPD).⁷¹ Die beiden Konferenzen hatten bloß die Unmöglichkeit einer „Versöhnung“ zwischen den sozialdemokratischen Fraktionen offenbart.

⁶⁸ Vgl. Braunthal, Internationale, 63.

⁶⁹ Ebd., 64.

⁷⁰ Ebd., 65.

⁷¹ Ebd., 76.

5. Die Oktoberrevolutionen und die Etablierung der Räterepublik in Russland

5.1. Nach der Februarrevolution in Russland

In Lenins „Aprilthesen“, in denen die polittaktische Vorgangsweise der Bolschewiki nach der Februarrevolution 1917, in der das Zarenregime hinweggefegt worden war, festgelegt wurde, findet sich auch ein Punkt: „Erneuerung der Internationale. Initiative zur Gründung einer revolutionären Internationale, einer Internationale gegen die Sozialchauvinisten und gegen das `Zentrum`.“⁷² Darin wendete sich Lenin, ursprünglich als Einziger, da er nicht einmal seine Partei hinter sich hatte, gegen die Unterstützung der Provisorischen Regierung und für die alleinige Machtausübung durch die parallel entstandenen Räte, die Arbeiter- und Soldatensowjets; weiters gegen die nach der Februarrevolution „revolutionär“ genannte „Vaterlandsverteidigung“ und gegen die anvisierte Vereinigung mit den Menschewiki. Um die Trennung mit der Sozialdemokratie zu unterstreichen, schlug Lenin die Namensänderung der Partei vor. Sie sollte sich nicht mehr „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“, sondern „Kommunistische Partei“ nennen.⁷³ Die Umbenennung in „Kommunistische Partei Russlands (Bolschewiki)“ KPR (B) sollte erst nach der Oktoberrevolution, am VII. Außerordentlichen Parteitag der SDAPR (B) im März 1918, auf dem auch der Friede von Brest-Litovsk (von dem später noch die Rede sein wird) parteiintern abgesegnet worden war. Damit sollte der unumkehrbare Bruch mit der Sozialdemokratie besiegelt und der Wille zur sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft markiert werden.⁷⁴ Mit der Umbenennung knüpften die Bolschewiki bewusst an den in London 1847 gegründeten und von Karl Marx und Friedrich Engels beeinflussten „Bund der Kommunisten“ an, für welchen Marx und Engels 1848 das „Manifest der Kommunistischen Partei“ geschrieben hatten.⁷⁵

Die sozialdemokratische Konkurrenz war ob Lenins Ansinnen schockiert. Den Menschewiki erschien Lenin „als die lebendige Verkörperung der Spaltung.“ Die von Lenin konsequent betriebene Spaltung war tatsächlich „eine Bespeijung der Idee der Einigung wie auch der Grundideen des sozialdemokratischen Programms [...]“. Die Menschewiki warfen ihm „Fieberwahn eines Irrsinnigen“ und „Anarchismus“ vor. Sogar seine engsten Kampfgefährten

⁷² Vgl. W. I. Lenin, Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution (Aprilthesen), 1-8. In: LW 21, 6.

⁷³ Vgl. Braunthal, Internationale, 94.

⁷⁴ Vgl. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU [Hrsg.], Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. In sechs Bänden, Band III (März 1917-1920), 617. (I. d. F.: Geschichte der KPdSU).

⁷⁵ Vgl. Karl Marx, Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, 459-493. In: MEW 4.

warfen Lenin vor, dass er „das Banner des Bürgerkriegs innerhalb der Sozialdemokratie aufgepflanzt [hat].“⁷⁶

Auf die bisherigen Ergebnisse der Herauskristallisierung der neuen Internationale verweisend, erklärte Lenin im April 1917 „wir müssen gerade jetzt, ohne Zeit zu verlieren, eine *neue* [Hervorh. im Orig.; Anm.], revolutionäre, proletarische Internationale gründen, oder richtiger gesagt, wir dürfen uns nicht fürchten, vor aller Welt zu erklären, daß sie schon *gegründet* ist und wirkt. Das ist die Internationale jener `wirklichen Internationalisten´ [...]“⁷⁷ Unter „wirklichen Internationalisten“ meinte Lenin die „Zimmerwalder Linke“ unter ihrem Motto: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land.“ Dazu zählte Lenin vor allem die deutsche Spartakus-Gruppe um Karl Liebknecht, von dem auch das Motto stammte.⁷⁸ Lenin betonte, dass es „nur *einen* wirklichen Internationalismus [gibt]: die hingebungsvolle Arbeit an der Entwicklung der revolutionären Bewegung und des revolutionären Kampfes *im eigenen* Lande, die Unterstützung [...] *eben eines solchen Kampfes*, eben einer solchen Linie und *nur einer solchen allein* in ausnahmslos *allen* Ländern.“⁷⁹ An Liebknechts Zitat anknüpfend erklärte Lenin den Unterschied zur Sozialdemokratie, der im „selbstlosen revolutionären Kampf gegen die *eigene* imperialistische Regierung und die *eigene* imperialistische Bourgeoisie“ bestehe.⁸⁰ Die Freiheiten, die Russland nach der Februarrevolution bot, sollten zur „Liebknechtschen *Gründung der dritten Internationale*, einer sowohl den Verrätern, den Sozialchauvinisten, als auch den schwankenden Gestalten des `Zentrums´ unwiderruflich feindlich gegenüberstehenden Internationale“, genutzt werden.⁸¹ Mittlerweile wandten sich die Bolschewiki gegen die im Herbst 1917 nach Stockholm verlegte dritte Zimmerwalder Konferenz.⁸² Lenin hatte erkannt, dass sich die dort vertretenen Parteien nicht einmal in den Grundrichtungen einig wären.⁸³ Die Konferenz wurde aber vereitelt, da die meisten Staaten den Delegierten Pässe verweigerten und somit die Ausreise verunmöglichten.⁸⁴

5.2. Oktoberrevolution und Weltrevolutionsbestrebungen

Der Sturz der Provisorischen Regierung und die Installierung der Sowjetregierung durch die Bolschewiki, erfolgten unter der Annahme Lenins, dass in Mittel- und Westeuropa Revolutionen bevorstünden. Die durch den Weltkrieg in Zukunft ausgelösten Revolutionen

⁷⁶ Vgl. Braunthal, Internationale, 95f.

⁷⁷ Vgl. W. I. Lenin, Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution, 39-77. In: LW 24, 68.

⁷⁸ Ebd., 63ff.

⁷⁹ Ebd., 60.

⁸⁰ Zitiert nach Hans Hautmann, Die Mitwirkung der KPÖ bei der Gründung der Komintern, 115-117. In: Weg und Ziel. Monatsschrift für Theorie und Praxis des Marxismus-Leninismus, Nr. 3/1979, 115. (I. d. F.: WuZ).

⁸¹ Vgl. Lenin, Aufgaben des Proletariats, 39-77. In: LW 24, 69.

⁸² Vgl. Braunthal, Internationale, 98.

⁸³ Vgl. W. I. Lenin, Die Aufgaben unserer Partei in der Internationale, 208-210. In: LW 26, 210.

⁸⁴ Vgl. Braunthal, Internationale, 107.

würden keinen demokratisch-bürgerlichen, sondern einen sozialistischen Charakter aufweisen. Es musste nur jemand, wenn die Möglichkeit besteht, den Anfang machen. „Der Sozialismus kann nicht gleichzeitig in allen Ländern siegen. Er wird zuerst in einem oder einigen Ländern siegen, andere werden für eine gewisse Zeit bürgerlich oder vorbürgerlich bleiben“, notierte Lenin bereits 1916 und er nahm auch die zu erwartenden Kriege mit den alten Mächte vorweg, indem er erklärte, dass „der in einem Lande siegreiche Sozialismus keineswegs mit einem Male alle Kriege überhaupt aus[schließt]“. ⁸⁵ Die Russische Revolution war lediglich als Startsignal und als Unterstützung westlicher Erhebungen gedacht. Die Sichtweise, die die Bolschewiki zum Umsturz veranlassten, charakterisierte Lenin auf dem III. Weltkongress der Komintern folgendermaßen: „Als wir seinerzeit die internationale Revolution begannen, taten wir es nicht in dem Glauben, dass wir ihrer Entwicklung vorgeifen könnten, sondern deshalb, weil eine ganze Reihe von Umständen uns veranlasste, diese Revolution zu beginnen. Wir dachten: Entweder kommt uns die internationale Revolution zu Hilfe, und dann ist unser Sieg ganz sicher, oder wir machen unsere bescheidene revolutionäre Arbeit in dem Bewusstsein, dass wir selbst im Falle einer Niederlage der Sache der Revolution von Nutzen sein werden. Es war uns klar, dass ohne die Unterstützung der internationalen Weltrevolution der Sieg der proletarischen Revolution unmöglich ist. Schon vor der Revolution und auch nachher dachten wir: Entweder sofort oder sehr rasch wird die Revolution in den übrigen Ländern kommen, in den kapitalistisch entwickelten Ländern, oder wir müssen zugrunde gehen. Trotz dieses Bewusstseins taten wir alles, um das Sowjetsystem unter allen Umständen und um jeden Preis aufrechtzuerhalten, denn wir wussten, dass wir nicht für uns, sondern auch für die internationale Revolution arbeiten“. ⁸⁶ Dass die Russische Revolution nur in einer europäischen Revolution eingebettet eine Chance hat, davon waren auch Trockij, Bucharin, Zinov`ev und viele andere führenden Bolschewiki überzeugt.

Die Eroberung der Staatsmacht hatte die Situation schlagartig verändert. Die Bolschewiki nutzten die politischen, finanziellen und diplomatischen Machtmittel des Staats planmäßig zum Eingriff in die sozialdemokratischen Parteien und zur Beförderung bolschewistischer Strömungen. Der Sowjetstaat sollte als Instrument zur Organisation von Revolutionen dienen. ⁸⁷ Sofort nach der Oktoberrevolution wandten sich Lenin und Trockij mittels eindringlicher Aufrufe an das Weltproletariat, um eine drohende Invasion durch weltweite Erhebungen abzuwenden. Sowjetrussland plante zwecks eines sofortigen Friedens mit allen kriegführenden Ländern Friedensverhandlungen. Die Massen sollten ihrerseits ihre Regierungen zumindest an den Verhandlungstisch zwingen. „Wenn die Völker Europas den

⁸⁵ Vgl. W. I. Lenin, Das Militärprogramm der proletarischen Revolution, 72-83. In: LW 23, 74.

⁸⁶ Vgl. W. I. Lenin, III. Kongreß der Kommunistischen Internationale. 22. Juni - 12. Juli 1921. In: LW 32, 502f.

⁸⁷ Vgl. Braunthal, Internationale, 133.

Imperialismus nicht zermalmen, dann werden wir zermalmt werden – das ist sicher. Entweder wird die russische Revolution einen Kampfwirbel im Westen entfesseln, oder die Kapitalisten aller Länder werden unsere Revolution erdrosseln [...]“, mahnte Trockij auf dem 2. Sowjetkongress im November 1917. Doch verhallten die Aufrufe ans Weltproletariat ohne großes Echo.⁸⁸ Das kaiserliche Deutschland war klarerweise zu Friedensverhandlungen bereit, um die freiwerdenden Truppen an die Westfront werfen zu können. Nach dem Waffenstillstand, der am 15. Dezember 1917 in Kraft trat, appellierte Trockij wieder an „die unterdrückten und erschöpften Völker Europas“ und forderte sie dazu auf, sich gegen ihre Regierungen zu erheben und versprach „mit allen Mitteln, über die wir gebieten, der Arbeiterklasse in allen Ländern zu helfen, die Herrschaft des Kapitals zu stürzen und die politische Macht zu ergreifen, um Europa und die ganze Welt in demokratischen und sozialistischen Formen wieder aufzurichten.“ Weiter heißt es, dass „die Arbeiter und Soldaten [...] die Entscheidung über Krieg und Frieden den verbrecherischen Händen der Bourgeoisie entreißen und in ihre eigenen Hände nehmen [müssen].“ Trockij fügte hinzu: „Wir haben das Recht, dies von Euch zu verlangen, denn wir haben dies in unserem Lande getan.“ Dieser Appell Trockij's trug in Österreich-Ungarn zum „Jännerstreik“ 1918 und zu Massenstreiks in Deutschland, die sich unter anderem gegen die strengen deutschen Friedensbedingungen richteten, mit bei.⁸⁹ Die „Pravda“ titelte am 22. Jänner 1918, als der Streik bereits abgebrochen worden war: „Die Welle sozialer Kämpfe hat sich über Österreich ergossen. Wien steht am Vorabend großer Ereignisse. Der Triumph der internationalen sozialistischen Revolution ist nahe.“ Doch entgegen der sowjetrussischen Hoffnung hatten sich die Streikbewegungen keine revolutionären Ziele gesetzt und erschütterten weder die Habsburgermonarchie, noch das deutsche Kaiserreich. Die Weltrevolution war ausgeblieben und Sowjetrußland blieb nur der Weg von nachteiligen Friedensverhandlungen. Wobei eine deutliche Mehrheit der Bolschewiki und die mit ihnen in der Regierung sitzende „Partei der Linken Sozialrevolutionäre“ (PLSR) gegen die Friedensbedingungen waren und den Beginn eines „revolutionären Krieges“ gegen Deutschland und Österreich-Ungarn erwogen. Davon versprachen sie sich abermals, dass das europäische Proletariat mitgerissen werden würde.⁹⁰ Doch meinte Lenin, dass ein „revolutionärer Krieg“ unter den zerrütteten Zuständen in der russischen Armee nicht machbar wäre, von der Weigerung der Bauern ganz zu schweigen. Er drohte sogar mit Rücktritt, wenn die Sowjetregierung die Friedensbedingungen nicht annehmen würde. So wurde am 3. März 1918 der „Raubfrieden“ von Brest-Litovsk unterzeichnet, der gewaltige Gebietsverluste für Sowjetrußland bedeutete.⁹¹

⁸⁸ Ebd., 114.

⁸⁹ Ebd., 116.

⁹⁰ Ebd., 121.

⁹¹ Vgl. Günter Rosenfeld, Horst Schützler, Kurze Geschichte der Sowjetunion 1917-1983, 39ff.

5.3. Die Reaktion der Entente

Sechs Tage nach dem Vertrag von Brest-Litovsk hatte es die Sowjetregierung anstelle deutscher mit alliierten Truppen zu tun, die die Kriegsbeendigung nicht hinnehmen wollten und die Einhaltung der alliierten Bündnispflicht forderten. Noch mehr als das „Dekret über den Frieden“ störte sie das „Dekret über die Aufteilung des Bodens“, welches einen unerhörten Angriff auf das Grundeigentum darstellte. Deshalb wurde dem geschlagenen Deutschland im Artikel 12 des Waffenstillstandsvertrags, die Rückführung ihrer Truppen aus den besetzten russischen Gebieten, dem Baltikum und der Ukraine, erst dann gestattet, wenn „die Alliierten, unter Berücksichtigung der inneren Lage dieser Gebiete, den Augenblick für gekommen erachten“. Die deutschen (und österreichisch-ungarischen) Truppen wurden durch Entente-Truppen ersetzt. Diese kriegerischen Attacken setzten den Bolschewiki dermaßen zu, dass Lenin, obwohl er um die für Russland nachteiligen Leistungen des auswärtigen Handels Bescheid wusste, den Handel wieder zulassen, die russischen Auslandsschulden anerkennen, enteignetes ausländisches Eigentum entschädigen und die Rohstoffausbeutung durch westliches Kapital wieder zulassen wollte. Das alles sollte geschehen, um den durch den Interventionskrieg und die Blockade verursachten fortgesetzten Ruin von Land und Leuten zu verringern. Dieses Angebot scheiterte, weil Lenin auf einer Mitsprache bei der Regelung der russischen Angelegenheiten durch die Entente bestand. Dass die Entschlossenheit der Entente zur Niederwerfung des Bolschewismus keinen Erfolg hatte, lag in erster Linie daran, dass „damals der gemeinsame Zweck der kapitalistischen Staaten, überall auf dem Globus ihrem Kapital dem Privateigentum angemessene [...] Verhältnisse zu schaffen, eben nicht in einem praktischen Willen existierte, der sich und den anderen diesen Zweck als Hauptaufgabe auferlegt“ hatte. Die Gemeinsamkeit der kapitalistischen Staaten in der Feindschaft gegenüber Sowjetrusland fand ihre Grenze an „der Konkurrenz um die Vorherrschaft bei der imperialistischen Nutzung des Erdballs“, konstatiert Karl Held. Die Entente hätte für die Ausdehnung des Krieges zu einem „regelrechten Weltkrieg“ der Unterstützung durch die USA bedurft – und diese setzte mehr auf die Zermürbung durch die Intervention und die Wirkung der „Hungerwaffe“ mittels Blockade. "Ich glaube, man sollte sie [die Russen; Anm.] ihre eigene Rettung ausarbeiten lassen, auch wenn sie sich dabei eine Weile im Chaos wälzen. Ich stelle mir das so vor: Das ist ein Haufen unmöglicher Leute, die sich untereinander bekämpfen. Mit denen kann man keine Geschäfte machen. Drum sperrt man sie alle in einen Raum, schließt die Tür und sagt ihnen: Wenn ihr euch beruhigt habt, sperren wir wieder auf und machen Geschäfte", so verglich sich der US-Präsident Wilson mit einem strengen Aufseher einer Aufbewahrungsanstalt, der kräftig am Schaden der zu beaufsichtigenden Leute arbeitete, um ihre Klugheit zu fördern. Das den Russen zugedachte „Selbstbestimmungsrecht“

beeinflusste Wilson durch US-amerikanische Waffen und Geld, die zum „Chaos“ mächtig beitrugen. Damit offenbarte er den Maßstab – nicht nur - seiner Außenpolitik: Der Schaden einer Nation hat immer einen „Sinn“, weil er dadurch zum Nutzen der eigenen und der verbündeten Nationen wird.⁹²

Der Interventionskrieg war für die Entente trotzdem nicht erfolglos, weil er demonstrierte, „um welchen Preis die Verabschiedung aus der Welt des Privateigentums nur zu haben ist“ und dass das politische „Lösegeld“ dem Opferstaat damit keineswegs Ruhe beschert. Daher konstatierte Lloyd George 1920, dass es zwar noch nicht gelungen sei, das bürgerlich-demokratische Russland „mit Gewalt wiederherzustellen“, aber er sei „überzeugt, daß wir mit Hilfe des Handels dies tun und so Rußland retten können.“ Die Aufhebung der Blockade sollte dasselbe leisten, wie die Blockade bisher. Den kapitalistischen Händlern wurden aber politische Auflagen erteilt. Sie sollten nur mit den Genossenschaften, nicht mit dem Staat Geschäfte machen, um das staatliche Handelsmonopol zu brechen. Sie forderten weiters, dass ausländische Kapitalisten vom sozialistischen Arbeitsrecht ausgenommen werden sollten - eine Forderung, die sich kein kapitalistischer Staat gefallen lassen würde. Sowjetrußland bekam wegen der politischen Schranken auf dem Weltmarkt nur einen kleinen Teil dessen, was es gewollt und mit Gold und Rohstoffen bezahlt hätte. Bis 1920 war es westlichen Banken verboten, russisches Gold anzunehmen. Mit der vom Westen geäußerten Klage über den „Rückzug Russlands vom Welthandel“ und die Verslossenheit seiner Märkte, bekundete der Westen, dass sein Handel nicht einfach mit einem Gütertausch zu verwechseln war, sondern auf vorteilhafte Bedingungen pochte. Aus Einsicht in den Charakter dieser Handelsangebote verzichtete Sowjetrußland auf die dringend benötigten Güter. Der Handel hielt sich in den folgenden Jahren in engen Grenzen; Haupthandelspartner wurden die Verlierer des Ersten Weltkriegs.⁹³

5.4. Auswirkungen der sowjetrussischen Revolutionsbestrebungen auf Europa

Die seit der Oktoberrevolution ausgegebenen Revolutionsaufrufe verhallten in Europa fast ohne Echo. Erst Ende 1918 setzten Massenstreiks ein, die den, durch die sich abzeichnende Kriegsniederlage verursachten, Zusammenbruch des deutschen Kaiserreichs und der Habsburgermonarchie, beschleunigen sollten. Gründe für die Proteste waren aber keine revolutionären Forderungen, sondern die katastrophalen Kriegsbedingungen. Es folgten aus bolschewistischer Sicht lediglich „nationale Revolutionen“, die zu bürgerlich-kapitalistischen Republiken führten. Den größten Widerhall fanden die Revolutionsaufrufe in Italien. Im

⁹² Vgl. Karl Held, Die Genesis des Hauptfeindes. Historisches zum Ost-West-Gegensatz, 53-55. In: Marxistische Studentenzeitung Nr. 6/1982, 53.

⁹³ Ebd., 54.

September 1918 setzten sich die bolschewismusfreundlichen „Maximalisten“ um Giacinto Serrati gegen die herrschenden „Zentristen“ in der SP durch.⁹⁴ Die SP Italiens erklärte, dass „die sozialistische Gesellschaftsordnung weder durch Dekrete noch durch Parlamentsbeschlüsse oder eine Konstituierende Nationalversammlung errichtet werden könne. [...]“ Das Proletariat müsse „angespornt werden, die politische und wirtschaftliche Macht gewaltsam zu ergreifen. [...]“ Die Russische Revolution wurde als das „herrlichste Ereignis in der Geschichte des Proletariats“ betrachtet, da der „gewaltsame Sturz der bürgerlich-kapitalistischen Herrschaft“ unumgänglich sei. Im Oktober 1919 beschloss der Parteikongress den Beitritt zur im März 1919 gegründeten Komintern. Mit diesem revolutionären Programm trat die SP im November 1919 zur Wahl an – und wurde mit 32 Prozent der Stimmen stärkste Partei. Einige Monate später eroberte sie Mehrheiten in vielen Gemeinden.⁹⁵ Die seit dem Juni 1919 einsetzenden Massenstreiks trugen zur Radikalisierung bei.

5.5. Organisierte Revolutionsversuche

Bereits am 26. Dezember 1917 wurden 2 Millionen Rubel von der Sowjetregierung „für die Bedürfnisse der revolutionären internationalen Bewegung“ bereitgestellt. Im „Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten“ (NKID) wurde dafür eine eigene Abteilung, die „Internationale Sektion“ unter der Leitung von Karl B. Radek eingerichtet. Diese Sektion kann als Vorläufer der Komintern angesehen werden. Sie gab die Zeitschrift „Der Völkerfriede“ heraus, die massenhaft in den Schützengräben verteilt wurde. Weiters organisierte und schulte sie etwa 10 000 deutsche und österreichisch-ungarische Kriegsgefangene. Nach dem Frieden von Brest-Litovsk konzentrierte die Sowjetregierung ihre Revolutionsbestrebungen auf Deutschland, da von dort die größte Gefahr drohte. Deutschland hielt große Teile Russlands besetzt und hatte in der Ukraine und in Finnland sowjetfeindliche Regimes eingesetzt. Lenin erklärte im März 1918, dass es „eine absolute Wahrheit [ist], daß wir ohne deutsche Revolution verloren sind.“ Adolf A. Ioffe wurde als diplomatischer Vertreter nach Berlin entsandt. Seine Gesandtschaft sollte „als Generalstab für eine deutsche Revolution“ dienen, wie er später zugab.⁹⁶ Doch war ihm kein Erfolg beschieden.⁹⁷ Im November 1918 brach das deutsche Kaiserreich, ausgelöst durch einen Matrosenaufstand in Kiel, dem sich die Arbeiterschaft anschloss, zusammen und die Republik wurde gegründet.⁹⁸ Der linke Flügel der USPD, der Spartakusbund, hielt am 30. Dezember 1918 seinen Gründungsparteitag ab und nannte sich fortan „Kommunistische

⁹⁴ Vgl. Braunthal, Internationale, 130f.

⁹⁵ Ebd., 132.

⁹⁶ Ebd., 134.

⁹⁷ Ebd., 137.

⁹⁸ Vgl. Sebastian Haffner, Die deutsche Revolution 1918/19, 79ff. (I. d. F.: Deutsche Revolution).

Partei Deutschlands“ (KPD).⁹⁹ Karl Radek, der am Parteitag anwesend war, hatte die Mehrheit zur Lostrennung von der USPD überzeugen können. Sie glaubten, im Gegensatz zu Rosa Luxemburg, dass die Zeit der Revolution gekommen sei.¹⁰⁰ Anfang Jänner 1919 unternahm der Spartakusbund einen Aufstand für eine Räterepublik, der jedoch blutig niedergeschlagen wurde. Dazu bediente sich der sozialdemokratische Reichswehrminister, Gustav Noske, monarchistischer Freikorps, die im Zuge der Jagd nach Spartakisten am 15. Jänner 1919 Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ermordeten.¹⁰¹

⁹⁹ Ebd., 152f.

¹⁰⁰ Vgl. Braunthal, Internationale, 143.

¹⁰¹ Vgl. Haffner, Deutsche Revolution, 155ff.

6. Die Entwicklung in Österreich bis 1918

6.1. Der „pazifistische“ Schwenk der Habsburger und das Wiederaufleben der SDAP

Die geänderte internationale Situation führte nicht nur bei der SDAP zu einer Umorientierung, auch die kaiserliche Regierung sah ein, dass ein Sieg unmöglich noch zu erringen war, änderte daraufhin ihre Kriegspolitik und suchte nach einer Möglichkeit eines Separatfriedens, wie die Bemühungen des Kaisers und seines Schwagers, Sixtus v. Bourbon-Parma, belegen. Das Bürgertum versuchte zu retten, was noch zu retten war. Durch die Oktoberrevolution und die „über den Osten hereinbrechende sozialistische Welle“ sah Kaiser Karl I. im Februar 1918 überhaupt die monarchistische Herrschaftsform in Frage gestellt, was ihn zum Versuch animierte, den dem Lager der Entente angehörigen rumänischen König Ferdinand v. Hohenzollern-Sigmaringen, mit dem Versprechen, ihm den Thron vor den Sowjetrussen zu retten, ins eigene Lager zu holen. Von den gerade kriegerisch ausgetragenen Gegensätzen absehend, meinte er: „Dies ist eine Zeit, in der die Könige zusammenstehen müssen.“¹⁰²

Die Sozialdemokratie profitierte von der Änderung der innenpolitischen Lage. Der SDAP wurde die Teilnahme an einer geplanten, internationalen Konferenz in Stockholm erlaubt und am 30. Mai 1917 wurde der Reichsrat wieder eröffnet.¹⁰³

6.2. Die Hegemonie der Sozialdemokratie

Der österreichischen Sozialdemokratie gelang es, das linke Spektrum fast vollständig zu integrieren. In der SDAP hatte sich seit Beginn des Krieges eine kleine Gruppe der pazifistischen „Linken“ gegen die Parteiführung um Victor Adler, Engelbert Pernerstorfer, Karl Renner u. a. gewandt. Zur „Linken“ gehörten vor allem Otto Bauer, Friedrich Adler, Robert Danneberg, Max Adler, Gabriele Proft, Therese Schlesinger, u. a. Victor Adler nannte diese „Linken“ eine „internationale Scharfmachergilde“ und „Konservative“, weil sie leidenschaftlich „das Alte“, nämlich den Internationalismus, verteidigen würden. Er sorgte sich nur darum, ob ihnen eine feste Organisation gelingen würde.¹⁰⁴ Engelbert Pernerstorfer charakterisierte 1915 die Kriegskritiker, die er den „Typus Danneberg“ nannte,

¹⁰² Vgl. Hans Hautmann, Sittenbilder aus dem Hause Habsburg im Weltkrieg, 10-14. In: Mitteilungen der Alfred-Klahr-Gesellschaft, Nr. 2/08, 11. (I. d. F.: Mitteilungen der AKG).

¹⁰³ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 34.

¹⁰⁴ Vgl. Franz Strobl, Zur Vorgeschichte der KPÖ, 854-880. In: Weg und Ziel. Monatsschrift für Fragen der Demokratie und des wissenschaftlichen Sozialismus, Nr. 10/1958, 855. (I. d. F.: WuZ).

folgendermaßen: Hängen an „gewissen veralteten Formeln“, insbesondere über den Internationalismus; Akademiker; reiner Rationalist; Jude.¹⁰⁵ Der Parteivorstand stellte sich nach der russischen Februarrevolution vom Kriegs- auf den Friedenskurs um. Hieß es bis vor kurzem noch: „Unser erster Gruß gilt unseren Soldaten!“, so verkündete Victor Adler 1917: „Unser erster Gruß gilt den Siegern der russischen Revolution!“.¹⁰⁶

Die „Linken“ forderten am richtungsweisenden SDAP-Parteitag im Herbst 1917 die durch den Krieg verursachte Krise für den „Sturz der kapitalistischen Klassenherrschaft“ auszunutzen und lehnten „jede Teilnahme an bürgerlichen Regierungen unbedingt ab“ - erklärten aber gleichzeitig, dass sie „nicht die Spaltung der Partei“ anstrebten.¹⁰⁷ Damit rannte der Anführer der „Linken“, Otto Bauer, beim Parteivorstand „offene Türen“ ein, da sich auch die „Rechten“, wie etwa Renner der Kritik nicht grundsätzlich widersetzten.¹⁰⁸ Da nun der Zarismus die „deutsche Kultur“ nicht mehr bedrohe, erübrige sich die „Vaterlandsverteidigung“ und ein „Frieden ohne Annexionen und Kontributionen“ wäre daher möglich.¹⁰⁹ Die SDAP wandte sich nach „links“, womit die „Einheit der Partei um jeden Preis“ gerettet und die „Linken“ wieder an die Partei gebunden wurden.¹¹⁰ Bauer demonstrierte den kriegsmüden Arbeitern, dass ihre politischen Bedürfnisse nicht jenseits, sondern innerhalb der SDAP aufgehoben wären; sie sollten sich um den „marxistischen Flügel der Partei“ scharen. Die „Linken“ hatten sich damit als oppositionelle Gruppe innerhalb der Partei integriert. Nach dem Parteitag konnte von einer „Linken“ in der SDAP nicht mehr die Rede sein.¹¹¹ Auf dem Parteitag 1917 wurde der „Zentrismus“, die Vereinigung zwischen dem, revolutionäres und marxistisches Vokabular verwendenden „Austromarxismus“ und dem Rest der Partei, besiegelt. Der „Zentrismus“ verhinderte die Spaltung der Partei, sicherte den Masseneinfluss und die ideologische Hegemonie und verschaffte damit der österreichischen Sozialdemokratie ihre bedeutende Stellung während der Zwischenkriegszeit.¹¹² Nur die noch kleinere Gruppe der sozialdemokratischen „Linksradikalen“ widersetzte sich weiterhin sowohl der Parteispitze, als auch den Eingemeindungsversuchen Bauers.¹¹³ Diese Gruppe um den sozialdemokratischen Jugendfunktionär Franz Koritschoner, sollte später die KPÖ mitbegründen.¹¹⁴ Ende 1917

¹⁰⁵ Ebd., 856.

¹⁰⁶ Ebd., 867.

¹⁰⁷ Vgl. Hans Hautmann, Die Sozialdemokratie: Der Übergang auf zentristische Positionen, 1-7. In: Mitteilungen der AKG, Nr. 3/2007, 5.

¹⁰⁸ Vgl. Norbert Leser, Zwischen Reformismus und Bolschewismus. Der Austromarxismus als Theorie und Praxis, 128f.

¹⁰⁹ Vgl. Hautmann, Sozialdemokratie, 1-7. In: Mitteilungen der AKG, Nr. 3/2007, 4.

¹¹⁰ Vgl. Historische Kommission beim ZK der KPÖ [Hrsg.], KPÖ, 31.

¹¹¹ Vgl. Keller, Arbeiter- und Soldatenräte, 14.

¹¹² Vgl. Historische Kommission beim ZK der KPÖ [Hrsg.], KPÖ, 32.

¹¹³ Vgl. Johannes Wertheim, Die Föderation revolutionärer Sozialisten „Internationale“. Eine Episode aus der österreichischen Arbeiterbewegung 1918/19, 17-30. In: Arbeitsgruppe Marxismus [Hrsg.], Johannes Wertheim: Die Föderation revolutionärer Sozialisten „Internationale“, 17.

¹¹⁴ Vgl. Historische Kommission beim ZK der KPÖ [Hrsg.], KPÖ, 25.

wurden die „Linksradikalen“ durch den Anschluss dreier kleiner Gruppen - die „Syndikalisten“ um Leo Rothziegel, die dem Anarchismus nahestehende Gruppe um Arnold Baral und die jüdisch-sozialistische „Poale Zion“ um Michael Kohn-Eber - gestärkt.¹¹⁵

Die SDAP betrachtete sich durch den seit 1917 geltenden „Zentrismus“ politisch zwischen Reformismus und Leninismus angesiedelt und daher für beide – konträren! – Strömungen in Österreich zuständig. Im Unterschied zu anderen sozialdemokratischen Parteien meinte die SDAP noch 1927, dass das KPÖ-Programm ohnehin „zu neun Zehntel mit dem eigenen identisch“ sei.¹¹⁶ Mit dieser bemerkenswerten Aussage lehnte die SDAP ein kommunistisches Wahlunterstützungsangebot ab. Die KPÖ erblickte darin die Wandlung der SDAP von einer Klassenkampfpartei in eine „Volkspartei“.¹¹⁷

6.3. Das Ende des Ersten Weltkriegs

Schon vor dem Ersten Weltkrieg war die Habsburgermonarchie mit Notverordnungen regiert worden.¹¹⁸ 1916 hatte der Sohn des sozialdemokratischen Vorsitzenden Victor Adler, Friedrich Adler, aus Protest gegen den Krieg ein tödliches Attentat auf den Ministerpräsidenten Karl Stürgkh verübt.¹¹⁹ Lenin hatte das Attentat als unzweckmäßiges Mittel in der politischen Auseinandersetzung und als die „Verzweiflungstat eines Kautskyaners, der die schwere Arbeit der Tätigkeit gegen die Partei nicht auf sich nehmen wollte“, charakterisiert.¹²⁰

Mit dem, mit den Mittelmächten Deutschland und Österreich-Ungarn, gegen den Willen der Entente, eingegangenen Separatfrieden von Brest-Litovsk, setzten die Bolschewiki eine ihrer zentralen Forderungen, nach einem sofortigen Friedensschluss, einseitig in die Tat um. Durch den Waffenstillstand erhofften sie sich eine „Atempause“ für die Revolution, die sie brauchten, um ihre gerade erst errungene Macht in Russland festigen zu können.¹²¹ In der Donaumonarchie wurden Solidaritätsdemonstrationen für das revolutionäre Russland abgehalten.

Die Oktoberrevolution weckte Hoffnungen auf Frieden und soziale Verbesserungen. Zu Beginn des Jahres 1918 trieb die kriegsbedingte Not und die Auswirkungen des seit 1917

¹¹⁵ Vgl. Hans Hautmann, Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918-1924, 149. (I. d. F.: Rätebewegung).

¹¹⁶ Vgl. Hautmann, Sozialdemokratie, 1-7. In: Mitteilungen der AKG, Nr. 3/2007, 6.

¹¹⁷ Vgl. Johann Koplenig, Reden und Aufsätze 1924-1950, 20. (I. d. F.: Reden).

¹¹⁸ Vgl. Vocelka, Geschichte Österreichs, 250.

¹¹⁹ Ebd., 251.

¹²⁰ Vgl. W. I. Lenin, Brief an Franz Koritschoner vom 25. Oktober 1916. In: LW 35, 218.

¹²¹ Vgl. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU [Hrsg.], Geschichte der KPdSU, 573ff.

geltenden „kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes“, aber auch die vermessenen Gebietsforderungen gegenüber Russland, die Arbeiterinnen und Arbeiter zum „Jänneraufstand“, einer der größten Streikbewegungen in Österreich. Allein in Wien und Niederösterreich streikten 238 000 Menschen.¹²² Die SDAP würgte den Streik allerdings ab. Im Februar 1918 fand ein Aufstand in der österreichischen Marine im Mittelmeerhafen Kotor/Cattaro, im heutigen Montenegro, statt.¹²³ Alle Aufstände wurden niedergeworfen und die Anführer des Marineaufstands hingerichtet. Nach dem Jänner war es nur noch zu vereinzelt Streiks gekommen und nach dem Junistreik 1918, an dem in Wien und Niederösterreich etwa 62 000 Leute teilgenommen hatten, war die Bewegung erlahmt.¹²⁴ Die nationalen Spannungen in der Donaumonarchie setzten sich in der Armee, dem bisherigen Garanten der Monarchie, fort. Desertion und die Auflösung der Armee besiegelten noch vor dem Kriegsende das Ende der Habsburgerherrschaft.¹²⁵

¹²² Vgl. Historische Kommission beim ZK der KPÖ [Hrsg.], KPÖ, 34ff.

¹²³ Vgl. Julius Deutsch, Aus Österreichs Revolution. Militärpolitische Erinnerungen, 6f. (I. d. F.: Österreichs Revolution).

¹²⁴ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 70f.

¹²⁵ Vgl. Vocelka, Geschichte Österreichs, 270.

7. Die Entstehung der österreichischen Kommunistischen Partei

7.1. Kommunistische Vorläufergruppen

Die KP wurde in Österreich noch während der Habsburgerherrschaft und vor der Komintern gegründet. Erste kommunistische Aktivitäten können schon mit dem Jännerstreik 1918 festgemacht werden, da diejenigen Gruppen und Einzelpersonen, die sich gegen das Abwürgen des Jännerstreiks durch die Sozialdemokratie wandten, durchaus schon vor der Formalität der Parteigründung als Kommunisten und Kommunistinnen bezeichnet werden können, da „Entstehungszeiträume“ nicht nur von einem Dokument, sondern vom sozialpolitischen Umfeld abhängen.¹²⁶

Nach dem Jännerstreik waren viele „Linksradikale“, die sich vorübergehend „Revolutionäre Sozialisten Österreichs“ nannten, verhaftet oder an die Front versetzt worden.¹²⁷ So wurden andere in Freiheit verbliebene Klein- und Kleinstgruppen, wie etwa sozialistische Mittelschüler- und Studentenvereinigungen, zu Vorläufern und Gründungsgruppen der KPÖ. Die KP entstand durch den Zusammenschluss von ursprünglich nur zwei Gruppen, welche nur wenige Mitglieder zählten: Der „Kommunistischen Gruppe“ um Karl Steinhardt u. a. - und der studentischen Friedländer-Gruppe.¹²⁸ Angeführt wurde die Gruppe von Elfriede und ihrem Mann Paul Friedländer, sowie Elfriedes Bruder Gerhart Eisler, Karl Frank, u. a. Elfriede Friedländer war nach dem Jännerstreik wegen ihrer Schwangerschaft nicht verhaftet worden.¹²⁹ Die Gruppe um Friedländer wollte eine illegale Kommunistische Partei gründen; wohingegen die „Linksradikalen“ für eine Agitation innerhalb der SDAP waren.¹³⁰

Elfriede Friedländer wurde später unter dem Namen Ruth Fischer bekannt. Geboren wurde sie am 11. Dezember 1895 in Leipzig unter dem Namen Ruth Elfriede Fischer, nach dem Familiennamen ihrer Mutter. Nach der Heirat der Eltern – ihr Vater war der österreichische Philosoph und Privatgelehrte Rudolf Eisler - bekam sie den Namen (Ruth) Elfriede Eisler. 1901 übersiedelte die Familie nach Wien. Nach der Heirat mit Paul Friedländer nahm sie den Namen Elfriede Friedländer an und nach der Übersiedlung nach Deutschland im Herbst 1919 und dem Übertritt in die KPD nannte sie sich Ruth Fischer. Sie startete eine steile Karriere und wurde 1924/25, gemeinsam mit ihrem Lebensgefährten Arkadij Maslov, gegen den Willen der Komintern, Vorsitzende der KPD. Das Führungsduo verfolgte einen

¹²⁶ Vgl. Eduard Rabofsky, Parteigeschichte und Widerstand, 350-353. In: Weg und Ziel. Monatsschrift für Theorie und Praxis des Marxismus-Leninismus, Nr. 9/1990, 350.

¹²⁷ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 64.

¹²⁸ Vgl. Historische Kommission beim ZK der KPÖ [Hrsg.], KPÖ, 44.

¹²⁹ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 65f.

¹³⁰ Ebd., 67f.

„ultralinken“ Kurs, der sie in zunehmenden Konflikt mit der Komintern und schließlich 1926 zum Ausschluss aus der KPD brachte.¹³¹ Sie blieb aber bis 1928 KPD-Reichstagsangeordnete. Während Friedländer als Pädagogin tätig war, versuchte sie wieder in die KPD aufgenommen zu werden, was ihr aber nicht gelang. In den 1930er Jahren sympathisierte sie mit dem Trotzismus. Seit Beginn der 1940er Jahre führte sie, in den USA und später in Frankreich lebend, einen publizistischen Kampf gegen den Stalinismus.¹³² Das führte in der McCarthy-Ära dazu, dass ihre Brüder Gerhart und Hanns, die sich ebenfalls in den USA aufhielten, in Haft genommen bzw. ausgewiesen wurden.

Ihre Brüder waren der Komponist Hanns Eisler (1898-1962), der Verfasser der Nationalhymne der DDR und der Publizist Gerhart Eisler. Gerhart Eisler, geboren am 20. Februar 1897, gehörte ebenfalls zur Friedländer-Gruppe und war für die KP-Publikationen mitverantwortlich. Die 1921 vollzogene Übersiedlung nach Berlin, bedeutete den Wechsel von der KPÖ zur KPD. Gerhart Eisler wurde später Beauftragter der Komintern für China und die USA, bevor er sich schlussendlich als SED-Politiker in der DDR niederließ. Er starb am 21. März 1968.

Aus den wenigen Angaben aus dem Personalakt der Komintern über Paul Friedländer geht hervor, dass er am 2. Juli 1891 in Baden bei Wien geboren wurde. 1926 übersiedelte er nach Deutschland und wechselte damit von der KPÖ zur KPD. Der Journalist arbeitete für zahlreiche Medien und schrieb auch für die „Inprekorr“ der Komintern. Offenbar gelang ihm nach dem Machtantritt der Nazis die Flucht nach Frankreich, wo er weiterhin politisch aktiv war. 1941 wurde Paul Friedländer in Auschwitz ermordet.

Nach der erfolgten Parteigründung schlossen sich noch andere kleinere linke Gruppen, deren Führungspersonen in der Arbeiterbewegung meist unbekannt waren, der KP an. Die „Linksradikalen“ um Franz Koritschoner traten der KPD im Dezember 1918 bei und werteten die Partei damit auf. Koritschoner war einer der wenigen nicht ganz Unbekannten.¹³³

Franz Koritschoner zählte bis Mitte der 1920er Jahre zu den führenden Personen der KPÖ. Er war mit dem Ökonomen Rudolf Hilferding, dessen bekanntes Werk „Das Finanzkapital“ 1910 erschienen war, verwandt. Hilferding war Mitglied der USPD und Chefredakteur ihres

¹³¹ Vgl. Annelie Schalm, Ruth Fischer – eine Frau im Umbruch des internationalen Kommunismus 1920-1927, 129-147. In: Michael Buckmiller, Klaus Meschkat [Hrsg.], Biographisches Handbuch zur Geschichte der Kommunistischen Internationale. Ein deutsch-russisches Forschungsprojekt, 136ff. (I. d. F.: Biographisches Handbuch).

¹³² Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 66.

¹³³ Vgl. Keller, Arbeiter- und Soldatenräte, 13.

Zentralorgans. Nach der Wiedervereinigung der USPD mit der SPD wurde Hilferding einer ihrer Abgeordneten und 1923 und 1928/29 avancierte er zum SPD-Finanzminister. Sein Neffe, Franz Koritschoner, wurde in Wien, am 23. Februar 1892 in wohlhabenden Verhältnissen geboren und brachte es schon in jungen Jahren zum Direktor einer Länderbankfiliale. Sein Großvater war ein Mitbegründer der Länderbank. Koritschoner kündigte nach Kriegsbeginn die Stelle, wurde als Kriegsgegner „Berufsrevolutionär“ und engagierte sich im „Bildungsverein Karl Marx“ und im „Aktionskomitee der linksradikalen Sozialdemokraten“, deren führendes Mitglied er wurde.¹³⁴ Bereits 1911 lernte Koritschoner Bucharin kennen, der bis 1913 in Wien lebte und der zur Herausbildung einer kriegsgegnerischen Linken beitrug.¹³⁵ Koritschoner war Delegierter der Linksradikalen auf der Konferenz von Kienthal 1916, wo er – erst nach dem Ende der Konferenz - mit Lenin und Radek zusammentraf.¹³⁶ Koritschoner übertrug Lenin die Vertretung der österreichischen „Linksradikalen“ im Ausland.¹³⁷ Der Kontakt zu Lenin blieb bis zu dessen Rückreise nach Russland im März 1917 aufrecht.¹³⁸ In einem Brief an Nikolaj I. Bucharin lobte Lenin Koritschoner, da mit ihm „offensichtlich im Sinne bolschewistischer Propaganda ernsthaft gearbeitet worden“ ist und Koritschoner deswegen „große Hoffnungen“ erwecke.¹³⁹ Koritschoner, der Kontakte zu deutschen Linksradikalen pflegte, gehörte im Jännerstreik dem illegalen Arbeiterrat an und saß von März bis Oktober 1918 im Gefängnis. Koritschoner war Chefredakteur der Parteizeitung, der „Roten Fahne“ und gehörte bis zum 7. Parteitag 1924 der Parteileitung an, wo er gemeinsam mit Johannes Wertheim zum „ultralinken“ Flügel zählte. Bis 1926 beteiligte er sich an den parteiinternen Fraktionskämpfen. 1921 vertrat er die KPÖ auf dem III. Kongress der Komintern und auf der Konferenz des erweiterten „Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale“ (EKKI) im Juni 1923.¹⁴⁰ Mit der zunehmenden „Bolschewisierung“ verlor er an Einfluss, da die „ultralinken“ Revolutionsbestrebungen dem sowjetischen Sicherheitsbedürfnis weichen mussten. Bucharin berief Koritschoner 1928 zur Mitarbeit in der „Roten Gewerkschaftsinternationale“ (RGI) nach Moskau.¹⁴¹ Er wurde einer der engsten Mitarbeiter von Solomon A. Lozovskij, dem Leiter der RGI. Im April 1936 wurde als erster prominenter KPÖ-Funktionär vom NKVD verhaftet und zu drei Jahren Zwangsarbeitslager verurteilt. Als er dagegen Berufung einlegte

¹³⁴ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 24.

¹³⁵ Vgl. Emily Rosdolsky, Franz Koritschoner, 69-76. In: Memorial Österreich [Hrsg.], Österreichische Stalin-Opfer, 71. (I. d. F.: Stalin-Opfer).

¹³⁶ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 27.

¹³⁷ Vgl. Strobl, Vorgeschichte, 854-880. In: Wuz, Nr. 10/1958, 873.

¹³⁸ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 28.

¹³⁹ Vgl. W. I. Lenin, Brief an Bucharin, 14.10.1916, 304-308. In: Lenin-Briefe, Band 4 (August 1914-Oktober 1917), 306.

¹⁴⁰ Vgl. Hans Schafranek, 405 Kurzbiographien österreichischer Stalin-Opfer (1933-1939), 161-244. In: Hans Schafranek [Hrsg.], Die Betrogenen. Österreicher als Opfer stalinistischer Terrors in der Sowjetunion, 200. (I. d. F.: Die Betrogenen).

¹⁴¹ Vgl. Fritz Keller, Gegen den Strom. Fraktionskämpfe in der KPÖ – Trotzlisten und andere Gruppen 1919-1945, 76. (I. d. F.: Fraktionskämpfe).

wurde seine Haft auf zehn Jahre verlängert. Im Zuge des deutsch-sowjetischen Freundschaftsvertrags von 1939 beschlossen die Sowjetbehörden im September 1940 seine Auslieferung an NS-Deutschland. Die Gestapo zeigte großes Interesse an (ehemaligen) Führungskadern der KPÖ.¹⁴² Am 7. April 1941 wurde er von den sowjetischen Behörden, zusammen mit etwa vierzig anderen Personen an der deutsch-sowjetischen Grenze bei Lublin an die Gestapo ausgeliefert.¹⁴³ Die Sowjetunion nahm durch die Auslieferung seinen sicheren Tod in Kauf.¹⁴⁴ Die Gestapo brachte ihn als Sonderhäftling zurück nach Wien, wo er mehrere Wochen in der Gestapo-Zentrale am Morzinplatz verhört und gefoltert wurde. Danach wurde er im Polizeigefangenenhaus und im Landesgericht inhaftiert, wo er noch einigen kommunistischen Mitgefangenen über seine Erlebnisse berichten konnte.¹⁴⁵ Koritschoner versicherte ihnen gegenüber seine unerschütterliche Treue zur Sowjetunion und glaubte, dass nach dem Krieg ein Parteitag der KPdSU diese Entwicklungen, die er für Irrtümer hielt, aufklären und die zu Unrecht Verurteilten rehabilitieren würde.¹⁴⁶ Am 7. Juni wurde er ins KZ Auschwitz überstellt, wo er am 8. Juni 1941 ermordet wurde.¹⁴⁷

Eine weitere führende Gründungsgruppe war die teilweise anarchosyndikalistische und antimilitaristische „Föderation revolutionärer Sozialisten/Internationale“ (FRSI) um den Deserteur Leo Rothziegel und Johannes Wertheim. Die FRSI hatte in ihrer kurzen Existenz mehr Einfluss, als die KP.¹⁴⁸ Sie schloss sich erst Ende Mai 1919 formell der KP an.¹⁴⁹ Eine enge Zusammenarbeit gab es bereits seit Jahresbeginn, obwohl die FRSI es ablehnte, „den russischen Kommunismus fix und fertig auf unsere Verhältnisse zu übertragen [...]“.¹⁵⁰ Der Dichter Franz Werfel zählte kurzzeitig zu den Sympathisanten der Roten Garde als auch der FRSI, vor der er Dichterlesungen hielt.¹⁵¹ Johannes Wertheim wurde am 14. Mai 1888 in Wien geboren. Nach dem Studium arbeitete er als Lehrer und Schriftsteller. Er beteiligte sich am Jännerstreik und kam in Untersuchungshaft. 1919 gehörte er dem „Direktorium“ der KPÖ an. Danach war er für die Parteipresse verantwortlich und betätigte sich als Verleger. Nach dem 5. Parteitag 1922 gehörte er nicht mehr der Parteileitung an. 1934 floh er mit seiner ebenfalls in der KP aktiven Frau, Hilde Wertheim, nach Zürich und ging später nach Frankreich. Wertheim wurde Beauftragter der Komintern für das Verlagswesen in den

¹⁴² Vgl. Hans Schafranek, Zwischen NKWD und Gestapo. Die Auslieferung deutscher und österreichischer Antifaschisten aus der Sowjetunion an Nazideutschland 1937-1941, 76. (I. d. F.: NKWD und Gestapo).

¹⁴³ Vgl. Rosdolsky, Franz Koritschoner, 69-76. In: Memorial Österreich [Hrsg.], Stalin-Opfer, 69.

¹⁴⁴ Vgl. Winfried R. Garscha, Die KPÖ und die Stalinschen Repressalien, 510-513. In: Weg und Ziel. Monatsschrift für Theorie und Praxis des Marxismus-Leninismus, Nr. 12/1989, 513.

¹⁴⁵ Vgl. Schafranek, NKWD und Gestapo, 77.

¹⁴⁶ Vgl. Historische Kommission beim ZK der KPÖ [Hrsg.], KPÖ, 244.

¹⁴⁷ Vgl. Schafranek, 405 Kurzbiographien, 161-244. In: Schafranek [Hrsg.], Die Betrogenen, 201.

¹⁴⁸ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 89.

¹⁴⁹ Vgl. Wertheim, Die Föderation, 17-30. In: Arbeitsgruppe Marxismus [Hrsg.], Johannes Wertheim: Die Föderation revolutionärer Sozialisten „Internationale“, 30.

¹⁵⁰ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 92.

¹⁵¹ Ebd., 99.

nichtfaschistischen Ländern.¹⁵² 1941 wurde er in Frankreich interniert und im September 1942 nach Auschwitz deportiert, wo er ermordet wurde.¹⁵³

Anfang 1921 stieß eine aus der SDAP ausgeschlossene Gruppe von Arbeiterräten um den ehemaligen Redakteur der „Arbeiter-Zeitung“ und Vorsitzender des Soldatenrats, Josef Frey, zur Partei.¹⁵⁴

Die jüdische sozialistische Gruppe „Poale Zion“, die mit den „Linksradiakalen“ zusammenarbeitete, näherte sich zuerst der FRSI an und ging nach der Vereinigung in der KP auf.¹⁵⁵ Diese um die Jahrhundertwende in Wien entstandene Gruppe, die ein Naheverhältnis zur SDAP hatte, wollte den Zionismus mit dem Sozialismus verbinden. Im April 1919 erlangten die vom Bolschewismus beeinflussten Linken um Michael Kohn-Eber und Hersch Nagler innerhalb der Gruppe die Mehrheit. Daraufhin benannte sie sich in „Jüdische sozialistische Arbeiterpartei Poale Zion“ um, brach mit der Sozialdemokratie und sagte sich vom Zionismus los.¹⁵⁶ Die Gruppe bekannte sich zur Komintern. Hersch Nagler übersiedelte 1923 in die Sowjetunion und wurde Leiter der Devisenabteilung im Volkskommissariat für Finanzen. 1937 wurde er verhaftet, jedoch 1939 freigelassen. 1945 kehrte er nach Österreich zurück, wo er dem ZK der KPÖ angehörte.¹⁵⁷

Im November 1918 gründete sich zunächst unabhängig von der KP der „Verband der kommunistischen Proletarierjugend“, der sich kurz darauf der KP als „Kommunistischer Jugendverband Österreichs“ (KJVÖ) anschloss. Geleitet wurde er von Maximilian Lazarowitsch, der später von den Nazis ermordet wurde und Richard Schüller sowie Friedrich Hexmann.¹⁵⁸ Zu den Gründern und Leitern gehörte auch der 1904 geborene Physiker Franz Quittner, der seit den 1930er Jahren in der Sowjetunion lebte und 1938 erschossen wurde. Seine Frau Genia Quittner, geborene Lande, war Mitglied des Exekutivkomitees (EK) der Kommunistischen Jugendinternationale.¹⁵⁹ Der 1901 geborene Franz Kunert gehörte ebenfalls zu den Mitbegründern des KJV und der KP. Er arbeitete im Wiener Sekretariat der Kommunistischen Balkanföderation unter der Leitung von Georgi

¹⁵² Vgl. Georges Wertheim, Die Odyssee eines Verlegers. In memoriam Dr. Johannes Wertheim (1888-1942), 204-229. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands [Hrsg.], Jahrbuch 1996, 209.

¹⁵³ Ebd., 210f.

¹⁵⁴ Vgl. Josef Ehmer, Die Kommunistische Partei Österreichs, 218-230. In: Tálos u. a. [Hrsg.], Handbuch, 219.

¹⁵⁵ Vgl. Herbert Steiner, Die Kommunistische Partei, 317-329. In: Erika Weinzierl, Kurt Skalnik [Hrsg.], Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik, 317. (I. d. F.: Österreich 1918-1938).

¹⁵⁶ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 167.

¹⁵⁷ Vgl. Schafranek, 405 Kurzbiographien, 161-244. In: Schafranek [Hrsg.], Die Betrogenen, 210.

¹⁵⁸ Vgl. Historische Kommission beim ZK der KPÖ [Hrsg.], Aus der Vergangenheit der KPÖ, 88.

¹⁵⁹ Vgl. Schafranek, 405 Kurzbiographien, 161-244. In: Schafranek [Hrsg.], Die Betrogenen, 216.

Dimitrov und pendelte zwischen Deutschland, der Sowjetunion und dem Balkan hin und her, wo er auch für illegale Aktionen aktiv war.¹⁶⁰

Seit dem 1. November 1918 existierte die der FRSI nahe stehende bewaffnete Formation „Rote Garde“ unter der Leitung des Journalisten und Oberleutnants Egon Erwin Kisch.¹⁶¹ Kisch war bis Ende März 1919 Rotgardist und Redakteur der FRSI-Zeitung „Der freie Arbeiter“.¹⁶² Darin charakterisierte Kisch die Rote Garde: Sie sollte „die Revolution schützen, die Republik [...] bewahren vor Republikanern, die zu ihrem Kaiser in Hofautomobilen hinausfahren. Ihr Programm war weiters, den `Revolutionären` zu sagen, dass ein Prälat kein besonders geeigneter Vorsitzender für sie sei und die blutrünstigen `Heil`-Brüder keine empfehlenswerte Gesellschaft [...]“ wäre.¹⁶³ Die Rote Garde war gegen die als „Blutsteuer“ bezeichnete Wehrpflicht und forderte daher: „Kein neuer Militarismus, sondern Bewaffnung [des Proletariats] gegen den Militarismus!“¹⁶⁴ Der ehemalige k. k. Offizier und nunmehrige Unterstaatssekretär für das Heerwesen, Julius Deutsch, warf der Roten Garde in Verkennung ihrer Kriegsgegnerschaft vor, dass sie „den alten militaristischen Geist in roter Verkleidung neu aufleben lassen wollte und dessen Ziel es schließlich werden mußte, den Glauben an die Gewalt zum Fetisch jedes proletarischen Fortschritts zu erheben.“¹⁶⁵ Bekannte Mitglieder der anfangs etwa 200 Soldaten umfassenden Truppe waren neben Kisch, die FRSI-Kader Johannes Wertheim und Leo Rothziegel.

Die Gründung der Volkswehr am 4. November 1918 war eine Reaktion auf die Existenz der Roten Garde, damit der sozialdemokratische Einfluss unter den Soldaten erhalten blieb.¹⁶⁶ Die Rote Garde machte sich in den ersten Wochen durch Requirierungen bekannt. Nachdem Deutsch der Roten Garde die Stiftskaserne als Quartier anbot, verschwand sie aus dem Wiener Stadtbild. Mitte November umfasste sie etwa 700 Soldaten, später waren es noch 400.¹⁶⁷ Am 11. November 1918 lieferte sie ihre wohl spektakulärste Aktion. Sie wollte die Kaiserfamilie in Schönbrunn verhaften oder zumindest die Hofburg besetzen, doch verweigerte Julius Deutsch den Befehl dazu und schickte die Rote Garde zur Ablenkung zum kaiserlichen Wiener Militärkommando.¹⁶⁸ Deutsch inspizierte die Besetzung des Militärkommandos – und schickte die Rote Garde anschließend nach Hause.¹⁶⁹ Um einen

¹⁶⁰ Ebd., 202.

¹⁶¹ Vgl. Karl Glaubauf, Die Volkswehr 1918-1920 und die Gründung der Republik (=Österreichische Militärgeschichte, Sonderband-Folge 1), 65. (I. d. F.: Volkswehr).

¹⁶² Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 90.

¹⁶³ Ebd., 99.

¹⁶⁴ Ebd., 118.

¹⁶⁵ Vgl. Deutsch, Österreichs Revolution, 117.

¹⁶⁶ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 95.

¹⁶⁷ Ebd., 96f.

¹⁶⁸ Vgl. Glaubauf, Volkswehr, 68.

¹⁶⁹ Vgl. Deutsch, Österreichs Revolution, 38f.

sozialdemokratischen Einfluss auf den energischen Haufen zu erlangen, setzte er den ehemaligen Redakteur der „Arbeiter-Zeitung“, Josef Frey, als Kommandanten, anstelle von Kisch ein.¹⁷⁰ Kisch wurde stattdessen Vorsitzender des Soldatenrats.¹⁷¹ Deutsch, der Rothziegel für einen „ehrlichen Phantasten und glühenden Revolutionär“ hielt, trachtete danach, die Rote Garde in die Volkswehr zu integrieren, denn „dann würden sich schon Mittel und Wege finden, sie ihrer Gefährlichkeit zu berauben.“¹⁷² Deutsch hielt der Roten Garde nur zugute, dass sie Abwechslung und Leben in die Revolution gebracht habe.¹⁷³ Friedrich Adler, der mit dem Ehrenpräsidentenamt betraut werden sollte, machte seine Haltung gegenüber der Roten Garde von der Nichtduldung kommunistischer Elemente abhängig.¹⁷⁴ Die Rote Garde wurde als „Volkwehrebataillon 41“ (VB 41) in die Volkswehr eingegliedert.¹⁷⁵ Sie wurde aber nicht auf Deutschösterreich vereidigt; Rothziegel ließ sie auf die III. Internationale geloben.¹⁷⁶ Später wurden die „41er“ durch die Aufteilung auf mehrere Quartiere organisatorisch aufgespalten.¹⁷⁷

Die wohl gewichtigste Basis hatte die KPDÖ unter den ehemaligen Kriegsgefangenen in Russland um Karl Toman, Johann Koplénig, Leopold Forst, Josef Grün, Gilbert Melcher, Heinrich Brodnig u. a. Ihnen war nach der Oktoberrevolution die Freiheit gewährt worden. Denjenigen unter ihnen, die mit den Bolschewiki sympathisierten, wurde die Bildung von ausländischen Gruppen bei der KPR (B) gestattet und sie wurden in eigenen Sowjets der ehemaligen Kriegsgefangenen organisiert.

7.2. Die Gründung der KPÖ

Im Unterschied zu Deutschland, wo die aus dem Spartakusbund hervorgegangene KPD ein selbständiger Teil der Arbeiterbewegung war, wurde die Gründung der KPÖ, wie auch die der ungarischen KP, durch Initiativen sowjetrussischer Vertreter eingeleitet. Deren Aufgabe war die Einflussnahme auf die Politik in Österreich im Geist des „Klassenkampfes“ unter der Losung der „Diktatur des europäischen Proletariats“. Neben Geld erhielt die KPÖ von Anfang an Direktiven aus Moskau. Wer keine „zielklare revolutionäre Gesinnung“ an den Tag legte oder „zwischen sozialdemokratischen und anarchistischen Weltanschauungen hin und her pendelte“ wurde nicht in die Partei aufgenommen, da es den Gründern „vor allem auf die

¹⁷⁰ Ebd., 40.

¹⁷¹ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 100.

¹⁷² Vgl. Deutsch, Österreichs Revolution, 36.

¹⁷³ Vgl. Keller, Arbeiter- und Soldatenräte, 18.

¹⁷⁴ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 102.

¹⁷⁵ Vgl. Deutsch, Österreichs Revolution, 54.

¹⁷⁶ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 115.

¹⁷⁷ Vgl. Rudolf Neck, Sozialdemokratie, 225-248. In: Weinzierl, Skalnik [Hrsg.], Österreich 1918-1938, 232.

sichere und ungestörte politische Aktionsfähigkeit der Partei ankam“.¹⁷⁸ Friedrich Adler spöttelte in einem Brief an Trockij, dass sich russisches Geld in Österreich erst eine Partei sucht.¹⁷⁹ Weil die KP kein Spaltprodukt der SP war und ihr eine Abspaltung nennenswerter SP-Teile nicht gelang, dümpelte sie in der Parteienlandschaft als Rand- und Kleinpartei herum, die erst 1934 in der Illegalität aus der Bedeutungslosigkeit herauskommen sollte.¹⁸⁰ Trotz der ungünstigen Ausgangsbedingungen für die KP war die SDAP über eine mögliche Spaltung und eine Ausartung des Richtungsstreits in einen „Bruderkrieg“ besorgt.¹⁸¹

Die Gründung der KPÖ unter der Bezeichnung „Kommunistische Partei Deutschösterreichs“ (KPDÖ) erfolgte am 3. November 1918.¹⁸² Die österreichische KP zählt nach der russischen und der finnischen KP zu den ältesten Kommunistischen Parteien der Welt. Allerdings wurden viele Kommunistische Parteien im Zeitraum von 1918 bis 1920 gegründet. Bis zum Beginn der 1920er Jahre wurden die wesentlichsten Parteien ins Leben gerufen. Die verhältnismäßig mächtige KPD wurde am 30. Dezember 1918 durch den Zusammenschluss der Bremer „Internationalen Kommunisten“ und des Spartakusbundes gegründet.¹⁸³

An der Gründungskonferenz, die in den Eichensälen in Wien-Favoriten abgehalten wurde, nahmen nachweislich Leo B. Suniza, Filip Filipovič, das Ehepaar Friedländer, die Mitglieder der „Kommunistischen Gruppe“, wie Karl Steinhardt, Otto Maschl, Jakob Riehs, Johann Eichinger, sowie Sacher und Mönch, deren Vornamen nicht bekannt sind, teil. (Die Komintern-Akten enthalten eine Personenkartei über eine 1897 geborene österreichisch-tschechische Fabrikarbeiterin namens Anna Wenzel Mönch, um die es sich bei letzterer Person wahrscheinlich handeln dürfte). Die genaue Anzahl der Teilnehmenden ist nicht mehr zu eruieren. Der Metallarbeiter Riehs wurde zum Vorsitzenden gewählt und Steinhardt hielt das Hauptreferat und stellte die Gründungsanträge.¹⁸⁴ Der Vorsitzposten war aber nicht die wichtigste Funktion; die eigentliche Führungsperson war Steinhardt. Er forderte „an Stelle der bürgerlichen Umwälzung [...] die soziale [...]“ und darum den Kampf gegen die Sozialdemokratie. Dieser Kampf könne nur durch eine eigenständige Organisation - eine Kommunistische Partei - geführt werden. Steinhardt schloss sein Referat mit der Hoffnung: „Zwar sind wir noch wenig, aber unsere russischen Genossen waren auch eine kleine Gruppe [...]“. Nach der Wahl von Vertrauensleuten und des Organisationskomitees unter der

¹⁷⁸ Vgl. Gerhard Botz, Beiträge zur Geschichte der politischen Gewalttaten in Österreich von 1918 bis 1933 [Dissertation], 55. (I. d. F.: Gewalttaten).

¹⁷⁹ Vgl. Edgard Haider, Die österreichisch-sowjetischen Beziehungen 1918-1938 [Dissertation], 338. (I. d. F.: Österreichisch-sowjetische Beziehungen).

¹⁸⁰ Vgl. Maderthaler, Sozialdemokratie, 177-194. In: Tálos u.a. [Hrsg.], Handbuch, 182.

¹⁸¹ Vgl. Braunthal, Internationale, 159.

¹⁸² Vgl. Historische Kommission beim ZK der KPÖ [Hrsg.], KPÖ, 43.

¹⁸³ Vgl. Margarete Buber-Neumann, Kriegsschauplätze der Weltrevolution. Ein Bericht aus der Praxis der Komintern 1919-1943, 13f. (I. d. F.: Kriegsschauplätze).

¹⁸⁴ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 80.

Leitung Steinhardts war die Partei gegründet.¹⁸⁵ Leo Suniza, ein enger Freund Bucharins, hielt das Schlussreferat als offizieller Vertreter Sowjetrusslands.¹⁸⁶ Quartier wurde in einem Dachatelier am Stubenring 2 bezogen. Ein zweites Parteilokal wurde in Wien-Alsergrund, in der Pulverturm-gasse 7 eingerichtet. Von Anfang an wurden massenhaft Flugblätter unter Arbeiterinnen und Arbeitern, Arbeitslosen und Soldaten verteilt, beseelt von der Hoffnung „in kürzester Zeit können und müssen wir mächtig genug sein, ohne Widerstand die kommunistische Republik zu gründen [...]“.¹⁸⁷ Gegründet wurde die KPDÖ als Gegenpartei zur SDAP, um die Hegemonie der Sozialdemokratie durch massenhafte Aufklärung, etwa über den Parlamentarismus als „Irreführung der Massen“, brechen zu können.¹⁸⁸

Als Vorsitzenden wollte die KPDÖ ursprünglich den am 2. November 1918 aus der Haft entlassenen Friedrich Adler gewinnen.¹⁸⁹ Koritschoner und Anna Ströhmer, ebenfalls eine Linksradikale, waren noch am selben Tag an Adler herantreten. Adler, der wegen seines Attentats auf Stürgkh zuerst zum Tode und dann zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt worden war, war 1918 begnadigt worden. Am 14. Dezember 1918 erhielt Adler folgendes Glückwunschtelegramm: „Der Kongreß der Sowjets des Gouvernements Jaroslawl begrüßt Sie, Genossen Adler und in ihrer Person das gesamte österreichische Proletariat und arme Bauern-tum. Glaubt an den endgültigen Sieg der Weltrevolution und wartet mit Ungeduld auf den Augenblick, wo unter ihrer Leitung auf den Trümmern des österreichischen Kapitals die kommunistische Gesellschaft triumphieren wird. [...]“.¹⁹⁰ Doch lehnte Adler den KP-Vorsitz ab und sein Entschluss, in der SDAP zu bleiben, verhinderte einen Abfall des linken Flügels und sicherte somit die Hegemonie der Sozialdemokratie ab.¹⁹¹ Adler versuchte, Koritschoner und die „Linksradikalen“ vom Beitritt zur KP abzuhalten.¹⁹² Die Frage der politischen Orientierung war stark an bekannte Personen gekoppelt, weswegen die SDAP gespannt der Entscheidung der Galionsfigur der Linken har-te. Seinen ersten öffentlichen Auftritt nach der Haft absolvierte er vor der Roten Garde. Hätte sich Friedrich Adler gegen einen Verbleib in der SP entschieden, so wäre ihm der linke Flügel gefolgt und die Hegemonie der SP wäre zerbrochen, meint Julius Deutsch.¹⁹³

¹⁸⁵ Ebd., 81.

¹⁸⁶ Vgl. Schafranek, 405 Kurzbiographien, 161-244. In: Schafranek [Hrsg.], Die Betrogenen, 206.

¹⁸⁷ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 82.

¹⁸⁸ Vgl. Gärtner, KPÖ, 20.

¹⁸⁹ Vgl. Autorenkollektiv der Historischen Kommission beim ZK der KPÖ [Hrsg.], Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs 1918-1955. Kurzer Abriss, 29. (I. d. F.: Kurzer Abriss).

¹⁹⁰ Vgl. Haider, Österreichisch-sowjetische Beziehungen, 337.

¹⁹¹ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 78.

¹⁹² Vgl. Rosdolsky, Franz Koritschoner, 69-76. In: Memorial Österreich [Hrsg.], Stalin-Opfer, 74.

¹⁹³ Vgl. Deutsch, Österreichs Revolution, 45.

7.3. Erste propagandistische Aktionen

Die KP trat mit einer spektakulären Aktion am 12. November 1918 in Erscheinung. Sie wollte die Ausrufung der Republik nutzen, um für eine sozialistische Republik zu werben. Nachdem Karl Seitz vor dem Parlament die Republik ausgerufen hatte, wandte sich Steinhardt mit der Forderung nach einer Arbeiter- und Bauernregierung an die Menge und wollte diese Forderung in Begleitung von Rotgardisten beim Staatsrat deponieren. Einige hundert Soldaten wollten sich Zutritt zum Parlament verschaffen. Im Zuge des Chaos – man hielt das Runterlassen der Rollläden für Maschinengewehrfeuer – fielen Schüsse. Zuvor schon hatten Rotgardisten den weißen Streifen aus der rot-weiß-roten Fahne gerissen, da diese, laut dem Historiker Gerhard Botz, „aufreizend“ wirkte.¹⁹⁴ Die Folgen der Kundgebung bei der Ausrufung der Republik und der anschließenden Tumulte waren zwei Tote und über 40 Verletzte.¹⁹⁵ Koritschoner wurde bei der Aktion von einer Kugel im Hüftgelenk getroffen.¹⁹⁶ Toman erklärte auf dem 1. Parteitag, dass es auch „den Bolschewiki [...] nicht gleich gelungen [ist], ihre Wünsche durchzusetzen, so wie es auch uns nicht möglich war, bereits am 12. November etwas zu erreichen.“ Doch haben die Ereignisse „uns jedenfalls bekannt gemacht und gezeigt, daß wir revolutionäre Energie haben“.¹⁹⁷

Eine weitere spektakuläre Aktion lieferte die KP-Führung, Teile der Roten Garden und der Volkswehr am selben Tag, als sie die Redaktion der „Neuen Freien Presse“ besetzten.¹⁹⁸ Die Zeitung sollte ab nun „unter der politischen Kontrolle der kommunistischen Partei erscheinen“.¹⁹⁹ Es erschienen zwei Sonderausgaben, doch zog die KP nach Verhandlungen abends ab. Für Friedrich Adler war diese Besetzung eine „dumme Operette“. Am 14. November wurden Steinhardt und Elfriede Friedländer wegen des Verdachts auf Hochverrat verhaftet. Suniza und Fillipovič wurden ebenfalls festgenommen.²⁰⁰ Steinhardt und Friedländer wurden nach drei Wochen wieder entlassen. Laut Steinhardt drohten „agrарische Abgeordnete“, Lebensmittellieferungen nach Wien einzustellen, wenn die kommunistischen Rädelsführer nicht „an die Wand gestellt“ würden. Dieses Ansinnen wurde von der Sozialdemokratie als zu weitgehend abgelehnt.²⁰¹

¹⁹⁴ Vgl. Botz, Gewalttaten, 59ff.

¹⁹⁵ Ebd., 63.

¹⁹⁶ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 84.

¹⁹⁷ Vgl. Botz, Gewalttaten, 64.

¹⁹⁸ Vgl. Historische Kommission beim ZK der KPÖ [Hrsg.], KPÖ, 44.

¹⁹⁹ Vgl. Neue Freie Presse, Morgenblatt, 13.12.1918, 1. (I. d. F.: NFP).

²⁰⁰ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 86.

²⁰¹ Vgl. J. Gruber [Karl Steinhardt], Bericht des Genossen J. Gruber, 75-79. In: Die KI. Organ des EKKI, Nr. 3 (1919), 77.

Die KPDÖ glich anfangs keineswegs einer gefestigten bolschewistischen Partei, sondern eher einer losen Bewegung, mit unterschiedlichen und – wie die Fraktionskämpfe offenbaren sollten - teils widersprüchlichen politischen Vorstellungen. Sie beeindruckte am ehesten die radikalisierten Schichten, die eine baldige Revolution erwarteten und trat als intensiv tätige „revolutionäre Propagandagruppe“ auf. Fast täglich fanden Diskussionsveranstaltungen der KP in Wiener Gasthäusern statt, die in den ersten Wochen jedoch schwach besucht waren. Hauptredner waren Steinhardt, Riehs, Maschl, das Ehepaar Friedländer und Berthold Awin-Grad.²⁰²

Die KP war die Partei der Ungeduldigen, die ihre Basis unter Kriegsheimkehrern, sowie Arbeits- und Obdachlosen hatte. Die KP trat als Vertretung der untersten Schichten, dem „Lumpenproletariat“, auf, da ihr ein Einbruch in das fest in der SDAP organisierte Industrieproletariat nicht gelang. In den Räten der Arbeitslosen gewann sie zeitweise mehr Mandate als die SP. Während der sozialrevolutionären Zeit im Frühjahr 1919 fiel die Partei durch die Stimmung „aufpeitschenden“ Aktivitäten auf, deren Höhepunkt der von der Partei angeführte Widerstand gegen den Volkswehrrabbau sein sollte.²⁰³ Solche Aktionen brachten ihr den Ruf einer „Putschpartei“ ein.²⁰⁴ Doch war die Gegenseite auch nicht zimperlich. Versammlungen der KP wurden von Sozialdemokraten verhindert oder gewaltsam gestört. Am 18. Jänner 1919 hielt die KPDÖ, gemeinsam mit der FRSI eine Trauerkundgebung anlässlich der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ab. Dabei wurde die österreichische SP heftig kritisiert. Rothziegel bezeichnete Renner, Seitz und Bauer als „unsere Scheidemänner“, in Anlehnung an die politisch Verantwortlichen für die Morde.²⁰⁵ Seit dem Jänner 1919 konsolidierte sich die KP einigermaßen. Um Ortsgruppen zu gründen, bereisten Steinhardt u. a. unermüdlich die Bundesländer.²⁰⁶ Es bildeten sich trotz starker und teils brutaler Abwehr des Staats und der SDAP Ortsgruppen außerhalb Wiens. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Schöllner im niederösterreichischen Ternitz waren im Jänner 1919 nahe daran, geschlossen von der SP zur KP zu wechseln.²⁰⁷

7.4. Der 1. Parteitag der KPDÖ

Am 9. Februar 1919 hielt die KP ihren ersten Parteitag mit 42 Delegierten unter dem Vorsitz von Heinrich Brodnig ab. Unter den Gästen, wie etwa die FRSI, befand sich auch eine Delegation der KP Ungarns, die kurz darauf für Furore im Nachbarland sorgen sollte. Das

²⁰² Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 105f.

²⁰³ Vgl. Autorenkollektiv der Historischen Kommission beim ZK der KPÖ [Hrsg.], Kurzer Abriss, 37f.

²⁰⁴ Vgl. Gärtner, KPÖ, 10.

²⁰⁵ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 112.

²⁰⁶ Ebd., 113.

²⁰⁷ Ebd., 110.

provisorische ZK wurde bestätigt. Behandelt wurden Fragen zum Programm, zur Organisation, zur Presse, die Haltung gegenüber den Arbeiterräten, der Antrag zur Gründung der Komintern und die Wahl eines Delegierten für Moskau. Besonders wichtig war die Ablehnung der für den 16. Februar 1919 anberaumten Wahlen.²⁰⁸ In den Parteivorstand wurden Steinhardt, Toman, Riehs, Eichinger, Koritschoner, Forst und nach dem Rücktritt von Siegfried Kehraus, der nur mit knapper Mehrheit gewählt worden war, Paul Friedländer gewählt.²⁰⁹ Unter der Führung des FRSI-Gastredners Leo Rothziegel machte sich eine starke Opposition gegen die sowjetrussische Autorität bemerkbar. Die Abgesandten Moskaus sollten ihre Unterstützung nicht an Bedingungen knüpfen, und zwar weder „in Bezug auf die Marschrouten“, noch „auf die Personen“.²¹⁰

Da die Partei nur die Arbeiter- und Soldatenräte, nicht aber den bürgerlichen Parlamentarismus anerkannte, trat die KP nicht zur Wahl an und rief zum Wahlboykott auf. Paul Friedländer forderte den „radikalen Kampf gegen kapitalistische und bürgerliche Demokratie“. Mit 28 gegen 6 Stimmen wurde die Wahlenthaltung beschlossen.²¹¹ Bestärkt wurde sie in ihrer Ablehnung durch Nikolaj I. Bucharin und Lev D. Trockij.²¹² Trotz mancher Stimmen in der KPDÖ, die für die Wahl der SDAP plädierten, um die Konservativen nicht zu stärken, setzte sich die Ansicht durch, dass das Parlament neben anderen bürgerlichen Institutionen ein Herrschaftsmittel der Bourgeoisie sei und deshalb zerstört werden müsse.²¹³ Im Unterschied zur KP empfahl die noch eigenständige FRSI die Wahl der SDAP – und das, obwohl sie dem Parlament prinzipiell ablehnend gegenüberstand.²¹⁴ Selbst noch zu dem Zeitpunkt, als die zweite Nationalratswahl für den Oktober 1920 ausgeschrieben wurde, propagierte die KP die Wahlenthaltung als „Kampfmethode“.²¹⁵ Die bei der Parteibasis unbeliebte Mitgründerin Elfriede Friedländer – mit der Mitgliedsnummer 1 - schied aus der Leitung aus.²¹⁶ Sie ging im September 1919 nach Deutschland, nahm den Namen Ruth Fischer an und wurde auf Vermittlung Karl Radeks, dem Leiter des Westeuropäischen Sekretariats (WES) der Komintern, Jakob Reich (Tarnname „Thomas“), zugeteilt.²¹⁷

²⁰⁸ Ebd., 121.

²⁰⁹ Vgl. Herbert Steiner, Die Kommunistische Partei Österreichs von 1918-1933 (=Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, Band 11), 12. (I. d. F.: KPÖ 1918-1933).

²¹⁰ Vgl. Botz, Gewalttaten, 76.

²¹¹ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 123.

²¹² Vgl. Steiner, KPÖ 1918-1933, 9.

²¹³ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 111.

²¹⁴ Ebd., 91.

²¹⁵ Vgl. Hermann Mitteräcker, Vierzig Jahre KPÖ. Einige Besonderheiten in der Entwicklung der KPÖ, 657-662. In: WuZ, Nr. 7/8/1958, 659.

²¹⁶ Vgl. Keller, Fraktionskämpfe, 12.

²¹⁷ Vgl. Schalm, Ruth Fischer, 129-147. In: Buckmiller, Meschkat [Hrsg.], Biographisches Handbuch, 130f.

Paul Friedländer betonte auf dem Parteitag, dass die KP „nicht eine Partei auf Jahre hinaus“ sei, sondern dass die KP „das Proletariat mit raschen Worten zu raschen Handlungen herausrufen“ wolle.²¹⁸ Die Partei hatte die Hoffnung aus den Tagen der Republikgründung noch nicht begraben, nach der es möglich gewesen wäre, „ohne Blutvergießen die Macht an die Räte zu übertragen“, doch waren die „Sozialdemokraten am entscheidenden Tag gegen das Volk“, wie die KP-Zeitung „Weckruf“ bereits am 15. November 1918 betont hatte.²¹⁹ Paul Friedländer legte dar, warum sich die KP sofort nach der Gründung und ohne große Vorbereitungen in die öffentliche Debatte einmischte: „Es war keine Zeit zu verlieren [...]. Sie konnte und durfte nicht ihre Organisation Stein auf Stein aufbauen, solange es noch möglich war, das Proletariat im Sturm mit sich zu reißen [...]. Nur durch laute Manifestationen konnte sie sich überhaupt Geltung verschaffen.“²²⁰ In einem Bericht an die Komintern heißt es, dass die Partei „nicht viel Wert“ auf „viele eingeschriebene Mitglieder“ lege, sondern „auf den revolutionären Willen zur Tat“ möglichst Vieler und einen „revolutionären Körper, der sich im entscheidenden Moment bewähren könne“.²²¹ Da der „Gedanke der Diktatur des Proletariats so umstoßend“ sei, betrachtete die Parteiführung ihre Agitation als „eine Politik des Übermorgens, nicht des Morgens“. Die Partei hatte ursprünglich gar kein Organisationskonzept, da sie die vermeintliche Gunst der Stunde nutzen wollte. Für die Propaganda diente der Partei ihr 1918 gegründetes Zentralorgan, der „Weckruf“, welches ab dem 15. Jänner 1919 in „Die Soziale Revolution“ umbenannt wurde. Ab dem 26. Juli 1919 bis zum Ende der Republik und auch während der Illegalität hieß die Zeitung „Rote Fahne“.²²² Die ersten Ausgaben wurden von den Behörden der jungen Republik konfisziert.

Die KPDÖ gab eine von Elfriede Friedländer redigierte, kommunistische Frauenzeitung, die „Revolutionäre Proletarierin“, als Beilage zur „Sozialen Revolution“ heraus. Seit dem Juni 1919 existierte keine eigene Frauenzeitschrift mehr. In der „Roten Fahne“ erschien die von einem eher konservativen Frauenbild zeugende Rubrik „Aus dem proletarischen Haushalt“. Das Verschwinden einer eigenen Frauenzeitschrift hängt wahrscheinlich mit dem Weggang Friedländers 1919 nach Deutschland zusammen.²²³ Die Komintern charakterisierte 1919 die Rolle der proletarischen Frauen „insbesondere beim Übergang zum kommunistischen Haushalt, bei der Reform des Familienwesens“ und der „gesellschaftlichen Erziehung der Kinder, deren Aufgabe es ist, den Räterepubliken arbeitsfähige, vom Geist der Solidarität

²¹⁸ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 105.

²¹⁹ Vgl. Steiner, KPÖ 1918-1933, 8.

²²⁰ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 83.

²²¹ Vgl. Steiner, KPÖ 1918-1933, 14.

²²² Vgl. Historische Kommission beim ZK der KPÖ [Hrsg.], KPÖ, 45.

²²³ Vgl. Karin Schneider, ...da sie sich nicht erst die Mühe machen, die Frauen zu gewinnen..., 54-59. In: Weg und Ziel. Marxistische Zeitschrift, Nr. 5/1998, 54.

erfüllte Bürger zu schaffen.“²²⁴ Friedländer hegte abweichende Ideen. Der Staat verfolge den Zweck, „das Sexualleben so zu ordnen, daß es dem großen kapitalistischen Endziele: Schutz, Sicherung, Ausdehnung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und somit der ewigen Vermehrung des Profits dienen kann.“ Der Staat schützt die (monogame) Ehe, das bedeutet, „den legitimen Nachfolger sichern zur Erhaltung und Ausbreitung des profitbringenden Familienvermögens.“ Denn „Ehe, Familienerziehung, Erbrecht, Privateigentum bedingen einander.“²²⁵ Die Familie bürgt für den Bestand des Kapitalismus und „wer dies zerstört, rüttelt an den Grundfesten der bürgerlichen Gesellschaft. [...] Wenn die bürgerlichen Ethiker das ‚Familienglück‘ verteidigen, so meinen sie das Privateigentum.“²²⁶ Als Grund des Abtreibungsverbots erkennt sie die staatlich unerwünschte „Unterbindung der Volksvermehrung“ und nennt das Abtreibungsverbot „ein grausames Zwangsmittel der Soldatenerzeugung.“²²⁷ Sie wendet sich gegen die Verfolgung der Homosexualität und generell gegen die „Sexualheuchelei“.²²⁸ Ihre Kritik wurde von der KP aber kaum beachtet.

7.5. Die Kriegsgefangenen in Sowjetrußland

Die Kriegsgefangenenorganisationen in Rußland spielten eine besondere Rolle bei der Herausbildung der internationalen Kommunistischen Parteien. Sie können als direkte Vorläufer der Komintern gesehen werden. In Rußland befanden sich 2,3 Millionen Kriegsgefangene, wovon ein Großteil davon Angehörige der k. k. Armee waren. Darunter waren ca. 200 000 Österreicher und ca. 500 000 Ungarn.²²⁹ Die junge Sowjetregierung erklärte die Kriegsgefangenen per Dekret zu freien Bürgern und sie wurden den russischen Bürgerinnen und Bürgern rechtlich und politisch als „ausländische Werkstätige“ gleichgestellt. Die Bolschewiki entfalteten unter den Kriegsgefangenen eine rege Propaganda- und Agitationstätigkeit. Den Revolutionären unter ihnen war die Gründung von „Auslandsgruppen der KPR (B)“ gestattet worden. Sie sollten den „Bazillus des Bolschewismus“, wie Lenin es ausdrückte, in ihre Heimat tragen. Lenin unterstrich auf dem VIII. Parteitag der KPR (B) am 18. März 1919 die damit verfolgte Absicht: „Und wenn dort [in den Heimatländern; Anm.] mit uns solidarische Gruppen oder Parteien dominieren, so ist das jener nach außen hin unsichtbaren [...] Arbeit der ausländischen Gruppen in Rußland zu verdanken, die eins der wichtigsten Kapitel in der Tätigkeit der Kommunistischen Partei Rußlands als einer der

²²⁴ Vgl. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED [Hrsg.], Der I. und II. Kongreß der Kommunistischen Internationale. Dokumente der Kongresse und Reden W. I. Lenins, 112. (I. d. F.: I. und II. Kongreß).

²²⁵ Vgl. Elfriede Friedländer, Sexualethik des Kommunismus. Eine prinzipielle Studie, 34. (I. d. F.: Sexualethik).

²²⁶ Ebd., 49.

²²⁷ Ebd., 38.

²²⁸ Ebd., 39.

²²⁹ Vgl. Hautmann, Rätebewegung, 177.

Zellen der kommunistischen Weltpartei bildete.²³⁰ Es wurde als unabdingbar erachtet, dass es „keinen einzigen Heimkehrer geben sollte, dem die Grundprobleme des Kommunismus und die Aufgaben der Sowjetmacht nicht bekannt seien.“ Dafür wurde der deutschsprachige Schulungsklub „Die III. Internationale“ eingerichtet und im Herbst 1918 durch eine Parteischule ergänzt.²³¹

Der Österreicher Karl Toman war auf dem „Allrussischen Kongress der internationalistischen Kriegsgefangenen“, der am 15. April 1918 in Moskau tagte, zum Vorsitzenden des 500 000 ehemalige Gefangene vertretenden Kongresses gewählt worden und war damit der höchste Repräsentant der Kriegsgefangenen. Neben der Aufteilung in nationale Sektionen wurde ein ZK gebildet, das von Toman geleitet wurde. Am 24. April wurde die „Deutsche Gruppe bei der KPR (B)“ gegründet. Die deutsche Gruppe war die weitaus stärkste; die Österreicher wurden der deutschen Gruppe zugeteilt, da die Aufteilung nicht nach der Nationalität, sondern nach dem Sprachprinzip erfolgte. Toman wurde zum Leiter der „Deutschen Gruppe bei der KPR (B)“ delegiert. Der Führungsriege gehörten auch Johann Koplenig und Gilbert Melcher an. Im Mai 1918 wurde die „Zentrale Föderation ausländischer kommunistischer Gruppen“ gebildet. Sie bestand aus sechs Abteilungen, worunter die deutschsprachige die größte war. Vorsitzender dieser Dachorganisation wurde Béla Kun aus Ungarn.²³² Diese „Zentrale Föderation“ bildete den organisatorischen Vorläufer und Kern der späteren Komintern.²³³ Die Verbindung zwischen der deutschen Gruppe und der KPR (B) hielt das ZK-Mitglied, Elena D. Stasova. Sie sollte später eine der wenigen Frauen in der Führung der Komintern werden.²³⁴

Brodnig und Toman waren Redakteure der in Moskau in deutscher Sprache erscheinenden Zeitung „Weltrevolution“.²³⁵ Seit der Gründung der Roten Armee im Februar 1918 existierten in Omsk, Taschkent, Samara und anderen Orten, österreichische Freiwilligenabteilungen innerhalb der Roten Armee.²³⁶ Gilbert Melcher, ein ehemaliger k. k. Offizier, kommandierte eine Gefechtsabteilung der Roten Armee. Er wurde später dem ZK der ukrainischen KP zugeteilt.²³⁷ Melcher wurde nach seiner Rückkehr nach Österreich Mitglied des „Direktoriums“ der KP. In den 1920er Jahren war er Chef der „Russisch-Österreichischen

²³⁰ Ebd., 179.

²³¹ Ebd., 184.

²³² Ebd., 182.

²³³ Vgl. Verena Moritz, Hannes Leidinger, Kommunismusbekämpfung. Das Wiener Beispiel 1918-1921, 46-57. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2008 (hrsg. v. Ulrich Mähler u. a.), 51. (I. d. F.: JHKF 2008).

²³⁴ Vgl. Hautmann, Rätebewegung, 183.

²³⁵ Vgl. Haider, Österreichisch-sowjetischen Beziehungen, 333.

²³⁶ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 107.

²³⁷ Vgl. Hautmann, Rätebewegung, 193.

Handels- und Industrie-AG“ (RUSAVSTORG) und übersiedelte nach Moskau.²³⁸ Toman, Melcher, Kopenig, der Sozialdemokrat Gustav Adolf Duda u. a. wirkten auch als Agitatoren an der Front. Im von Österreich-Ungarn okkupierten Gebiet wurden im Sommer 1918 25 Agitatoren öffentlich hingerichtet.²³⁹

Karl Toman(n) – in der Literatur wird sein Name abwechselnd als „Toman“ bzw. als „Tomann“ angegeben - zählte bereits während seiner Kriegsgefangenschaft in Russland zu den ranghöchsten nichtrussischen Vertretern der kommunistischen Bewegung. Nach seiner Rückkehr nach Österreich im Dezember 1918 stieg er in die Führungsriege der KP auf und übte bedeutende Funktionen in der Komintern bzw. in der RGI aus. Toman war aber eine merkwürdige Figur. Hans Hautmann nennt Toman einen „Opportunisten ersten Grades“ bzw. „wendig“ und weist darauf hin, dass er eventuell auch ein Polizeispitzel gewesen ist.²⁴⁰ Toman wechselte im Lauf der Zeit und der geänderten Situation von einem linksextremen zu einem rechtsextremen Standpunkt.

Der am 2. Jänner 1884 geborene Karl Toman kam aus einer Arbeiterfamilie und war von Beruf Metallarbeiter und seit 1898 Mitglied der SDAP. Toman war vor dem I. Weltkrieg Sekretär der Goldschmiedegewerkschaft. Seit 1918 (einem anderen Komintern-Fragebogen zufolge bereits seit 1916) bezeichnete er sich als Bolschewik und nahm als österreichischer Kriegsgefangener am russischen Bürgerkrieg teil. Als Spitzenrepräsentant der KP war Toman auch an hervorragender Stelle in der Komintern aktiv. Er war Delegierter mit beschließender Stimme am II. und III. Weltkongress der Komintern, 1920 bzw. 1921. Am V. Weltkongress 1924 nahm er als Vertreter der innerparteilichen Opposition mit beratender Stimme teil. Der in der KPÖ seit 1921 geführte und die Partei lähmende Fraktionskampf spielte sich im Wesentlichen zwischen der Gruppe um Toman und der Gruppe um Josef Frey ab. Toman setzte sich über Parteibeschlüsse hinweg. Er nahm den Beschluss des Parteivorstands vom 30. August 1924, der ihn zur Niederlegung seines Mandats im Arbeitslosenzentralkomitee aufforderte, nicht zur Kenntnis. Die Besprechung dieser Frage in der Kommunistischen Fraktion des ZK des Arbeitslosenkommitees endete in einer Schlägerei, die Toman gegen Kopenig anzettelte. Das und seine fortgesetzte Fraktionstätigkeit brachten das Fass zum Überlaufen und er wurde am 31. August 1924 aus der Partei ausgeschlossen, jedoch Anfang 1925 wieder in die Partei aufgenommen.²⁴¹ Toman arbeitete danach in der Roten Gewerkschaftsinternationale (RGI) um seine Position in der KPÖ und der Komintern zu stärken. Im März 1928 war er als Sekretär der Gewerkschaftsabteilung des ZK der KPÖ

²³⁸ Vgl. Schafranek, 405 Kurzbiographien, 161-244. In: Schafranek [Hrsg.], Die Betrogenen, 208.

²³⁹ Vgl. Hautmann, Rätebewegung, 185.

²⁴⁰ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 245.

²⁴¹ Vgl. Juri Tutotschkin, Mentalität und Persönlichkeit in dokumentarischen Materialien. Exemplarische Fälle, 170-191. In: Buckmiller, Meschkat [Hrsg.], Biographisches Handbuch, 179.

Delegierter des Kongresses der RGI. Er wurde nach Moskau eingeladen, um die Fraktionskämpfe zu klären und endgültig zu beenden. Vom 1. Dezember 1930 bis zum 1. September 1931 war er Instrukteur der Organisationsabteilung und Stellvertreter eines Sektors in der RGI. Auf dem V. Kongress 1930 wurde er zum Mitglied des Zentralrats der RGI gewählt. Mehr als ein Jahr wurde in Moskau gegen Toman wegen Missbrauch und Vergeudung von Parteigeldern verhandelt. Seine darauf folgende Entsendung in den Interklub der Seeleute nach Leningrad kam einer Degradierung gleich. Am 3. September 1932 wurde Toman endgültig aus der KPÖ ausgeschlossen, weil er im Sommer 1932 „eigenmächtig zur österreichischen Arbeit zurückkehrte und sich nicht der zweimaligen Vorladung der IKK unterwarf“. 1934 schloss sich Toman den „Revolutionären Sozialisten“ (RS) an. Von 1934 bis 1935 wurde er im Anhaltelager Wöllersdorf inhaftiert. Nach dem „Anschluss“ Österreichs an NS-Deutschland drohte ihm die Einweisung ins KZ Dachau, doch wurde er wegen seines KPÖ-Ausschlusses freigelassen. Er musste dafür eine Loyalitätserklärung abgeben. Nach einem öffentlichen Auftritt wurde er im April 1938 zum Beisitzer der Ortsverwaltung im niederösterreichischen Eichgraben bestimmt. Vom Jänner 1940 bis zum April 1945 war Toman Mitglied der NSDAP und der SA. Im Mai 1945 wurde er von den Sowjets verhaftet. Toman starb im Gulag am 5. Februar 1950.²⁴²

7.6. Der Österreichisch-Ungarische Sowjet

Nach dem Ende des Habsburgerreichs wurden in Sowjetrußland die österreichischen Angehörigen aus der deutschen Gruppe der Kriegsgefangenen herausgetrennt und am 5. November 1918 als „Österreichisch-Ungarischer Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten“ konstituiert. Damit sollte die territoriale Einheit der ehemaligen Monarchie unterstrichen werden. Dieser auch Austrosowjet genannte Rat wurde von Sowjetrußland als allein bevollmächtigte Vertretung der Staatsangehörigen des ehemaligen Habsburgerreichs anerkannt.²⁴³ Sowjetrußland bekundete damit seine Ablehnung des Wilson'schen „Selbstbestimmungsrechts der Nationen“ und des damit einhergehenden Zerfalls des österreichisch-ungarischen Staatsgebiets. Der Sowjet übernahm auch die Leitung der Kriegsgefangenenmissionen. Otto Bauer, der Außenstaatssekretär, lehnte die sowjetrussischen Vorstellungen ab und übertrug der dänischen Gesandtschaft in Moskau die Zuständigkeit für Österreich und seine Kriegsgefangenen.²⁴⁴ Im März 1919 kam es zu einem diplomatischen Notenwechsel über die Lage der Kriegsgefangenen. Außenkommissar Čičerin beschwerte sich über die schlechte Behandlung der russischen Kriegsgefangenen in

²⁴² Ebd., 180.

²⁴³ Vgl. Hautmann, Rätebewegung, 197.

²⁴⁴ Ebd., 198f.

Österreich. Er versuchte, die Kriegsgefangenenfrage als Druckmittel für eine diplomatische Anerkennung Sowjetruslands zu nutzen.²⁴⁵

Geleitet wurde der Österreichisch-Ungarische Sowjet von den Österreichern Josef Böhm und Wilhelm Kurz. Am 6. November 1918 wurden die k. k. Vertretungen in Sowjetrusland, die man der Fluchthilfe für Weißgardisten und Aristokraten samt deren Geld bezichtigte, besetzt und dem Österreichisch-Ungarischen Sowjet unterstellt. Der Sowjet propagierte unter den Kriegsgefangenen Schriften von Marx, Engels und Lenin, beschleunigte ihre Heimkehr und warb für den Eintritt in die Rote Armee. Erst im Februar 1920 wurde der Sowjet aufgelöst, nachdem die Repatriierung abgeschlossen worden war.²⁴⁶ Es bestanden kaum direkte Kontakte zwischen Wien und Moskau und durch den Vertrag von Saint-Germain wurde der Vertrag von Brest-Litovsk endgültig für nichtig erklärt.²⁴⁷ Vom Herbst 1919 bis zum Februar 1920 verhängte die Entente eine Blockade gegen Sowjetrusland. Das bedeutete ein praktisches Ende der Verbindung mit Moskau.

Die Mehrheit der bolschewistisch gesinnten Kriegsheimkehrer gliederte sich nach der Rückkehr aber wieder in die SDAP ein oder zog sich ins Privatleben zurück. Die Revolutionierung der Donaumonarchie auf diesem Wege klappte nicht. Durch die von der KPDÖ gegründete „Freie Vereinigung der Heimkehrer“, sollten die in Sowjetrusland ausgebildeten Agitatoren wieder der SDAP abspenstig gemacht werden, was der KPDÖ zum Teil gelang.²⁴⁸ Steinhardt äußerte Ende 1920 in Sowjetrusland seine Enttäuschung über die Kriegsheimkehrer: „Wir setzten auf die Heimkehrer große Hoffnungen [...]. Es war eine Täuschung [...]. Die Masse der Heimkehrer verschwand aus dem politischen Leben. Es bildete sich wohl eine Heimkehrerorganisation [...]. Sie verflachte aber und wurde eine Organisation mit rein wirtschaftlichen Zielsetzungen.“²⁴⁹

7.7. Die sowjetrussischen Aktivitäten in Österreich - und ihre Bekämpfung

Sowohl der österreichisch-ungarischen Regierung, als auch der nachfolgenden Republik war klar, dass die Bolschewiki versuchen würden, ihre Ideen auch in Österreich zu verbreiten. Allen voran bemühten sich der Wiener Polizeipräsident Johannes Schober und der letzte Chef des k. k. Militärgeheimdienstes und spätere Schober-Mitarbeiter, Maximilian Ronge, um

²⁴⁵ Vgl. Haider, Österreichisch-sowjetische Beziehungen, 14f.

²⁴⁶ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 108.

²⁴⁷ Vgl. Wolfgang Mueller, Hannes Leidinger, Tiefes Misstrauen – begrenztes Interesse: Die österreichisch-sowjetischen Beziehungen 1918-1955, 70-114. In: Klaus Koch u. a. [Hrsg.], Von Saint-Germain zum Belvedere. Österreich und Europa 1919-1955 (=Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich 1918-1938 (ADÖ), Sonderband), 74. (I. d. F.: Saint-Germain).

²⁴⁸ Vgl. Ernst Kudielka, Der Gründonnerstagputsch 1919 [Diplomarbeit], 4. (I. d. F.: Gründonnerstagputsch).

²⁴⁹ Vgl. Hautmann, Rätebewegung, 190.

die Abwehr „staatsfeindlicher Umtriebe“ seitens Sowjetrusslands. Seit dem Jännerstreik 1918 wurden besonders die Heimkehrer aus Russland durch ein engmaschiges Kontrollsystem geschleust und wieder in die Armee eingegliedert.²⁵⁰ Die der bolschewistischen Propaganda ausgesetzten Soldaten wurden unter anderem einer „Heimkehrererziehung“ bzw. einer „Bolschewikenreinigung“ unterzogen. Die strenge Disziplin und die schlechte materielle Versorgung untergruben aber die verfolgten Absichten.²⁵¹ Der militärische Geheimdienst unter der Leitung von Ronge unterzog die Heimkehrer einer „moralischen Quarantäne“ und die „Feindpropaganda-Abwehrstelle“ bemühte sich um eine „vaterländische Bildungsarbeit“. Etliche Russlandheimkehrer wurden nach aufrührerischen Aktivitäten hingerichtet. Sie seien von „bolschewikischen Ideen“ derart „besessen“, dass sie den „Treueid gegenüber dem Kaiser schmachlich vergessen“ hätten.²⁵²

Wien räumte der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Sowjetrussland keine Priorität ein, da man davon ausging und darauf hoffte, dass sich die Sowjetregierung nicht lange an der Macht halten würde. Im Gegensatz zu Berlin gelang es Moskau trotz mehrerer Versuche nicht, diplomatische Vertreter in Wien zu installieren. Der hochrangige Sowjetvertreter Lev B. Kamenev wurde im Frühjahr 1918 auf dem Weg nach Wien verhaftet.²⁵³

Als im Sommer 1918 dann doch Offiziere zwecks geordneter Durchführung von Gefangenenaustauschaktionen nach Sowjetrussland reisten, nahmen sie Kontakt zur früheren, vorrevolutionären Rotkreuzgesellschaft auf. Zu bolschewistischen Behörden wurde größtmögliche Distanz gewahrt, um bei einem erhofften Regierungswechsel „nicht kompromittiert“ zu sein. Österreich-Ungarn wollte einerseits antibolschewistisch gesonnene, russische Kriegsgefangene nach Sowjetrussland überführen, um die bolschewistische Herrschaft zu unterminieren. Andererseits wurde befürchtet, dass diese Soldaten ententefreundlich wären. Im August 1918 wurde einer sowjetrussischen Kriegsgefangenenfürsorgemission die Tätigkeit in Österreich-Ungarn erlaubt, der zähneknirschend ein diplomatischer Status eingeräumt werden musste.²⁵⁴ Eine polizeiliche Überwachung war obligatorisch.

Jakov A. Berman, der Leiter der sowjetrussischen Delegation, die den Kriegsgefangenaustausch nach dem Vertrag von Brest-Litovsk organisierte, entfaltete sofort eine rege Tätigkeit. Beim Besuch der Kriegsgefangenenlager, legten sie „eine rote Schleife“ an und begannen unter den Russen für das Sowjetsystem zu agitieren und ließen

²⁵⁰ Vgl. Moritz, Leidinger, Kommunismusbekämpfung, 46-57. In: JHKF 2008, 47.

²⁵¹ Vgl. Ludwig Jedlicka, Ende und Anfang Österreich 1918/19. Wien und die Bundesländer, 12f.

²⁵² Vgl. Moritz, Leidinger, Kommunismusbekämpfung, 46-57. In: JHKF 2008, 48.

²⁵³ Vgl. Mueller, Leidinger, Tiefes Misstrauen, 70-114. In: Koch u. a. [Hrsg.], Saint-Germain, 72.

²⁵⁴ Vgl. Moritz, Leidinger, Kommunismusbekämpfung, 46-57. In: JHKF 2008, 49.

sich auch von Abberufungsdrohungen nicht abhalten. Unterstützt wurde die Delegation von einer Rotkreuzmission die „mehr Rot als Kreuz“ war, wie Beobachter verärgert anmerkten. Die Aufgabe der Missionen war es, die Bestimmungsländer zu revolutionieren.²⁵⁵ Daneben wurde die 25 Personen umfassende Kriegsgefangenenmission auch „Geburtshelferin“ der österreichischen KP. Berman suchte Linke, die eventuell für die Gründung einer bolschewismusfreundlichen Partei in Frage kamen, weswegen er Kontakt mit Otto Bauer, dem Repräsentanten der „Linken“, Franz Koritschoner, dem Anführer der „Linksradikalen“, aber auch mit Steinhardt, dem Chef der kleinen „Kommunistischen Gruppe“ hatte.²⁵⁶

Aus einem Polizeibericht vom 14. November 1918 geht hervor, dass zusätzlich „im Oktober 1918 eine russische Finanzdelegation, die damals in Berlin weilte, zwecks Unterhandlungen mit der österreichischen Regierung nach Wien kommen sollte, daß die österreichische Regierung aber auf diese Unterhandlungen verzichten mußte, weil schon in Berlin festgestellt worden war, daß auch die Mitglieder dieser Kommission in Wien durch Verteilung von Flugblättern bolschewistische Propaganda zu machen beabsichtigten.“²⁵⁷

Bereits im Dezember 1917 hatten russische Emigranten unter der Leitung Leo B. Sunizas in Wien und in Zusammenarbeit mit den „Linksradikalen“ die konspirativ arbeitende „Wiener bolschewistische Gruppe“ initiiert, die neben der Berichterstattung über die Entwicklung der Sozialdemokratie in Österreich auch „Hilfestellung beim Abspaltungsprozeß der `Linken` und ihre Zusammenfassung in einer eigenständigen Kommunistischen Partei“ bieten sollte.²⁵⁸ Suniza, späteres Leitungsmitglied der Internationalen Lenin-Schule der Komintern (ILS), lebte seit 1913 als Flüchtling in Österreich und wurde wegen der Teilnahme an der Besetzung der „Neuen Freien Presse“ Ende 1918 ausgewiesen.²⁵⁹ Sofort nach seiner Ankunft in Moskau erstattete Suniza Lenin Bericht über die Lage in Wien.²⁶⁰ Durch eine schnelle KP-Gründung in Österreich erhoffte sich Sowjetrußland eine Einflussnahme auf die revolutionäre Situation in Deutschland und die Beförderung der kommunistischen Bewegung.²⁶¹ Der Gruppe gehörten neben den schon erwähnten Suniza, Filipovič und anderen, auch Lev S. Pjatigorskij und der spätere sowjetische Handelsbeauftragte in Wien

²⁵⁵ Vgl. Mueller, Leidinger, Tiefes Misstrauen, 70-114. In: Koch u. a. [Hrsg.], Saint-Germain, 73.

²⁵⁶ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 73.

²⁵⁷ Vgl. Haider, Österreichisch-sowjetische Beziehungen, 328.

²⁵⁸ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 46f.

²⁵⁹ Vgl. Leo Maché-Suniza, Der 80. Jahrestag der Oktoberrevolution, 15-16. In: Weg und Ziel. Marxistische Zeitschrift, Nr. 4/1997, 15. Der Autor, der Sohn Sunizas, merkt süffisant an: „Die erste republikanische Regierung Österreichs wies ihn Mitte November 1918 als lästigen Ausländer aus“.

²⁶⁰ Vgl. Haider, Österreichisch-sowjetische Beziehungen, 329.

²⁶¹ Vgl. Steiner, Kommunistische Partei, 317-329. In: Weinzierl, Skalnik [Hrsg.], Österreich 1918-1938, 318.

an. Filipovič sollte später eine führende Rolle in der jugoslawischen KP und der Komintern spielen.²⁶² Etliche Mitglieder beteiligten sich wahrscheinlich am Jännerstreik.²⁶³

Mitte Oktober 1918 kam die schon erwähnte russische Rotkreuzmission nach Österreich, die von einem Arzt namens Boris Vejsbrod (bzw. Weißbrod) geleitet wurde. Hans Hautmann vermutet, dass Vejsbrod einen größeren Geldbetrag mitbrachte und Instruktionen zur Gründung einer österreichischen bolschewistischen Partei vorbrachte. Berman trat am 31. Oktober oder 1. November an Koritschoner heran, um ihm die Bildung und Finanzierung einer KP und einer Wochenzeitung vorzuschlagen; dieser lehnte jedoch am 2. November aus Enttäuschung über Adlers Absage selbst ab. Daraufhin wandte sich Berman an Steinhardt, der das akzeptierte und 200 000 Kronen für die Zeitung erhielt.²⁶⁴

Die insgesamt 46 Mitglieder der Kriegsgefangenenaustauschkommission und der Rotkreuzmission wurden Mitte Jänner 1919 ausgewiesen. Neben Suniza und Filipovič wurden auch Berman und eine junge Russin namens Raissa Fride, die sich an der Besetzung der „Neuen Freien Presse“ beteiligt hatte und in der anschließenden Vernehmung angab, vom sowjetrussischen Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten als Dolmetscherin für die Finanzdelegation nach Wien geschickt worden zu sein, ebenfalls ausgewiesen. Fride war vermutlich auch Geldbotin für die KP. Filipovič reiste nach Ungarn und nahm mit Béla Kun Kontakt auf. Suniza reiste, wie schon erwähnt, zur Berichterstattung nach Moskau.²⁶⁵ Über die Tätigkeit der Kommissionen heißt es in einem Polizeibericht vom 4. Februar 1919, dass diese nach dem Zusammenbruch der Monarchie in Wien und Budapest „ihre Propaganda auf recht einfache Art [ausüben konnten]. Da nämlich die russischen Kriegsgefangenen aus ihren Lagern zu Tausenden entwichen und nach Wien hinströmten, wurden in Wien auf allen Bahnhöfen und außerdem in der Roßbaurkaserne besondere russische Delegierte postiert, die die Gefangenen sammeln, bekleiden und gleichzeitig auch gehörig instruieren mußten. Dasselbe geschah auch in Budapest. Die Zahl der Mitarbeiter der russischen Fürsorgekommission erwies sich dieser Arbeit nicht gewachsen, sodaß als Aushilfe ca. 20 – 30 Mitarbeiter von den in Wien ansässigen Russen genommen wurden. Eine Auswahl wurde eigentlich nicht getroffen, vielmehr wurde nur so blindlings rekrutiert und auf die Bahnhöfe geschickt. Daher waren unter diesen sogenannten `Mitarbeitern´ wahre Gauner, Menschen ohne jede Bildung [...]“. Mit der Abschiebung endete der zwar sehr bescheidene, aber direkte Einfluss der sowjetrussischen Revolutionäre in Österreich. Berman reiste im September 1919 heimlich nochmals ein, wurde aber entdeckt

²⁶² Vgl. Hautmann, Rätebewegung, 150.

²⁶³ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 57.

²⁶⁴ Ebd., 79.

²⁶⁵ Ebd., 87.

und wieder abgeschoben.²⁶⁶ Bereits kurz nach der Ankunft Bermans hatte Schober dem k. k. Außenministerium die Abberufung Bermans angeraten, aber erst Otto Bauer sorgte für die tatsächliche Abschiebung.²⁶⁷

Am 8. April 1919 gab das Staatsamt für Inneres ein „höchst vertrauliches“ Dokument über die „kommunistische Bewegung“ heraus, worin von einer großen Ausweitung des kommunistischen Einflusses gewarnt und scharfe behördliche Maßnahmen dagegen angeordnet wurden. Den Behörden wurde darin empfohlen sich mit den „Faktoren der organisierten Arbeiterschaft in Verbindung zu setzen“. Beigefügt war dem von Karl Renner unterzeichneten Erlass eine Liste mit 93 Namen und Adressen von führenden KP-Funktionären. Es wurde ersucht, „alle Leiter und Förderer dieser Bewegung der Polizeidirektion Wien bekannt zu geben.“ Um dieselbe Zeit warnte der Landesbefehlshaber von Kärnten, ein Oberst Hülgerth, vor der Gefahr eines kommunistischen Putsches und ordnete die Bewaffnung von konterrevolutionären „Bürgerräten“ an. Ein sozialdemokratischer Funktionär legte ihm dar, dass „der ganze Kommunistenwauwau nur der Vorwand ist, um die Bewaffnung zu erreichen.“²⁶⁸ Die steirischen Behörden stellten fest, dass zur fast vollständigen Aufreibung der steirischen KP, die „klare und eindeutige Haltung der steirischen Sozialdemokratie wesentlich beitrug“.²⁶⁹

²⁶⁶ Vgl. Haider, Österreichisch-sowjetische Beziehungen, 331.

²⁶⁷ Vgl. Moritz, Leidinger, Kommunismusbekämpfung, 46-57. In: JHKF 2008, 50.

²⁶⁸ Vgl. [Anonym], Die ungarischen Rätekommissare in Österreich 1919-1920, 764-772. In: Weg und Ziel. Monatsschrift für Fragen der Demokratie und des wissenschaftlichen Sozialismus, Nr. 11/1960, 765. (I. d. F.: WuZ).

²⁶⁹ Vgl. Hautmann, Rätebewegung, 355.

8. Die Erste Republik

8.1. Die Gründung der Republik in Österreich

Das erste Zusammentreten der Provisorischen Nationalversammlung am 21. Oktober 1918 bedeutete einen Bruch der alten monarchischen Verfassung von 1867.²⁷⁰ Am 30. Oktober 1918 wurde die von Karl Renner ausgearbeitete Verfassung gebilligt und aus dem deutschsprachigen „Rest“ des Habsburgerreichs die Erste Republik gebildet.²⁷¹ Am 12. November 1918 wurde die Republik Deutschösterreich als souveräner Staat ausgerufen. Nachdem sich die Tschechoslowakei und die südslawischen Gebiete abgespalten hatten und ihre eigenen Staatsgründungen betrieben, sollte der verbliebene „Rest“ an Deutschland angeschlossen werden.²⁷²

Der Kaiser, Karl I. v. Habsburg-Lothringen, verzichtete zwar am 11. November 1918 auf seinen Anteil an den Staatsgeschäften, aber er dankte weder ab, noch verzichtete er auf den Thron. Noch unentschieden über die neue Regierungsform, aber den Druck der Straße fürchtend, wurde die Republik proklamiert.²⁷³ Im März 1919 verwies die Republik den Kaiser und alle Habsburger, die nicht auf die Herrschaftsansprüche verzichteten, des Landes und hob die Adelstitel auf, um Restaurationsversuche zu verunmöglichen.²⁷⁴ Das Vermögen des Hauses Habsburg übernahm die Republik. Weiters wurde die k. k. Armee aufgelöst. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) stellte 1919/20 mit Karl Renner den ersten „Staatskanzler“ und einzigen sozialdemokratischen Regierungschef der Ersten Republik, indem sie eine Konzentrationsregierung mit den Christlichsozialen mit Vizekanzler Jodok Fink und den Deutschnationalen bildete. Neben der weitreichenden Sozialgesetzgebung führte die Regierung 1919 das Frauenwahlrecht ein.

8.2. Parlamentarische Republik statt Räterepublik

Die Gründung der Republik, manchmal als „österreichische Revolution“²⁷⁵ bezeichnet, trug, abgesehen von der Änderung der Staatsform, keine Merkmale einer Revolution. Otto Bauer bezeichnet die Rückkehr des Staates in einen, nicht mehr von Kriegsbedingungen diktierten bürgerlichen „Normalzustand“ hochgestochen als „Revolution“. „Revolutionär“ waren für Bauer etwa die Beendigung der militärischen Kontrolle der Betriebsleitungen und die

²⁷⁰ Vgl. Lehner, Verfassungsentwicklung, 45-58. In: Tálos u.a. [Hrsg.], Handbuch, 46.

²⁷¹ Vgl. Gulick, Habsburg, 37.

²⁷² Vgl. Pelinka, Parlament, 59-71. In: Tálos u.a. [Hrsg.], Handbuch, 60.

²⁷³ Vgl. Gulick, Habsburg, 40.

²⁷⁴ Vgl. Lehner, Verfassungsentwicklung, 45-58. In: Tálos u.a. [Hrsg.], Handbuch, 47.

²⁷⁵ Vgl. Otto Bauer, Die österreichische Revolution, 12. (I. d. F.: Österreichische Revolution).

Beerung der Reste der k. k. Armee durch die Volkwehr.²⁷⁶ Das Habsburgerregime wurde von den Alliierten besiegt und von den nichtdeutschen Nationalitäten verlassen. Der verbliebene „Rest“ Österreich war somit eher Spielball der „nationalen Revolutionen“. Die SDAP hatte den Zerfall der Habsburgermonarchie nicht gewollt. Die Partei reagierte bloß auf die Staatsgründungen in den Abspaltungsgebieten mit der Gründung der deutschösterreichischen Republik. Statt die „bürgerlich-demokratische Revolution zu einer sozialistischen zu entfalten, war die Führung der Sozialdemokratie bestrebt, die Revolution mit der bürgerlich-demokratischen Republik zu begrenzen“ und die SDAP sei „weder befähigt, noch gewillt, die Arbeiterschaft zum Sozialismus zu führen“ – so stellt sich die Gründung der Republik aus Sicht der KPÖ dar.²⁷⁷ Steinhardt verneinte auf dem I. Weltkongress der Komintern 1919 den revolutionären Charakter der Republikgründung gänzlich und meinte sogar: „Nicht einmal in der Zeit des Stürgkh war die Reaktion größer als unter der Leitung dieser Vertreter“, womit er vor allem die sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung Renner-Fink anprangerte.²⁷⁸ „Einkerkerungen und Verfolgungen der Kommunisten, Konfiskationen unserer Literatur finden hier ebenfalls statt. Um die Versammlungen unter freiem Himmel zu verhüten, greifen die Sozialdemokraten zu den Gesetzen von 1856. Schikanierungen und Entlassungen kommunistischer Arbeiter finden massenhaft statt. [...]. Die Kompromisse der Sozialdemokratie mit der Bourgeoisie sind dauernde und es ist jede Grenze zwischen Bourgeoisie und Sozialdemokratie völlig verwischt. Der `Burgfriede` ist eine bleibende Erscheinung, und wenn die Bourgeoisie die Sozialdemokratie nicht hie und da angreifen würde, so würde es den Sozialdemokraten nicht einfallen, gegen die Bourgeoisie vorzugehen“, so harsch urteilte die KP über die SDAP im August 1919.²⁷⁹ Die SDAP machte den „Platzhalter der Bourgeoisie“ als diese selbst dafür zu schwach war.²⁸⁰

Lenin und Jakov M. Sverdlov appellierten am 3. November 1918 an die Einwohnerinnen und Einwohner des zerfallenden Habsburgerreichs, „einen brüderlichen Bund der freien Völker“ zu bilden, der „nicht im Bunde mit der eigenen nationalen Bourgeoisie, sondern im Bunde mit den Proletariern aller in Österreich lebenden Nationen“ liegen sollte. „Wir rufen Euch auf, Euch mit den russischen Arbeitern, Soldaten und Bauern zu vereinigen, an unser Bündnis werden sich die Arbeiter aller Länder anschließen“ um mit vereinten Kräften den Sieg über das „blutbefleckte räuberische Kapital“ zu erringen. Die russischen Werktätigen „warteten auf

²⁷⁶ Ebd., 113.

²⁷⁷ Vgl. Mitterräcker, Vierzig Jahre KPÖ, 657-662. In: WuZ, Nr. 7/8/1958, 658.

²⁷⁸ Vgl. J. Gruber [Karl Steinhardt], Bericht des Genossen J. Gruber, 75-79. In: Die KI. Organ des EKKI, Nr. 3 (1919), 76.

²⁷⁹ Vgl. [Anonym], Bericht über die kommunistische Bewegung und über die allgemeine politische Lage in Deutsch-Österreich, 229-236. In: Die KI. Organ des EKKI, Nr. 7/8 (1919), 236.

²⁸⁰ Vgl. Leopold Spira, Lehrheft zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung, Teil II. Vom ersten Weltkrieg bis 1927, 21.

die Hilfe ihrer westeuropäischen Brüder, und diese Hilfe kommt jetzt. Ihr habt den Weg der Revolution betreten, schreitet auf diesem kühn vorwärts zum Sieg!²⁸¹ Die KPDÖ wollte dieser Hoffnung Ausdruck verleihen.

Erst recht fand keine „soziale Revolution“ statt, da die sozialen Zugeständnisse in der Form der Sozialgesetzgebung der Jahre 1918/19 den Zweck hatten, die Änderung der Eigentumsordnung zu verhindern.²⁸² Die SDAP ging grundsätzlich davon aus, dass sozialrevolutionäre Umwälzungen nur durch politische und soziale Reformen aufzuhalten sein würden. In Teilbereichen sollten Zugeständnisse gemacht werden, um das „Ganze“, d.h. die auf dem Privateigentum (an Produktionsmitteln) beruhende Ordnung zu retten. So habe sich das Interesse von SDAP mit dem der Bürgerlichen verbunden, meint die KPÖ.²⁸³

Die europäische Lage charakterisierend, erklärte der britische Premier David Lloyd George im März 1919: „Die Arbeiter sind nicht nur von einem tiefen Gefühl der Unzufriedenheit mit den Lebensbedingungen [...] ergriffen“, weil „die ganze bestehende soziale, politische und wirtschaftliche Ordnung [...] von der Masse der Bevölkerung von einem Ende Europas zum anderen in Frage gestellt [wird].“²⁸⁴ Ein politischer Ausdruck dieser grundlegenden Unzufriedenheit war der Bolschewismus, dessen Ideen auch in den öffentlichen Debatten in Österreich präsent waren und „weit über die begrenzte Mitgliedszahl“ der KP hinausreichten,²⁸⁵ aber außer den wenigen Linksradiكالen und der KP wollte niemand ernsthaft eine Räterepublik. Speziell nach der Oktoberrevolution war es in der österreichischen Arbeiterschaft populär geworden, mit der Herrschaft „russisch reden“ zu wollen.²⁸⁶ Doch führten die beiden russischen Revolutionen in Österreich zu keiner größeren Protestbewegung oder gar zu Unruhen.²⁸⁷ Die revolutionären Ereignisse im Frühjahr 1919 waren mehr der Verzweiflung und dem Hunger geschuldet. Bei den Aktionen der KP habe es sich bloß um „lächerliche Kraftmeiereien der Überradikalen“ gehandelt,²⁸⁸ die nur „kommunistische Kinderstreich“ ausheckten, wie selbst Julius Deutsch, der es wissen musste, zugibt.²⁸⁹ Das hält Deutsch nicht davon ab, auch das Gegenteil zu behaupten: „Jeden Tag hätte die Rätediktatur proklamiert werden können.“²⁹⁰ Die SDAP trug mit dazu

²⁸¹ Vgl. Hautmann, Rätebewegung, 196.

²⁸² Vgl. Gulick, Habsburg, 35.

²⁸³ Vgl. Historische Kommission beim ZK der KPÖ [Hrsg.], KPÖ, 51.

²⁸⁴ Vgl. Wolfgang Leonhard, Völker hört die Signale. Die Anfänge des Weltkommunismus 1919-1924, 102. (I. d. F.: Signale).

²⁸⁵ Vgl. Gulick, Habsburg, 44.

²⁸⁶ Vgl. Hautmann, Rätebewegung, 148.

²⁸⁷ Vgl. Gulick, Habsburg, 34.

²⁸⁸ Vgl. Deutsch, Österreichs Revolution, 26.

²⁸⁹ Ebd., 31.

²⁹⁰ Ebd., 81.

bei, den räterepublikanisch-bolschewistischen Teufel an die Wand zu malen - und die KP glaubte daran und setzte darauf, dass es ihn wirklich geben möge.

Der wichtigste Vertreter des linken Flügels der SDAP, Friedrich Adler, ließ niemals einen Zweifel aufkommen, auf welcher Seite er stand. Ebenso eindeutig legte sich Otto Bauer fest. Das Bürgertum wäre zu der Zeit zu schwach gewesen, um ernsthaften Widerstand gegen eine Räterepublik leisten zu können; der sozialdemokratisch dominierten Arbeiterschaft wäre kein ernsthafter Gegner gegenübergestanden, behaupteten SDAP und KP. Die Sozialdemokratie beanspruchte gegenüber den Konservativen das Verdienst um die eigentliche Abwehr des Bolschewismus.²⁹¹ Das Bürgertum war zwar politisch geschwächt, aber wirtschaftlich nach wie vor fest verankert. Die Christlichsozialen waren gespalten, in einen von Leopold Kunschak, Viktor Kienböck, Friedrich Funder u. a. geführten monarchistischen und einen von Jodok Fink, Johann Hauser u. a. geführten republikanischen Flügel.²⁹² Karl Seitz schrieb 1928, dass das Bürgertum im November 1918 „zu Tode erschrocken, ohnmächtig, hilflos, ohne inneren Halt, ohne Ideen, ohne Führung“ gewesen wäre und die SDAP sogar angefleht habe, zu „retten, was zu retten sei.“ Seitz beklagte sich, dass das Bürgertum für diese „ungeheure historische Leistung in schrecklicher [sic!] Zeit“ keine Dankbarkeit zeigte.²⁹³

8.3. Die soziale Lage

Die Arbeitslosigkeit im nunmehrigen „Rumpfstaat“ lag in den Jahren 1920 bis 1922 um etwa 4%. Erst 1923 stieg sie auf 9% und ging seitdem nicht mehr unter 8%. Betroffen davon waren vermehrt die Unterschichten der Industriegebiete und Wien. Ab 1930 stieg die Arbeitslosigkeit auf über 10% und 1932 auf über 20% an.²⁹⁴ In der Ersten Republik erreichte das Bruttonationalprodukt pro Kopf niemals den Wert von 1913. Während der Zeit der Inflation war die Arbeitslosenrate niedrig. Sie schnellte erst mit der Währungsstabilisierung und der Einführung des Schillings in die Höhe.²⁹⁵ Die Nachkriegsinflation regte die Binnenkonjunktur und den Außenhandel des bis dahin autarken Landes an.²⁹⁶ Die Inflation erlaubte die sozialen Reformen, wie etwa die Lebensmittelsubventionierung und entschärfte somit soziale Konflikte. Die der Rüstungsnachfrage geschuldete Staatsverschuldung trieb die Inflation massiv an. Die Rüstungsausgaben wurden nach 1918 durch Sozialausgaben

²⁹¹ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 77.

²⁹² Vgl. Vocelka, Geschichte Österreichs, 286.

²⁹³ Vgl. Hautmann, Rätebewegung, 237.

²⁹⁴ Vgl. Heinz Faßmann, Der Wandel der Bevölkerungs- und Sozialstruktur in der Ersten Republik, 11-22. In: Tálos u. a. [Hrsg.], Handbuch, 20f.

²⁹⁵ Vgl. Fritz Weber, Die wirtschaftliche Entwicklung, 23-42. In: Tálos u.a. [Hrsg.], Handbuch, 23.

²⁹⁶ Ebd., 28.

ersetzt.²⁹⁷ Die Löhne stiegen während des Krieges bestenfalls auf das Doppelte.²⁹⁸ Die Lebenshaltungskosten stiegen in der Zeit auf das Sechzehnfache, was eine massive Verarmung der Lohnabhängigen bedeutete. Am Höhepunkt der Inflation - vom Sommer 1921 bis zum Herbst 1922 war sie von einer „galoppierenden“ in eine Hyperinflation übergegangen – erreichten die Lebenshaltungskosten das 14000-fache. Die Inflation nutzte den Verschuldeten, da sie Kredite zu einem Bruchteil tilgen konnten. Der geldbesitzende Mittelstand wurde enteignet.²⁹⁹

8.4. Die Sozialgesetzgebung

Mit der Übernahme des „Staatsamts für soziale Fürsorge“ durch Ferdinand Hanusch, wurden ab 1918 die Grundlagen des bis heute geltenden Sozialstaats geschaffen. Für Hanusch galt, dass „für alle schaffenden Bewohner des Staatswesens die Möglichkeit gegeben ist, `auf freiem Grund mit freiem Volke zu stehen´, aber nicht bloß als politisch Freie, sondern auch als wirtschaftlich Freie. Nur soziale Einsicht und soziale Gerechtigkeit können diesen Staat begründen und ihn zu einer Heimstätte glücklicher Menschen machen.“ Bei seinen Reformvorhaben musste Hanusch nicht nur bei den Koalitionsparteien Rücksicht nehmen.³⁰⁰ Seine „utopischen Vorstellungen“ wurden auch von seiner eigenen Partei kritisiert, da manchen die Reformen zu rasch erfolgten.³⁰¹

Die Sozialgesetze waren aber mehr Notmaßnahmen, verursacht durch die wirtschaftlich völlig zerrüttete Lage nach dem Ersten Weltkrieg. Arbeitslosengeld etwa wurde angesichts der vielen revoltierenden Arbeitslosen bereits seit dem November 1918 ausbezahlt. Finanziert wurde es auf Staatskosten und so die Inflation angeheizt.³⁰² Die Unterstützung war allerdings derart gering, dass die Not kaum gelindert wurde.³⁰³ Daher waren die Staatsausgaben für die Arbeitslosenversicherung verhältnismäßig gering.³⁰⁴ Wegen der massenhaften Kriegsheimkehrer stieg die Anspruchsberechtigtenzahl Anfang Mai 1919 kurzfristig auf über eine Million.³⁰⁵

Diese weitreichenden Reformen verhinderten eine Zunahme der Arbeitslosigkeit auf Kosten der Unternehmer und des Staates. Sie waren aber nur als vorübergehende Maßnahme zur

²⁹⁷ Ebd., 33.

²⁹⁸ Vgl. Keller, Arbeiter- und Soldatenräte, 17.

²⁹⁹ Vgl. Weber, Wirtschaftliche Entwicklung, 23-42. In: Tálos u.a. [Hrsg.], Handbuch, 34.

³⁰⁰ Vgl. Göhring, Pellar, Ferdinand Hanusch, 191.

³⁰¹ Ebd., 192.

³⁰² Vgl. Gulick, Habsburg, 94f.

³⁰³ Vgl. Deutsch, Österreichs Revolution, 58.

³⁰⁴ Vgl. Gulick, Habsburg, 109.

³⁰⁵ Vgl. Göhring, Pellar, Ferdinand Hanusch, 210.

Beruhigung der Arbeiterschaft gedacht. Selbst die alte Gewerkschaftsforderung nach dem Achtstundentag war nur als vorübergehende Maßnahme gedacht.³⁰⁶ Die Einführung des Achtstundentags war viel mehr praktischen Notwendigkeiten geschuldet, als der Verwirklichung alter sozialdemokratischer Forderungen. Einerseits erlaubten der Energie- und Rohstoffmangel, andererseits die Unterernährung nur eine eingeschränkte Anwendung der Arbeitskraft; die SDAP brauchte diese Tatsache nur gesetzlich absichern und konnte diese Tat für sich, als einen Akt arbeiterfreundlicher Politik verbuchen.³⁰⁷ Die Auswirkungen der sozialen Reformen machten verhältnismäßig wenig Eindruck auf die Betroffenen. Die KP geißelte die Reformen als zu geringfügig und verglich die Regierung Renner mit der Regierung Stürgkh bzw. mit einer „Kosakenherrschaft“.³⁰⁸ Ein weitreichender Mieterschutz führte dazu, dass der private Wohnungsbau praktisch zum Erliegen kam, da die Hausbesitzer kaum mehr Profit erwirtschaften konnten. Laut KP habe die SDAP mit ihrer Sozialgesetzgebung „ein mehr als verwässertes, ganz bescheidenes Reformprogramm entwickelt, ein Programm, das kaum mehr einen leisen Abglanz des Sozialismus trägt.“³⁰⁹ „Das Arbeitslosenunterstützungsgesetz blieb eine Frucht rein kapitalistischer Zeugung, [es] war keine sozialistische, sondern eine kapitalistische Einrichtung“; dieses Urteil fällte Paul Friedländer nach dem Abschluss der Sozialgesetzgebung.³¹⁰ Trotzdem befürwortete die KP die Sozialgesetzgebung, hielt sie aber für nicht weitgehend genug und forderte die Enteignung des Großgrundbesitzes und die Verstaatlichung von Banken und Großbetrieben.

Nach der Errichtung der Ungarischen Räterepublik im März 1919 wurden die Sozialmaßnahmen radikalisiert. Seit dem März wurde eine umfassende Sozialisierung großer Betriebe vorbereitet. Seit Mai konnten Unternehmer zur zwangsweisen Einstellung von Arbeitskräften verpflichtet werden; Kriegsheimkehrer konnten an ihren alten Arbeitsplatz zurückkehren. Das bedeutete tatsächlich einen Einschnitt in die Freiheit der kapitalistischen Entscheidungsgewalt. Die Regierung wollte damit einen Teil der Kosten der Arbeitslosen auf die Unternehmer abwälzen.³¹¹

Mitte Mai trat das Betriebsrätegesetz in Kraft. Der Betriebsrat war als „Parlament der Fabrik“ gedacht, an dessen Zustimmung alle wichtigen Unternehmerentscheidungen gebunden werden sollten. Wegen dieser Bestimmung verhinderte Ignaz Seipel die Zustimmung zum Erstentwurf. Eine abgemilderte Version war das einzige Gesetz der großangelegten Sozialisierungskampagne, das reale Bedeutung erlangte und mit dem die „Demokratisierung

³⁰⁶ Vgl. Gulick, Habsburg, 96.

³⁰⁷ Ebd., 97.

³⁰⁸ Vgl. Deutsch, Österreichs Revolution, 83.

³⁰⁹ Vgl. Friedländer, Sexualethik, 48.

³¹⁰ Vgl. Steiner, KPÖ 1918-1933, 13.

³¹¹ Vgl. Göhring, Pellar, Ferdinand Hanusch, 212f.

der Betriebe“ eingeleitet wurde.³¹² Die Kompetenzen des Betriebsrats beschnitten die Freiheit des Unternehmertums jedoch nicht, weswegen der von Hanusch angekündigte „Übergang zum Sozialismus“ nicht möglich war. Die Arbeiterräte wurden von innerbetrieblicher Einflussnahme ausgeschlossen. Ende April wurde die staatliche Entschädigung der Kriegsinvaliden geregelt, gerade rechtzeitig, da sie wegen ihrer trostlosen Lage für permanenten Aufruhr sorgten. Ende Mai trat das „Schlössergesetz“ in Kraft, das die entschädigungslose Enteignung adeliger Güter ermöglichte. Nachdem der Ex-Kaiser Karl am 24. März Österreich verlassen hatte, wurde am 3. April das Gesetz über die Landesverweisung des Hauses Habsburg-Lothringen beschlossen und die Adelstitel abgeschafft.³¹³ Ende Juli wurde das Urlaubsgesetz erlassen, das mit einer Reihe anderer Gesetze „die Leistungsfähigkeit der Arbeiter und Angestellten als wesentliche[r] Voraussetzung für den Wiederaufbau der Wirtschaft“ verbessern sollte, denn „mit erschöpften, bis zur Grenze ihrer Kraftanstrengungen ausgebeuteten Menschen wird das aber chancenlos sein“, merken Göhring und Pellar an. Hanusch und der Unterstaatssekretär für Gesundheit, Julius Tandler, meinten, damit erst die Voraussetzungen für die Arbeiterinnen und Arbeiter geschaffen zu haben, „um die vielen Aufgaben demokratischer Selbstverwaltung in der Republik auf sich nehmen zu können.“³¹⁴

Die Sozialisierungskampagne „diente einzig und allein dem Kampf gegen den Bolschewismus“, so streng urteilt Eszter Brader.³¹⁵ Tatsächlich sollte ein unmittelbar spürbarer sozialer Fortschritt, ausgelöst durch die Sozialgesetze, dazu dienen, den aufgestauten Unwillen der Arbeiterschaft „in geordnete Kanäle“ zu lenken.³¹⁶ Das Ende der Ungarischen Räterepublik bedeutete nicht nur das Ende der Sozialisierungen in Deutschösterreich; es wurde versucht, sie wieder rückgängig zu machen.³¹⁷ Hanusch verschärfte sofort nach dem Ende der Ungarischen Räterepublik die Bedingungen für den Bezug der Arbeitslosenunterstützung und erreichte damit ein rapides Absinken der Zahl der Anspruchsberechtigten. So wollte die SDAP die wirtschaftlich bedingte und durch die revolutionäre Stimmung aufgeheizte „Arbeitsunlust“, d. h. die Weigerung der Arbeiter- und Arbeiterinnen, „für den Kapitalismus zu arbeiten“, wie es Otto Bauer formulierte, bekämpfen. Die SDAP setzte nach dem Abflauen der Revolutionsstimmung, nach dem Sommer 1919 wieder offen auf die privatkapitalistische Initiative zur Erneuerung des wirtschaftlich desolaten Landes.³¹⁸

³¹² Ebd., 214f.

³¹³ Vgl. Hautmann, Rätebewegung, 323f.

³¹⁴ Vgl. Göhring, Pellar, Ferdinand Hanusch, 216f.

³¹⁵ Vgl. Eszter Brader, Ungarn und Deutschösterreich zur Zeit der Ungarischen Räterepublik [Dissertation], 47. (I. d. F.: Ungarn).

³¹⁶ Vgl. Emmerich Talós, Staatliche Sozialpolitik in Österreich. Retrospektive und Analyse, 142ff.

³¹⁷ Vgl. Brader, Ungarn, 48.

³¹⁸ Vgl. Gulick, Habsburg, 75.

Die Bürgerlichen gingen davon aus, dass ihre geschwächte politische Position durch ein - nur als vorübergehend erachtetes - Zusammengehen mit der SDAP gestärkt werden würde. Außerdem schien die Koalition „die beste Garantie, um eine drohende soziale Revolution zu verhindern.“ Darum stellten die Bürgerlichen den Reformen Hanuschs keine Hindernisse in den Weg, im Gegenteil. Die Christlichsoziale Partei (CSP) trug die Reformen, die ebenso sehr das Werk des christlichsozialen Unterstaatssekretär Josef Resch waren, mit. Nicht nur die KP, auch so manche Gewerkschafter kritisierten Hanusch für diese „systemerhaltenden“ Maßnahmen. Hanusch entgegnete am ersten Gewerkschaftskongress, am 3. Dezember 1919 seinen Kritikern: „Glauben Sie nicht, dass ich der Meinung bin, dass mit all diesen Dingen die soziale Frage gelöst oder der sozialistische Staat errichtet werden kann; ich weiß ganz gut die Grenzen der Sozialpolitik abzuschätzen.“³¹⁹ Unter dem „Druck der Revolutionsangst“ versuchte Hanusch eine Art „dritten Weg“ zwischen marktwirtschaftlichem und räterepublikanischem Weg zu gehen.³²⁰

³¹⁹ Vgl. Göhring, Pellar, Ferdinand Hanusch, 197.

³²⁰ Ebd., 202.

9. Die österreichische Rätebewegung

9.1. Die Arbeiter- und Soldatenräte

Die Arbeiterräte waren erstmals im Jännerstreik 1918 spontan entstanden.³²¹ Diese Räte wurden von der SDAP-Führung nachträglich legitimiert und in die Parteistatuten aufgenommen.³²² Außerdem war im Wiener Arbeiterrat der gesamte sozialdemokratische Parteivorstand vertreten, der sich für eine Mäßigung des Streiks einsetzte.³²³ Einige „Linksradikale“, die sich bei der Bildung der Arbeiterräte im Jännerstreik ein erstes eigenständiges politisches Profil erwarben, forderten einen sofortigen Waffenstillstand.³²⁴ Die Handvoll sowjetrussischer Bolschewiki unterstützten den Streik. Von den 310 in Massenversammlungen gewählten Mitgliedern des Wiener Arbeiterrats waren aber nur zwei „Linksradikale“, weswegen es der SDAP-Führung gelang, den Streik abzuwürgen.³²⁵ Selbst nachdem die SDAP den Streik im Jänner 1918 beendet hatte, verblieb der größte Teil des linken Flügels der Sozialdemokratie weiterhin in der Partei.³²⁶

9.2. Die Arbeiterräte in der Republik

Zu Beginn der Republik wurden die Arbeiter- und Soldatenräte und auf dem Land Bauern- und Bürgerräte reaktiviert bzw. neu gegründet. Diese übernahmen die Aufgaben der zerfallenden Verwaltung. Sie organisierten den Rückzug von den Fronten und die Lebensmittelversorgung. Sie kontrollierten die Bezirkshauptmannschaften und bildeten auf Gemeinde-, Bezirks- und Landesebene Wirtschaftskommissionen.³²⁷ Obwohl die Arbeiterräte eine Art Nebenparlament darstellten und für kurze Zeit über eine nicht unbeträchtliche Machtfülle verfügten, waren sie - im Unterschied zu den Räten in Sowjetrussland oder Deutschland - den staatlichen Institutionen untergeordnet, sodass es zu keiner „Doppelherrschaft“ oder gar zu einer Auflehnung gegen die Republik kam. Friedrich Adler lehnte einen eigenständigen politischen Charakter der Arbeiterräte strikt ab und betonte deren Unterordnung unter die staatlichen Organe. Sie sollten sich „ganz einfach um die Vertretung der Arbeiter und ihrer Organisationen“ annehmen.³²⁸ Der Arbeiterrat war lediglich als „Parlament der Arbeiterklasse“ gedacht und sollte Konflikte zwischen reformerischen und

³²¹ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 136.

³²² Vgl. Keller, Arbeiter- und Soldatenräte, 16.

³²³ Vgl. Anna Hornik, 40 Jahre Jännerstreik, 46-51. In: Weg und Ziel. Monatsschrift für Fragen der Demokratie und des wissenschaftlichen Sozialismus, Nr. 1/1958, 48.

³²⁴ Vgl. Autorenkollektiv der Historischen Kommission beim ZK der KPÖ [Hrsg.], Kurzer Abriss, 29f.

³²⁵ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 54f.

³²⁶ Vgl. Ehmer, KPÖ, 218-230. In: Tálos u.a. [Hrsg.], Handbuch, 218.

³²⁷ Vgl. Bauer, Österreichische Revolution, 134.

³²⁸ Vgl. Keller, Arbeiter- und Soldatenräte, 20.

revolutionären Arbeitern, die verharmlosend als „innerproletarische“ Konflikte dargestellt wurden, sublimieren und ein „friedliches Kräftemessen“ von Mehrheit und Minderheit erlaubten. Die SDAP stützte sich auf den durch die Arbeiterräte repräsentierten „Willen der Mehrheit der Arbeiterklasse“.³²⁹ Für die SDAP stand somit außer Frage, dass sich eine soziale Revolution „nur im Rahmen einer parlamentarischen Demokratie vollziehen“ könne.³³⁰ Gegen diese Position gab es sogar innerhalb der SDAP Widerstand. Eine kleine Gruppe um den sozialdemokratischen Juristen und Sozialphilosophen Max Adler kam zu teilweise ähnlichen Ansichten, wie die KP. Max Adler wollte durch die Räteorgane eine „Revolution in Permanenz“ befördern.³³¹ Max Adler stellte in seinem Werk „Demokratie und Räteystem“ die Frage: „Was nützt dem Arbeiter die Freiheit von der politischen Unterdrückung, wenn er in ökonomischer Abhängigkeit vom ‚Brotgeber‘ bleibt [...]? Was bedeutet die Gleichheit vor dem Gesetz, wenn sich wegen der Ungleichheit im Vermögen der Besitzlose dem Besitzenden verkaufen muß?“ Max Adler erkannte den Gegensatz zwischen Unternehmertum und Arbeitenden, der den Klassenkampf notwendig nach sich zieht.³³² Die Freiheit führt zur „Freiheit des Verhungerns für die, welche sich gegen dieses System auflehnen möchten, die Brüderlichkeit zur Heuchelei und schmachvollen Wohltätigkeitsprotzerei“. Nicht die bürgerliche Republik, sondern „erst die sozialistische Republik!“ verwirkliche die „wirtschaftliche Gleichheit“. Max Adler schwebte eine Kombination von Parlament und Arbeiterrat vor und meinte, dass eine „Diktatur [...] also auch in der Form des Parlamentarismus möglich [ist]“. Adler spitzt seine Aussage dahingehend zu, dass er meinte, die Herrschaft der Bourgeoisie könne sich nur mehr mittels des Parlamentarismus durchsetzen. Daher sollten die Räte eine Art Überregierung für den Übergang zur „Diktatur des Proletariats“, aber ohne bürgerkriegsähnliche Zustände werden.³³³ Max Adler schrieb seine Überlegungen angesichts der sich formierenden Räterepubliken in Ungarn und Bayern.³³⁴

Bis Anfang 1919 waren die Arbeiterräte rein sozialdemokratische Instanzen. Die KP verlangte eine Statutenänderung, nach der auch Kommunistinnen und Kommunisten und andere linke Gruppen in den Arbeiterrat gewählt werden könnten – mit Ausnahme der Anarchisten.³³⁵ Die SDAP versprach sich durch den Einschluss der KPDÖ zu Recht eine viel bessere Kontrolle als durch deren Ausschluss.³³⁶ Die KP sah ihre Aufgabe darin, „den Arbeiterrat zu benutzen, um in klar präzisierten Anträgen das Proletariat in Gegensatz zur

³²⁹ Vgl. Historische Kommission beim ZK der KPÖ [Hrsg.], KPÖ, 49.

³³⁰ Vgl. Braunthal, Internationale, 158.

³³¹ Vgl. Bauer, Österreichische Revolution, 135.

³³² Vgl. Keller, Arbeiter- und Soldatenräte, 21.

³³³ Ebd., 22.

³³⁴ Ebd., 31.

³³⁵ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 114.

³³⁶ Ebd., 134.

sozialdemokratischen Partei zu bringen oder die Arbeiterräte in Gegensatz zur Nationalversammlung und damit in Gegensatz zu den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen.“³³⁷ Die SDAP war sehr darauf bedacht, sämtliche Richtungsstreits in den Arbeiterrat zu verlagern und dort friedlich auszutragen. Die KP lehnte das Parlament ab und akzeptierte stattdessen nur den Arbeiterrat; den dafür aber unbedingt. Sie musste wohl oder übel anerkennen, dass sie mit ihren rätorepublikanischen Ideen keine Mehrheit bekommen wird. Die bedeutendste Leistung Friedrich Adlers bestand darin, dass er mittels Einbindung der KP den Arbeiterrat als Widerstandsinstrument gegen den Kommunismus organisierte.³³⁸

Die Sozialgesetzgebung 1919 wäre ohne die vorübergehende Schwäche des Bürgertums, der eine moralische Diskreditierung der alten Ordnung und eine Radikalisierung der Massen voraus gegangen war, nicht machbar gewesen und der Arbeiterrat bemühte sich um die praktische Umsetzung der sozialreformerischen Gesetze. „Hätte das Ministerium für soziale Verwaltung seine Arbeit nicht so vorausblickend organisiert, ich wüßte nicht, wie wir durch die Klippen hätten steuern können, als es in Budapest und München eine Diktatur gab. [...] Nur unsere soziale Gesetzgebung war es, die den Arbeitern Vertrauen in unseren Staat und seine Regierung gab, ihr ist der Widerstand gegen die Versuchung zu danken, dieselben Wege wie in Bayern und Budapest auch hier einzuschlagen“, erklärte Ferdinand Hanusch, im Dezember 1919 im Parlament.³³⁹

9.3. Die 1. Reichskonferenz der Arbeiterräte

Die KPDÖ wurde auf der 1. Reichskonferenz der Arbeiterräte im März 1919 in den Arbeiterrat aufgenommen. Die Mitgliedschaft in der SDAP bzw. in einer Gewerkschaftsorganisation und ein Abonnement der „Arbeiter-Zeitung“ waren bisher erforderlich gewesen.³⁴⁰ Nunmehr sollten „[...] alle manuellen und geistigen Arbeiter beiderlei Geschlechts, die in der Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise das Ziel und im Klassenkampf das Mittel der Emanzipation des arbeitenden Volkes erkennen [...]“ Mitglied werden können.³⁴¹ Die Einbeziehung der KP durch die SP sei aber „eine Falle“ gewesen, wie der Historiker Charles Gulick nicht ganz unpassend anmerkt, die die Kommunisten aber „nicht durchschauten“, sondern „mit Freuden“ annahmen. Die KP wurde so gezwungen, sich der Mehrheit unterzuordnen und gleichzeitig dienten die Arbeiterräte als Ventil für Kritik an

³³⁷ Vgl. [Anonym], Kommunistische Bewegung, 229-236. In: Die KI. Organ des EKKI, Nr. 7/8 (1919), 235.

³³⁸ Vgl. Jacques Droz [Hrsg.], Geschichte des Sozialismus. Von 1919 bis 1945. Band XII. Der Sozialismus in Ungarn, Österreich, Tschechoslowakei, Belgien, Holland, Schweiz, Polen und den Balkanländern, 22. (I. d. F.: Sozialismus).

³³⁹ Vgl. Stenographische Protokolle, 1332ff.

³⁴⁰ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 133.

³⁴¹ Vgl. Keller, Arbeiter- und Soldatenräte, 19.

der Koalitionsregierung³⁴² Der KP wurde ihre eigene Forderung „Alle Macht den Räten!“ zum Verhängnis, musste sie sich doch, gemäß ihrer Forderung den Beschlüssen fügen und wurde damit „an die Kette gelegt“, wie Deutsch anmerkt.³⁴³ Friedrich Adler brachte diese Vorgangsweise 1924 auf den Punkt, als er anmerkte, dass es keine „besondere Schlauheit und taktische Geschicklichkeit [war], mit der wir die Kommunisten dazu gebracht haben, immer wieder eine Niederlage nach der anderen zu erleiden. Aber das ist nicht die Geschicklichkeit einer Person, sondern der *Erfolg eines Prinzips* [Hervorh. im Orig.; Anm.]; die Kommunisten waren gezwungen, sich im Rahmen der *proletarischen Demokratie den Beschlüssen der Mehrheit* der Arbeiterklasse zu unterwerfen.“³⁴⁴ Zum „Erfolg des Prinzips“ trug bei, dass die SDAP ihr Endziel als mit dem der KP deckungsgleich, aber langsamer und unblutiger erreichbar hinstellten. Den Weg der KP stellte die SDAP als unnötig blutig und opferreich dar. „Die Arbeitermassen konnten damals noch nicht wissen, daß die Wahlmöglichkeit in Wirklichkeit nicht zwischen zwei Wegen zum Sozialismus war, sondern die zwischen Sozialismus und Erhaltung der bürgerlichen Ordnung“, meint Hautmann.³⁴⁵

Als Vorsitzender des obersten Organs, dem „Reichsvollzugsausschusses der Arbeiterräte“ (RVA), wurde Friedrich Adler gewählt. Die KP forderte die Wählbarkeit von Arbeitslosen.³⁴⁶ Bei den Arbeiterratswahlen im April 1919 erhielten die Kommunisten nur 5% der Stimmen und diese eher unter den Arbeitslosen. Ca. 850 000 Arbeitende wählten 15 000 Räte.³⁴⁷

Am 27./28. April 1919 hielt die KPDÖ eine Konferenz über die internationale Lage und die Bedeutung der Arbeiterräte ab. Dabei wurde die Institution des bürgerlichen Parlaments weiterhin abgelehnt, doch erachtete es die KPDÖ als notwendig, „den Arbeiterräten schrittweise Einfluß und Arbeitsmöglichkeiten zu verschaffen [...]“, aber nur „[s]olange die Diktatur des Proletariats noch nicht herbeigeführt ist“. Das bedeutete eine Hinwendung zur Tagespolitik und eine Abkehr von der ausschließlich revolutionären Tätigkeit. Die Beschaffung von Lebensmitteln, die Bereitstellung von Wohnraum sollte den Arbeiterräten überantwortet werden.³⁴⁸

³⁴² Vgl. Gulick, Habsburg, 45.

³⁴³ Vgl. Deutsch, Österreichs Revolution, 63.

³⁴⁴ Vgl. Hautmann, Rätebewegung, 310.

³⁴⁵ Ebd., 327.

³⁴⁶ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 135.

³⁴⁷ Vgl. Historische Kommission beim ZK der KPÖ [Hrsg.], KPÖ, 50.

³⁴⁸ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 164.

10. Die Wiederbelebungsversuche der II. Internationale

Die Sozialdemokratischen Parteien hatten ursprünglich geplant, die wieder belebende Konferenz zeitgleich mit den Friedensverhandlungen in Paris abzuhalten. Das scheiterte aber am französischen Ministerpräsidenten Georges Clemenceau, der keine Sozialdemokraten aus feindlichen Ländern in Paris haben wollte. Deshalb trat die Konferenz am 3. Februar 1919 in Bern zusammen. Eine Reihe sozialdemokratischer Parteien war nicht anwesend, etwa die deutschen Mehrheitssozialisten (SPD) oder die belgische SP. Selbstverständlich waren eine Reihe von Parteien, die der Zimmerwalder Konferenz angeschlossen waren, auch nicht dabei, von den Bolschewiki und den russischen Linken Sozialrevolutionären ganz zu schweigen.³⁴⁹ Lenin nannte die Berner Konferenz eine „gelbe Internationale“.³⁵⁰ Ziel sei die „Galvanisierung des Leichnams der Zweiten Internationale“.³⁵¹ Rosa Luxemburg hatte die II. Internationale ebenfalls einen „stinkenden Leichnam“ genannt.³⁵² Aus Österreich waren Karl Seitz, Wilhelm Ellenbogen, Franz Domes und Friedrich Adler anwesend.³⁵³ Die Berner Konferenz wollte die Pariser Friedensverhandlungen durch einen eigenen Friedensplan beeinflussen. Auf der Konferenz wurden aber hauptsächlich Schuldzuweisungen zwischen den Sozialdemokratischen Parteien der Entente und denen der Mittelmächte gewälzt. Gefordert wurde, neben dem obligatorischen Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Errichtung des Völkerbundes, der nach den Vorstellungen der Sozialdemokratie eine Weltregierung mit einem Weltparlament hätte werden sollen.³⁵⁴ Die Konferenz bekannte sich zur parlamentarischen Demokratie und zu den bürgerlichen Freiheitsrechten. Sowjetrussland und die „Diktatur des Proletariats“ wurden zwar nicht direkt, aber verklausuliert kritisiert. Friedrich Adler und Jean Longuet verwahrten sich „gegen jede wie immer geartete Brandmarkung der Zustände in der russischen Sowjetrepublik, da wir keinerlei zureichende Grundlage der Beurteilung besitzen [...]. Wir wünschen die Tür offen zu halten den klassenbewussten revolutionären sozialistischen Parteien aller Länder [...]“. Adler, Longuet u. a. stimmten gegen das Abschlussdokument, weil bestimmte Teile „von der Bourgeoisie gegen die russische Revolution ausgebeutet werden“ könnten. Ferner wurde beschlossen, eine Studienkommission nach Sowjetrussland zu entsenden, um die politische und wirtschaftliche Lage vor Ort zu untersuchen.³⁵⁵ Der Kommission wurde erlaubt, Russland zu besuchen,

³⁴⁹ Vgl. Braunthal, Internationale, 168.

³⁵⁰ Vgl. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED [Hrsg.], I. und II. Kongreß, 53.

³⁵¹ Ebd., 97.

³⁵² Vgl. Pierre Frank, Geschichte der Kommunistischen Internationale (1919-1943), Band 1, 33. (I. d. F.: Kommunistische Internationale).

³⁵³ Vgl. Braunthal, Internationale, 169.

³⁵⁴ Ebd., 172.

³⁵⁵ Ebd., 173.

doch fand die Reise nie statt.³⁵⁶ Nur eine britische Kommission durfte 1920 Sowjetrusland bereisen.³⁵⁷ In einer im August 1919 in Luzern abgehaltenen Nachfolgekonferenz, wurde der Protest, sowohl gegen die Pariser Friedensverträge als auch gegen die militärischen Interventionen gegen Sowjetrusland und Räteungarn, nur in einer Minderheitenresolution „als eine Bedrohung aller Formen sozialistischer Regierungen durch kapitalistische Regierungen“ gebrandmarkt. Die Minderheit forderte außerdem zur Verteidigung Sowjetruslands auf.³⁵⁸

³⁵⁶ Vgl. Frank, *Kommunistische Internationale*, 66.

³⁵⁷ Vgl. Braunthal, *Internationale*, 178.

³⁵⁸ Ebd., 175.

11. Die Pläne zur Organisierung der sozialistischen Revolution im Weltmaßstab

11.1. Die Komintern

Die Komintern war ein Zusammenschluss kommunistischer und anderer linker Parteien, die in Abgrenzung zur „vom Opportunismus zersetzten Zweiten Internationale“ eine „wahrhaft revolutionäre Internationale“ sein sollte.³⁵⁹ Die Komintern wollte den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, den sie als unausweichliche „historische Mission“ betrachtete, im Weltmaßstab befördern und verwirklichen.³⁶⁰ Geschaffen wurde die Komintern als stark zentralisierte „Weltpartei“ in der die einzelnen Kommunistischen Parteien als nationale Sektionen der Komintern galten.³⁶¹

Daneben gab es noch einige formell eigenständige „Internationalen“, die der Komintern angegliedert waren. Aus den seit dem Ersten Weltkrieg bestehenden internationalen Verbindungen sozialistischer Jugendorganisationen ging 1919 die „Kommunistische Jugendinternationale“ (KJI) hervor. Von 1921 bis 1937 existierte die „Rote Gewerkschaftsinternationale“ (RGI bzw. Profintern) und es bestand noch eine „Bauerninternationale“.

Mit der Gründung der Komintern im März 1919 war ein Ziel erreicht, das Lenin seit dem Kriegsbeginn 1914 beharrlich verfolgt hatte. Für Lenin war die Gründung der III. Internationale ein Sieg von nicht geringerer Bedeutung, als die Oktoberrevolution 1917. Die Gründung schien den Erfolgsweg der Bolschewiki zu bestätigen und war von einem starken Optimismus geprägt. In Deutschland, Österreich, Ungarn und Italien kam es zu Massenstreiks und revolutionär anmutenden Aufständen. Europa steckte nach dem Ersten Weltkrieg in einer Wirtschaftskrise, das kapitalistische System schien völlig diskreditiert zu sein.³⁶² Lenin hatte angenommen, dass sich die linken Flügel der Sozialdemokratie von der Partei abspalten und als Kommunistische Parteien verselbständigen würden. Im Laufe des revolutionären Prozesses würden sie der Sozialdemokratie mehr und mehr die Mitglieder abspenstig machen, die Führung übernehmen, die parlamentarische Demokratie abschaffen und die „Diktatur des Proletariats“ errichten. Die Entstehung von Kommunistischen Parteien

³⁵⁹ Vgl. Horst Schumacher, Die Kommunistische Internationale (1919-1943), 14. (I. d. F.: Kommunistische Internationale (1919-1943)).

³⁶⁰ Ebd., 6.

³⁶¹ Vgl. Alexander Vatlin, Die Komintern 1919-1929. Studien zur Geschichte der Komintern, 7. (I. d. F.: Komintern 1919-1929).

³⁶² Vgl. Braunthal, Internationale, 180.

ging nicht ohne die Mitwirkung von sowjetrussischer Seite vorstatten.³⁶³ Sowjetrussland musste den linken Radikalen außerhalb Russlands ursprünglich keinen Druck machen. Sie übernahmen bereitwillig die Ideologien, das politische Verhalten und die Organisationsformen der Bolschewiki, da sie glaubten, nur so die Revolution verteidigen, ausbauen und auf andere Länder übertragen zu können.³⁶⁴

Die Komintern sollte im Weltmaßstab das verwirklichen, was die Bolschewiki mit der Oktoberrevolution geschaffen hatten. Diese Organisation war als „Hebel des kommunistischen Weltumsturzes“ gedacht.³⁶⁵ Der erste Vorsitzende Grigorij E. Zinov`ev nannte sie den „internationalen Generalstab des kämpfenden Proletariats“.³⁶⁶ Der Komintern konnten nur Personen und Parteien angehören, für die „der Typus Sowjetmacht höher und der Sozialismus näher ist.“³⁶⁷

Die Komintern wandelte sich im Lauf der Zeit und durchlief mehrere Phasen, die ungefähr folgendermaßen eingeteilt werden können. Von 1919 bis 1920 war sie mangels materieller Ausstattung und der dem Bürgerkrieg geschuldeten prekären Lage in Sowjetrussland ein reiner Propagandaklub. Von 1921 bis 1923 dominierte die Einheitsfrontpolitik und von 1924 bis 1928 galten ihre Aktivitäten der „Bolschewisierung“, d. h. der Vereinheitlichung und Zurichtung der nationalen Kommunistischen Parteien auf die sowjetischen Bedürfnisse. Die Zeit von 1929 bis 1933 war beherrscht von der „ultralinken“ Losung „Klasse gegen Klasse“, d. h. dem Kampf gegen den Kapitalismus und die Sozialdemokratie gleichermaßen. Ab 1934 bis 1938 betrieb die Komintern das Gegenteil der vorherigen Phase und konzentrierte sich auf die „Volksfrontpolitik“. Das bedeutete die Herstellung möglichst breiter demokratisch-antifaschistischer Bündnisse, was auch Verbindungen mit nationalistischen und religiösen Kräften beinhaltete. Der Apparat war anfangs sehr klein. Die Kader der ersten Jahre waren oftmals russische Intellektuelle oder Kriegsgefangene, die die Oktoberrevolution in ihren Heimatländern wiederholen wollten. Diese machten kurze Zeit später meistens im Außenministerium oder in anderen staatlichen Stellen Karriere.³⁶⁸

Der Apparat der Komintern wurde im Gebäude der früheren deutschen Botschaft eingerichtet. Die Abkommandierung von der KPR zur Komintern wurde fast als Degradierung

³⁶³ Ebd., 163.

³⁶⁴ Vgl. Alexander Vatlin, Zur Frage der `Russifizierung' der Komintern, 329-345. In: Buckmiller, Meschkat [Hrsg.], Biographisches Handbuch, 329.

³⁶⁵ Vgl. Vatlin, Komintern 1919-1929, 9.

³⁶⁶ Vgl. Pirker [Hrsg.], Mythos, 19.

³⁶⁷ Vgl. W. I. Lenin, Brief an G. W. Tschitscherin, 27. oder 28. 12. 1918, 221-224. In: Lenin-Briefe, Bd. 5 (1917-1919), 222.

³⁶⁸ Vgl. Peter Huber, Das Führungskorps der Komintern. Ein soziobiographischer Querschnitt, 195-246. In: Buckmiller, Meschkat [Hrsg.], Biographisches Handbuch, 245.

aufgefasst. Die Postenbestzungen wurden anfangs häufig geändert, einige, die für die Komintern abkommandiert worden waren, tauchten beim Apparat der Komintern erst gar nicht auf. Zinov`ev war gleichzeitig Parteichef von Petrograd und hielt sich deswegen die meiste Zeit dort auf. Die Sekretäre Jan Berzin und der Wolgadeutsche Gustav Klinger vertraten ihn beim EKKI. Später wurde der Komintern die Abteilung für Sowjetpropaganda des Gesamtrussischen Exekutivkomitees der Sowjets unterstellt. Die Propaganda wurde über sowjetrussische diplomatische Stellen nach außen getragen. In der Zeit des Bürgerkriegs war die Überwindung der Blockade die größte Schwierigkeit, die oft Leib und Leben der mit Wertgegenständen und Direktiven reisenden Komintern-Emissäre bedrohte.³⁶⁹ Daher wurden in Wien, Amsterdam, Berlin, der Ukraine, in Ungarn und in Skandinavien Auslandsbüros eingerichtet. Der Durchhaltewille und die Entschlossenheit der Bolschewiki wurden im Westen, auch unter Liberalen, bewundert. „Russisch“ wurde ein Synonym für „musterrevolutionär“. Wer im Westen Russisch sprach oder russischer Herkunft war hatte gute Aufstiegschancen in den westlichen Kommunistischen Parteien. Als „Russen“ galten etwa die Mitglieder der Bayrischen Räteregierung, Eugen Leviné, Max Levien und Tobias Akselrod. Die Namen Lenin und Trockij hatten einen guten Klang bei den Linken. Kommunistinnen und Kommunisten meinten, sich für Sowjetrusland aufopfern zu müssen, da dieses Land sich für die Weltrevolution aufopfert.³⁷⁰

Die Auslandsbüros der Komintern verursachten chaotische Zustände in den jeweiligen Parteien. Zinov`ev beschwerte sich, dass etwa die KPD „jeden Russen oder Halbrossen in Deutschland als unseren Vertreter betrachtet“. Anfang der 1920er Jahre erlosch allmählich der gute Ruf der „Russen“, die fortan eher verächtlich „Turkestaner“ genannt wurden. Trockij bemerkte 1921, dass die „organisatorische Hegemonie der russischen Partei manchmal ziemlich plump und auffallend“ sei, was die Gegner nur allzu gern ausnutzen würden.³⁷¹ Daher schlug Trockij vor, „alle Methoden und Verfahren abzuschaffen, die als organisatorische Festigung der Diktatur der KPR (B) im internationalen Maßstab gewertet“ werden können. Einfluss wurde mittels Direktiven und Offener bzw. Geschlossener Briefe auf die Kommunistischen Parteien genommen, die heimlich und ohne Bedarfsprüfung finanziell unterstützt wurden. Anfangs erhielten die Kuriere der Komintern aufgrund eines Schreibens des Sekretariats des ZK der KPR (B) Wertgegenstände aus dem Staatsschatz. Später wurden geheime Fonds bei Banken im Ausland angelegt. Die einzelnen Parteien stritten sich um finanzielle Zuwendungen; die Verhältnisse luden zur Korruption ein. Als weitere Einflussnahme auf die nationalen Sektionen dienten die Kaderernennungen. Unliebsame Personen wurden abgesetzt oder instabile Gleichgewichte erhalten. Im Lauf der Zeit kam es

³⁶⁹ Vgl. Vatlin, ‚Russifizierung‘, 329-345. In: Buckmiller, Meschkat [Hrsg.], Biographisches Handbuch, 333.

³⁷⁰ Ebd., 334.

³⁷¹ Ebd., 335.

innerhalb der Parteien zu Fraktionsbildungen um die Gunst Moskaus.³⁷² Mit zunehmender Abhängigkeit von Moskau bildeten sich doppelte Informationskanäle und informelle Interessensgruppen.

11.2. Die Vorbereitung des Gründungskongresses

Am 28. September 1918 beschloss die bolschewistische Parteiführung die Einberufung eines internationalen kommunistischen Kongresses. Dafür sollten Kontakte „zu allen großen ausländischen sozialistischen Parteien, die auf dem Boden unserer Plattform stehen“ aufgenommen werden. Ende Jänner 1919 fand in Moskau ein Vorbereitungstreffen statt, an dem einige ausländische Vertreter teilnahmen. Fritz Platten aus der Schweiz und Emil Stange aus Norwegen lebten bereits im Kreml und warteten auf die Eröffnung des Kongresses, an dem sie als Delegierte ihrer Länder teilnehmen sollten. Die Organisation des Kongresses und die Erstellung der grundlegenden Texte oblag Čičerin. Die telegraphischen Antworten aus dem Ausland ließen die enormen Anreiseschwierigkeiten erahnen.³⁷³ Am 28. Februar beschloss die Vorbereitungsgruppe das Programm. Weiters wurde beschlossen, dass die „ersten Sitzungen der Konferenz [...] geheim bleiben [sollen]. Eine öffentliche „Feierlichkeit zu Ehren der Konferenz soll am Ende stattfinden“ und die „Beschlüsse der Konferenz können erst veröffentlicht werden, wenn die Delegierten zu Hause sind.“ All diese Maßnahmen waren dem Schutz der Delegierten vor Verfolgung in ihren Heimatländern geschuldet. Da wenig Hoffnung auf die Anreise ausländischer Delegierter nach Moskau bestand, wurden in Sowjetrußland lebende ausländische Kommunisten zu Delegierten befördert. Das hatte die Eigenart, dass einige Delegierte die Länder, die sie vertreten sollten, nie gesehen hatten. Die einzigen Ausländer, die von ihren Parteien bevollmächtigt waren und es bis nach Moskau schafften, waren Otto Grimlund aus Schweden, Hugo Eberlein aus Deutschland und Karl Steinhardt aus Deutschösterreich.³⁷⁴

11.3.1. Die KPDÖ im Vorfeld der Gründung

Die KPDÖ folgte dem Einladungsschreiben zum geplanten Gründungskongress der Komintern, das am 24. Jänner 1919 vom ZK der KPR veröffentlicht worden war.³⁷⁵ Verfasst wurde der Text von Trockij; Lenin und Čičerin hatten daran mitgewirkt. Am 29. Jänner 1919

³⁷² Ebd., 336.

³⁷³ Vgl. Wladislaw Hedeler, Alexander Vatlin, Wer gründete die Komintern? Zur Geschichte einer Fotografie, 1-8. In: JHKF 2008, 2.

³⁷⁴ Ebd., 3.

³⁷⁵ Vgl. Pirker [Hrsg.], Mythos, 18.

wurde das Einladungsmanifest zur Gründungskonferenz der Kommunistischen Internationale parteioffiziell veröffentlicht.³⁷⁶

Im Einladungsschreiben wurde konstatiert, dass die jetzige Periode, eine „des Zusammenbruchs des gesamten kapitalistischen Weltsystems [wäre], die den Zusammenbruch der europäischen Kultur überhaupt bedeuten wird, falls der Kapitalismus mit seinen unlösbaren Gegensätzen nicht vernichtet wird“. Es folgt die Aufforderung ans Proletariat, zuerst die Staatsmacht zu ergreifen, um den alten Staat zu vernichten und dann einen proletarischen Staatsapparat aufzubauen. Demokratie und Parlamentarismus mit der formalen Gleichheit wurden abgelehnt und das Privateigentum an Produktionsmittel sollten sofort abgeschafft werden.³⁷⁷ Die sozialistische Bewegung wurde in drei Gruppen eingeteilt. Die den Krieg befürwortenden „Sozialchauvinisten“, die nur bekämpft werden können; das um Karl Kautsky gebildete wankelmütige „Zentrum“, dem gegenüber mit „erbarmungsloser Kritik“ und „Entlarvung“ zu begegnen sei und der linke revolutionäre Flügel.³⁷⁸ Neben der gemeinsamen Plattform sollte der Kongress ein „Kampforgan zwecks permanenter Verbindung und planmäßiger Leitung der Bewegung“, weiters „ein Zentrum der kommunistischen Internationale“ schaffen und „die Interessen der Bewegung in jedem Land den gemeinsamen Interessen der Revolution in internationalem Maßstab“ unterordnen.³⁷⁹ Neben den Bolschewiki und fünf anderen kommunistischen bzw. revolutionären Parteien unterzeichnete auch ein „Auslandsbüro der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutsch-Österreichs“ die Einladung zum für den am 15. Februar 1919 anberaumten, aber wegen des Interventionskrieges gegen Russland, erst am 2. März startenden Gründungskongresses.³⁸⁰

11.3.2. Die Anreise nach Moskau

Schon vor der Gründung betrachtete sich die KPDÖ als „Teil des Internationalen Kommunistenbundes“.³⁸¹ Lenin hatte eine persönlich geschriebene Einladung für den Gründungskongress an Steinhardt geschickt. Für die Zeit seiner Abwesenheit übernahm Toman das Amt des Generalsekretärs. Steinhardt verließ Wien am 13. Februar 1919 ohne gültige Papiere, zusammen mit einem Heimkehrer namens Fatin, der ein bisschen Russisch sprach. Steinhardt reiste unter seinem Decknamen „Gruber“, getarnt als lettischer Heimkehrer, über Budapest nach Moskau. Die ungarische KP stattete ihn mit falschen

³⁷⁶ Vgl. Soziale Revolution, 29.1.1919, 1. (I. d. F.: SR).

³⁷⁷ Vgl. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED [Hrsg.], I. und II. Kongreß, 46.

³⁷⁸ Ebd., 47.

³⁷⁹ Ebd., 49.

³⁸⁰ Ebd., 50.

³⁸¹ Vgl. Steiner, KPÖ 1918-1933, 11.

Papieren aus.³⁸² Oftmals waren sie zu Fuß die Bahngleise entlang unterwegs, da die Züge kriegsbedingt ausgefallen waren. Bei Winniza in der Ukraine war damals die Front und in Kiew trafen Steinhardt und sein Begleiter erstmals auf Truppen der Roten Armee.³⁸³ In Proskurow, dem heutigen Chmelnyzkyj, musste Steinhardt tatenlos zusehen, wie weißgardistische Kosaken Juden aus dem Fenster warfen, deren Wohnungen ausraubten und in Brand steckten.³⁸⁴ Doch „nach Moskau wollen wir, nach Moskau müssen wir, und nichts kann uns abhalten, dorthin zu gelangen!“³⁸⁵ Schlussendlich erreichten sie nach dieser abenteuerlichen Reise durch das Kriegsgebiet doch ihr Ziel.

11.4.1. Der I. Kongress der Komintern

Im Einladungstext wurden die Eroberung der Staatsmacht und die Zerstörung des bürgerlichen Staatsapparates gefordert. Die „Diktatur des Proletariats“ sollte als ein „Instrument der systematischen Unterdrückung der ausbeutenden Klassen“ wirken. Der Parlamentarismus sollte ersetzt werden, durch die „Selbstregierung der Massen durch ihre gewählten Organe.“ Das „Privateigentum an den Produktionsmitteln“ sollte abgeschafft und in Staatseigentum überführt werden. Diese Punkte waren in Lenins „Thesen über bürgerliche Demokratie und proletarische Diktatur“ erläutert und vom Kongress akzeptiert worden. Lenin argumentierte ganz im Sinne seiner Schrift „Staat und Revolution“. Das Ziel aller Sozialisten sei die Abschaffung der Staatsmacht. Die „Diktatur des Proletariats“ habe „das völlige Absterben des Staates in jedweder Form“ zum Ziel. Von Trockij stammt das „Manifest der Kommunistischen Internationale an die Proletarier der ganzen Welt.“ Trockij erklärte, dass „die in Sowjet-Moskau versammelten Vertreter des revolutionären Proletariats verschiedener Länder Europas, Amerikas und Asiens [...] als Erben und Vollstrecker der Sache fühlen,“ deren Programm im von Marx und Engels verfassten „Kommunistischen Manifest“ von 1848 verkündet worden war. Da die „Sozialpatrioten“ und die „Sozialpazifisten“ den Internationalismus verlassen hätten, sei nun der Kampf gegen diese „die unerlässliche Voraussetzung für den erfolgreichen Kampf gegen den Imperialismus.“³⁸⁶

Lenins Thesen über „bürgerliche Demokratie“ richteten sich besonders gegen Kautsky und die Austromarxisten, da Lenin die Unvereinbarkeit von Parlament und Räten hervorhebt. „Da Kautsky immer bereit ist, `theoretische` Rechtfertigungen zu fabrizieren, um der proletarischen Revolution gute Manieren beizubringen, schreibt er – von Rosa [Luxemburg]

³⁸² Vgl. Hautmann, Mitwirkung der KPÖ, 115-117. In: WuZ, Nr. 3/1979, 116.

³⁸³ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 125.

³⁸⁴ Vgl. Karl Steinhardt, Wiedersehen mit Moskau. Reiseeindrücke, 3. (I. d. F.: Moskau).

³⁸⁵ Vgl. J. Gruber [Karl Steinhardt], Bericht des Genossen J. Gruber, 75-79. In: Die KI. Organ des EKKI, Nr. 3 (1919), 79.

³⁸⁶ Vgl. Braunthal, Internationale, 184.

als 'fleißiger Mann' geschildert, der 'in den vier Jahren des Weltkrieges durch seine unermüdliche Schreibearbeit ruhig und methodisch ein Loch nach dem anderen in den Sozialismus reißt' – eine Lobrede auf die Sowjets ..., um sie besser erdolchen zu können“, so charakterisiert der Trotzkiist Pierre Frank die Politik Kautskys.³⁸⁷

In einem Grundsatzreferat unterzog Lenin die bürgerliche Demokratie einer scharfen Kritik, die von der Komintern bestätigt wurde.³⁸⁸ Er wandte sich gegen Vorstellungen der Sozialdemokratie, die die „Demokratie überhaupt“ verteidigen würde und hielt dagegen, dass „auch die demokratischste bürgerliche Republik nichts anderes ist, als eine Maschine zur Unterdrückung der Arbeiterklasse durch die Bourgeoisie, der Masse der Werktätigen gegen eine Handvoll Kapitalisten.“³⁸⁹ In der parlamentarischen Demokratie haben „die unterdrückten Klassen das Recht erhalten, einmal im Laufe mehrerer Jahre zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament 'ver- und zertreten' soll.“³⁹⁰ Lenin erklärt, dass es „kein Mittelding geben kann, zwischen der Diktatur der Bourgeoisie und der Diktatur des Proletariats. Jeder Traum von irgend etwas Drittem ist reaktionäre Lamentation eines Kleinbürgers.“³⁹¹ Für Lenin war klar, dass man „nicht von 'reiner Demokratie'“ - der Begriff stammt von Kautsky und meint den Parlamentarismus – „sprechen kann, solange es verschiedene *Klassen* [Hervorh. im Orig.; Anm.] gibt, daß man da nur von *Klassendemokratie* sprechen kann.“³⁹² Lenin zieht den Schluss, dass mit der Abschaffung der Klassen auch die Demokratie absterben müsse. Der Klassencharakter bewirke, dass „je entwickelter die Demokratie [ist], desto näher rücken bei jeder tiefgehenden politischen Auseinandersetzung, durch die die Bourgeoisie gefährdet wird, Pogrome und Bürgerkrieg heran.“ Die „Diktatur des Proletariats“ gilt ihm als „millionenfach demokratischer als jede bürgerliche Demokratie“.³⁹³ Lenin will einmal die Demokratie abschaffen und ein andermal verwirklichen. Die Diktatur des Proletariats charakterisierte Lenin als Notwehr der Arbeiterklasse gegen die Ausbeuter. Lenin empfahl die Aufklärung über die Schädlichkeit des Parlamentarismus für die Arbeiterinteressen und die Notwendigkeit des Rätensystems, die Organisation der Räte und die Erringung von Mehrheiten in den westeuropäischen Räten.³⁹⁴ Die Schaffung der Komintern wurde im Hinblick auf die Berner Konkurrenzgründung als „geschichtliches Gebot“ aufgefasst, durch die die Einigkeit der

³⁸⁷ Vgl. Frank, Kommunistische Internationale, 67.

³⁸⁸ Vgl. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED [Hrsg.], I. und II. Kongreß, 69.

³⁸⁹ Ebd., 54.

³⁹⁰ Ebd., 55.

³⁹¹ Ebd., 59.

³⁹² Vgl. W. I. Lenin, Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky, 225-337. In: LW 28, 240f..

³⁹³ Ebd., 244.

³⁹⁴ Vgl. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED [Hrsg.], I. und II. Kongreß, 67ff.

kommunistischen Parteien, die Sammlung der „zentristischen“ Unentschiedenen und die scharfe Trennung gegenüber der Sozialdemokratie hervorgehoben werden sollte.³⁹⁵

Der Kampf gegen die Sozialdemokratie bildete am I. Kongress den inhaltlichen Schwerpunkt. In einer Resolution betrachtete der Kongress „die `Internationale´, welche die Berner Konferenz aufzurichten versucht, als eine gelbe, streikbrecherische Internationale, die nur ein Werkzeug der Bourgeoisie ist und bleibt. Der Kongreß fordert die Arbeiter aller Länder auf, den entschiedensten Kampf gegen die gelbe Internationale aufzunehmen und die breitesten Massen des Volkes vor dieser Lug-und-Trug-Internationale zu bewahren.“³⁹⁶

11.4.2. Organisatorische und personelle Belange

Um den I. Kongress ranken sich auch heute noch so manche Legenden. Das liegt einerseits am konspirativen Charakter der Komintern und andererseits an der lückenhaften Herausgabe der Kongressdokumente. Im Kominternarchiv, das sich heute im „Russischen Staatsarchiv für soziale und politische Geschichte“ (RGASPI) in Moskau befindet, liegt kein vollständiges Protokoll des I. Weltkongresses vor. Es existieren lediglich Stenogramme einiger Reden und Protokollnotizen. Die Protokolle wurden 1919 von der KPDÖ in deutscher Sprache herausgegeben und erst danach ins Russische übersetzt. Der Kongress wurde erst im Laufe der Tagungen, am 4. März, zum Gründungskongress erklärt. Bis zum Beginn war nicht klar, ob es nur eine kommunistische Konferenz oder bereits die geplante Gründungskonferenz werden sollte.³⁹⁷ Anfangs war Deutsch die Arbeitssprache in der Komintern.³⁹⁸

Beim Gründungskongress waren 51 Delegierte anwesend; die meisten davon lebten in Russland. Die KPDÖ verfügte über zwei von insgesamt 34 beschlussfähigen Stimmen.³⁹⁹ Die anwesenden Ausländer waren zum Teil zufällig in Russland und muteten manchmal skurril an, wie etwa Sebald Rutgers, ein reisender niederländischer Ingenieur, der die USA und die Niederlande vertrat. Die Vertretung für Japan wurde ihm von der Mandatskommission verweigert.⁴⁰⁰ Frankreich wurde durch den Hauptmann Jacques Sadoul repräsentiert, der als Mitglied der französischen Militärmission nach Moskau gekommen war und der Roten Armee beigetreten war. Die KPR (B) wurde von Lenin, Trockij, Zinov`ev, Bucharin und Čičerin repräsentiert. Als Sekretärin des Kongresses fungierte Angelica

³⁹⁵ Ebd., 70.

³⁹⁶ Vgl. Braunthal, Internationale, 185.

³⁹⁷ Vgl. Hedeler, Vatlin, Fotografie, 1-8. In: JHKF 2008, 1.

³⁹⁸ Vgl. Vatlin, `Russifizierung´, 329-345. In: Buckmiller, Meschkat [Hrsg.], Biographisches Handbuch, 330.

³⁹⁹ Vgl. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED [Hrsg.], I. und II. Kongreß, 319.

⁴⁰⁰ Vgl. Frank, Kommunistische Internationale, 51.

Balabanova. Es waren 35 Parteien und Organisationen vertreten, wovon 19 Organisationen Stimmrecht hatten. Die übrigen waren Beobachter mit beratender Stimme. Es gab außerhalb Sowjetrusslands erst drei seit kurzem existierende Kommunistische Parteien; in Deutschland, Österreich und Ungarn. Nur der KPD sollte eine organisierte Massenbasis erhalten.

11.4.3. Die skeptische Haltung der KPD

Ungewiss war die Haltung des Spartakusbundes, aus dem am 30. Dezember 1918 die KPD hervorgegangen war. Rosa Luxemburg war, unterstützt von den führenden Kommunisten Leo Jogiches, Eugen Leviné und Paul Levi, gegen die Gründung zum jetzigen Zeitpunkt, da ihr nur die russische KP als Grundlage einer neuen Internationale nicht genügte. Sie wollte eine Internationale auf der Grundlage von revolutionären Massenparteien.⁴⁰¹ Zuerst sollten Massenparteien in Westeuropa entstehen und erst dann sollte die Gründung der Komintern vonstatten gehen. Außerdem hatte Luxemburg Lenins Ideen der Machtergreifung abgelehnt. Sie setzte auf die „revolutionäre Spontaneität“. Die Revolution müsse dem bewussten Willen des Proletariats entspringen. Sie schreibt, dass „die Diktatur [...] das Werk der Klasse und nicht einer kleinen Minderheit im Namen der Klasse sein [muss]; sie muß auf Schritt und Tritt aus der aktiven Teilnahme der Massen hervorgehen, unter ihrer unmittelbaren Beeinflussung stehen, der Kontrolle der gesamten Öffentlichkeit unterstehen.“ Luxemburg schreibt weiter: „Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt.“ In Luxemburgs Auftrag wurden Eugen Leviné und Hugo Eberlein zum Gründungskongress delegiert, um im Falle der Konstituierung der Komintern, mit der Nichtteilnahme des Spartakusbundes/KPD zu drohen. Die Drohung war umso gewichtiger, als die KPD, neben der KPR, die einzige Partei mit einer gewissen Massenbasis war. Die Niederlage der KPD im Jänneraufstand 1919 betrachtete Lenin als vorübergehende Niederlage und verglich diese mit der Niederlage der Bolschewiki im Juli 1917. Lenin glaubte noch an den Sieg der KPD im strategisch wichtigen Deutschland.⁴⁰²

11.4.4. Der Beitrag der österreichischen KP zur Gründung der Komintern

Nach seiner Ankunft in Moskau begab sich Steinhardt sofort in den Kreml. Die versammelten Delegierten hielten Steinhardt wegen seines Nichterscheinens bereits für tot.⁴⁰³ Eugen Leviné, führendes Mitglied der kurz darauf errichteten Münchner Räterepublik, war

⁴⁰¹ Vgl. Braunthal, Internationale, 181.

⁴⁰² Ebd., 182.

⁴⁰³ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 126.

gemeinsam mit Eberlein nach Russland aufgebrochen, aber auf dem Weg dorthin verhaftet worden.⁴⁰⁴ Nun lag es an Eberlein allein, ausgestattet mit dem gebundenen Mandat der KPD, die ablehnende Stimme zur Gründung in Moskau vorzutragen. Er kritisierte unter anderem die Abwesenheit vieler sozialistischer Parteien, die keine Vertreter nach Moskau senden konnten. Weiters gebe es in vielen Ländern noch gar keine Kommunistischen Parteien. Die nationalen Parteien müssten sich erst zur III. Internationale bekennen. Bis zur Klärung, wer sich anschließen wolle, solle man warten, meinte Eberlein. Die restlichen Delegierten beharrten darauf, dass eine Nichtgründung Uneinigkeit demonstriere und einen Sieg der Sozialdemokratie bedeuten würde.⁴⁰⁵ Zinov`ev konterte gegen Eberleins Hinweise auf die Schwäche der ausländischen Parteien: „Wir wollen jetzt nicht mit dem Gefühl arbeiten, daß wir zu schwach sind. Wir wollen von dem Gefühl der Stärke beseelt sein, von der Überzeugung, daß die nächste Zukunft der Dritten Internationale gehört.“⁴⁰⁶ Zinov`evs Aussagen zeugen immer wieder von einem realitätsfremden Zweckoptimismus und einer Selbstüberschätzung, bis hin zu arroganten Zügen. Eberlein ließ sich von diesen Argumenten aber nicht beeindrucken. Lenin hatte vor Konferenzbeginn in einem langen Gespräch versucht, Eberlein von einer sofortigen Gründung zu überzeugen, da er in der Berner Konferenz eine erfolgreiche Wiederbelebung der II. Internationale befürchtete, zu welcher die Komintern ein Gegenpol werden sollte. Laut Balabanova, sollte „zumindest der Anschluss der Elemente des linken Flügels an die Zweite Internationale [...] um jeden Preis verhindert und die Führung dieser Elemente durch die russische Bewegung durchgesetzt werden.“⁴⁰⁷ Steinhardts Erscheinen in Moskau erwies sich für Lenin als Glücksfall. Lenin bat Steinhardt am 4. März 1919 den Beschluss des 1. Parteitags der KPÖ über die Befürwortung der Gründung der Komintern nochmals zur Sprache zu bringen, um den deutschen Skeptiker zu überzeugen.⁴⁰⁸ Steinhardt schilderte, vor Übertreibungen nicht zurückschreckend, eindringlich den Kampf der KP um die Räterepublik in Deutschösterreich, deren Proklamation unmittelbar bevorstünde. In seiner, einen überwältigenden Eindruck hinterlassenden Rede gab er der Hoffnung Ausdruck, „unser gemeinsames Ziel, die föderative Weltrepublik der Kommunisten, müssen und werden wir hoffentlich in nicht allzu ferner Zukunft erreichen.“⁴⁰⁹ Boris Rejnštein, zuständig für die Abteilung für internationale Propaganda, erinnerte sich an Steinhardts Rede: „Wie er spricht! Es ist schwer, das wiederzugeben. Selbst bis zum äußersten elektrisiert, scheinen aus ihm Elektroenergien zu dringen und die Zuhörer mit seiner überschäumenden Begeisterung, seinem Schwung, seinem Glauben an die Kraft unserer Bewegung anzustecken. Ich habe Steinhardt später

⁴⁰⁴ Vgl. Frank, Kommunistische Internationale, 60.

⁴⁰⁵ Ebd., 63.

⁴⁰⁶ Vgl. Leonhard, Signale, 34.

⁴⁰⁷ Vgl. Braunthal, Internationale, 183.

⁴⁰⁸ Vgl. Historische Kommission beim ZK der KPÖ [Hrsg.], KPÖ, 46.

⁴⁰⁹ Vgl. Leonhard, Signale, 27.

oftmals noch in Moskau sprechen hören, aber eine solche Rede hat er nicht mehr gehalten.“⁴¹⁰ Daraufhin arbeitete Steinhardt gemeinsam mit Lenin einen Antrag aus, der mit dem Verweis auf die Berner Konferenz die Notwendigkeit der Gründung als „unbedingtes geschichtliches Gebot“ formulierte.⁴¹¹ Nach dieser „temperamentvollen“ Rede Steinhardts ließ sich Eberlein zu einer Stimmenthaltung bewegen, wodurch am 5. März 1919 die Komintern geschaffen wurde.⁴¹² Steinhardt meinte überschwänglich: „Ich möchte meinen Kopf dafür wetten, daß, wenn ich nach München oder Bremen oder an irgendeinen anderen Ort kommen würde und sagte, Genossen, wäret ihr dafür gewesen, daß wir in Moskau die Internationale gründeten, sie sagen würden: Du hast recht gehabt.“⁴¹³

Zu Mitgliedern des obersten Leitungsgremium, dem „Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale“ (EKKI) wurden neben Steinhardt auch Lenin, Trockij, Zinov`ev, Stalin, Balabanova, Grimlund, Bucharin, Radek, Eberlein und der Gewerkschafter Michail P. Tomskij gewählt. Vor seiner Abreise traf sich Steinhardt noch mit ehemaligen Kriegsgefangenen, legte vor ihnen einen Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit der KPDÖ ab und besuchte Petrograd und Kronstadt.⁴¹⁴ „Seien Sie vorsichtig, Genosse Steinhardt, Sie werden drüben noch gebraucht!“ – diese Empfehlung gab Lenin ihm mit auf den Weg, als dieser Moskau verließ.⁴¹⁵ Die Rückreise wäre Steinhardt tatsächlich fast zum Verhängnis geworden. Die KPDÖ jedenfalls gewann durch die Gründung der Komintern internationale Unterstützung.⁴¹⁶ Seither führte die KPÖ die Zusatzbezeichnung „Sektion der Kommunistischen Internationale“.

11.5. Die weiteren Aktivitäten des ersten Parteichefs

Karl Steinhardt sollte nur bis zum Beginn der 1920er Jahre eine führende Rolle in der Komintern und der KPÖ spielen. Während seiner Aufenthalte in Sowjetrusland 1919, 1920 und 1921 beteiligte er sich an den Kämpfen gegen die Weißgardisten.⁴¹⁷ Lenin und Steinhardt arbeiteten als „Subotniks“ – freiwillige Samstagsarbeiter - in derselben Arbeitsabteilung. Steinhardt schildert, dass sich Lenin genauso wie alle anderen in der Schlange vor der Brotverteilung anstellte.⁴¹⁸

⁴¹⁰ Ebd., 27f.

⁴¹¹ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 127.

⁴¹² Vgl. Historische Kommission beim ZK der KPÖ [Hrsg.], KPÖ, 47.

⁴¹³ Vgl. Leonhard, Signale, 35.

⁴¹⁴ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 128.

⁴¹⁵ Vgl. Steinhardt, Moskau, 15.

⁴¹⁶ Vgl. Ehmer, KPÖ, 218-230. In: Tálos u.a. [Hrsg.], Handbuch, 220.

⁴¹⁷ Vgl. Steinhardt, Moskau, 5.

⁴¹⁸ Ebd., 4f.

Karl Steinhardt wurde am 1. August 1875 in Ungarn geboren.⁴¹⁹ Steinhardt lebte seit seiner Jugend in Hamburg und war im Oktober 1913 nach Wien zurückgekehrt. Nach einem Streit mit Friedrich Austerlitz, den er als „Hersteller politischer Schundliteratur“ bezeichnete, wurde er im Herbst 1916 aus der SDAP, der er seit 1891 angehört hatte ausgeschlossen. Er hatte seit Kriegsbeginn gegen den Krieg agitiert. 1917 baute er die „Kommunistische Gruppe“ auf, die die KPDÖ mitbegründete. Zu den sozialdemokratischen „Linksradikalen“ hatte er nur lose Kontakte, da sie ihm zu weit rechts standen und zuwenig energisch waren, obwohl er ihre Forderungen als richtig erachtete.⁴²⁰ Nach dem I. Kominternkongress sollte Steinhardt die Organisation eines Wiener Büros des EKKI übertragen werden. Über Wien sollte der Kontakt zwischen Moskau und dem Balkan laufen. Das Flugzeug, das Steinhardt von Moskau nach Wien zurückbringen sollte, wurde aber über Rumänien abgeschossen. Nach dreitägiger Verfolgungsjagd wurde er am 30. April verhaftet, vor Gericht gestellt und wegen Spionage zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde in Zwangsarbeit umgewandelt und nach 11 Monaten Haft wurde Steinhardt auf Intervention des Roten Kreuzes aus rumänischer Haft entlassen und konnte 1920 nach Österreich zurückkehren. Am II. Weltkongress 1920 wurde er wieder ins EKKI gewählt und vertrat die KPÖ bis Juli 1921 in Moskau. Dann war er Delegierter des III. Weltkongresses und des 1. Kongresses der Gewerkschaftsinternationale. Im Juni und Juli 1921 sprach er auf den Sitzungen des ZK der gesamtrussischen Druckergewerkschaften, auf denen ein Internationales Komitee der revolutionären Buchdrucker gegründet werden sollte. Am Vorabend des III. Weltkongresses verließ Steinhardt ohne ersichtlichen Grund Moskau. Nach zwei Monaten Aufenthalt, von September bis Oktober 1921, in Wien, wo er in der Gewerkschaftsabteilung der KPÖ arbeitete, erschien der führende EKKI-Mitarbeiter als Korrektor und stellvertretender Redakteur einer KPD-Zeitung in Bremen. Ab April 1923 lebte er in Hamburg. 1924 wurde er wegen der Teilnahme am Oktoberaufstand 1923 von Deutschland nach Österreich abgeschoben. Seine Frau und er arbeiten von 1924 bis 1928 in der sowjetischen Handelsvertretung in Wien. Von 1928 bis 1938 war er arbeitslos und wurde polizeilich verfolgt. Steinhardt war Referent und Organisator in Kreisorganisationen der KPÖ. Im Februar 1934 nahm er an der Besetzung des Gewerkschaftshauses der Drucker teil. 1938 und 1943 saß er kurz in Untersuchungshaft. Da er der Kollaboration mit den Nazis nicht verdächtigt wurde, wurde er von 1945 bis 1946 als Wiener Vizebürgermeister eingesetzt. Von 1946 bis 1951 war er Mitglied des ZK der KPÖ. Auf dem XVII. Parteitag 1957 war er trotz seines hohen Alters anwesend.⁴²¹

⁴¹⁹ Vgl. Tutotschkin, Mentalität, 170-191. In: Buckmiller, Meschkat [Hrsg.], Biographisches Handbuch, 173.

⁴²⁰ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 72.

⁴²¹ Vgl. Tutotschkin, Mentalität, 170-191. In: Buckmiller, Meschkat [Hrsg.], Biographisches Handbuch, 174.

Steinhardt hat, wie viele Kommunisten der ersten Stunde, den Komintern-Apparat in der ersten Hälfte der 1920er Jahre wieder verlassen, um sich der Basisarbeit zu widmen. Der Euphorie der Anfangsjahre folgten die ersten Enttäuschungen.⁴²² Wie sich die Arbeitsbedingungen und Abhängigkeitsverhältnisse im EKKI für den KPÖ-Vertreter Steinhardt darstellten, kann an seiner, auf der EKKI-Sitzung vom 14. Jänner 1921 vorgebrachten Kritik, abgelesen werden. Darin heißt es: „Die Internationale ist ein großer Apparat geworden. Dieser Apparat hat viele Beamte, und wie das schon leicht kommt, dieser Beamtenkörper ist ein Ding an sich geworden, Selbstzweck. Während die Sache ursprünglich so gedacht war, daß zuerst die Mitglieder der Exekutive da sind, und die Beamten für diese Mitglieder als Hilfskörper da sind, hat sich die Sache allmählich so entwickelt, daß wir als Mitglieder der Exekutive bei den Angestellten antichambrieren gehen müssen, wenn wir unsere Arbeiten erledigen wollen [...]. Wir sind hier wie Festungsgefangene, vollständig abhängig in allem, was wir brauchen, und wenn wir nicht gute persönliche Beziehungen haben, so sind wir verlassen. Wir sehen nichts, wir hören nichts, wir können nirgends hinkommen, da es keine Verkehrsmittel gibt, wir vergeuden hier unsere Zeit, während in der Heimat unsere Arbeitskraft wichtig ist.“ Und Steinhardt berichtete weiter: „Mir erscheint die Exekutive als eine Kulisse für die russischen Genossen [...]. Wir müssen endlich das Recht bekommen, in unserem Beamtenkörper Ordnung zu schaffen, sonst nimmt der persönliche Cäsarismus überhand“.⁴²³ Eine derartige Kritik in den höchsten Gremien der Komintern gab es dann nicht mehr, aber sicher nicht, weil die Zustände beseitigt wurden.

Als Steinhardt 1950 die Sowjetunion besuchte, bezeichnet er bei einem Besuch des Lenin-Mausoleums Lenin als den „menschlichsten aller Menschen“.⁴²⁴ Und angesichts des letzten Aufenthaltsorts Lenins in Gorki sinniert Steinhardt: „Ich kleines Rädchen lebe, und dieser mächtige Motor ist tot.“⁴²⁵ Steinhardts Bewunderung ist durchaus Ernst gemeint. Wie es für KP-Druckwerke damals üblich war, bezeichnet Steinhardt Stalin als den „Lenin von heute“. Seine Reiseeindrücke aus der UdSSR enden mit der nicht erloschenen Hoffnung aus der Anfangszeit: „Neu gestärkt habe ich meinen Kampfposten gegen den Kapitalismus, die überlebte Welt von gestern, in meiner Heimat wieder bezogen.“⁴²⁶ Steinhardt starb am 21. Jänner 1963, am 39. Todestag Lenins, in Wien.

⁴²² Ebd., 175.

⁴²³ Vgl. Vatlin, 'Russifizierung', 329-345. In: Buckmiller, Meschkat [Hrsg.], Biographisches Handbuch, 338.

⁴²⁴ Vgl. Steinhardt, Moskau, 16.

⁴²⁵ Ebd., 41.

⁴²⁶ Ebd., 42.

11.6. Nach dem Gründungskongress

Mit der Gründung der Komintern schien wieder ein Teilstück auf einem scheinbar unaufhaltsamen Weg erreicht zu sein, weswegen Lenin am Ende des Gründungskongresses der Zuversicht Ausdruck verlieh: „Die Genossen [...] haben gesehen, wie die erste Sowjetrepublik gegründet wurde. Jetzt sehen sie, wie die Dritte, die Kommunistische Internationale gegründet worden ist. Sie alle werden sehen, wie die föderative Weltrepublik der Sowjets gegründet werden wird.“⁴²⁷ Zinov`ev meinte während des kurzen Zeitraums des Bestehens der Russischen, Ungarischen und Bayrischen Räterepublik, dass sich niemand wundern würde, wenn „wir nicht drei, sondern sechs oder eine noch größere Anzahl von Sowjetrepubliken haben werden.“ Sein, dem bloßen Wunschdenken geschuldeter Optimismus, verleitete ihn zur kühnen Annahme, dass „nach Jahresfrist [...] wir bereits vergessen haben [werden], daß es in Europa einen Kampf um den Kommunismus gegeben hat, denn nach einem Jahr wird ganz Europa kommunistisch sein.“⁴²⁸ Zinov`ev meinte: „Wir stellen die Parole der Internationalen Räterepublik als Devise auf, und niemand wird das eine Utopie nennen.“ Trockij schrieb in der „Izvestja“ im Mai 1919: „In unserer Analyse gibt es keine Spur von `Messianismus`. Das revolutionäre `Erstgeburtsrecht` des russischen Proletariats ist nur vorübergehend. [...] Die Diktatur des russischen Proletariats wird erst endgültig abgeschafft und sich in einen tatsächlich allgemeinen sozialistischen Aufbau verwandeln können, wenn die europäische Arbeiterklasse uns vom wirtschaftlichen und vor allem militärischen Joch der europäischen Bourgeoisie befreien wird. [...] Wenn sich heute das Zentrum der Dritten Internationale in Moskau befindet, so wird es morgen – wir sind davon zutiefst überzeugt – sich gegen Westen, in Richtung Berlin, Paris, London verlagern. Das russische Proletariat [wird] ihre Vertreter auf dem zweiten Kongress der Kommunistischen Internationale in einer der Hauptstädte Westeuropas wieder sehen. Denn ein internationaler kommunistischer Kongress in Berlin oder in Paris würde den vollen Triumph der proletarischen Revolution in Europa und damit in der Welt bedeuten.“⁴²⁹ Der Kongress hätte entweder in „Berlin (legal) oder in Holland (illegal), sagen wir zum 1. Februar 1919“ stattfinden sollen, wie Lenin diesen dringenden Wunsch im Brief an Čičerin anführte.⁴³⁰ „Zeitweilig – selbstverständlich nur für kurze Zeit – ist die Hegemonie in der revolutionären, proletarischen Internationale an die Russen übergegangen [...] die Sowjetrepubliken in Ländern mit höherer Kultur, mit größerem Gewicht und Einfluß des Proletariats, haben alle Aussichten, Rußland zu überholen, wenn sie einmal den Weg der

⁴²⁷ Vgl. Leonhard, Signale, 40.

⁴²⁸ Ebd., 112f.

⁴²⁹ Vgl. Frank, Kommunistische Internationale, 65.

⁴³⁰ Vgl. Leonhard, Signale, 10.

Diktatur des Proletariats eingeschlagen haben“, schrieb Lenin.⁴³¹ Lenin hatte an das Unbehagen Friedrich Engels' angesichts des Übergewichts der SPD in der II. Internationale erinnert und fürchtete, dass die Vorherrschaft der KPR in der Komintern ebenso schädlich sein könnte. Von daher stammten seine Anregungen, die Zentrale der Komintern außerhalb Sowjetrusslands zu installieren.⁴³² Die Zustände erlaubten dies aber nicht, sodass die Weltkongresse auch in Zukunft in Moskau stattfinden sollten.

Das EKKI wählte ein Büro von 5 Mitgliedern, bestehend aus Lenin, Trockij, Zinov`ev, dem Bulgaren Krastjo G. Rakovski und dem Schweizer Fritz Platten. Praktisch organisierte Zinov`ev, zusammen mit Angelica Balabanova, Victor Serge und Vladimir Mazin die Zentrale. Statuten sollten erst auf dem nächsten Kongress 1920 angenommen werden.⁴³³ Am Ende des Kongresse tat Lenin in der „Pravda“ seine Hoffnung kund: „Ein fortgeschrittenes kapitalistisches Land [Deutschland; Anm.] hat – nach einem der rückständigsten Länder – in kurzer Zeit, in etwas mehr als hundert Tagen, der ganzen Welt nicht nur dieselben Haupttriebkkräfte, nicht nur dieselbe Hauptrichtung der Revolution gezeigt, sondern auch dieselbe grundlegende Form der neuen, proletarischen Demokratie: die Räte, [...]. Die Gründung der III., der Kommunistischen Internationale bedeutet die Vorstufe für die internationale Republik der Sowjets, für den Sieg des Kommunismus in der ganzen Welt.“⁴³⁴

Lenin und Trockij sahen in der Oktoberrevolution den Beginn der Weltrevolution, die aber zunehmend auf sich warten ließ. 1917 hegte Lenin die Hoffnung, dass, wenn „das Proletariat Russlands die Macht ergriffen [hat], so hat es alle Aussichten, sie zu behaupten und Russland bis zur siegreichen Revolution im Westen zu führen.“⁴³⁵ Lenin ging davon aus, dass die Revolution im Westen „noch schwieriger ist, als bei uns“.⁴³⁶ Lenin war nicht nur über den „österreichischen Liebknecht“, Friedrich Adler, enttäuscht, sondern in erster Linie über Deutschland, in dem „nicht Oktober, sondern Februar“ war.⁴³⁷ Die nationalen Revolutionen waren folgerichtig „nicht richtige Revolutionen“.⁴³⁸ Damit sprach er den Umstand an, dass sich bei der Niederschlagung der revolutionären Erhebungen gerade die Sozialdemokratie als Erfüllungshilfe des Bürgertums verdient gemacht hatte. Doch galt 1919 noch ungebrochen, was seit der Oktoberrevolution gegolten hatte und an ein Glaubensbekenntnis erinnerte: „Wir glauben an die Revolution im Westen. Wir wissen, dass sie unvermeidlich ist,

⁴³¹ Vgl. N. Lenin, Die Dritte Internationale, ihr Platz in der Geschichte, III-VIII. In: Die KI. Organ des EKKI, Nr. 1 (1919), VI.

⁴³² Vgl. Alfred Rosmer, Moskau zu Lenins Zeiten, 14.

⁴³³ Vgl. Frank, Kommunistische Internationale, 70.

⁴³⁴ Ebd., 71.

⁴³⁵ Vgl. W. I. Lenin, Die russische Revolution und der Bürgerkrieg, 11-25. In: LW 26, 24.

⁴³⁶ Vgl. W. I. Lenin, Sitzung des Zentralkomitees der SDAPR 16. (29.) Oktober 1917, 179-181. In: LW 26, 180.

⁴³⁷ Vgl. Vatlin, Komintern 1919-1929, 18.

⁴³⁸ Ebd., 17.

aber auf Bestellung lässt sie sich natürlich nicht machen“.⁴³⁹ Ohne diese Hoffnung wäre die Oktoberrevolution nicht mehr als ein Abenteuer gewesen. Die Bolschewiki irrten sich auch nicht über das Einsetzen revolutionärer Ereignisse; sie überschätzten allerdings die Erfolgchancen.⁴⁴⁰ Von deren Gelingen wurde das Überleben des Sowjetstaats ursprünglich abhängig gemacht und die Hoffnung auf eine westliche Revolution prägte noch die Debatten Jahre nach der Oktoberrevolution. 1924 berichtete Zinow`ev auf dem XIII. Parteitag der KPdSU, dass das ZK während der Friedensverhandlungen von Brest-Litovsk über mehrere Monate hinweg täglich auf die Nachricht vom Ausbruch der Revolution im Westen wartete: „Wir meinten damals erstens, daß, wenn wir die Macht erobert haben, wir damit morgen schon die Revolution in den anderen Ländern entfesseln. Wir dachten zweitens, wenn dies wider Erwarten nicht geschehen würde, können wir uns als isoliertes Land, als einziges, sich selbst überlassenes, revolutionäres Land nicht halten und wären zum Untergang verurteilt. Den Faktor der `Zeit` haben wir nicht richtig eingeschätzt.“ Die Bolschewiki seien zur Überzeugung gekommen, dass die Frage der Weltrevolution „keine Frage von drei Monaten ist, sondern von viel längerer Zeit. Gleichzeitig entwickelte sich die Sache so, daß die erste, angeblich isolierte Revolution sich viel länger halten konnte, als wir angenommen hatten“, legte Zinow`ev dar.⁴⁴¹

Die Ereignisse überstürzten sich, sodass die Gründung der Komintern zu einem Zeitpunkt erfolgte, als die meisten revolutionären Erhebungen bereits niedergeschlagen oder schwer in Bedrängnis geraten waren. Die Gründung zu jenem Zeitpunkt war ein erster Ausdruck der bolschewistischen Resignation gegenüber dem Ausbleiben der Revolution im Westen.⁴⁴²

Doch nach dem I. Kominternkongress flammten die Aufstände erneut und heftiger auf; die sozialrevolutionäre Welle erreichte ihren Höhepunkt. In die Zeit nach dem Kongress fielen die Ungarische und die Münchner Räterepublik. In Deutschland kam es zu einer Reihe von Streiks und auch in Deutschösterreich gährte es. Auch in Frankreich kam es zu starken Streikbewegungen, von Italien ganz zu schweigen. Lenins Hoffnung schien sich doch noch zu bestätigen. 1919 und 1920 schlossen sich die Sozialistischen Parteien Italiens, Norwegens und Bulgariens der Komintern an. Auch die Führung der Schweizer Sozialdemokratischen Partei stimmte für den Anschluss, allerdings wurde der Beitritt von

⁴³⁹ Vgl. W. I. Lenin, Rede und Resolution zur Erklärung Nogins über den Austritt aus dem Rat der Volkskommissare, 286-287. In: LW 26, 286.

⁴⁴⁰ Vgl. Franz Schandl, Das Dilemma der Russischen Revolution, 2-8. In: Weg und Ziel. Marxistische Zeitschrift, Nr. 4/1997, 2.

⁴⁴¹ Vgl. Nikolai Wassezki, Grigori Sinowjew. Seiten seines Lebens und politischen Wirkens, 138-179. In: Gennadi Bordjugow, u. a., „Unpersonen“ - Wer waren sie wirklich? Bucharin, Rykow, Trotzki, Sinowjew, Kamenew, 152f.

⁴⁴² Vgl. Vatlin, Komintern 1919-1929, 20.

einer Mehrheit in einer Urabstimmung abgelehnt.⁴⁴³ Die zu einer Massenpartei gewordene USPD, die Sozialistische Partei Frankreichs (SFIO) und die britische ILP waren auf Beschluss ihrer Parteitage mit dem EKKI in Verhandlungen über einen Beitritt getreten.⁴⁴⁴

11.7. Die „Richtlinien der Kommunistischen Internationale“

In diesem grundlegenden Dokument vermischen sich Analyse und Wunschvorstellungen. Die politischen Vorstellungen entstammen Lenins bekannter „Imperialismusschrift“, seinem von einigen logischen Fehlern durchzogenen und darum „falschen Klassiker“.⁴⁴⁵ Der Kapitalismus produziere nur mehr unterschiedslos „Chaos“ und dem imperialistischen System wird die „vollständige Unfähigkeit der herrschenden Klassen, die Geschicke der Völker weiter zu leiten“ unterstellt. Das Weltkapital rüste mittels Völkerbund mitsamt seinem „pazifistischen Phrasenschwall“ zum letzten Kampf.⁴⁴⁶ Lenin ignoriert, dass Krieg und „Chaos“ auch Möglichkeiten sind, „die Geschicke der Völker zu leiten“.

Die Eroberung der politischen Macht bedeute die vollständige Zertrümmerung des bürgerlichen Staats und den Aufbau eines proletarischen Staats. Letzterer sei „wie jeder Staat ein Unterdrückungsstaat“, aber gegen die Unterdrücker des Proletariats gerichtet und die „Diktatur des Proletariats“ sei eine „provisorische Einrichtung“.⁴⁴⁷ Mit dem Verschwinden der Bourgeoisie und somit der Klassenteilung stirbt der Staat ab. Die bürgerliche Demokratie sei die „versteckte Diktatur der Bourgeoisie“, die bloß formelle Rechte, unabhängig von der Klassenzugehörigkeit gewähre.⁴⁴⁸ Lenin übersieht, dass es Rechte nach Klassen verschieden nicht gibt. Das wären entweder Privilegien oder Diskriminierung, als kein Recht. Das Wesen des Rechtes ist, dass es für alle gilt.

Das durch die Enteignung der privaten Produktionsmittel geschaffene „gemeinsame Eigentum“, verkörpert durch das Rätssystem, sei „die wahre proletarische Demokratie“. Als Grund für den Kommunismus wird „die Geschichte“ – und nicht die Ausbeutung des Proletariats – angeführt, die „der Menschheit keinen anderen Ausweg“ lässt. Die „kommunistische Revolution“ sei „in solcher Zeit das beste und einzige Mittel [...] um das Proletariat“ zu erhalten.⁴⁴⁹

⁴⁴³ Vgl. Braunthal, Internationale, 186.

⁴⁴⁴ Ebd., 186f.

⁴⁴⁵ Vgl. Karl Held, Theo Ebel, Krieg und Frieden. Politische Ökonomie des Weltfriedens, 48. (I. d. F.: Weltfrieden).

⁴⁴⁶ Vgl. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED [Hrsg.], I. und II. Kongreß, 74.

⁴⁴⁷ Ebd., 75.

⁴⁴⁸ Ebd., 76.

⁴⁴⁹ Ebd., 77f.

Dem als unausweichlich angesehenen direkten Kampf gegen den bürgerlichen Staat muss alles untergeordnet werden, wie etwa die „revolutionäre Ausnutzung des bürgerlichen Parlamentarismus“ oder die „sogenannten nationalen Interessen“ unter die internationalen. Andererseits wird der Nationalismus der kolonialen Befreiung ignoriert, da diese doch denselben Feind, den Imperialismus, bekämpfen würden.⁴⁵⁰ Lenin ging davon aus, dass die Gewährung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung diese gerade verhindere: „Je mehr die demokratische Organisation des Staates bis hin zur vollständigen Freiheit der Abtrennung ausgestaltet ist, desto seltener und schwächer wird in der Praxis das Bestreben der Abtrennung sein [...]“. Die ökonomische Verflechtung würde immer größere Staaten und Wirtschaftsräume befördern und „nationale“ Unterschiede von selbst beseitigen. „Wer nicht in nationalistischen Vorurteilen versumpft ist, kann nicht umhin, in diesem, durch den Kapitalismus bewirkten Assimilationsprozess der Nationen einen gewaltigen geschichtlichen Fortschritt, die Beseitigung der nationalen Verknöcherung der verschiedensten Krähwinkel zu sehen, [...]“.⁴⁵¹ Es bleibt offen, warum sich die „unterdrückten Völker“ dem Sozialismus zuwenden sollten. Es wird auch nicht begründet, warum sich das Proletariat für den Sozialismus interessieren sollte, sondern es wird als Selbstverständlichkeit unterstellt.

Die „Richtlinien“ fordern „das ganze Weltproletariat zu diesem letzten Kampfe auf. Waffe gegen Waffe! Gewalt gegen Gewalt!“⁴⁵² Der Kongress wandte sich mit einem Manifest an die internationale Arbeiterklasse zur Errichtung der weltweiten Räteherrschaft.⁴⁵³ Aufgerufen wird zum Kampf „gegen den bürgerlichen Staat und das bürgerliche Eigentum“ und zur Unterstützung der „internationalen kommunistischen Partei“, bzw. der „Internationale der Tat“ auf.⁴⁵⁴ Nun sei die „Epoche des letzten entscheidenden Gefechts“ gegen die „besitzenden Klassen“, den sozialdemokratischen Opportunismus mitsamt „Professoren, Parlamentarier, Journalisten, Sozialpatrioten und andere politische Zuhälter der Bourgeoisie“ eingetreten.⁴⁵⁵

Im weiteren wiederholt sich Lenins Theorie über das Finanzkapital. Das Geld habe im 1. Weltkrieg zusehends seine „Bedeutung als Mittel und Regulator des kapitalistischen Warenumlaufs“ verloren und verwandelt sich in eine „Mittel zur Requisition, des Raubes, überhaupt der militärisch-wirtschaftlichen Vergewaltigung. Die völlige Ausartung des Geldpapiers spiegelt die allgemeine tödliche Krise des kapitalistischen Warenaustausches wider.“ Zuerst ordnete sich die Staatsmacht dem Finanzkapital unter und dieses – nicht der Staat – führte - wiederum nicht ihre jeweiligen Untertanen, sondern - „die Menschheit zur

⁴⁵⁰ Ebd., 80.

⁴⁵¹ Vgl. Thomas Haury, Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR, 218. (I. d. F.: Antisemitismus).

⁴⁵² Vgl. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED [Hrsg.], I. und II. Kongreß, 81.

⁴⁵³ Vgl. Autorenkollektiv [Hrsg.], Geschichte der KPdSU, 382.

⁴⁵⁴ Vgl. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED [Hrsg.], I. und II. Kongreß, 92f.

⁴⁵⁵ Ebd., 82.

imperialistischen Schlachtbank.“⁴⁵⁶ Lenin unterscheidet nicht ernstlich zwischen Politik und Ökonomie, da erstere sowieso bloß die Wünsche der letzteren exekutiere – und kommt so zu einer falschen Bestimmung von Politik.⁴⁵⁷ Nach dem Weltkrieg sei auch eine Rückkehr zu den Trusts nicht mehr möglich, sondern nur mehr die verstaatlichte Produktion. Fraglich bleibe nur, ob in einem imperialistischen oder proletarischen Staat.⁴⁵⁸ Der I. Kongress endete mit der Hoffnung Lenins: „Der Sieg der proletarischen Revolution in der ganzen Welt ist sicher. Die Gründung der Internationalen Räterepublik wird kommen.“⁴⁵⁹ Statt Begründungen lieferte Lenin einen glaubensstarken Zweckoptimismus. Dabei warnte Lenin selbst vor derartigen Fixierungen: „Für einen wirklichen Revolutionär bildet die allergrößte Gefahr – ja möglicherweise sogar die einzige Gefahr – die revolutionäre Übertreibung, das Übersehen der Schranken und der Bedingungen einer zweckmäßigen und erfolgreichen Anwendung revolutionärer Methoden [...]. Wirkliche Revolutionäre gehen nur dann unter (nicht im Sinne einer äußeren Niederlage, wohl aber eines inneren Zusammenbruchs ihrer Sache) – und zwar sicher -, wenn sie die Nüchternheit verlieren.“⁴⁶⁰

⁴⁵⁶ Ebd., 85.

⁴⁵⁷ Vgl. Held, Ebel, Weltfrieden, 51.

⁴⁵⁸ Vgl. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED [Hrsg.], I. und II. Kongreß, 86.

⁴⁵⁹ Ebd., 118.

⁴⁶⁰ Zitiert nach Buber-Neumann, Kriegsschauplätze, 8.

12. Revolutionäre Erhebungen in den Kriegsverliererstaaten

12.1. Sozialistische Revolution in Ungarn

Neben der Oktoberrevolution konnte die kommunistische Bewegung noch einen zweiten Erfolg verbuchen: die Errichtung der Ungarischen Räterepublik am 21. März 1919. Lenin stellte im Mai fest: „Indem Ihr [das ungarische Proletariat; Anm.] von Anbeginn alle Sozialisten auf dem Boden einer wirklichen proletarischen Diktatur vereinigt habt, habt Ihr der Welt ein noch schöneres Beispiel als Sowjetrußland gegeben.“⁴⁶¹ Da die Bolschewiki nicht helfen konnten, beschwor Lenin Ungarn: „Jeder Monat bringt die proletarische Weltrevolution näher. Bleibt fest! Der Sieg wird Euer sein!“⁴⁶² Dieser Erfolg sollte allerdings nicht länger als 133 Tage dauern. Die Räterepublik beförderte den Anschein, als ob der eben erst gegründeten Komintern und ihrer Politik Erfolg beschieden wäre. Die ungarische Revolution strahlte auf Deutschösterreich aus und die Sozialdemokratie fühlte sich unter Druck gesetzt. Die Revolution war nicht nur an die österreichische Staatsgrenze heran gerückt. Ungarische bzw. Komintern-Emissäre, unterstützt von der KPDÖ, unternahmen Versuche, auch in Österreich eine Räterepublik zu errichten. Moskau spielte währenddessen die Rolle eines Beobachters, weil es wegen der eigenen prekären Lage zur Hilflosigkeit verurteilt war.⁴⁶³ Für kurze Zeit sollte Budapest ein weiteres kommunistisches Zentrum werden, das sich auch in Österreich bemerkbar machen würde.

12.2. Von der parlamentarischen Republik ...

Da die Ungarische Räterepublik eine ganz besondere Rolle für die KPDÖ und die Komintern spielen sollte, soll ein Überblick auf die ungarische Geschichte seit 1918 geworfen werden. Ende Oktober 1918 endete die Habsburgerherrschaft in Ungarn; die „Astern-Revolution“ führte zur Gründung der Republik.⁴⁶⁴ Der liberale Graf Mihály Károlyi wurde Ministerpräsident und bildete mit der Sozialdemokratie eine bürgerlich-demokratische Regierung. Er verfolgte eine ententefreundliche Politik in der Hoffnung auf die Umsetzung von Wilsons Nationalitätenprogramm für Ungarn und die Erhaltung der territorialen Integrität. Die Nachbarstaaten lehnten eine von Ungarn favorisierte Donaukonföderation jedoch ab, betrieben stattdessen ihre eigenen Staatsgründungen und verbanden diese mit möglichst großen Gebietsforderungen an Ungarn. Seit Anfang 1919 spitzte sich die soziale Lage zunehmend zu. Die ungarische KP wuchs rasch; Großgrundbesitz und Fabriken wurden

⁴⁶¹ Vgl. Braunthal, Internationale, 150f.

⁴⁶² Vgl. Leonhard, Signale, 110.

⁴⁶³ Vgl. Haider, Österreichisch-sowjetische Beziehungen, 335.

⁴⁶⁴ Vgl. Brader, Ungarn, 104.

beschlagnahmt und Beamte wurden verjagt.⁴⁶⁵ Eine Bodenreform wurde angekündigt, aber nicht gemacht. Ungarn und Deutschösterreich bemühten sich um ein freundschaftliches Verhältnis und um eine wirtschaftliche Zusammenarbeit. Etwas getrübt waren diese Bemühungen lediglich vom Streit um Westungarn, dem heutigen Burgenland.⁴⁶⁶ Räteungarn wurde nur von Sowjetrußland und Deutschösterreich diplomatisch anerkannt und die Beziehungen zwischen Wien und Budapest aufrechterhalten.⁴⁶⁷

Die ungarische KP hatte ihre Hauptstütze unter den Kriegsgefangenen, die massenhaft aus Rußland zurückkehrten. Bereits am 24. März 1918 hatte sich in Sowjetrußland eine ungarische Sektion der Bolschewiki gebildet. Am 16. November 1918 wurde die ungarische Republik ausgerufen; einen Tag später kehrte Béla Kun aus Sowjetrußland nach Budapest zurück und gründete am 24. November 1918 die Kommunistische Partei Ungarns (KPU). Sowjetrußland stattete die KPU finanziell großzügig aus. Obwohl Kun und die Führung der KP im Februar 1919 verhaftet worden waren, wuchs der Einfluss der KP ständig. Die Regierung Karolyi, die sich widerwillig den strengen Waffenstillstandsbedingungen der Entente unterworfen hatte, wurde deswegen innenpolitisch zusehends diskreditiert.⁴⁶⁸ Béla Kun galt als der „inoffizielle Bevollmächtigte“ der sowjetrussischen Regierung.⁴⁶⁹ Als Reaktion auf die Verhaftung der KP-Führung - bei der Kun von wütenden Polizisten, die sich für den Tod von bei Demonstrationen umgekommenen Polizisten rächen wollten, zusammengeschlagen wurde – wurden die ungarische Kriegsgefangenenkommission und das ungarische Rote Kreuz in Sowjetrußland als Geiseln genommen.⁴⁷⁰ Nach der Verhaftung der KP-Führung übernahm das „Zweite Kommunistische Komitee“, der linke Flügel der KP, dem etwa Tibor Szamuely, József Révai, Elek Bolgár, Ernő Bettelheim und György (Georg) Lukács angehörten, die Parteiführung und plante für den Mai einen Aufstand.⁴⁷¹ Die Entente hatte der Regierung Karolyi vorgeworfen, zuwenig gegen den wachsenden kommunistischen Einfluss zu unternehmen, worauf ein in Ungarn stationiertes französisches Kommando die sowjetrussische Kriegsgefangenenmission in Budapest verhaftet und abtransportiert hatte.⁴⁷²

Durch die Note des französischen Oberstleutnants Fernand Vix, die eine neue Demarkationslinie festgelegt und damit weitere Gebietsverluste für Ungarn bedeutet hätte, sah sich Károlyi am 20. März 1919 zum Rücktritt gezwungen. Die Entente, deren oberstes

⁴⁶⁵ Vgl. Zsuzsa L. Nagy, Über die Geschichte der ungarischen Kommune, 7-17. In: József Farkas [Hrsg.], Räterepublik und Kultur. Ungarn 1919, 8. (I. d. F.: Räterepublik).

⁴⁶⁶ Vgl. Brader, Ungarn, 100.

⁴⁶⁷ Ebd., 135.

⁴⁶⁸ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 137.

⁴⁶⁹ Vgl. Braunthal, Internationale, 147.

⁴⁷⁰ Vgl. Brader, Ungarn, 83.

⁴⁷¹ Ebd., 126.

⁴⁷² Ebd., 82.

Ziel der Krieg gegen den Bolschewismus geworden war, wollte die Tschechoslowakei und Rumänien für den Krieg gegen Sowjetrußland gewinnen. Als Gegenleistung wurde ihnen ungarisches Territorium versprochen. Die Folge dieser Politik war aber die Räterepublik in Ungarn.⁴⁷³ Frankreich wollte den Rücktritt der Regierung Károlyi und rechnete wegen des entstandenen Machtvakuumms sogar mit einer kommunistischen Machtübernahme, um einen „inszenierten Befreiungskrieg“ der Alliierten zwecks endgültiger territorialer Begrenzung Ungarns zu ermöglichen.⁴⁷⁴ Der französische Premierminister Georges Clemenceau vergewisserte sich vor der Übergabe der Vix-Note des Rücktritts Károlyis.⁴⁷⁵

Dass ausgerechnet die verfeimte KPU zu Regierungsehren gelangen sollte, war nicht ihrem sozialrevolutionären Programm, sondern ihrer konsequent entente-feindlichen Haltung geschuldet, mit der sie auch die Verteidigung nationaler Interessen befürwortete.⁴⁷⁶ Diese Haltung traf sich mit dem verletzten Nationalstolz des Bürgertums und der Sozialdemokratie. Das Bürgertum verlautbarte, angesichts der in der Vix-Note erblickten „nationalen Erniedrigung“, „nicht das, lieber tausendmal Bolschewismus.“⁴⁷⁷ Die bürgerlichen Parteien forderten die SP auf, sich mit der KP über eine Regierungsbildung zu verständigen, um die Annahme der Note zu verweigern. Daraufhin wurde am 21. März 1919 die „Sozialistische Föderative Ungarische Räterepublik“ errichtet und die „Diktatur des Proletariats“ mit dem Ziel einer „internationalen Räterepublik der Werktätigen“ ausgerufen.⁴⁷⁸

12.3. ... zur Ungarischen Räterepublik

Zuvor hatten Béla Kun und die noch illegale KP eine kommunistische Grundlage der zu schaffenden Einheitspartei und den Beitritt zur Komintern verlangt, was die SP akzeptierte. Die beiden Parteien vereinigten sich daraufhin und bildeten eine Regierung. Kun wechselte direkt vom Gefängnis in den „Revolutionären Regierenden Rat“. Béla Kun wandte sich sofort telegrafisch „An Alle!“ und forderte in erster Linie Österreich auf, dem ungarischen Beispiel zu folgen und im drohenden Kampf gegen die Tschechoslowakei und Rumänien zu unterstützen. Kun konstatierte im ersten Aufruf den „völligen Zusammenbruch der bürgerlichen Welt und [den] totalen Bankrott der Koalitionsregierung“, die zu diesem Schritt zwingen würden, um das Land „vor der Anarchie des Zusammenbruchs“ zu bewahren.⁴⁷⁹ Wörtlich forderte der Regierende Revolutionäre Rat „die Arbeiter Deutschösterreichs und

⁴⁷³ Ebd., 117.

⁴⁷⁴ Vgl. Foco, Friede, 303f.

⁴⁷⁵ Ebd., 339.

⁴⁷⁶ Vgl. Leonhard, Signale, 104.

⁴⁷⁷ Vgl. Brader, Ungarn, 137.

⁴⁷⁸ Vgl. Auszug aus der Verfassung der Sozialistischen Föderativen Ungarischen Räterepublik, 33-35. In: Farkas [Hrsg.], Räterepublik, 33.

⁴⁷⁹ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 138.

Deutschlands [auf], dem Beispiel der ungarischen Arbeiterschaft zu folgen, mit Paris endgültig zu brechen und sich mit Moskau zu vereinigen, die Räteregierung zu errichten und mit dem Gewehr in der Hand den unterjochenden Imperialisten entgegenzutreten. Die ungarische Sozialistische Partei und die revolutionäre Räteregierung ist sich dessen bewußt, mit wie viel Mühe und Opfer die ungarische Arbeiterschaft kämpfen muß, wenn sie diesen kühnen und großartigen Weg betritt. Wir müssen Krieg führen zur Befreiung unserer Lebensmittel und unserer Bergwerke [...] und für unser eigenes Dasein. Entbehren, Elend, Leid erwarten uns auf diesem Weg.“⁴⁸⁰ Die neue Partei nannte sich „Sozialistisch-Kommunistische Partei der ungarischen Arbeiter“.⁴⁸¹

Die Revolution fand unter weit günstigeren Vorzeichen als in Russland statt. Die ungarischen Revolutionäre wollten vom russischen Beispiel lernen und deren Fehler vermeiden. Soldatenräte hatten schon vorher ihnen feindlich gesonnene Offiziere entwapfenet. Das ohnehin schwache Bürgertum war durch den Krieg noch geschwächt und die alte Ordnung hatte in ganz Europa 1919 den Tiefpunkt an Ansehen erreicht. Die Möglichkeit einer Räteregierung hatte sich schon vorher durch eine über das Milieu der KP beträchtlich hinausgehende Zustimmung abgezeichnet. Das erlaubte die Vereinigung der SP mit der KP. Die Zustimmung war schichtübergreifend und ermöglichte die Revolution ohne Bürgerkrieg.⁴⁸² Da die Revolution ohne Blutvergießen abgelaufen war, hatte sie auch unter Bürgerlichen an Ansehen gewonnen.⁴⁸³

Die Räteregierung betrachtete das Bündnis mit Sowjetrußland als Grundlage ihrer Außenpolitik. Den Nachbarländern schlug sie ein „Bündnis gegen Ausbeutung und Entente-Imperialismus“ vor. Ungarn ging von der Zuversicht aus, dass mit der Zeit mehr Räterepubliken entstehen, die schließlich die Weltrevolution vollbringen würden. Sowjetrußland sah durch die Gründung der ungarischen Räterepublik, d. h. eines zweiten Sowjetstaats, ihre Idee des schnellen Ausbreitens der Revolution bestätigt.⁴⁸⁴ Das Allrussische Zentralexekutivkomitee (ZEK) begrüßte „die freudige Nachricht vom Sieg der kommunistischen Revolution in Ungarn“ als „ein schlagendes Beispiel der siegreichen Erhebung der Arbeiter für die Proletarier der ganzen Welt.“ Das EKKI feierte in einem Manifest die Revolution in Ungarn als „den Beginn einer Serie neuer proletarischer Revolutionen“. Allerdings hielt Lenin gegenüber Kun die Vereinigung der KP mit der SP für

⁴⁸⁰ Vgl. Brader, Ungarn, 132f.

⁴⁸¹ Vgl. Droz [Hrsg.], Sozialismus, 14.

⁴⁸² Vgl. József Pogány, Wir haben es leichter, 67-69. In: Farkas [Hrsg.], Räterepublik, 68f.

⁴⁸³ Vgl. József Farkas, Die schöpferische Intelligenz und die ungarische Kommune, 21-32. In: Farkas [Hrsg.], Räterepublik, 23.

⁴⁸⁴ Vgl. Nagy, Ungarische Kommune, 7-17. In: Farkas [Hrsg.], Räterepublik, 9.

einen Fehler.⁴⁸⁵ Damit unterstützte er die Haltung des linken Flügels der KP, etwa Tibor Szamuely, József Révai und Mátyás Rákosi, die derselben Meinung waren. Auch der rechte Flügel der Sozialdemokratie war gegen die Verbindung.⁴⁸⁶ „Die Diktatur setzt die schonungslos harte, schnelle und entschiedene Gewaltanwendung voraus, um den Widerstand der Ausbeuter, Kapitalisten, Gutsbesitzer und ihrer Handlanger zu unterdrücken. Wer das nicht verstanden hat, der ist kein Revolutionär, der muß seines Postens als Führer des Proletariats enthoben werden“, meinte Lenin gegenüber Szamuely.⁴⁸⁷

Der Sozialdemokrat Sándor Garbai wurde als „Vorsitzender der Volkskommissariate“ Regierungschef. Béla Kun übernahm das Volkskommissariat für Auswärtiges und war der eigentliche Regierungschef. Der sozialdemokratische Volkskommissar für Kriegswesen und Chef der ungarischen Roten Armee, Vilmos Böhm, fasste die ungarische Revolution folgendermaßen zusammen: „Auf den Angriff der Entente reagierten die in ihrer Hoffnung auf Wilsons Prinzipien enttäuschten Massen mit einem unwiderstehlichen Nationalbolschewismus.“⁴⁸⁸ Die Revolution wurde offenbar auch von Leuten unterstützt, „die von ihrer Klassenlage her die Revolution nicht gewollt haben konnten [...]“, weil sie „entgegengesetzte Interessen“ haben und vor denen sich das Proletariat notfalls mit Gewalt verteidigen sollte.⁴⁸⁹ Priester leisteten den Eid auf die Räterepublik; Kirchenangehörige und sogar Börsianer bildeten Gewerkschaften.⁴⁹⁰ Die Bourgeoisie dulde die Räterepublik „nur zähneknirschend“ und ihre Beteiligung an der Revolution gehorche ihren Gesichtspunkten.⁴⁹¹ Und das war der Nationalstolz. Auch in Österreich war die Begeisterung von diesem zwiespältigen Charakter der Räterepublik geprägt, sahen doch viele Befürworter nur in einer Räteherrschaft die einzige noch mögliche Form des Widerstands gegen die Entente. Julius Deutsch dürfte nicht ganz falsch liegen, wenn er festhält, dass ein „nationaler Rausch in bolschewistischem Gewande [...] das ganze Volk ergriffen“ hatte.⁴⁹² Der Begriff „Nationalbolschewismus“ wurde aber vom rechten Flügel der österreichischen Sozialdemokratie bewusst verwendet, um die kommunistische Regierungsteilnahme zu diskreditieren.⁴⁹³

Sofort nach der Machtübernahme in Ungarn wurden einschneidende Maßnahmen ergriffen. Es wurde mit der Reorganisation der Armee begonnen, der Politikommissare beige stellt

⁴⁸⁵ Vgl. Braunthal, Internationale, 150.

⁴⁸⁶ Vgl. Droz [Hrsg.], Sozialismus, 14.

⁴⁸⁷ Vgl. Brader, Ungarn, 135f.

⁴⁸⁸ Vgl. Droz [Hrsg.], Sozialismus, 13.

⁴⁸⁹ Vgl. József Révai, Für eine reine Politik des Proletariats!, 57-59. In: Farkas [Hrsg.], Räterepublik, 58.

⁴⁹⁰ Ebd., 57.

⁴⁹¹ Ebd., 59.

⁴⁹² Vgl. Deutsch, Österreichs Revolution, 86.

⁴⁹³ Vgl. Henrik Vass, Die Ungarische Räterepublik, 112-114. In: WuZ, Nr. 3/1979, 113.

wurden, die die neue politische Linie garantierten. Die alten Gewaltapparate wurden durch die Rote Garde abgelöst und die Gerichte durch Revolutionstribunale ersetzt. Unternehmen, die mehr als zwanzig Arbeiter beschäftigten, wurden verstaatlicht; ebenso Banken und Geldinstitute. Bankguthaben wurden beschlagnahmt. Weiters wurden alle Mietshäuser verstaatlicht und die Mieten gesenkt. Der schon von der bürgerlichen Regierung eingeführte Achtstundentag wurde bekräftigt und die Löhne erhöht. Die Pariser Friedenskonferenz beschloss am 28. März 1919 die Verlängerung der seit dem Weltkrieg bestehenden Wirtschaftsblockade gegen Ungarn, sowie die Loslösung der nichtungarischen Nationalitäten und unterstützte die kriegerische Intervention. Um unter diesen Bedingungen die Lebensmittelversorgung zu gewährleisten, wurde der Großhandel verstaatlicht, Warenbestände beschlagnahmt und Lebensmittelkarten ausgegeben. Am 4. April 1919 wurde die entschädigungslose Verstaatlichung aller mittleren und großen Ländereien verfügt. Die landwirtschaftlichen Betriebe wurden in Kollektive umgewandelt und unter die Leitung von Räten gestellt. KP und SP waren sich einig, dass der Großgrundbesitz nicht an landlose Bauern verteilt werden, sondern in Genossenschaften zusammengefasst werden sollte.⁴⁹⁴ Allerdings wurden die Gutsherren mangels geeigneten Ersatzpersonals als Verwalter belassen, so dass sich für die Bauern augenscheinlich nicht viel geändert hatte.⁴⁹⁵ Das Bodengesetz und seine Durchführung führten in der Folge zu Unzufriedenheit unter den Bauern und Landarbeitern, die die Mehrheit der Bevölkerung ausmachten.⁴⁹⁶ Weiters wurde das Bildungswesen verstaatlicht und vereinheitlicht und so dem Einfluss der Kirche entzogen. György (Georg) Lukács wurde einer der Leiter des Volkskommissariats für Bildungswesen; Jenő Varga Volkskommissar für Wissenschaft. Die Errichtung der Räterepublik führte innerhalb der Entente zu Differenzen. Der US-Präsident Woodrow Wilson und der britische Premierminister David Lloyd George machten Frankreich wegen seiner ungarnefeindlichen Politik für diese Entwicklung verantwortlich.⁴⁹⁷

12.4. Der Krieg gegen die Räterepublik

Nachdem die kriegerische Intervention gegen Sowjetrußland nicht den gewünschten Erfolg zeitigte und die Sowjetregierung nicht gestürzt werden konnte, hatte sich die Entente auf die Isolation Sowjetrußlands verlegt, um es mit der Zeit in die Knie zu zwingen. Nach einem Vorschlag Clemenceaus sollte dafür ein „cordon sanitaire“, bestehend aus bürgerlichen Staaten um Rußland gelegt werden. Räteungarn unterbrach nun diese Einkreisung. Anfang April 1919 bereitete der Chef der französischen Balkanarmee einen Angriff auf Ungarn vor.

⁴⁹⁴ Vgl. Nagy, Ungarische Kommune, 7-17. In: Farkas [Hrsg.], Räterepublik, 10.

⁴⁹⁵ Vgl. Leonhard, Signale, 108.

⁴⁹⁶ Vgl. Braunthal, Internationale, 152.

⁴⁹⁷ Vgl. Nagy, Ungarische Kommune, 7-17. In: Farkas [Hrsg.], Räterepublik, 11.

Rumänische und tschechoslowakische Truppen schlossen sich an. Letztere erhofften sich neben der Bekämpfung der ungarischen Revolution Gebietsgewinne, die ihnen von der Friedenskonferenz nicht zugestanden wurden. Am 16. April überschritten rumänische Truppen, unterstützt von Frankreich, die Demarkationslinie und zwangen die noch im Aufbau befindliche ungarische Rote Armee zum schnellen Rückzug. Am 26. April erreichten die Eindringlinge die Tisza. Einen Tag später startete die Tschechoslowakei ihren Angriff. Somit wurde Ungarn von Norden, Osten und vom Süden her in die Zange genommen. Die angreifenden Armeen waren der Roten Armee zahlenmäßig weit überlegen.⁴⁹⁸

Kurz zuvor, Anfang April, hatte die Entente, nach einem Gesprächsangebot Kuns, den britisch-südafrikanischen Offizier Jan Smuts mit einer neuen Note nach Budapest entsandt. Laut Böhm hätte die Annahme seiner abgemilderten Note „einen nicht genug einzuschätzenden territorialen und moralischen Sieg der Räterepublik bedeutet.“ Die Räterepublik wäre dadurch faktisch anerkannt worden. Die USA, Großbritannien und Italien wollten sich der Interventionspolitik Frankreichs widersetzen und einen Friedensvertrag mit Ungarn abschließen. Kun wies die Vorschläge von Smuts jedoch zurück. Er erklärte, dass die Unterzeichnung ein zweites Brest-Litovsk, d. h. das Eingeständnis einer nationalen Niederlage und ein Hindernis für die Weltrevolution bedeuten würde. Die Welle des Nationalbolschewismus würde in eine nationalistische Konterrevolution umschlagen. Sowjetrußland, das sich im Krieg mit der Entente befand, würde sich von Ungarn lossagen. Aber am wichtigsten für Kuns Ablehnung war der Glaube an eine baldige europaweite Revolution. Genährt wurden seine Hoffnungen von der am 7. April in München errichteten Räterepublik und den Massenstreiks im Ruhrgebiet.⁴⁹⁹

Nach dem Kriegsbeginn Mitte April, hoffte die Entente, dass der Revolutionäre Regierende Rat innerhalb von ein paar Tagen kapitulieren würde. Der Aufruf „Die Revolution ist in Gefahr! Zu den Waffen!“ führte zu einer massenhaften Mobilisierung und wendete die drohende Niederlage ab. Die ehemaligen Habsburgeroffiziere Vilmos Böhm und Aurél Stromfeld übernahmen das Kommando der Roten Armee. Sowjetrußland versuchte, militärischen Druck auf Rumänien auszuüben. Ungarn stelle keine territorialen Forderungen, bekundete Kun. Unterdessen organisierte István Bethlen in Wien das „Antibolschewistische Comite“ (ABC) und Miklós Horthy baute im französisch besetzten Szeged eine Armee auf.⁵⁰⁰ Anfang Mai begann die Reorganisation der Roten Armee zu greifen und Mitte Mai startete der Nordfeldzug. Innerhalb kurzer Zeit wurden die tschechoslowakischen Truppen aus Ungarn verdrängt und Oberungarn, die heutige Slowakei, besetzt. Am 16. Juni 1919 wurde

⁴⁹⁸ Ebd., 12.

⁴⁹⁹ Vgl. Braunthal, Internationale, 151.

⁵⁰⁰ Vgl. Nagy, Ungarische Kommune, 7-17. In: Farkas [Hrsg.], Räterepublik, 13.

in Eperjes, dem heutigen Prešov, die Slowakische Räterepublik ausgerufen. Die Verbindung mit der russischen Roten Armee gelang jedoch nicht. Die Erfolge der ungarischen Roten Armee veranlasste die Pariser Friedenskonferenz am 7. Juni zur Aufforderung nach einem Abbruch des Vormarsches. Als Gegenleistung sollte Sowjetungarn zu den Verhandlungen eingeladen werden. Das war insofern bemerkenswert, weil keinem Verliererstaat ein solches Angebot gemacht wurde, schon gar keinem sozialistischen Land. Den anderen Ländern, darunter Österreich, sollte der fertige Friedensvertrag übergeben werden.⁵⁰¹ Ungarn sprach sich nicht grundsätzlich gegen Verhandlungen aus, erklärte aber die Bedingungen für unannehmbar und dass die Rote Armee ihren Vormarsch fortsetzen werde. Am 12. und 13. Juni tagte der Parteitag der vereinigten Partei auf der die Gegensätze zwischen SP und KP sichtbar wurden. Der rechte Flügel der Sozialdemokratie wollte die Kommunisten aus der Partei- und Staatsführung entfernen. Zum Bruch kam es aber nicht, da sonst die Existenz der Räterepublik in Frage gestellt worden wäre. Am 13. Juni teilte die Entente Budapest mit, dass Rumänien Ostungarn räumen würde, wenn sich die Rote Armee im Norden hinter die von der Friedenskonferenz festgelegten neuen Staatsgrenzen zurückzöge. Die vom 14. bis 23. Juni tagende Beratung der Landesversammlung der Räte stimmte diesem Vorschlag zu. Ein Teil der Kommunisten befürchtete, dass die Entente ihr Versprechen nicht halten und die Räterepublik durch die Annahme der Forderung die bereits eroberte Macht in der Slowakei aufgeben würde.⁵⁰² Seit Juni waren die „ultralinken“ Volkskommissare in der Mehrzahl. Am 24. Juni kam es zu einem Aufstand gegen die Räteregierung, der jedoch wegen fehlender Unterstützung, niedergeschlagen werden konnte. Die freiwillige Räumung der Nordgebiete beeinträchtigte die Stimmung unter den Soldaten und Arbeitern. Der größte Teil der Soldaten und Offiziere verließ nach dem Rückzug einfach die Rote Armee. Böhm und Stromfeld traten zurück. Am 2. Juli teilte Rumänien der Friedenskonferenz mit, dass es der Clemenceau-Note nicht entsprechen und das Gebiet jenseits der Tisza nicht räumen werde. Vilmos Böhm wurde nach Wien entsandt, um mit der der Entente Kontakt aufzunehmen. Der am 20. Juli erfolgte Angriff der Roten Armee wurde von Rumänien abgewehrt und mit einem Gegenangriff beantwortet. Die Entente hatte Anfang Juli die Liquidierung der ungarischen Räterepublik auf die Tagesordnung gesetzt.⁵⁰³ Am 26. Juli verkündete die Friedenskonferenz, dass sie den Revolutionären Regierenden Rat nicht als Verhandlungspartner akzeptieren werde. Am 1. August trat die Räteregierung zurück; Kun und viele Linke flüchteten. Der Gewerkschafter Gyula Peidl, Mitglied des rechten Flügels der SP und Kommunismusgegner, übernahm die Regierung und am 3. August besetzten rumänische Truppen Budapest.⁵⁰⁴ Das von Frankreich tatkräftig unterstützte Rumänien

⁵⁰¹ Ebd., 14.

⁵⁰² Ebd., 15.

⁵⁰³ Ebd., 16.

⁵⁰⁴ Ebd., 17.

machte sich an die Ausplünderung des Landes und annektierte große Teile Ungarns.⁵⁰⁵ Kurz zuvor hatte Kun verzweifelt Sowjetrußland um militärischen Beistand gegen Rumänien gebeten. Die Räteregierung scheiterte, weil es von Feinden umgeben war und eine Verbindung mit Sowjetrußland, das selbst in schwerer Bedrängnis stand, nicht zustande kam.⁵⁰⁶ Kun erklärte am 1. August, dass das Proletariat sich selbst im Stich gelassen habe. „Die Diktatur des Proletariats hätte ein anderes Ende nehmen müssen, wenn wir über selbstbewusste und revolutionäre Proletariermassen verfügt hätten. [...]. Jetzt aber sehe ich, daß wir es umsonst versucht haben, die Proletariermassen dieses Landes zu selbstbewussten Revolutionären zu erziehen. Dieses Proletariat bedarf der rücksichtslosesten, grausamsten Diktatur der Bourgeoisie, um revolutionär zu werden [...]“, erklärte er zynisch. Er habe es, erklärte er weiter, für seine Pflicht gehalten, wenigstens die Kommunisten zum Kampf bis zum letzten aufzurufen, doch habe er sich eines besseren besonnen, denn: „Wir opfern uns gern. Es fragt sich, ob dieses Opfer vom Standpunkt der internationalen Proletarierrevolution einen Sinn hat.“ Kun befand, dass es keinen Sinn gehabt hätte. Daraufhin wandte er sich telefonisch an den in Wien weilenden Böhm, damit der sich für ein Asyl in Österreich einsetzen sollte.⁵⁰⁷

Am 5. August lieferte das EKKI eine etwas andere Erklärung über die Niederlage der Räterepublik: „Der größte Verrat wurde verübt. Die Sowjetmacht in Ungarn ist unter dem Druck der imperialistischen Räuber und des scheußlichsten Verrats der Sozialpatrioten zusammengebrochen [...]. Der verächtliche Charakter der ehemaligen Sozialdemokratischen Partei hat sich offenbart. Sie hatte der proletarischen Diktatur Treue geschworen. Sie hatte sich mit der Kommunistischen Partei vereinigt. [...]. Durch ihre Vereinigung mit den Kommunisten hatte sie der Kommunistischen Internationale angehört. Sie trägt nun das Kainsmal an der Stirn. Sie hat das Proletariat, die Revolution, die glorreiche Partei der ungarischen Kommunisten, die Internationale verkauft [...].“⁵⁰⁸

⁵⁰⁵ Vgl. Foco, Friede, 328f.

⁵⁰⁶ Vgl. Droz [Hrsg.], Sozialismus, 18.

⁵⁰⁷ Vgl. Braunthal, Internationale, 153.

⁵⁰⁸ Vgl. G. Sinowjew, An die Proletarier der ganzen Welt!, 69-70. In: Die KI. Organ des EKKI, Nr. 3 (1919), 69.

13. Österreich und die Ungarische Räterepublik

13.1. Die Haltung der SDAP

Obwohl die SDAP eine Räterepublik ablehnte und gegen ihre Errichtung in Österreich Widerstand leistete, trat sie in der Öffentlichkeit als grundsätzliche Befürworterin auf.⁵⁰⁹ Wegen der sozialrevolutionären Stimmung, wagte es die SDAP nicht, Ungarn mit einer glatten Absage zu antworten, oder gar offen dagegen aufzutreten. Der Arbeiterrat diente der SDAP als „Bremsklotz“ gegen eventuelle revolutionäre Wünsche.⁵¹⁰ Andererseits erhoffte sich Deutschösterreich durch die Existenz der Räterepublik außenpolitische Vorteile gegenüber der Entente.⁵¹¹ Der „Reichsvollzugsausschuss der Arbeiterräte“ erklärte, dass Österreich „vom Herzen gerne“ folgen würde, doch wegen der ausländischen Lebensmittelversorgung könne Österreich dem ungarischen Beispiel „aber zur Stunde [...] leider nicht“ folgen, da die Österreicher und Österreicherinnen „völlig Sklaven der Entente geworden“ sind. Behauptet wurde seltsamerweise, dass der Kapitalismus in Deutschland und Österreich schon zusammengebrochen sei und der Feind nur allein die Entente sei. Weiter heißt es: „Wir sind davon überzeugt, daß die russische Räterepublik nichts unversucht lassen würde, uns zu helfen. Aber ehe sie uns helfen könnte, wären wir verhungert. Wir sind daher in einer noch wesentlich schwierigeren Lage als ihr.“ Die Unterstützungsbitte der Ungarn wurde jedoch abgeschmettert: „All unsere Wünsche sind bei Euch. Mit heißem Herzen verfolgen wir die Ereignisse und hoffen, daß die Sache des Sozialismus siegen wird. Kampfbereit stehen auch wir, gewillt zu erfüllen, was die geschichtliche Notwendigkeit fordern wird.“⁵¹² Budapest verstand dies richtig als eine Absage.⁵¹³

Die sich durch den Krieg gegen die Räterepublik ergebende Gunst der Stunde wollten nationale Kreise in Österreich für die Besetzung Westungarns, dem heutigen Burgenland, nutzen. Sie scheuten auch vor einem Krieg nicht zurück. Heeresminister Julius Deutsch wehrte diese Versuche wegen seines „proletarischen Gewissens“ und obwohl er Räteungarn „auf einem von mir nicht gebilligten Weg“ ansah, ab.⁵¹⁴ Deutsch, der die Räterepublik für ein „unsinniges Abenteuer“ hielt, spricht die Ablehnung des räterepublikanischen Modells offen aus. Die Entente ließ die österreichische Regierung vertraulich wissen, dass sie einem

⁵⁰⁹ Vgl. Deutsch, Österreichs Revolution, 87.

⁵¹⁰ Vgl. Anna Hornik, Die ungarische Räterepublik und Österreich, 270-274. In: Weg und Ziel. Monatsschrift für Fragen der Demokratie und des wissenschaftlichen Sozialismus, Nr. 4/1959, 271. (I. d. F.: WuZ).

⁵¹¹ Vgl. Brader, Ungarn, 176.

⁵¹² Vgl. Hautmann, Rätebewegung, 306f.

⁵¹³ Vgl. Gulick, Habsburg, 46.

⁵¹⁴ Vgl. Deutsch, Österreichs Revolution, 78.

Einmarsch in Ungarn nicht entgegenstehen würden, hoffte sie doch auf eine zusätzliche Front und eine Unterstützung des nördlichen Nachbarn. Österreich sollte aber nicht als „Söldner der kapitalistischen Entente gegen das sozialistische Ungarn“ missbraucht werden, wie Deutsch betonte. Deutsch war einer Besetzung nicht abgeneigt, doch speisten sich seine „proletarisch-sozialistische[n] Bedenken“ aus der Sorge um die revolutionäre Stimmung in der österreichischen Arbeiterschaft und nicht zuletzt aus der Stärke der ungarischen Roten Armee.⁵¹⁵

13.2. Die Haltung der KPDÖ

Für die KPDÖ überstürzten sich die Ereignisse und sie hoffte, dass „sich in der kürzesten Zeit vollziehen wird, was sonst vielleicht nur in jahrelanger, mühevoller Arbeit hätte erreicht werden können: die Radikalisierung der Massen, die heute noch im sozialdemokratischen Lager stehen“.⁵¹⁶ Die KPDÖ stand voll und ganz hinter der Räterepublik. Sie organisierte Ende März Solidaritätskundgebungen, die dazu führten, dass die „Arbeiter-Zeitung“ erstmals über kommunistische Versammlungen berichtete. Dieser Aufschwung führte dazu, dass der Parteivorstand der KPDÖ am 29. März 1919 erstmals offiziell an einer Arbeiterrats-Sitzung teilnehmen konnte.⁵¹⁷ Das Vorrücken der Revolution bis an die österreichische Grenze bedeutete eine Stärkung ihrer Position. Bereits am Sonntag, den 22. März 1919 organisierte die KP eine Kundgebung zur Unterstützung Ungarns mit 20 000 Teilnehmenden. Gefordert wurde, „das ungarische Proletariat in dieser schweren Zeit nicht im Stich zu lassen, vielmehr alle Kraft anzuspannen, um auch bei uns den Kapitalismus [...] niederzuringen“. Rothziegel erklärte, dass, wenn die internationale Solidarität „keine leere Phrase“ bleiben soll, „wir nicht mehr ruhen, bis in Deutschösterreich die Räterepublik zur Tatsache wird, bis auch hier die soziale Revolution zum Siege gelangt.“ Weiters erklärte er, dass er im „Namen der Genossen [spräche], welche bereit sind, wenn es Not tut, an der Seite der Kommunisten und der Sowjetarmee in den Kampf zu gehen gegen die eigenen und internationalen Ausbeuter.“ Am Tag der Ausrufung der Ungarischen Räterepublik erörterte sogar die Regierung die Bedingungen einer österreichischen Räterepublik.⁵¹⁸

Die SDAP ging in ihrer bereits Ende März 1919 veröffentlichten Broschüre „Rätediktatur oder Demokratie“ davon aus, dass nur in Wien und Niederösterreich eine Räterepublik möglich wäre, wobei sich die restlichen, christlichsozial regierten Bundesländer von Wien lösen würden. Zudem könnte die Entente Österreich den Krieg erklären, aber auch einfach die

⁵¹⁵ Ebd., 79.

⁵¹⁶ Vgl. SR, 26.3.1919, 1.

⁵¹⁷ Vgl. Hautmann, Rätebewegung, 308.

⁵¹⁸ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 139.

Lebensmittellieferungen einstellen und somit eine Hungerblockade verhängen. Daraufhin kam die SDAP zu dem Schluss, dass erst eine Revolution in den Ländern der Entente und der Tschechoslowakei stattfinden müsste, bevor in Österreich eine Räterepublik errichtet werden könne.⁵¹⁹ Die SDAP erklärte, dass die bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse und die Lebensmittelknappheit eine Räterepublik verunmöglichen würden, womit „gerade das, was ein Grund hätte sein können, die proletarische Revolution zu beschleunigen, von der sozialdemokratischen Führung zum Anlaß genommen, die Revolution zu verhindern.“⁵²⁰ Die Art und Weise, wie die SDAP auf die Lebensmittelversorgung insistierte, war geeignet „uns vor allem in der revolutionären Bewegung zurückzuhalten“, meinte die KP.⁵²¹ Die KPDÖ wollte die Volkswehr durch Arbeitslose aufstocken und in eine Rote Armee umwandeln, um im Falle der Errichtung der Räterepublik die Bundesländer besetzen und die Lebensmittelversorgung vom Land absichern zu können.⁵²²

Der Zentralrat der Arbeiterräte unterstrich die Position der SDAP und meinte, dass er „aufs tiefste bedauert, sich der bewunderungswürdigen Aktion der ungarischen Genossen nicht anschließen zu können“. Während der Zeit entstanden viele neue kommunistische Ortsgruppen, wie etwa die Wiener Neustädter Gruppe. Die SDAP-Ortsgruppe im niederösterreichischen Ternitz trat geschlossen zur KP über. Bereits im Jänner hatten die Arbeitenden der Firma Schöllner mit einem solchen Schritt gedroht.⁵²³ Ende März weitete sich ein von Wiener Neustadt ausgehender Eisenbahnerstreik zu einem Massenstreik aus.⁵²⁴ Die KP sah bereits die Weltrevolution unaufhaltsam voranschreiten. „Die Zeit der Erlösung naht heran für die Proletarier der ganzen Welt!“, heißt es in einem Flugblatt, worin im Falle eines Angriffs der Entente gegen Ungarn über österreichisches Territorium zur Zerstörung von Schienen und Eisenbahnanlagen aufgefordert wurde.⁵²⁵ Nach sechs Tagen wurde der Streik beendet. Die KP konnte keine führende Rolle im Streik übernehmen. Die KP hoffte auf eine territoriale Verbindung zwischen der sowjetrussischen Armee und der ungarischen. Aufstände in der Ukraine und Streiks in Galizien schienen diese Hoffnung zeitweilig zu nähren. Dazu kam noch der Austritt der italienischen Sozialisten aus der II. Internationale und der Übertritt zur Komintern. Deutsch tat diese Entwicklungen als „Hirngespinnste“ ab.⁵²⁶

⁵¹⁹ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 140.

⁵²⁰ Vgl. Hornik, Ungarische Räterepublik, 270-274. In: WuZ, Nr. 4/1959, 270.

⁵²¹ Vgl. Verlag der KPDÖ [Hrsg.], Ist Deutsch-Österreich reif zur Räterepublik? Reden von Karl Tomann und Elfriede Friedländer auf der 2. Reichskonferenz der Arbeiterräte Deutsch-Österreichs am 30. Juni 1919, 26. (I. d. F.: Räterepublik).

⁵²² Ebd., 8f.

⁵²³ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 141.

⁵²⁴ Ebd., 142.

⁵²⁵ Vgl. Deutsch, Österreichs Revolution, 92.

⁵²⁶ Ebd., 88.

Doch stellte die KP Anfang Mai fest, dass es „nicht möglich [ist], mit einem einzigen gewaltigen Sprung von einer historischen Epoche in eine andere zu gelangen [...]“. Der jetzige Zeitpunkt wurde als „unreife[r], ungünstige[r] Zustand“ für die Errichtung einer Rätediktatur bezeichnet. Für die KP gehe es nun darum, den richtigen Weg zu finden „um zu unserem vorläufigen Ziele zu gelangen. Dieser Weg muß solange ein friedlicher sein, als die Aussicht besteht, mit friedlichen Mitteln die Grundlage für die neue, kommunistische Gesellschaft aufzubauen. Der Weg muß aber ein revolutionärer, gewalttätiger werden, wenn einmal klar ist, daß sich der Verwirklichung der kommunistischen Idee Feinde entgegengestellt haben [...]“. Diese als „rechts“ titulierte abwartende Haltung war das Resultat der niedergeschlagenen Aufruhrversuche im April, welche Ungarn Mitte Mai zur Entsendung des Emissärs Ernö (Ernst) Bettelheim bewog.⁵²⁷

13.3. Die Unterstützung für Ungarn

Das Staatsamt für Heereswesen duldete Anwerbungen für die ungarische Rote Armee in der Hoffnung, damit Kommunisten aus dem Land zu bekommen. Deutsch hoffte, dass es „vielleicht besser für uns war, wenn einige hundert der unruhigsten Menschen dieser Stadt nach Ungarn gingen, als wenn sie hier blieben und die ohnedies so große Unruhe noch vermehrten. Mochten sie sich [...] in Ungarn so revolutionär betätigen [...] wenn sie dabei nur unser armes Österreich nicht in Brand steckten.“ Ein „Vollzugsausschuss des revolutionären ungarischen Proletariats“ hatte angefangen, Massenversammlungen und Anwerbeaktionen für die ungarische Rote Armee zu organisieren.⁵²⁸ Der „Vollzugsausschuss“ war am 25. März 1919 von in Wien lebenden Ungarn gegründet und von der KPDÖ unterstützt worden. Den Wunsch des VB 41, bewaffnet nach Ungarn zu gehen, lehnte Deutsch aus Neutralitätsgründen jedoch ab.⁵²⁹ Geleitet wurde der „Vollzugsausschuss“ von dem 21-jährigen Alexander „Schura“ Herman, einem gebürtigen Russen, der im April 1919 die deutschösterreichische Staatsbürgerschaft erworben hatte. Der „Vollzugsausschuss“ war eine Zentrale Räteungarns und versorgte die KPDÖ und andere revolutionäre Organisationen in Deutschösterreich mit Emissären, Propagandamaterial und Geld. Für inoffizielle Kontakte zwischen Ungarn und der KPDÖ diente die ungarische Gesandtschaft in der Bankgasse, im 1. Wiener Gemeindebezirk.⁵³⁰ Herman war von der KPDÖ mit der Aufstellung einer bewaffneten Armee betraut worden. Jeder, der einen Revolver vorwies, erhielt einen Geldbetrag und wurde von Hermann zum „Soldaten der Roten Armee“ erklärt. Die Waffen wurden aber weitergegeben, um Geld von

⁵²⁷ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 165.

⁵²⁸ Vgl. Deutsch, Österreichs Revolution, 89.

⁵²⁹ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 143.

⁵³⁰ Ebd., 154.

der Partei zu kassieren. Die von Herman genannten 5000 Revolver waren in Wirklichkeit keine 200 Stück.⁵³¹ Alexander Herman war typisch für die KP in den Anfangsjahren; ein junger intellektueller Idealist. Anfang der 1920er Jahre wandte er sich von der Partei ab und stieg ins Bankwesen ein – ironischerweise ermöglichte ihm ein aus Sowjetrußland nach Wien geflüchteter Verwandter und Bankier diese Berufskarriere.⁵³²

Am 2. April 1919 marschierten die ersten 400 Freiwilligen und 100 Angehörige des VB 41 unter der Leitung des Deserteurs der k. k. Armee, Leo Rothziegel, nach Ungarn. Insgesamt unterstützten 1200 österreichische Freiwillige die ungarische Rote Armee. Die Truppe wurde in Sopron und in Budapest feierlich empfangen. Am 6. April 1919 inspizierten Béla Kun und Vilmos Böhm die österreichische Truppe. Es kam aber wegen der schlechten Organisation und erlittener Niederlagen zu Streitigkeiten zwischen österreichischen und ungarischen Soldaten, worauf etliche Österreicher Ungarn wieder verließen. Am Nordfeldzug gegen die Slowakei nahmen Österreicher teil.⁵³³ Von den 1200 verloren 700 ihr Leben, darunter Leo Rothziegel, der Kommandant des österreichischen Bataillons.⁵³⁴ Er fiel Ende April an der rumänischen Front.

Ungarische Emissäre versuchten in Österreich Waffen zu organisieren; die Entente verlangte Waffen für die Tschechoslowakei. Doch verhielt sich das offizielle Österreich neutral und lieferte weder an Ungarn, noch an die Tschechoslowakei. Der Waffenschmuggel konnte aber trotz Grenzabspernung nicht unterbunden werden.⁵³⁵ Nach der Ausrufung der Bayrischen Räterepublik am 6. April 1919 veranstaltete die KP und der ungarische „Vollzugsausschuss“ eine Massenkundgebung mit der Forderung, dem ungarischen und bayrischen Proletariat nicht in den Rücken zu fallen und durch die Errichtung einer Räterepublik in Österreich die Verbindung zwischen Budapest und München herzustellen.⁵³⁶

⁵³¹ Vgl. Leo Lania, *Welt im Umbruch. Biographie einer Generation*, 147. (I. d. F.: Welt).

⁵³² Ebd., 183f.

⁵³³ Vgl. Hautmann, *Verlorene Räterepublik*, 144.

⁵³⁴ Vgl. Autorenkollektiv der Historischen Kommission beim ZK der KPÖ [Hrsg.], *Kurzer Abriss*, 36.

⁵³⁵ Vgl. Deutsch, *Österreichs Revolution*, 90.

⁵³⁶ Vgl. Hautmann, *Verlorene Räterepublik*, 146.

14. Die Wirkungen der russischen und ungarischen Revolution in Österreich

14.1. Die sozialrevolutionäre Phase in Österreich

Die Unruhen und Demonstrationen nahmen Anfang 1919 zu und läuteten im März 1919 die revolutionäre Hochphase ein, in der die „soziale Frage“ thematisiert wurde. Diese Zeitspanne zeichnete sich durch Betriebsbesetzungen und teilweise tätliche Angriffe gegen Betriebsleitungen aus. So manche Streikmaßnahme drohte das Eigentum praktisch in Frage zu stellen.⁵³⁷ Die Arbeiterschaft forderte „ihr Selbstbestimmungsrecht in ihren Produktionsstätten“.⁵³⁸ Am 22. Februar schoss in Graz eine deutschnationale „Studentenwehr“ in eine kommunistische Demonstration, die insgesamt sechs Tote forderte. Der steirische Landeshauptmannstellvertreter Anton Rintelen hatte zuvor Graz durch Polizei, Gendarmerie und andere Milizen besetzen lassen, nachdem der Grazer KP-Chef Heinrich Brodnig zu einer Demonstration aufgerufen hatte. Nach den Vorgängen in Graz konnten ähnliche Ereignisse in Wiener Neustadt und Ternitz nur knapp verhindert werden.⁵³⁹ Die Volkswehr beschlagnahmte in zunehmenden Maß Lebensmittel. In Baden, Neunkirchen sowie mehreren steirischen Orten kam es zu Plünderungen. In Berndorf wurde das Krupp-Werk besetzt.⁵⁴⁰ Derartige Vorgänge führten dazu, dass im Parlament am 23. Mai eine Anfrage „betreffend die Gewährung von Schadenersatz aus Anlaß der Plünderungen, der Verwüstungen und Brandstiftungen in Deutschösterreich“ gestellt wurde. In derselben Sitzung wurde auch an den Außenstaatssekretär wegen der „Wegnahme von deutschösterreichischem Eigentum in Westungarn“ angefragt.⁵⁴¹

Am 30. April 1919 erteilte der RVA der Arbeiterräte dem Nationalrat eine „ernste Warnung“, falls das im März beschlossene Gesetz zur Sozialisierung wichtiger Betriebe nicht in die Tat umgesetzt werden sollte. Der radikale Ton und die Drohung, unter Umständen dem Parlament die Gefolgschaft zu verweigern, täuschten aber.⁵⁴² Am 15. Mai 1919 wurde das Betriebsrätegesetz, das die Trennung in Arbeiter und Angestellte festlegte, beschlossen.⁵⁴³ In der Zeit von Mitte April/Anfang Mai 1919 stieg die Arbeitslosenzahl auf einen Höchstwert von 186 000.⁵⁴⁴

⁵³⁷ Vgl. Hautmann, Rätebewegung, 315.

⁵³⁸ Vgl. Bauer, Österreichische Revolution, 175.

⁵³⁹ Vgl. Botz, Gewalttaten, 79f.

⁵⁴⁰ Ebd., 81.

⁵⁴¹ Vgl. Stenographische Protokolle, 406.

⁵⁴² Vgl. Keller, Arbeiter- und Soldatenräte, 25.

⁵⁴³ Ebd., 26.

⁵⁴⁴ Vgl. Hautmann, Rätebewegung, 314.

14.2.1. Der revolutionäre Höhepunkt

Die KP hatte ihre Versammlungstätigkeit verstärkt. Ungarische Emissäre forderten zum Anschluss an München und Budapest auf, um „dem großen kommunistischen Block in Mitteleuropa den Schlußstein einzufügen“.⁵⁴⁵ Elfriede Friedländer verwahrte sich gegen Vorwürfe, die KP wolle „den Bruderkampf“ und fragte: „warum ging es denn in Ungarn ohne Blutvergießen?“ Sie hielt die Räterepublik nur mehr für eine Frage der Zeit, denn „Bayern ist Räterepublik geworden und Deutschösterreich in der Mitte wird bald folgen.“ Die KPÖ müsse bereit sein, „wenn der Ruf an uns ergeht. Zwar wissen wir nicht, was die Bewegung auslösen wird, doch dürfen wir nicht hemmend auf sie wirken. Wir müssen agitieren, denn die Frist zur Vorbereitung kann sehr knapp bemessen sein.“⁵⁴⁶ Lebensmittel waren äußerst knapp und Hungerrevolten daher an der Tagesordnung. Am 14. April wollte Béla Kun Wien besuchen; diese Reise wurde aber vermutlich vom österreichischen Gesandten in Budapest vereitelt. Am 16. April wollte der Polizeipräsident Schober wegen der massenhaften Arbeitslosendemonstrationen das Standrecht verhängen, doch war die SP dagegen.⁵⁴⁷ Die österreichische Gesandtschaft in Budapest sollte keine Einreisegenehmigungen für Österreich ausstellen, verlangte Schober.

14.2.2. Die „Gründonnerstagsaffäre“

Der April 1919 stellte den Höhepunkt der sozialrevolutionären Phase in Österreich dar. Den ganzen Monat fanden Demonstrationen von radikalisierten Arbeitslosen, Invaliden und Heimkehrern statt, die zumeist von Verzweiflung getrieben waren. Die KP war an der Organisation zwar mitbeteiligt, wurde aber von den Ereignissen überrascht.⁵⁴⁸ In einem Stimmungsbericht des Polizeiagenten-Referats (PAR) heißt es: „Am Tage der Unruhen war aus dem Munde von Arbeitern wiederholt die Äußerung zu hören, daß die Staatssekretäre der sozialdemokratischen Partei früher in abgetragenen Kleidern und zerrissenen Schuhen herumgegangen seien und jetzt geradeso auf das Volk schießen lassen, wie die früheren Machthaber [...]“. In Wien verbündete sich das Bürgertum mit der Sozialdemokratie gegen die Aufständischen. In den Bundesländern bildeten sich bewaffnete Formationen, die Vorläufer der Heimwehren, die sich nicht nur gegen den Kommunismus, sondern auch gegen die Sozialdemokratie wendeten, obwohl die SDAP keine Zweifel an ihrem – sogar

⁵⁴⁵ Ebd., 316.

⁵⁴⁶ Vgl. SR, 9.4.1919, 3.

⁵⁴⁷ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 147.

⁵⁴⁸ Vgl. Historische Kommission beim ZK der KPÖ [Hrsg.], KPÖ, 53.

antisemitisch konnotierten - Antikommunismus aufkommen ließ. In Salzburg etwa, wettete die SDAP gegen die „ungarische Judenwirtschaft“.⁵⁴⁹

Am Gründonnerstag, dem 17. April 1919 ereignete sich die schwerste Demonstration vor dem Parlament, die sechs Tote und 50 Schwerverletzte forderte. Die Verzweiflung der Demonstrierenden kann daran ermessen werden, dass zwei zu Sturz gekommene Polizeipferde in kürzester Zeit an Ort und Stelle in Fleischstücke zerlegt und davon getragen wurden. Die „Gründonnerstagsaffäre“ wurde als Putschversuch der KP gewertet.⁵⁵⁰ Die KP hatte nicht zu den Massenversammlungen aufgerufen, die den Demonstrationen vorausgegangen waren und lehnte eine Verantwortung dafür ab. „Wenn es wirklich kein zufälliges Zusammentreffen gewesen sein sollte, daß an einem einzigen Nachmittag die Arbeitslosen, die Invaliden, die Heimkehrer in Versammlungen gerufen worden sind, so ist es jedenfalls nicht die kommunistische Partei gewesen, die dieses Zusammentreffen beabsichtigt hat. Und hat der Plan bestanden, die Erregung zusammenströmen zu lassen, so ist es keinesfalls u n s e r [Hervorh. im Orig.; Anm.] Plan gewesen“, hielt die KP fest.⁵⁵¹ Das der KP nahe stehende VB 41 beteiligte sich sogar an der Seite der Polizei an der Bekämpfung der Revolte.⁵⁵² Die KPDÖ war zwar sehr aktiv, aber auch zerstritten und schlecht informiert.⁵⁵³ Parteiinterne Streitigkeiten führten dazu, dass nicht einmal die „Soziale Revolution“ in diesen Tagen erschien.

Vermutlich waren ungarische Emissäre an der Organisierung beteiligt, obwohl Kun das dementierte.⁵⁵⁴ Hautmann vermutet, dass ungarische Emissäre mit dem Teil der KP um Koritschoner Aktionen in Österreich geplant hatten, um dem seit Mitte April kriegerisch bedrängten Ungarn zu helfen. Die Lage wurde derart brenzlich, dass Kun Anfang Mai für die ungarischen Volkskommissare vorsorglich Asyl in Österreich beantragte. Die ungarischen Emissäre erachteten daher ein rasches Handeln als unabdingbar, weswegen sie den Parteivorstand der KP nicht in ihre Pläne einweihen. Friedrich Adler, der die KP-Parteileitung aufgesucht hatte, erklärte angeblich, dass er sich im Falle der Ausrufung der Räterepublik „völlig passiv“ verhalten würde.⁵⁵⁵ „Die Sozialdemokratie war in einer Lage, wo sie gegen uns nicht Stellung nehmen k o n n t e [Hervorh. im Orig.; Anm.], für uns aber nicht eintreten w o l l t e“, heißt es dazu in einem „Bericht über die kommunistische Bewegung und über die allgemeine politische Lage in Deutsch-Österreich“, verfasst von einem „österreichischen Kommunisten“, höchstwahrscheinlich Koritschoner, an die Komintern.

⁵⁴⁹ Vgl. Zitiert nach Botz, Gewalttaten, 98.

⁵⁵⁰ Vgl. Hautmann, Rätebewegung, 317.

⁵⁵¹ Vgl. SR, 24.4.1919, 1.

⁵⁵² Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 148.

⁵⁵³ Ebd., 152.

⁵⁵⁴ Ebd., 149.

⁵⁵⁵ Ebd., 150.

Adler, der sich bei der KP erkundigt hatte, was sie zu tun gedenke, warnte nun, nachdem er die Ratlosigkeit und Uneinigkeit der KP erkannt hatte, vor der Ausrufung einer Räterepublik. Die Parteiführung der KP stimmte mit knapper Mehrheit gegen einen Generalstreik.⁵⁵⁶ Die Öffentlichkeit erwartete „in Furcht“ eine Stellungnahme der KP und als ihre abwartende Haltung bekannt geworden war, „setzte ein allgemeiner Angriff der Bourgeoisie gegen uns ein. An der Spitze marschierte die `Arbeiter-Zeitung`. Diese gab das Kampfsignal gegen uns.“⁵⁵⁷ Die SDAP warnte die Arbeiterschaft eindringlich vor weiteren Demonstrationen. Der Zentralarbeitsrat hielt, gegen die Stimmen der kommunistischen Mitglieder, fest, dass die „Sozialdemokratie [...] nicht gesonnen [ist], sich terrorisieren zu lassen“ und warnte „vor jedem Experiment der Verwirklichung der Rätediktatur in Deutschösterreich“.⁵⁵⁸

„Die Gurkensaison ist schlecht“, so lautete die telegraphische Mitteilung der Emissäre nach Budapest über das Scheitern des Aufstands. Die österreichische KP zog sich wegen ihrer uneinheitlichen Haltung den Ruf der Unzuverlässigkeit zu.⁵⁵⁹ Die ungarischen Emissäre hatten gehofft, durch eine mächtige Demonstration den linken Flügel der SDAP für die Räterepublik gewinnen zu können. Das war - von ihrer Warte aus betrachtet - nicht so abwegig, da auch die ungarische SP die KP um Hilfe gebeten hatte und auch deren Wünsche erfüllt hatte. Dazu kommt, dass die SDAP in der Zeit uneins gewesen sein dürfte und die Koalitionsregierung in einer Krise steckte. Hautmann nennt den 17. April 1919 den „archimedischen Punkt in der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung: Nie vorher und nie nachher war eine Räteherrschaft so nahe.“⁵⁶⁰ Das Bürgertum zweifelte, ob die Volkswehr regierungstreu bliebe, oder ob sich einzelne Teile den Aufständischen anschließen würden. Man rechnete mit gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen der Sicherheitswache und der Volkswehr, weswegen man die radikalen Teile, wie etwa das VB 41, isolieren wollte. Eine nicht näher genannte „maßgebende Persönlichkeit“ der alliierten Waffenstillstandskommission schilderte die Stimmung vor dem Gründonnerstag: „Ich kann jetzt schon offen sagen, daß in den hiesigen diplomatischen Kreisen man zeitweilig recht ernste Befürchtungen für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung in Wien gehabt hat. Es sind daher längst reiflich alle Maßregeln geprüft worden, die in einem solchen Falle zur Anwendung kommen müssten“, um dann anzufügen: „Nach dem Mißerfolg des gestrigen Putsches der bolschewikischen Elemente sehen aber die meisten Herren der auswärtigen Missionen die Zukunft Wiens in einem helleren Lichte.“⁵⁶¹ Auch die „Presse“ hielt fest: „Der Aufruhr von Arbeitslosen vorm Parlament war kein Putschversuch“ und fügte hinzu, „diese

⁵⁵⁶ Vgl. [Anonym], Kommunistische Bewegung, 229-236. In: Die KI. Organ des EKKI, Nr. 7/8 (1919), 231.

⁵⁵⁷ Ebd., 232.

⁵⁵⁸ Vgl. Keller, Arbeiter- und Soldatenräte, 27.

⁵⁵⁹ Vgl. Botz, Gewalttaten, 93.

⁵⁶⁰ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 151.

⁵⁶¹ Vgl. Botz, Gewalttaten, 97.

tobenden und von ihrer Leidenschaft fortgerissenen Menschen hatten kein bewusstes politisches Ziel“.⁵⁶²

Der 17. April 1919 war tatsächlich ein Wendepunkt. An dem Tag wurde Wien von einem „Alpdruck“, wie es Julius Deutsch nannte, befreit, als sich die eindeutig positive Haltung der Volkswehr gegenüber der bürgerlichen Republik offenbarte. War bisher unklar, wie stark die kommunistische Bewegung tatsächlich wäre, so offenbarte sich nun ihre Schwäche und es stellte sich eine „reinliche Scheidung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten“ heraus.⁵⁶³ Auch die „Reichspost“ und der Chef der britischen Entente Mission, Thomas Cunningham, zeigten sich sehr erfreut über die praktisch bewiesene Haltung der Sozialdemokratie und der Volkswehr. Am 25. April, dem Tag des Begräbnisses der Opfer vom Gründonnerstag, wäre es bei einer Demonstration beinahe wieder zu Todesfällen gekommen.⁵⁶⁴ Am selben Tag wurde das Gesetz über die staatliche Entschädigung der Kriegsinvaliden verabschiedet, das zu einer schnellen Befriedigung der Invaliden führte. Diese Gruppe nahm danach kaum mehr an Demonstrationen teil.⁵⁶⁵

14.3.1. Die ungarische Gesandtschaft

Viel effektiver als die KP betrieb der in engem Kontakt mit der ungarischen Gesandtschaft stehende „Vollzugsausschuss des revolutionären ungarischen Proletariats“ die Agitation für eine Räterepublik. Ende März bezogen die bevollmächtigten Gesandten Elek Bolgár – er gehörte dem linken Flügel der KP an - und Andor Fenyő ihren Sitz in der Bankgasse, in der Wiener Innenstadt. Österreich hatte den Gesandten Hans Cnobloch in Budapest belassen.⁵⁶⁶ Daneben wirkten noch der militärische Bevollmächtigte Pál Diener-Denes und die ungarische Kriegsliquidatur. Der wirtschaftliche Bevollmächtigte Fenyő vergab 60 Mio. Kronen an die KPDÖ und einige weitere befreundete Organisationen. Toman und Friedländer standen in direktem Kontakt mit Fenyő.⁵⁶⁷ Im Mai wurde Bolgár, dem man das Desaster des Gründonnerstagsaufstands anlastete, durch Ernő Czóbel abgelöst. Er koordinierte und finanzierte nicht nur die KPDÖ, sondern auch das Revolutionäre Soldatenkomitee, das Zentralkomitee der Arbeitslosenorganisationen unter der Leitung des Arbeiterrats Karl Neufingerl und die Donaumatrosen und Seeleute, die die Bewachung der Gesandtschaft übernommen hatten.⁵⁶⁸ Schober ließ die Ungarn permanent überwachen.

⁵⁶² Vgl. NFP, Morgenblatt, 18.4.1919, 1.

⁵⁶³ Vgl. Deutsch, Österreichs Revolution, 100.

⁵⁶⁴ Vgl. Hautmann, Rätebewegung, 318.

⁵⁶⁵ Ebd., 323.

⁵⁶⁶ Vgl. Brader, Ungarn, 175.

⁵⁶⁷ Vgl. Botz, Gewalttaten, 84.

⁵⁶⁸ Ebd., 103.

Bereits am 22. März 1919 war Karl Toman von linken Piloten des Wiener Neustädter Militärflugplatzes per Doppeldecker über die Grenze nach Budapest gebracht worden. Die Piloten brachten aus Ungarn Propagandamaterial und lieferten im Gegenzug Waffen und Munition für die Rote Armee. Toman erhielt nach einer zweiten Reise im April insgesamt 350 000 Kronen. Ende April wurden die vier Piloten verhaftet, womit die „Flugaffäre“ ein Ende hatte.⁵⁶⁹ Ebenfalls verhaftet wurden österreichische Matrosenräte, weil sie in Budapest an einer Besprechung mit ungarischen Seeleuten teilgenommen hatten. Am 22. April genehmigte Karl Renner einen Erlass, der die Ausweisung ungarischer Staatsbürger, speziell von Emissären, erleichterte. Darin wurde gefordert „alle ungarischen Staatsbürger aus Österreich, mit oder ohne Pass, wo nicht triftige Gründe bestehen, an die Grenze zu stellen.“ Im Mai bereitete sich die Regierung auf ihre Art auf das Ende der Räterepublik vor. Das Polizeikommissariat von Wiener Neustadt schlug vor, in Wiener Neustadt, Aspang und Pottendorf vorsorglich Internierungslager für ungarische Rotgardisten einzurichten.⁵⁷⁰

14.3.2. Die „Bankgassenaffäre“

Mit dem zunehmenden Druck seitens der österreichischen Behörden wurde die ungarische Gesandtschaft für den Transfer von Geld und Propagandamaterial immer wichtiger. Anfang Mai besetzten Angehörige des „Antibolschewistischen Comités“ (ABC) die Gesandtschaft.⁵⁷¹ Erst nach Protesten Kuns ließ Schober die Gesandtschaft räumen; nicht ohne vorher Einsicht in die politischen Verbindungen zur KPDÖ und zu ungarischen Tarnorganisationen sowie in die finanzielle Lage der Gesandtschaft genommen zu haben.⁵⁷² Die Besetzung der Gesandtschaft, bekannt als „Bankgassenaffäre“, wurde von Schober und dem Chef der Staatspolizei, Franz Brandl, gedeckt.⁵⁷³ Das ABC unter der Führung des späteren Ministerpräsidenten István Bethlen, war von nach Österreich geflüchteten Gegnern der Räterepublik gegründet worden. Die ungarischen „Weißgardisten“ wurden von Schober und dem steirischen Landeshauptmann Anton Rintelen unterstützt.⁵⁷⁴ Die Ideologie des ABC hatte einen stark antisemitischen Einschlag.⁵⁷⁵ Wien verlangte nach der Affäre ein Mitspracherecht bei der Besetzung des ungarischen Gesandten.⁵⁷⁶ Im Juni war über alle Ungarn, die nach dem 1. März eingereist waren, die Ausweisung verhängt worden.⁵⁷⁷ Am 8. Juli veranlasste Außenminister Otto Bauer die Abberufung des ungarischen Gesandten

⁵⁶⁹ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 155.

⁵⁷⁰ Vgl. [Anonym], Ungarische Rätekommissare, 764-772. In: WuZ, Nr. 11/1960, 766.

⁵⁷¹ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 156.

⁵⁷² Ebd., 157.

⁵⁷³ Ebd., 159.

⁵⁷⁴ Ebd., 158.

⁵⁷⁵ Vgl. Brader, Ungarn, 225.

⁵⁷⁶ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 199.

⁵⁷⁷ Vgl. Stenographische Protokolle, 628.

Czóbel. Czóbel wurde durch den ehemaligen Oberkommandieren der ungarischen Roten Armee, Vilmos Böhm, abgelöst, der sofort Verhandlungen mit der Entente aufnahm.

14.4.1. Das letzte revolutionäre Aufbäumen

Nach den gescheiterten Aufstandsversuchen im April versuchten nun Teile der KPDÖ unter ungarischer Anleitung, die revolutionäre Situation durch „Anpeitschen“ gezielt zuzuspitzen.⁵⁷⁸ Am 1. Mai 1919, als Ungarn in schwerster Bedrängnis war, fand in Budapest eine Besprechung über die Situation der KPDÖ statt, an der Béla Kun teilnahm. Es wurde beschlossen, die zerrüttete KPDÖ zu reorganisieren und für die ungarische Sache dienstbar zu machen. Dafür wurde der 30-jährige Rechtsanwalt Ernő Bettelheim nach Wien entsandt.⁵⁷⁹ Bettelheim gehörte während des Ersten Weltkrieges zum linken Flügel der Sozialdemokratie und trat nach der Gründung der KP Ungarns bei. Bettelheim war die ersten drei Tage nach der Errichtung der Räterepublik Stadtkommandant von Budapest. Er war mit der Kompromisspolitik Kuns gegenüber der SP nicht einverstanden und für eine KP-Alleinregierung. Hautmann charakterisiert Bettelheims Haltung gegenüber der SP als „Hass“, ohne diese Haltung inhaltlich näher auszuführen. Im April wurde Bettelheim Politikkommissar eines Frontabschnitts in Oberungarn und kehrte Ende April nach Budapest zurück, von wo er nach Wien entsandt wurde. Bettelheim behauptete 1921, dass ihn weder der „Revolutionäre Regierende Rat“, noch die KPU geschickt habe, sondern dass ein Vertreter der Komintern ihm das Mandat dazu übertragen habe. Wer der Vertreter gewesen sein soll, verschwieg er. Der Vorsitzende der Komintern, Zinov`ev, bestritt, dass Bettelheim ein Mandat der Komintern hatte. Hautmann vermutet Béla Kun als wahrscheinlichen Auftraggeber.⁵⁸⁰ Seit 1922 war Bettelheim Mitglied der KPÖ und nach seiner Übersiedlung in die Sowjetunion 1928 war er Mitglied der KPdSU. Bis zu seiner Verhaftung im April 1937 arbeitete er als Leiter einer statistischen Rechnungsabteilung. Im April 1938 wurde er zu acht Jahren Internierungslager verurteilt und als „Volksfeind“ aus der Partei ausgeschlossen. Im August 1942 wurde er aus dem Lager entlassen.⁵⁸¹ Im Komintern-Akt wird sein Todesjahr mit 1959 datiert.

In seiner später herausgegebenen Rechtfertigungsschrift mit dem bezeichnenden Titel „Die Bettelheimerei“ behauptete er, „unbegrenzte Vollmachten“ gehabt zu haben, um die KPDÖ zu reorganisieren, „selbst um den Preis ihrer Zerschmetterung“. Als er am 17. Mai 1919 nach Wien gekommen war, bot ihm die KP ein „schreckliches Bild“. Diese musste auf Vordermann gebracht werden, um den „historische[n] Augeblick, in dem das Proletariat die Macht

⁵⁷⁸ Vgl. Hautmann, Rätebewegung, 330.

⁵⁷⁹ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 168.

⁵⁸⁰ Ebd., 169.

⁵⁸¹ Vgl. Bundesvorstand der KPÖ [Hrsg.], Stalin und wir. Stalinismus und die Rehabilitierung österreichischer Opfer, 102f.

ergreifen musste“ zu nutzen, da „SP und Bourgeoisie [...] vor dem Zusammenbruch [standen]“. ⁵⁸² Nach der Kontaktaufnahme mit der KPDÖ hörte sich Bettelheim zwei Tage lang persönliche Streitereien der ZK-Mitglieder an. Bettelheim setzte sich vier Ziele: Die Parteispitze sollte von „streberischen, eitlen Elementen“ gesäubert werden, wobei sich die KP keine Illusionen über eine Fusion mit einer „verbesserten“ Sozialdemokratie machen durfte. Stattdessen sollte ein radikaler Kampf gegen die SDAP und auch gegen die Arbeiterräte geführt werden, da nur die KP die Revolution vollbringen könne. Weiters sollten die revolutionären Gruppen unter die Leitung der KP gebracht werden. Als letztes sollte eine Verbindung zu den Arbeitslosen, die nicht dem „Lumpenproletariat“ angehören, hergestellt werden. ⁵⁸³ Bettelheim holte Johannes Wertheim, den Chef der FRSI in die neue Parteileitung und stützte sich vor allem auf Koritschoner, den Anführer des äußersten linken Flügels. Am 25. Mai berief er eine geheime Konferenz ein, an der etwa 50 führende Funktionäre und Funktionärinnen teilnahmen. Dabei wurde der „rechte“ Flügel um das Ehepaar Friedländer ausgeschaltet. Kurz darauf wurde die neue Parteileitung, das „Direktorium“ – eine begriffliche Anlehnung an die Leitungsgremien in Räteungarn - gegründet und die alte Parteileitung ausgeschaltet. Das aus Franz Koritschoner, Karl Toman, Johannes Wertheim und Gilbert Melcher bestehende Direktorium, wurde von Bettelheim, der sich im Hintergrund hielt, angeleitet. Es sollte nach außen geheim gehalten werden, doch wusste die Polizei, die wiederum die SDAP informierte, sehr bald Bescheid. ⁵⁸⁴ Das Direktorium versandte ein innerparteiliches Rundschreiben, in dem die Auflösung des mit „kleinbürgerlichen Elementen“ besetzten bisherigen ZKs der KPDÖ durch die Komintern bekannt gegeben wurde. Neben der FRSI, die Ende Mai endgültig in der KP aufging, ordnete sich auch das „Revolutionäre Soldatenkomitee“ der KP unter. Das Parteisekretariat übersiedelte vom Stubenring in die Alser Straße 68, wo es für viele Jahre bleiben sollte. ⁵⁸⁵

Da die dem Direktorium skeptisch gegenüberstehenden Parteimitglieder gegen Bettelheim wenig ausrichten konnten, schickten sie einen Delegierten nach Ungarn, um Béla Kun die österreichische Lage darlegen zu können. Toman war damit einverstanden und so wurde im Mai der Bruder von Alexander Herman, der unter dem Namen Leo Lania publizierende KP-Redakteur Lazar Herman, nach Budapest geschickt. ⁵⁸⁶ „Ihr Österreicher seid ja eine feige Bande!“ - mit diesen Worten wurde Herman von Kun empfangen. ⁵⁸⁷ Die Intervention war nicht erfolgreich, denn Kun bekräftigte das Vertrauen in Bettelheim. Weiters bestätigte Kun

⁵⁸² Vgl. Steiner, KPÖ 1918-1933, 17.

⁵⁸³ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 170.

⁵⁸⁴ Ebd., 171.

⁵⁸⁵ Ebd., 172.

⁵⁸⁶ Vgl. Lania, Welt, 152.

⁵⁸⁷ Ebd., 158.

dass Lenin ihn, Kun, zum Vertreter für ganz Mittel- und Westeuropa gemacht habe.⁵⁸⁸ Für Bettelheims Absichten ergab sich eine günstige Gelegenheit, da bekannt geworden war, dass die Entente eine 25-prozentige Reduktion der Volkswehr bis Ende Mai forderte.

Julius Deutsch hatte seit seiner Berufung ins k. k. Kriegsministerium eine geheime, sozialdemokratisch orientierte Militärorganisation gebildet, die während des Zerfalls der Monarchie die einzige Ordnungsmacht darstellte. Aus dieser Organisation ging die Volkswehr hervor.⁵⁸⁹ Anfangs konzentrierte sich Deutsch auf die Integrierung der als revolutionär verschrienen „Roten Garde“ in die Volkswehr, um sie von der Straße wegzubekommen, obwohl der führende Rotgardist Leo Rothziegel betonte, dass die Rote Garde „keinen Staatsstreich oder die Ausrufung der Kommune beabsichtige.“⁵⁹⁰ Die Soldatenräte waren ursprünglich nur als Beschwerdestelle gedacht, aber während des Zusammenbruchs der Monarchie sorgten allein sie für die Aufrechterhaltung der militärischen Disziplin.⁵⁹¹

Die Volkswehr unterstand der Regierung, doch übten die überwiegend sozialdemokratischen Soldatenräte, relativ unbekümmert von den Vorschriften aufgrund ihrer mächtigen Stellung, in den ersten Monaten der Republik praktisch die Befehlsgewalt in der Volkswehr aus.⁵⁹² Auf der Anfang April abgehaltenen zweiten Reichskonferenz der Soldatenräte konnte die SDAP ihre Anträge nur mit Mühe und wegen einer verbalradikalen Fassung gegenüber den kommunistischen Anträgen durchbringen. In den Räten der Heimkehrer, Invaliden und Arbeitslosen war ihr diese Taktik nicht mehr gelungen. Dort setzte sich die KP durch.⁵⁹³ Die revolutionäre Stimmung hatte einen Höhepunkt erreicht.

Diese Umstände trugen dazu bei, dass die bewaffnete Formation von der Entente von Anfang an misstrauisch beäugt wurde. Als die Soldaten immer radikaler zu werden schienen, pochte die Entente auf die Zurückdrängung des vermeintlichen Unsicherheitsfaktors. Allerdings bewirkte die ultimativ geforderte Reduktion eher das Gegenteil und die Militärangehörigen wurden erst recht aufmüpfig und wollten die Waffen nicht aus der Hand geben, da ihnen durch die Entlassung Arbeitslosigkeit drohte.⁵⁹⁴

Zudem war am 2. Juni der, von Karl Renner angeführten, österreichischen Delegation die Friedensbedingungen von St. Germain bekannt gegeben worden, die zu Enttäuschung in der

⁵⁸⁸ Ebd., 159.

⁵⁸⁹ Vgl. Deutsch, Österreichs Revolution, 27.

⁵⁹⁰ Vgl. Hautmann, Rätebewegung, 247.

⁵⁹¹ Vgl. Deutsch, Österreichs Revolution, 64f.

⁵⁹² Ebd., 129.

⁵⁹³ Ebd., 96.

⁵⁹⁴ Vgl. Historische Kommission beim ZK der KPÖ [Hrsg.], KPÖ, 54.

Bevölkerung führten und die entente-feindlichen Stimmungen verstärkten. Quer durch alle Parteien war von „Unrecht“ und „Gewaltfrieden“ die Rede. Die Siegermächte des Ersten Weltkriegs legten eine Souveränitätsbeschränkung Österreichs fest. Österreich wurde von der Entente als Rechtsnachfolger des Habsburgerreichs angesehen und für die Taten des Vorgängerstaats verantwortlich gemacht. Es sollte Wiedergutmachung und Reparationen leisten. Wilsons „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ wurde auf Österreich nicht angewandt und Österreich sollte daher große Gebietsverluste hinnehmen. Renner und Bauer konnten lediglich die Enteignung österreichischer Vermögen im Ausland abwenden.⁵⁹⁵ Der Anschluss an Deutschland wurde verwehrt und die Bezeichnung „Deutschösterreich“ musste in „Österreich“ abgeändert werden.⁵⁹⁶ Die SDAP beklagte an der am 20. Juli 1919 der österreichischen Delegation übergebenen Ententeentscheidung die wirtschaftliche Unterordnung, die aus Österreich bloß einen „lebensunfähige[n] Torso“ übrig gelassen hätte.⁵⁹⁷ Die Unterzeichnung des Friedensvertrags am 10. September 1919 habe Österreich zu „elendiglichem Siechtum“ verurteilt. Der konsequente Anschlussbefürworter Otto Bauer, - er galt als „alldentscher Bolschewist“ - trat als Staatssekretär für Äußeres zurück.⁵⁹⁸

Die KP war ebenfalls gegen den Friedensvertrag, da ihrer Meinung nach der Kapitalismus gesichert werden sollte. Die für 30 Jahre anberaumte Entente-Kontrolle wäre eine „Okkupationskommission“, die jede Sozialisierung verunmöglichen solle. „Durch die Kugeln, die die österreichischen Arbeiter gegossen haben, sollen die Arbeiter anderer Länder zugrunde gehen!“ - damit lehnte die KP die Verpflichtung Österreichs für Waffenlieferungen an die Tschechoslowakei zur Bekämpfung des Bolschewismus ab.⁵⁹⁹

Über die Stimmung in der Bevölkerung im Frühjahr 1919 gibt ein Bericht des „Polizeiagenten-Referats“ (PAR) folgende Auskunft: „Die Äußerung, es müsse bei uns so kommen wie in Rußland, ist jetzt häufig zu hören und läßt eine Stärkung der Neigung zu radikalen Strömungen erwarten.“ Die ungarische Rote Armee erzielte währenddessen militärische Erfolge.⁶⁰⁰

In dieser aufgeheizten Stimmung, organisierte die KP am 27. Mai 1919 eine Protestveranstaltung gegen den Heeresunterstaatssekretär, Julius Deutsch, der den Abbau vornehmen sollte. Die Generalversammlung der Wiener Soldatenräte, die am 28. Mai tagte, brachte mit 71 gegen 174 Stimmen zwar eine deutliche Minderheit gegen die vom

⁵⁹⁵ Vgl. Arnold Suppan, Von Saint-Germain zum Belvedere. Österreich und Europa 1919-1955, 25-43. In: Koch u. a. [Hrsg.], Saint-Germain, 27f.

⁵⁹⁶ Vgl. Pelinka, Parlament, 59-71. In: Tálos u.a. [Hrsg.], Handbuch, 62.

⁵⁹⁷ Vgl. Deutsch, Österreichs Revolution, 124.

⁵⁹⁸ Ebd., 126.

⁵⁹⁹ Vgl. Verlag der KPDÖ [Hrsg.], Räterepublik, 7.

⁶⁰⁰ Vgl. Botz, Gewalttaten, 107.

kommunistischen Soldatenrat Fritz Gruber eingebrachte Resolution für eine bewaffnete Demonstration, doch setzte die KP ihre Agitation unbeirrt fort. Ihre Szenarien beeindruckten nicht wenige sozialdemokratische Volkswehrleute.⁶⁰¹ Deutsch musste alle Kräfte aufbieten, um sich durchzusetzen. Dem Vollzugsausschuss der Volkswehr wurde das Misstrauen ausgesprochen – und das sogar ohne die Stimmen der KP, die vorher den Saal verlassen hatte. Der erste, für den 31. Mai vorgesehene Abbautermin musste von der Regierung fallengelassen werden. Die Entente verschob auf Drängen Deutschs den Abbautermin auf den 15. Juni. Die KP dehnte ihre nun täglich stattfindenden Protestveranstaltungen auf Heimkehrer und Arbeitslose aus.⁶⁰² Am 5. Juni demonstrierten 25 000 Personen gegen den Abbau. Bettelheim unterrichtete Kun fast täglich über die Entwicklung in Österreich.⁶⁰³ Außerdem wurde kolportiert, dass ungarische Truppen an der Grenze aufmarschierten um gegebenenfalls der KP beizustehen.

„Am nächsten Freitag in vierzehn Tagen findet der Umsturz statt!“ verkündete Bettelheim selbstsicher.⁶⁰⁴ Für den 15. Juni 1919 plante das Direktorium eine Massenversammlung gegen die von der Regierung vorbereitete Volkswehrreduktion. Die KP hoffte auf die Erhebung der Volkswehr und dass diese den linken Flügel der Sozialdemokratie mitreißen würde. Deutsch war ebenfalls gegen den geforderten raschen Abbau der Volkswehr, weil er dadurch einen kommunistischen Aufschwung befürchtete.⁶⁰⁵ Angespornt wurde die KP von Béla Kun, der die KP davon zu überzeugen versuchte, dass es in ihrer Macht liege, „ohne Blutvergießen, die Diktatur des Proletariats zu errichten“. An die Volkswehr gewandt, meinte er: „Je später Sie die Macht in die Hände nehmen und mit der Umgestaltung der Gesellschaft beginnen, um so größer werden die Zerstörungen sein, die der Kapitalismus anrichtet“.⁶⁰⁶

Am 13. Juni tagte der Arbeiterrat, wo Friedrich Adler die KP aufforderte, ihre Absichten darzulegen. Die KP weigerte sich und so wurde die geplante Aktion verurteilt. Am 14. Juni erschien ein anonymes Aufruf zur Errichtung der Räterepublik. Die „Stunde der Freiheit der Arbeiterklasse“ sei gekommen, hieß es darin. Weiters wurde ein positiver Bezug zur Komintern, sowie zu den sowjetrussischen und ungarischen Genossen hergestellt.⁶⁰⁷

⁶⁰¹ Vgl. Deutsch, Österreichs Revolution, 101.

⁶⁰² Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 174.

⁶⁰³ Ebd., 175.

⁶⁰⁴ Vgl. Lania, Welt, 150.

⁶⁰⁵ Vgl. Glaubauf, Volkswehr, 69.

⁶⁰⁶ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 176.

⁶⁰⁷ Vgl. Gulick, Habsburg, 48.

Bettelheim, der offiziell der ungarischen Gesandtschaft zugeteilt war, wohnte und agierte seit dem 26. Mai beim Sitz des VB 41.⁶⁰⁸ Das Direktorium hatte in der Kaserne des VB 41, in der Selzergasse, im 15. Wiener Gemeindebezirk, ein „Initiativkomitee“ eingerichtet, das den Aufstand unter der militärischen Leitung eines „Korporal Haller“ koordinieren sollte. Der Obmann der „Vereinigung ungarischer Kriegsinvaliden“, Albert Neumann, sollte eine „Terrorgruppe“ anführen, die die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder verhaften sollte. Die ungarische Botschaft versuchte hohe Beamte und Polizisten durch Bestechungsgelder auf ihre Seite zu ziehen. Die „weiße“ ungarische Emigrantenszene sollte ebenfalls verhaftet werden.⁶⁰⁹ Nach der Arbeiterratssitzung vom 13. Juni kam es aber zu Streitigkeiten innerhalb des Initiativkomitees.⁶¹⁰ Bettelheim begründete seinen Kampf gegen die innerparteiliche Opposition mit einem Zitat Lenins: „Gegen schwankende Elemente können wir nicht nur, sondern sind wir verpflichtet, einen Belagerungszustand zu schaffen und unser ganzes Parteistatut, unser von nun an vom Kongreß bestätigter Zentralismus ist nichts anderes, als ein Belagerungszustand gegen die so zahlreichen Quellen politischer Verschwommenheit“. Unterstützt wurde der „Wüterich Bettelheim, dessen Name ein ganzes Programm ist“, wie es in einer Buchwidmung heißt, neben Neumann, unter anderem vom ungarischen Gesandten Pál Diener-Denes und dem ehemaligen Anarchisten Artur Weiler.⁶¹¹ Am 12. Juni hatte Gilbert Melcher aus Protest die Sitzung des Direktoriums verlassen und als einen Tag später die vorläufige Rücknahme des Abbaubefehls bekannt wurde, zerbröselte die Protestfront zunehmend.⁶¹² Zuerst wendeten sich das „Revolutionäre Soldatenkomitee“ und danach das VB 41 von Bettelheim ab. Wobei der Schießbefehl Deutschs seine Wirkung nicht verfehlte.⁶¹³ Julius Deutsch scheute vor Waffengewalt nicht zurück, sollte das VB 41 versuchen auszurücken.⁶¹⁴

Die Stimmung wurde auch in den Bundesländern aufgeschaukelt. Ende Mai hatte der Arbeiterrat von Neunkirchen die Ausrufung der Räterepublik und den Anschluss an Ungarn gefordert.⁶¹⁵ Neben Wien war das Gebiet um Wiener Neustadt ein mehr oder minder eigenständiges revolutionäres Zentrum geworden, in dem sogar die Abspaltung von Österreich und der Anschluss an Ungarn gefordert wurde.⁶¹⁶ Der Arbeiterrat von Wiener Neustadt wurde vom linken Sozialdemokraten Eduard Schönfeld geleitet, der für eine Räterepublik und die Zusammenarbeit mit der KP eintrat und damit die SDAP in Bedrängnis

⁶⁰⁸ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 173.

⁶⁰⁹ Vgl. Botz, Gewalttaten, 109.

⁶¹⁰ Vgl. Deutsch, Österreichs Revolution, 104.

⁶¹¹ Vgl. Botz, Gewalttaten, 102.

⁶¹² Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 180.

⁶¹³ Ebd., 181.

⁶¹⁴ Vgl. Deutsch, Österreichs Revolution, 106.

⁶¹⁵ Vgl. Botz, Gewalttaten, 101.

⁶¹⁶ Ebd., 110.

brachte.⁶¹⁷ Koritschoner versuchte in den Arbeiter- und Soldatenräten des südlichen Niederösterreich Stimmung für die Ausrufung der Räterepublik zu machen, scheiterte aber in Wiener Neustadt nicht nur an einer Gegenresolution Oskar Helmers, sondern auch an der Ablehnung der eigenen Genossen. Der Flügel um Melcher forderte eine Absage der Aktion und rief Koritschoner nach Wien zurück. Eigenmächtig blies der Melcher-Flügel die geplante Aktion ab und plante für den 15. Juni nur eine unbewaffnete Demonstration. Für den 14. Juni wurde eine „Vertrauensmännerkonferenz“ einberufen.⁶¹⁸ Die wenigen weiblichen Vertrauenspersonen wurden „Vertrauensmänninnen“ genannt.⁶¹⁹

Schober und Brandl ließen am Vorabend des 15. Juni die Redaktion der „Sozialen Revolution“ in der Pulverturmstraße durch Polizeikräfte besetzen und insgesamt 130 führende KP-Funktionäre, darunter Toman, Koritschoner und Wertheim, verhaften.⁶²⁰ Bettelheim, der gewarnt worden war, war nicht anwesend. Eldersch ließ Schober freie Hand – und der wollte ein Exempel statuieren! Beide hätten noch vor der Massenverhaftung der KP-Führung wissen können, dass der Aufstandsversuch abgeblasen worden war.⁶²¹ Die Verhaftung habe gezeigt, dass „die Polizeibehörde einen Anschlag auf die Verfassung und auf die Rechte der Nationalversammlung fürchtete“, schreibt die „Presse“. Sie wünschte sich eine Entscheidung: „Es muß deutlich werden, ob die Verfassung und die Nationalversammlung wirklich über die öffentliche Macht verfügen oder sie die nur zufällig noch besitzen“, schreibt die „Presse“.⁶²²

14.4.2. Der „Juniputsch“

Am Sonntag, dem 15. Juni versammelten sich vormittags ca. 6000 bis 8000 Personen auf dem Rathausplatz. Die Nachricht von den Verhaftungen des Vorabends löste bei der Menge große Erregung aus und es wurde beschlossen, für die Freilassung der Gefangenen zu demonstrieren. Die führerlose Menge zog zum Parlament und von da zum Landesgericht, weil dort die Gefangenen vermutet wurden. Als sich herausstellte, dass die Kommunisten im Polizeigefangenenhaus auf der Elisabethpromenade, der heutigen Rossauer Kaserne, inhaftiert seien, zog die Demonstration von der Votivkirche in Richtung Gefangenenhaus. In der Hörlgasse, im 9. Wiener Gemeindebezirk, eröffnete die Polizei und die

⁶¹⁷ Vgl. Hautmann, Rätebewegung, 354.

⁶¹⁸ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 182.

⁶¹⁹ Vgl. Karin Schneider, Verborgene Feminismen? Frauenpolitische Denk- und Utopieangebote der österreichischen ArbeiterInnenbewegung der Ersten Republik unter Fokus auf die KPÖ [Diplomarbeit], 53. (I. d. F.: Feminismen).

⁶²⁰ Vgl. Deutsch, Österreichs Revolution, 107.

⁶²¹ Vgl. Jacques Hannak, Johannes Schober. Mittelweg in die Katastrophe. Porträt eines Repräsentanten der verlorenen Mitte, 31.

⁶²² Vgl. NFP, Nachmittagsblatt, 16.6.1919, 1.

Stadtschutzwache das Feuer. Die Folgen waren 20 Tote und über 80 Schwerverletzte. Im Lauf des Tages wurden die KP-Kader freigelassen. Toman sprach zur Menge und versuchte sie zu beruhigen.⁶²³ „Offiziell wurden zwar 28 Todesopfer bekanntgegeben, in Wirklichkeit waren es aber mehr als 60 und mehr als 200 Verwundete. Auf Seiten der Polizei war nur ein einziges Opfer zu verzeichnen“, verkündete die Komintern eine falsche Opferzahl.⁶²⁴ Unter den Toten befanden sich viele Jugendliche, darunter der kommunistische Jugendfunktionär Josef Findeis.⁶²⁵

Obwohl es in diesen Jahren regelmäßig Tote bei Hungerunruhen gab, blieb der 15. Juni 1919 die blutigste Auseinandersetzung bis zum Justizpalastbrand 1927. Die SDAP und die Bürgerlichen ritten heftige Attacken gegen die KPDÖ. Obwohl Putschabsichten nicht bewiesen werden konnten und die KP-Führung niemals angeklagt wurde, sollte die Partei die Bezeichnung „Putschpartei“ nicht mehr loswerden.⁶²⁶

Auffallend ist, dass der „Juniputsch“ nicht einmal von der Mehrheit der KPDÖ selbst mitgetragen worden war. Obwohl die KPDÖ den Kriegsheimkehrern auf großen Plakaten 5000 Kronen im Falle eines gelungenen Aufstands versprochen hatte, konnte sie am 15. Juni auf höchstens 10 000 Demonstrierende zählen. Dabei hatte die KP, laut einer Auskunft Paul Friedländers, Mitte Mai 1919 allein 20 000 Mitglieder in Wien. Hautmann vermutet von den 40 000 Mitgliedern österreichweit, allein 25 000 Wiener Parteimitglieder im Juni. Zur selben Zeit hatte die SDAP in Wien zwischen 80 000 und 90 000 Mitglieder.⁶²⁷

Bettelheim gab später zu, dass er die deutschösterreichischen Waffenarsenale und die österreichisch-ungarische Bank unter die Kontrolle der ungarischen Räterepublik bringen wollte. Doch waren die Voraussetzungen eines Umsturzes in Österreich andere, als etwa in Russland oder in Ungarn. Zusätzlich erschwert wurde das Unternehmen durch die gehässige Abgrenzung auch gegenüber den linken Sozialdemokraten, womit eventuelle Anknüpfungspunkte verunmöglicht wurden. Die KPDÖ versuchte gar nicht mehr, die sozialdemokratische Arbeiterschaft zu überzeugen. Die Gegner des Putsches in der KPDÖ fanden kein Gehör; die ungarischen Emissäre dafür umso mehr.⁶²⁸

⁶²³ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 184.

⁶²⁴ Vgl. Botz, Gewalttaten, 122f.

⁶²⁵ Ebd., 124.

⁶²⁶ Vgl. Historische Kommission beim ZK der KPÖ [Hrsg.], KPÖ, 55.

⁶²⁷ Vgl. Hautmann, Rätebewegung, 331.

⁶²⁸ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 190.

14.4.3. Auseinandersetzungen über die Aufstandstaktik in der Komintern

Die Partei distanzierte sich später von der „Bettelheimerei“ und gestand ein, dass sie „die Aktivität der Massen unterschätzt hatten, daß diese hauptsächlich unter dem Einfluss der Sozialdemokraten standen“. Die sowjetrussischen Berater betrachteten die Ereignisse um den 15. Juni – zumindest danach - nüchterner und weit weniger euphorisch, wie Bettelheim oder die KPDÖ.⁶²⁹ Noch lange Zeit nach Bettelheims Aktivitäten wurde über seine Auftraggeber gerätselt und gestritten. Karl Radek, Mitglied der Komintern-Leitung, hielt Bettelheims Behauptung für „ein Schwindelmanöver eines Abenteurers“, denn das EKKI wusste „von Dr. Bettelheim, einem in der Bewegung vollkommen neuen Kerlchen, so viel wie Dr. Bettelheim von der Kommunistischen Internationale, d. h. nichts.“⁶³⁰ „Niemals bildete sich die Kommunistische Partei Rußlands und dann die in ihren Händen liegende Exekutive der Kommunistischen Internationale ein, sie könne von Moskau aus die konkrete Politik der kommunistischen Parteien im Auslande, das Tempo der ausländischen Bewegung bestimmen.“ Die russische Revolution könne nur durch die Weltrevolution siegen, aber „die Weltrevolution kann sich nur entwickeln als Bewegung, die vom Proletariat jedes Landes, nicht von `Emissären` gemacht wird.“ Den bedrohten Räterepubliken könne „nur durch die Entwicklung der proletarischen Revolution, nicht durch die künstliche Erzeugung von Putschen geholfen werden, die nur zur Schwächung der Bewegung in anderen Ländern führen [...], ganz abgesehen davon, daß sie die Idee des Kommunismus überhaupt kompromittieren.“⁶³¹ Putschisten würden die Entwicklung auf den Kopf stellen: „Ein Teil der Kommunistischen Partei sucht am Anfange des Weges das Ziel, das an seinem Ende liegt, zu realisieren.“⁶³² Radek kritisiert, dass Bettelheim ohne agitatorische Vorarbeit die Räterepublik ausrufen wollte und statt der „Selbstbefreiung des Proletariats“, dieses bloß als Statist vorkommen sollte. Trotzdem war Radek überzeugt, dass der KPDÖ die Zukunft gehört.⁶³³ Bettelheim verteidigte sich in einer eigenen Schrift mit dem bezeichnenden Titel „Die Bettelheimerei“.⁶³⁴ Doch Bettelheim und Kun irrten sich in der Annahme, dass die österreichische SDAP vor dem politischen Bankrott stünde.⁶³⁵

⁶²⁹ Vgl. Brader, Ungarn, 197.

⁶³⁰ Vgl. Karl Radek, Die Lehren eines Putschversuchs. (Die Krise in der Deutsch-Oesterreichischen Kommunistischen Partei), 29-37. In: Die KI. Organ des EKKI, Nr. 9 (1920), 32.

⁶³¹ Ebd., 33f.

⁶³² Vgl. Karl Radek, Die Entwicklung der Weltrevolution und die Taktik der Kommunistischen Parteien im Kampfe um die Diktatur des Proletariats, 28.

⁶³³ Vgl. Radek, Lehren, 29-37. In: Die KI. Organ des EKKI, Nr. 9 (1920), 37.

⁶³⁴ Vgl. Steiner, KPÖ 1918-1933, 16.

⁶³⁵ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 177.

14.4.4. Sozialdemokratische und konservative Reaktionen

Der „Juniputsch“ sorgte noch lange für heftige Nachwirkungen. Die Auseinandersetzungen verlagerten sich in die politischen Gremien. Friedrich Adler gab der KP die alleinige Schuld für die Ereignisse. Dagegen stemmten sich die sozialdemokratischen Arbeiterräte der „Neuen Linken“, die den „revolutionären Geist“ innerhalb der SDAP „wecken und aufrechterhalten“ und die Kluft zwischen SP und KP überwinden wollten. Die prominentesten Anhänger der „Neuen Linken“ waren Otto Leichter, Käthe Pick, Franz Rothe, Rudolf Goldscheid u.a. Goldscheid erklärte, dass die von Adler geleitete Untersuchungskommission des Arbeiterrats nur mit den Linken abgerechnet und das brutale Vorgehen der Polizei und die Massenverhaftung ignoriert habe. Goldscheid gab der ab- und aufwieglerischen Haltung der „Arbeiter-Zeitung“ Mitschuld.⁶³⁶ Eine solche Kritik aus den eigenen Reihen kam für die SDAP überraschend und sie änderte ihre Taktik, da sie mit der kommunistischen Alleinschuldthese im Arbeiterrat nicht durchdrang. Die kommunistischen Anträge auf Rücktritt Elderschs und Schobers wurden zwar abgelehnt, aber dem kommunistischen Wunsch nach einer paritätisch zusammengesetzten Untersuchungskommission wurde stattgegeben.⁶³⁷

Bürgerliche Zeitungen brachten Anfang Juli einen Polizeibericht von Schober über einen „Angriffsplan“ der ungarischen Gesandtschaft. Es stellte sich aber heraus, dass der „Angriffsplan“ ein von österreichischen Militärs erarbeiteter Plan zur Verteidigung von Wien bzw. zur Abwehr von Arbeiterunruhen war. Die steirische Landesregierung unter Landeshauptmann Anton Rintelen stellte „Grenzschutzkorps“ auf und ermöglichte die Aufstellung ungarischer weißgardistischer Truppen.⁶³⁸ Die folgenden Repressionen und die Schuldzuweisungen an die KPDÖ ließen keine Zweifel, dass an den revolutionär Gesinnten ein Exempel statuiert werden sollte.⁶³⁹

14.4.5. Die Parlamentsdebatte über den „Juniputsch“

Der „Juniputsch“ lieferte den bürgerlichen Kräften zudem eine Gelegenheit, die SDAP mit der KP in einen Topf zu werfen. Diese Taktik spielte sich auch im Parlament ab. Die Parlamentssitzung vom 4. Juli 1919 wurde Schauplatz heftiger Vorwürfe seitens bürgerlicher Abgeordneter an die Sozialdemokratie. Die Großdeutsche Partei (GdP) ritt heftige Attacken gegen Friedrich Adler, die SDAP und die Arbeiterräte. Dazu der Abgeordnete Rudolf Wedra:

⁶³⁶ Ebd., 185.

⁶³⁷ Ebd., 186.

⁶³⁸ Vgl. Hornik, Ungarische Räterepublik, 270-274. In: WuZ, Nr. 4/1959, 273.

⁶³⁹ Vgl. Steiner, KPÖ 1918-1933, 15.

„Sie [die SDAP; Anm.] können gegen gewisse Kreise recht stark sein, aber gegen ihre eigenen Kreise, besonders gegen die Abwehr des Kommunismus, der Räterepublik, sind die Herren tatsächlich recht schwach.“ Wedra verglich die Arbeiterräte, die er als eigentliche Regierung wähnt, ausgerechnet mit dem „Gewaltministerium“ von Stürgkh: „Jawohl, das haben wir erst beim letzten Kommunistenputsch am 15. Juni gesehen. Der Staatssekretär Eldersch hatte recht, - und wir hätten ihn beglückwünscht für diese Tat, wenn er sie ganz vollendet hätte, - als er die Kommunistenführer, die unsere demokratische Republik zerschlagen und uns in den Abgrund stoßen wollen, verhaftete.“ Friedrich Adler sei der „eigentliche Herr Deutschösterreichs“ und „alle seine Reden haben das eine Ziel: den Kommunismus, die Proletarierdiktatur.“ Wedra bekräftigte, dass seine Partei die Demokratie „mit allen Mitteln, die uns zu Gebote stehen“ gegen die Rätediktatur verteidigen wird. Adler sei zwar gegen einen blutigen Umsturz, aber „er wird schaffen, langsam aber sicher, daß einmal die Rätediktatur erstehe“.⁶⁴⁰ Wedra setzte fort, „denn je ärger die kommunistischen Umtriebe unter der Duldung der Staatsregierung in dem Staate Deutschösterreich sind, desto ärger werden die Gegensätze draußen am Lande und in den Ländern zu Ihnen werden.“⁶⁴¹ Wedra weiter: „Die Regierung [...] hat nichts getan, um die staats- und volksfremden Elemente, welche die Träger dieses Umsturzgedankens sind, die unserem Staate das Verderben bringen wollen, von Wien und Deutschösterreich fernzuhalten“.⁶⁴² Wedra weiter: „Ehedem hatten wir eine Herrschaft der Hochfeudalen und der Großkapitalisten und heute haben wir eine Gewaltherrschaft einer kleinen Gruppe von hysterischen Kommunisten, von hysterischen Terroristen. Es hat sich zwar die Firma geändert, aber das System ist das ganz gleiche geblieben“.⁶⁴³ „Die Sozialdemokraten [...] wollen uns glauben machen, daß sie Gegner der kommunistischen Bewegung seien, daß sie den Kommunismus verhindern wollen, und richten sich alle [...] auf den Kommunismus und auf die Rätediktatur ein“. Auf den Einwurf des sozialdemokratischen Abgeordneten Josef Witternigg, dass es der SDAP um den „Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung“ gehe, gibt Wedra eine auf den ersten Blick überraschende, aber für den gerade in Mode stehenden platten Antikapitalismus, gar nicht so ungewöhnliche Antwort: „Ich bin auch kein Freund des Kapitalismus. Im Stürzen des Kapitalismus sollen Sie mein Partner sein. Heute läuft es aber nur darauf hinaus, ob Friedrich Adler oder Friedländer Präsident des kommunistischen Deutschösterreich sein soll!“⁶⁴⁴ Wedra forderte die Mitglieder der Nationalversammlung dazu auf, dass sie „in erster Linie Stellung nehmen gegen die kommunistische Bewegung, die bei der ländlichen Bevölkerung die antisemitischen Theorien der bösesten Weise aufflammen lässt.“ Wedra forderte daher, „sägen Sie rücksichtslos die

⁶⁴⁰ Vgl. Stenographische Protokolle, 621.

⁶⁴¹ Ebd., 622.

⁶⁴² Ebd., 622f.

⁶⁴³ Ebd., 623.

⁶⁴⁴ Ebd., 624.

kommunistischen Führer ab, ob Sie nun dieser Klasse, diesem Glauben oder jenem Stande angehören, und dann werden Sie jenen Theorien den Boden abgraben, die jetzt bei der Bevölkerung so verderblich spuken, Unheil und Verderben verbreiten. Diesen Theorien [dem Antisemitismus; Anm.] das Wort zu reden, ist nicht meine Absicht. Zeigen wir deshalb den entschlossenen Willen, den die reichsdeutsche Regierung bekundet hat, die mit aller Entschiedenheit gegen die kommunistische Bewegung und gegen die kommunistischen Führer vorgegangen ist!“⁶⁴⁵ Da Deutschland etliche kommunistische Führer ermordete und die Bewegung blutig unterdrückte, kommt Wedras Wunsch einer Aufforderung zum (massenhaften) Mord gleich. Interessant ist auch seine Kritik des Antisemitismus: Nicht die falschen Gedanken antisemitischer Vorstellungen sollen widerlegt und dadurch der Judenfeindschaft der Boden entzogen werden, sondern mögliche Angriffsflächen für Antisemiten sollen verschwinden! Wedra ging es um keine Zurückweisung, sondern um eine Differenzierung in der „antisemitischen Frage“. Er lehnte „nur“ den „Radauantisemitismus“ ab.

Eldersch wies die Angriffe Wedras „auf das allerentschiedenste“ zurück und betonte die eindeutige Ablehnung einer Räterepublik durch die Arbeiterräte. Eldersch war dagegen, „mit Gewalt gegen die Propaganda der Idee der Errichtung einer Räteregierung“ aufzutreten und ergänzte: „Was wir pflichtgemäß tun müssen, ist, wenn mit Gewalt versucht wird, eine solche Idee in die Praxis umzusetzen, dieser Gewalt leider ebenfalls Gewalt entgegenzusetzen. Und das ist auch am 15. Juni geschehen [...]. Es wurde von den Kommunisten nachträglich erklärt, daß die Sitzung, die sie für Samstag abends den 14. Juni einberufen haben, gleichsam dazu bestimmt war, abzublasen, den Putsch nicht zu machen, und die Demonstration am 15. Juni in Ordnung und Ruhe verlaufen zu lassen. Es lässt sich nicht sagen, ob diese Absicht bestand, da die Sitzung gleich verhaftet wurde.“⁶⁴⁶ Eldersch musste eingestehen: „Ich kann also nicht mit Sicherheit behaupten, daß die Kommunisten am 15. Juni beabsichtigten, mit Gewalt die Ausrufung der Räterepublik zustande zubringen.“ Eldersch betonte, dass nur das Direktorium und der „ominöse Bettelheim“ verhaftet hätten werden sollen.⁶⁴⁷

Leopold Waber, der spätere Innen- und Justizminister und Parteikollege Wedras, wusste sehr genau über die tatsächliche Schwäche der kommunistischen Bewegung auf ihrem Höhepunkt Bescheid. Im Ausland kursiere ein falsches Bild über die österreichischen Verhältnisse. Wenn die Deutschnationalen die kommunistische Bewegung als keine ernstzunehmende Gefahr einschätzten, dann kann das den anderen Parteien auch nicht

⁶⁴⁵ Ebd., 625.

⁶⁴⁶ Ebd., 626.

⁶⁴⁷ Ebd., 627.

verborgen geblieben sein. Dennoch kursiert bis zum heutigen Tag die Mär von der kommunistischen „Gefahr“. Waber weiß auch den Grund der schwachen kommunistischen Basis: „Wenn die Kommunisten Ideale haben, dann sollen sie sich zuerst eine Anhängerschaft in Wien von 100 000 oder 200 000 Leuten schaffen und dann sollen sie um die Durchführung ihrer Ideale im Staate kämpfen. So aber wissen wir, daß die kommunistische Idee in dem gesunden Geiste der Bevölkerung überhaupt keinen Anklang findet, daß diese Idee für uns keine Gefahr bedeutet [...]. Wir können nicht dulden, daß Leute mit dem Namen Bettelheim versuchen, wirklich ein Bettelheim aus unserer ganzen Wienerstadt und aus der ganzen Monarchie [sic!] zu machen [...].“ Waber ist überzeugt, „daß die Entente davon interessiert ist, daß es sowohl in Deutschland, wie bei uns drunter und drüber geht, daß es ihr ganz recht ist, wenn bei uns kommunistische Bestrebungen vorhanden sind, wenn wir uns untereinander zerfleischen.“⁶⁴⁸

14.5.1. Die „Bettelheimerei“: Ein verzweifelter Revolutionsversuch

Für Lenin war der Aufstand eine Kunst, deren Erfolg davon abhängt, dass es sich um keine Verschwörung einer Minderheit handelt.⁶⁴⁹ Ungarn hielt sich zugute „die Brandfackel der Revolution bereits in sämtliche Länder geschleudert“ zu haben. Die Räterepublik wurde in der Gewissheit der unaufhaltbaren Weltrevolution errichtet. Nun galt es standzuhalten, bis andere Länder ihrem Beispiel folgten, denn es „bedarf nur einer kurzen Zeit – und die Welt erhebt sich in flammendem Rot!“ Bis zum Überschwappen der Revolution in die Nachbarländer galt allein, „wir müssen aushalten. Kein Zucken der Gesichtsmuskeln verrate die Anstrengung unserer Kräfte. Die Blicke der Welt sind auf uns gerichtet.“ Es käme darauf an, die „zögernden Proletariermassen“ für die Errichtung von Räterepubliken zu gewinnen. Denn: „Fallen wir, dann fällt mit uns die Proletarierdiktatur, es stirbt der Glaube und das Vertrauen aus der Seele unserer Proletarierbrüder.“ Die Bourgeoisie werde „uns aufs neue niedertreten und Rache für ihre bisherigen schweren Niederlagen nehmen“.⁶⁵⁰

Die Politik Bettelheims schien alles auf eine Karte zu setzen; alles oder nichts. Nichts wollte die KPDÖ unversucht lassen, um die „Brandfackel“ zu entfachen und eine Räterepublik in Wien zu ermöglichen – auch wenn sämtliche Voraussetzungen fehlten. Ein Erfolg hätte Ungarn und Russland eine Entlastung beschert. Diese geringe Chance ungenutzt zu lassen, kam schon einer Niederlage gleich. Für die KP war die Weltrevolution bereits im Gange. Dementsprechend klang es im Aufruf vom 11. Juni: „Unsere ungarischen und russischen

⁶⁴⁸ Ebd., 631.

⁶⁴⁹ Vgl. W. I. Lenin, *Marxismus und Aufstand*, 4-10. In: LW 26, 4f.

⁶⁵⁰ Vgl. Karl Nehring [Hrsg.], *Flugblätter und Flugschriften zur Ungarischen Räterepublik 1919*. Deutschsprachige Drucke aus Budapester Sammlungen (=Veröffentlichungen des Finnisch-Ugrischen Seminars an der Universität München, Serie C, Band 12), 15. (I. d. F.: Flugblätter).

Brüder haben den Militarismus der Entente besiegt! Von uns hängt es ab, ob die Weltrevolution jetzt zum Siege schreiten wird. Genossen! Wir haben nichts zu verlieren! [...] Entweder wir zerschmettern unsere Gegner oder wir gehen zugrunde! Wir haben keine Wahl! [...].⁶⁵¹

14.5.2. Putsch oder Revolution?

Die KP erklärte, niemals Putschabsichten gehegt zu haben, denn: „Wir wären Irrsinnige gewesen, hätten wir am 15. Juni losgeschlagen, an dem Tag, als die gesamte Bourgeoisie es erwartete und sich gerüstet hatte“.⁶⁵² Diese Erklärung gilt aber nicht für die gesamte KP, da Bettelheim ja für den 15. Juni einen „bewaffneten Aufstand“ angekündigt hatte. Gegen eine Putschabsicht spricht, dass die Aktion vorher angekündigt worden war und Putschisten demonstrieren nicht, wie Hautmann richtig anmerkt. Bettelheim gab zu, dass Béla Kun dem Direktorium bis spätestens 14. Juni die Belagerung Bratislavas und den Aufmarsch eines „transdanubischen Korps“ an der österreichischen Grenze versprochen hatte.⁶⁵³ Es war angeblich die Überschreitung der Grenze für den Vormittag am 15. Juni geplant. Kun hatte Bettelheim am 14. Juni telegraphiert, das alles vorbereitet wäre. Doch waren niemals Truppen an der Grenze. Bettelheims Politik wurde mit dem Blanquismus verglichen; der Verschwörung einer kleinen, aber entschlossenen Avantgarde. Bettelheim beharrte darauf, dass in einer revolutionären Situation alles erlaubt sei und alles unternommen werden müsse, damit die Revolution gelänge. Ein Putsch ist demnach nur eine gescheiterte Revolution.⁶⁵⁴ Oder wie es der kommunistische Arbeiterrat Martinelli charakterisierte: „Was heute Putsch genannt wird, ist morgen Revolution, wenn er gelingt“.⁶⁵⁵ Das Direktorium wies den Putschvorwurf zurück und erklärte: „Dem Ruf der Kommunistischen Partei folgend, waren Sonntag Tausende und Tausende Proletarier vor dem Rathaus erschienen. Sie wollten ihre revolutionäre Entschlossenheit zeigen, zeigen, daß sie gewillt sind, den Kapitalismus zu zertrümmern und die kommunistische Gesellschaftsordnung aufzubauen.“ Die Betonung lag auf dem Wort „zeigen“; um einen demonstrativen Kraftakt. Umgekehrt warf die KP den Staatsorganen Putschabsichten vor: „Die Masse geriet, als sie von dem weißgardistischen Putsch [die Verhaftung der KP-Funktionäre; Anm.] erfuhr in begreifliche Erregung [...].“⁶⁵⁶ In den im Juli 1919 beschlossenen „Direktiven“ heißt es, unter

⁶⁵¹ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 179.

⁶⁵² Vgl. SR, 18.6.1919, 1.

⁶⁵³ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 187.

⁶⁵⁴ Ebd., 188.

⁶⁵⁵ Vgl. Botz, Gewalttaten, 111.

⁶⁵⁶ Vgl. Alfred Schwarz, Die kommunistische Tagespresse in den Gründungsjahren der ersten österreichischen Republik [Dissertation], 145f.

„Vermeidung von künstlich inszenierten Teilaktionen (Putschen) wird von der K.P.D.Oe. der allgemeine Aufstand des Proletariats organisiert [...]“.⁶⁵⁷

Die „Bettelheimerei“ kann als Vorlage der „März-Aktion“ der KPD in Deutschland 1921 gesehen werden. Die Komintern unternahm mittels ihres „Aufstandsspezialisten“ Béla Kun einen Revolutionsversuch, der vor allem in Mitteldeutschland zu Erhebungen führte, die aber blutig niedergeschlagen wurden. Der Flügel um den moskaukritischen KPD-Chef Paul Levi verurteilte diese Vorgangsweise, weil sämtliche Voraussetzungen für ein Gelingen des Aufstands zu der Zeit fehlten. Im Zuge der Auseinandersetzungen wurden die Anhänger Levis, die „Leviten“, zurückgedrängt und Levi aus der Partei ausgeschlossen.⁶⁵⁸ Die Fraktionskämpfe in der KPÖ entfachten sich an der Einschätzung der März-Aktion. Was Margarete Buber-Neumann für die KPD konstatierte, gilt ebenso für die KPÖ, die nicht nur auf die KPR, sondern auch auf ihre große deutsche Schwesterpartei schielte. Die „ultralinken“ Aufstandsbefürworter handelten in der Vorstellung der unmittelbar bevorstehenden Revolution. Der „Befreiung der Arbeiterklasse“ sollte mit Gewalt zum Durchbruch verholfen werden, wobei sie sich wenig um die politischen Voraussetzungen kümmerten.⁶⁵⁹ Diese „Offensivtheorie“, die das Geschick der Partei und der Revolution durch eine Offensive erzwingen wollte, wurde zu Beginn der 1920er Jahre in der kommunistischen Bewegung mehrheitsfähig.

14.6.1. Die kommunistische Kritik an der bürgerlichen Republik

Julius Deutsch unterstellte der KPÖ eine ideelle und materielle Abhängigkeit von Ungarn, weswegen sie keine österreichische, sondern nur mehr eine ungarische Politik betreiben könnte.⁶⁶⁰ Diese nationalistische Unterscheidung ist jedoch unsinnig, da es sich bei der KPÖ, als auch der KPU um die jeweiligen nationalen Sektionen der Komintern handelte, die dasselbe weltweite Ziel verfolgten und weswegen es nicht verwunderlich ist, dass die KPÖ „alles getan [hat], um Österreich als Mitkämpfer an die Seite Räteungarns zu bringen“.⁶⁶¹ Die Kommunisten forderten „als internationale Proletarier“ explizit „keine deutschösterreichische Politik.“ In Anbetracht der Koalitionspolitik zwischen SDAP und Bürgertum sei ersichtlich, „was praktisch geleistet wurde“, nämlich die „berühmte politische Freiheit für das Proletariat, sonst vorläufig nichts“. Toman betrachtete „diese politische Freiheit als keine Errungenschaft für das Proletariat“. Toman meinte, dass die SDAP die politische Freiheit nur hat, „weil sie in der Regierung sitzt, weil sie keine Versammlung der

⁶⁵⁷ Vgl. Icha, Propaganda, 175.

⁶⁵⁸ Vgl. Buber-Neumann, Kriegsschauplätze, 45ff.

⁶⁵⁹ Ebd., 54.

⁶⁶⁰ Vgl. Deutsch, Österreichs Revolution, 110.

⁶⁶¹ Vgl. Hornik, Ungarische Räterepublik, 270-274. In: WuZ, Nr. 4/1959, 272.

Gegner stört, weil sie nicht gegen den Kapitalismus auftritt.“ Das in der KPDÖ organisierte Proletariat spüre selbst von der politischen Freiheit nichts, weil bei jeder Handlung der Staatsorganismus gegen sie in Bewegung tritt.⁶⁶² Für die KPDÖ gebe es keine politischen Freiheiten, „weil wir eben mit der Verfassung des Staates nicht einverstanden sind.“ Toman konstatierte: „Die ökonomischen Bedingungen des Proletariats haben sich in keiner Weise gebessert, und sie werden sich auch in der Demokratie nicht bessern können [...]“⁶⁶³

14.6.2. Fortgesetzte Agitation für eine Räterepublik

Die KP trug die folgenden Begründungen für die Räterepublik auf der, vom 30. Juni bis zum 3. Juli 1919 im Parlament tagenden 2. Reichskonferenz der Arbeiterräte, einer breiten Öffentlichkeit vor und verteidigte sie. Es war der größte Einfluss, den die österreichische Rätebewegung erreichen konnte und bedeutete auch den kommunistischen Höhepunkt in der österreichischen Innenpolitik in der Ersten Republik.⁶⁶⁴

Die KP meinte in der Lage Österreichs einige Parallelen zu Sowjetrußland und Sowjetungarn zu erkennen und sah darin ihre revolutionäre Chance. Das zerstückelte Österreich zählte zu den Kriegsverlierern und die „Bourgeoisie war im November [...] gänzlich niedergebeugt“ und „in keinem Lande der Welt ist der Militarismus so gänzlich niedergebrochen und [...] die bewaffnete Macht in den Händen des Proletariats. Im Gegensatz zu Deutschland haben wir keinerlei öffentlich organisierte reaktionäre militärische Körper mehr, sondern nur eine proletarische Volkswehr [...]“, lautete der kommunistische Befund.⁶⁶⁵ Das Bürgertum fiel als Gegner weg, es käme auf die Haltung des linken Flügels der Sozialdemokratie und auf die Überwindung der „Indifferenz“ des Proletariats an. Die KP musste die Probe aufs Exempel machen. „Die Möglichkeit dazu [zur Machtergreifung; Anm.] ist jederzeit vorhanden. Das Proletariat wird künstlich zurückgehalten von der Sozialdemokratie, die es nicht wagt, die schwierige Situation des Landes durch den Anschluß an die Weltrevolution zu verbessern, sondern die den Kompromiß mit dem Weltkapitalismus sucht. Dabei steht sie theoretisch immer ganz links, ganz nahe dem Kommunismus, und erklärt alle Differenzen als Differenz des Tempos.“⁶⁶⁶ Die Friedensverhandlungen von St. Germain „müssen das letzte traurige Kapitel der proletarischen Koalitionspolitik sein.“ Die günstige Gelegenheit müsse genutzt werden, denn: „Noch liegt es in unserer Macht, ohne ernste Verwicklungen, einheitlich den Kampf gegen die uns feindliche Klasse zu führen. Die Proletarierherrschaft kann ohne unnützes

⁶⁶² Vgl. Verlag der KPDÖ [Hrsg.], Räterepublik, 21.

⁶⁶³ Ebd., 22.

⁶⁶⁴ Vgl. Hautmann, Rätebewegung, 368f.

⁶⁶⁵ Vgl. Verlag der KPDÖ [Hrsg.], Räterepublik, 3.

⁶⁶⁶ Ebd., 4.

Blutvergießen verwirklicht werden.“ Und falls die Arbeiterräte sich nicht der kommunistischen Forderung anschließen würden, „so wird die Menge chaotisch und unorganisiert [...] die Räterepublik erkämpfen. Ein proletarischer Bruderkrieg steht dann auch für Deutsch-Österreich bevor. Das Noske-Deutschland muss ein warnendes Beispiel sein.“⁶⁶⁷ Für die SDAP stellte es sich naturgemäß anders dar. 1930 sollte Otto Bauer resigniert feststellen: „Wir konnten 1919 die kapitalistische Produktionsweise, die sich rings um uns in der Welt behauptete, nicht gerade in Österreich überwinden. So blieb der Bourgeoisie die ökonomische Macht. [...] Auf der Grundlage der bürgerlichen Produktionsweise mußte die bürgerliche Herrschaft wiedererstehen.“ Dass sich das kapitalistische System behaupten konnte, verdankte es unter anderem der sozialdemokratischen „Strategie der Nicht-Revolution“, wie Hautmann anmerkt.⁶⁶⁸

Es ist nicht klar, ob die KPDÖ wirklich an eine spontane Rätebewegung glaubte, an deren Spitze sie sich stellen wollte, oder ob nur der Wunsch Vater des Gedankens war. Gegen die Einwände der SDAP gerichtet, heißt es: „Alle wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die immer wieder gegen die Errichtung der Rätediktatur angeführt werden, sind gegenüber den katastrophalen Erschütterungen, die wir andernfalls zu bestehen hätten, gering und durch ein geeintes Proletariat gewiß zu überwinden.“ Woraufhin die KP-Arbeiterräte folgende Anträge an den Arbeiterrat stellten: „1. Deutschösterreich wird als Räterepublik erklärt. 2. Mit der Durchführung aller hierzu notwendigen Maßnahmen wird der Reichsvollzugsausschuß der Arbeiterräte betraut.“⁶⁶⁹ Mit der „bisher verfassten und eingehaltenen Taktik der Zweiten Internationale [konnte] dem Kapitalismus in gar keiner Form Abbruch getan werden.“⁶⁷⁰ Dieses Urteil fällte Toman über Friedrich Adler und die gesamte Sozialdemokratie. Für Toman und die KPDÖ stellte sich die Lage folgendermaßen dar: „Wir müssen erst die kapitalistische Gesellschaftsordnung beseitigen [...], dann erst können wir beginnen, den Aufbau des Proletariats zu vollziehen. Jetzt ist der Kapitalismus schwach, jetzt ist er so zermürbt und zerschlagen, daß er nicht die Kraft besitzt, mit jener großen Entschlossenheit und Festigkeit uns gegenüberzutreten, mit der er uns im Zeitpunkt der kapitalistischen Konjunktur gegenübertreten konnte. Und wenn wir zuerst beginnen, dem Kapitalismus wieder auf die Beine zu helfen, ihn wieder aufzubauen, ihn aus seinem Niedergang aufzurichten, so wächst damit auch die Kraft und die Macht des Kapitals. Der Kapitalismus kann sich nicht ohne Macht entwickeln. Wenn er sich entwickelt, so entwickelt er sich vollständig, und er wird zum Machtfaktor, der uns gegenübersteht. Wir haben nun zu entscheiden, ob wir das wollen, ob wir mithelfen sollen, diesen Kapitalismus zuerst sich neu

⁶⁶⁷ Ebd., 16.

⁶⁶⁸ Vgl. Hautmann, Rätebewegung, 328.

⁶⁶⁹ Vgl. Verlag der KPDÖ [Hrsg.], Räterepublik, 17.

⁶⁷⁰ Ebd., 19.

entwickeln zu lassen aus der Situation, in die er sich selbst hineingestürzt hat, oder ob wir jetzt, nachdem er schon halb zerschlagen am Boden liegt, nicht beginnen sollen, ihn vollständig zu zertrümmern, ihn vollständig zu enteignen im Interesse des Proletariats.“ Und weiter heißt es, dass sich die Konterrevolution entwickeln wird, sobald die Revolutionäre „darangehen werden, dem Kapitalismus seine Macht, das heißt sein Kapital zu nehmen. Solange Sie [Friedrich Adler; Anm.] das nicht machen werden, wird der Kapitalismus Sie gewähren lassen. Dem Kapitalismus ist es vollständig gleichgültig, ob an der Spitze des Staates, ob an der Spitze der Regierung ein Monarch oder gewisse Personen stehen, ihm kommt es nicht darauf an, wer an der Spitze steht, sondern ihm kommt es darauf an, das Proletariat ausbeuten zu können.“⁶⁷¹ Die geschwächte Bourgeoisie, der zerbrochene Militarismus und die verschärften Klassengegensätze würden die Revolution „zunächst in den besiegten Ländern“ begünstigen.⁶⁷²

In dieselbe Kerbe schlug zur selben Zeit in Ungarn György Lukács. Der Klassenkampf müsse jetzt verschärft werden, da die Chance des „endgültigen Sieges“ bestehe: „die Vernichtung der bürgerlichen Klasse.“ Er führte aus, dass damals, d. h. vor der Revolution „der Klassenkampf Selbstverteidigung gegenüber einem stärkeren Feind“ war, aber „jetzt ist er Angriff, jetzt geht es darum, den bereits am Boden liegenden Gegner endgültig zu schlagen. In diesem Kampf darf man nicht auf halbem Wege stehen bleiben. Man darf es nicht, da *das geringste Schwanken den Erfolg des ganzen bisherigen proletarischen Kampfes wieder zunichte machen kann* [Hervorh. im Orig.; Anm.].“ Die jetzt geforderte „Unbarmherzigkeit des Klassenkampfes“ speise sich aus dem Zweck, dass mit dem Sturz der Gesellschaft der Kampf sein Ziel erreichen und enden wird.⁶⁷³ Solange dieses Ziel nicht erreicht ist, müsse „erbarmungslos der Klassenkampf dem Proletariat als Richtschnur des Handelns“ gelten.⁶⁷⁴ Deshalb könne nur ein bewaffnetes Proletariat eine Räterepublik wagen, denn der „Endkampf muß mit bewaffneter Hand ausgetragen werden“, wie Toman anmerkt. Der Sozialdemokratie warf Toman vor, dass sie an die Möglichkeit glaube, „dem Kapitalismus in einer anderen Form beikommen zu können. Sie glauben wohl, daß die Möglichkeit besteht, mit der Philanthropie in der bestehenden Gesellschaft soweit zu kommen, um sie schließlich umzuwandeln, um sie reif zu machen für die Macht des Proletariats, für die Räterepublik.“ Die KP habe ihren Leuten immer gesagt, dass „sie sich für den entscheidenden Moment vorbereiten sollen.“ In diesem „entscheidenden Moment [wird] das gesamte Proletariat gegen die gesamte Koalition der Konterrevolutionäre [...] auftreten

⁶⁷¹ Ebd., 23.

⁶⁷² Ebd., 39.

⁶⁷³ Vgl. Georg Lukács, Die moralische Grundlage des Kommunismus, 64-66. In: Farkas [Hrsg.], Räterepublik, 64.

⁶⁷⁴ Ebd., 65.

müssen [...].⁶⁷⁵ Die KPDÖ war davon überzeugt, dass „jeder Tag, den wir abwarten, die Reaktion stärkt [...]. Diesen entscheidenden Augenblick zu wählen, werden dann nicht wir [Hervorh. im Orig.; Anm.] die Möglichkeit haben, sondern es wird ihn der Kapitalismus wählen, wenn er sich mächtig und stark genug fühlt, das Proletariat niederzuschmettern.“⁶⁷⁶ Toman: „Wir wissen, Genossen der Sozialdemokratie, daß Ihnen vom Kapitalismus für eine Atempause des Kapitalismus das Herrschaftssystem in einer Form übergeben wird, durch die es dem Kapitalismus wieder möglich ist, die Macht zu bekommen.“ Es gäbe nur den Ausweg, indem „das Proletariat die Produktionsmittel vollständig in seinen Besitz nimmt, [...].“⁶⁷⁷ Die KPDÖ sah in der gegebenen Situation die „Notwendigkeit des augenblicklichen Kampfes des revolutionären Sozialismus mit dem internationalen Kapitalismus.“ Die Russische Revolution „bringt uns zu dem Glauben, daß die Revolution auch in den anderen Ländern mit Notwendigkeit ausbrechen müsse, mag sich ihr noch so viel entgegenstellen. Wir sind beherrscht von der Erkenntnis, daß die Geschichte keinen anderen Weg gehen kann und daß wir uns eben hinstellen müssen, weil sich nicht bessere hinstellen, weil wir uns denken, wenn wir organisieren, so ist das noch besser, als wenn niemand organisiert, was in den Massen liegt.“⁶⁷⁸ Die KP verwechselte die massenhafte Radikalisierung mit dem Wunsch nach Sozialismus, dem sie durch eine Organisation des Protests auf die Sprünge helfen wollte. Ihr scheinbar zunehmender Einfluss und die Entwicklung in Ungarn schien ihre „historische materialistische Auffassung der Situation“ zu bestätigen.⁶⁷⁹

Es kam zu tumultartigen Szenen, als Elfriede Friedländer, die auf der Konferenz einen ihrer letzten großen Auftritte in Österreich hatte, kundgab, dass sie „Tirol keine Träne nachweine“, falls sich das westliche Bundesland von einer österreichischen Räterepublik abspalten möchte.⁶⁸⁰ Sie fragte die SDAP nach ihrer Verantwortung „wenn Sie [die SDAP; Anm.] wirklich glauben, Sie werden immer mit dieser österreichischen Methode alles zukitten und überkleistern können, nicht rechts, nicht links, nicht sozialistisch, nicht bürgerlich orientiert durch alle Klippen der sozialen Katastrophe ungefährdet hindurchtrotten?“⁶⁸¹ Die SDAP eindringlich ermahrend, fragte sie: „Was soll denn sonst in Deutschösterreich geschehen, wenn nicht der Kampf um die sozialistische Gesellschaft durch die Diktatur des Proletariats?“ Weiter heißt es: „Entweder werden wir in Europa lauter Räterepubliken haben, und der Sozialismus wird am Ende dieses Krieges triumphieren, oder wir werden alle Kolonien Amerikas – Ungarn und Rußland vielleicht mit uns – und der Kapitalismus wird wieder für

⁶⁷⁵ Vgl. Verlag der KPDÖ [Hrsg.], Räterepublik, 24.

⁶⁷⁶ Ebd., 28.

⁶⁷⁷ Ebd., 29.

⁶⁷⁸ Ebd., 38.

⁶⁷⁹ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 192.

⁶⁸⁰ Vgl. Hautmann, Rätebewegung, 375.

⁶⁸¹ Vgl. Verlag der KPDÖ [Hrsg.], Räterepublik, 42.

lange Zeit triumphieren. Sind Sie [die SDAP; Anm.] sich dessen nicht bewusst, daß es ein Endkampf ist zwischen Kapitalismus und Sozialismus, daß es hier wirklich Entscheidungen ungeheuerlichster Art“ sind.⁶⁸² Friedländer verglich die Revolution mit einer lebensgefährlichen, aber unaufschiebbaren Operation am lebensgefährlich erkrankten Österreich. Die KPDÖ gehöre zu denen, die „ihre ganze Hoffnung auf das Weltproletariat setzen, auf die Weltrevolution, nicht im Dienste einer kleinen Minderheit [der KPDÖ; Anm.], die gerne zurücktreten wird, wenn Bessere kommen [...]“.⁶⁸³

Die KPDÖ forderte den Arbeiterrat erstmals öffentlich zur Errichtung der Räterepublik auf.⁶⁸⁴ Dadurch sollte auch die prinzipielle Bereitschaft der SDAP im höchsten Arbeiterorgan getestet werden. Obwohl Friedländer weder die Revolte vom 17. April, noch die konfrontative Demonstration vom 15. Juni 1919 für geeignete Zeitpunkte für die Errichtung einer Räterepublik hielt, galt ihr generell die Zeit vor der Unterzeichnung des Friedensvertrags von St. Germain als historische Chance.⁶⁸⁵ Friedländer kritisierte die Haltung der SDAP, die keine sozialistische Politik wage und das Bürgertum schone, um dadurch in St. Germain bessere Friedensbedingungen zu bekommen.⁶⁸⁶

Um dem Arbeiterrat in Zukunft revolutionäre Möglichkeiten zu erhalten, wandte sich Max Adler gegen eine gesetzliche Verankerung der Arbeiterräte, was später die Beständigkeit der Räte untergraben sollte.⁶⁸⁷ Zur Frage des Anschlusses an Deutschland gab es unterschiedliche Meinungen, doch offiziell erklärte die KPDÖ, dass sie einen Anschluss „an jenes Deutschland, wie es vor uns steht und durch Noske verkörpert wird, nicht wünscht“.⁶⁸⁸ Für die KPDÖ hing die Anschlussfrage davon ab, ob damit der „proletarische Internationalismus“ befördert oder geschwächt würde. Zur Zeit Räteungarns war die KP gegen den Anschluss des Burgenlands an Österreich. Als Horthy an die Macht kam, trat sie für den Anschluss ein. Nachdem die Forderung nach Etablierung der Räte-macht erwartungsgemäß abgelehnt wurde, lehnten die KP-Delegierten Mandate im „Reichsvollzugsausschuss“ (RVA) ab.

⁶⁸² Ebd., 47.

⁶⁸³ Ebd., 48.

⁶⁸⁴ Vgl. Keller, Arbeiter- und Soldatenräte, 30.

⁶⁸⁵ Vgl. Verlag der KPDÖ [Hrsg.], Räterepublik, 31f.

⁶⁸⁶ Ebd., 33f.

⁶⁸⁷ Vgl. Keller, Arbeiter- und Soldatenräte, 31f.

⁶⁸⁸ Vgl. Steiner, KPÖ 1918-1933, 17.

14.7. Der 2. Parteitag der KPDÖ

Im Anschluss an die 2. Reichskonferenz der Arbeiterräte hielt die KP am 6. und 7. Juli 1919, noch unter dem Einfluss des Direktoriums, ihren 2. Parteitag als „Reichsvertrauensmännerkonferenz“ ab.⁶⁸⁹ Davon gibt es kein Protokoll, außer einigen Hinweisen in der „Sozialen Revolution“. Hautmann vermutet, dass die großen Differenzen in der KP nicht an die Öffentlichkeit dringen sollten. Einberufen wurde er zu dem Zeitpunkt, als die Gegner Bettelheims, vor allem Melcher und die Friedländers, das Direktorium absetzen und einen neuen Vorstand wählen wollten. Toman, der den Parteitag eröffnete und den Bericht lieferte, attestierte dem alten Vorstand Arbeitsunfähigkeit und lobte das Direktorium. Er ortete einen linken Flügel in der KP, der sich der Komintern verpflichtet sehe und einen „rechten“ Flügel, der auf Friedrich Adler reinfallen würde.⁶⁹⁰ Ein unbekannter Vertreter der Komintern berichtete über die internationale Lage. Obwohl die Politik des Direktoriums kritisiert wurde und es zu heftigen Meinungsverschiedenheiten wegen der Juniereignisse kam, entfielen 99 Stimmen für und 45 gegen das Direktorium.⁶⁹¹ Bettelheim, der untergetaucht war, hatte sich nach dem 15. Juni von der Parteiarbeit zurückgezogen. Er hielt nur noch zu Koritschoner engeren Kontakt. Das Direktorium, nunmehr ohne Melcher, hegte weiterhin die Hoffnung auf eine deutschösterreichische Räterepublik. Die Politik Bettelheims schien sich sogar zu bestätigen, da der Einfluss der KPDÖ nach den Juniereignissen zu- statt abgenommen hatte. Die Zahl der kommunistischen Arbeiterräte erreichte einen Höchststand. Im Wiener Arbeiterrat verfügte die KPDÖ über 424 Mandate. Das entsprach einem Fünftel der Mandate der SDAP. Andererseits waren die Landesorganisationen vom Direktorium vernachlässigt worden.⁶⁹²

Koritschoner beschuldigte Elfriede Friedländer für das Desaster am 15. Juni, weil sie von Anfang an gegen den Aufstandsversuch gewesen wäre. Wertheim referierte über die Neuorganisation der Partei. In den Parteivorstand wurden nach geheimer Wahl Toman, Koritschoner, Buchleitner, Haidt und Lossmann gewählt. (Zu letzterer Person gibt es weder einen Vornamen, noch biographische Daten. In den Komintern-Akten findet sich ein 1872 geborener Ernst Haidt, um den es sich dabei handeln dürfte. Haidt trat bereits Ende 1918 der KP bei und wird ab 1921 als Mitglied des Zentralrats der RGI geführt). Karl Buchleitner war ein Linksradikaler aus Wiener Neustadt, der sich bereits am Jännerstreik 1918 beteiligt hatte. Diese drei waren wahrscheinlich „ultralinke“ Anhänger Koritschoners.⁶⁹³ Obwohl auch Wertheim zu den „Ultralinken“ zählte, wurde er nicht wieder gewählt. Es wurden ihm eine

⁶⁸⁹ Vgl. Historische Kommission beim ZK der KPÖ [Hrsg.], KPÖ, 57.

⁶⁹⁰ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 193.

⁶⁹¹ Vgl. Steiner, KPÖ 1918-1933, 18.

⁶⁹² Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 191.

⁶⁹³ Ebd., 194.

Abneigung gegen Zentralisation und eine straffe Leitung und ein Hang zum Syndikalismus vorgeworfen. Als nächste Aufgabe konzentrierte sich die KP auf den für Ende Juli geplanten Generalstreik für Ungarn und Russland, zu dem das EKKI das Proletariat und die Soldaten aller Länder aufforderte, um gegen die Intervention der Entente aufzutreten.⁶⁹⁴

14.8. Der internationale Solidaritätsstreik für Ungarn

Die SDAP war zuerst nur für Demonstrationen am 20. Juli, einem Sonntag. Nach heftiger Kritik der KP und vieler sozialdemokratischer Bezirksarbeiterräte und um der KP den Wind aus den Segeln zu nehmen, votierte der Arbeiterrat schließlich für den Generalstreik. An diesem Tag stand Österreich fast vollständig still.⁶⁹⁵ Der Solidaritätsstreik wurde am 21. Juli 1919 in fast ganz Österreich durchgeführt. Er sollte aber auch das Ende der revolutionären Nachkriegsphase markieren.⁶⁹⁶ In den Ländern der Entente wurde der Streik gar nicht durchgeführt.

Friedrich Adler hatte anfangs folgende Begründung gegen den Streik abgegeben: „Wenn die Genossen der Entente streiken, so streiken sie gegen die imperialistischen Sieger. Wir streiken in diesem Fall nicht gegen die Unternehmer, nicht gegen den Staat, sondern unsere Kundgebung richtet sich gegen den Hauptfeind – gegen den siegreichen Imperialismus -, der zurzeit außerhalb des Landes seinen Sitz hat. Wir sind in einem besiegten Lande, und jeder Streik trifft in der gegenwärtigen Zeit letzten Endes das Proletariat wieder selbst.“⁶⁹⁷ Zum ersten, aber auch zum letzten Mal blieb die SDAP im Arbeiterrat in der Minderheit. Friedrich Adler warnte die KPDÖ vor Putschabsichten. Toman betonte den Streik als „Einheitsfront des Proletariats“, weswegen die KP „jede Sonderaktion beiseitestellen“ werde. Bettelheim erhoffte im Solidaritätsstreik die „Krone der Juniaktion.“⁶⁹⁸ Die KPDÖ appellierte an die Streikenden: „Das internationale Weltproletariat erwartet von Euch mehr als einen bloßen Sympathiestreik, es erwartet, daß eure Kundgebung beiträgt zur Truppenschau des klassenbewussten Weltproletariats, daß Ihr bereit steht, Gewehr bei Fuß, um die Weltrevolution vorwärts zu treiben. Die Kommunistische Partei hat nach dem neuen Beschluß des Kreisarbeiterrats auf jede Sonderaktion verzichtet [...]. Demonstriert für die Errichtung der Räterepublik Deutschösterreich!“ Die KP erblickte im Streik einen „Wendepunkt in der österreichischen Arbeiterbewegung“ und einen „Stichtag der sozialen Revolution“. Es war jedoch der letzte Erfolg der KP für die nächsten Jahre.⁶⁹⁹ Die neue KP-

⁶⁹⁴ Ebd., 195.

⁶⁹⁵ Vgl. Deutsch, Österreichs Revolution, 111.

⁶⁹⁶ Vgl. Historische Kommission beim ZK der KPÖ [Hrsg.], KPÖ, 55f.

⁶⁹⁷ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 196.

⁶⁹⁸ Ebd., 197.

⁶⁹⁹ Ebd., 198.

Parteiführung befürwortete weiterhin einen Aufstand, aber nur, wenn ein Gelingen gesichert wäre.⁷⁰⁰ Für Bettelheim war der Solidaritätsstreik eine unterlassene Aufstandsgelegenheit und stellte daraufhin die Geldzuwendungen an die KP ein.⁷⁰¹

⁷⁰⁰ Vgl. Botz, Gewalttaten, 136.

⁷⁰¹ Ebd., 137.

15. Die Niederschlagung der ungarischen Revolution und das Ende der revolutionären Phase in Österreich

15.1. Das Ende der revolutionären Phase und die Konsolidierung der Republik

Nach dem Scheitern des Aufstands vom 15. Juni war ein Erstarren des Bürgertums bemerkbar geworden. Am 29. Juni hielt der niederösterreichische Bauernbund eine große Demonstration in Wien ab und beriet am ersten niederösterreichischen Landesbauertag Maßnahmen gegen eine Räterepublik, deren Propagierung er der Wühlarbeit „jüdischer Hetzer“ anlastete. Antisemitismus spielte im Kampf gegen den Kommunismus immer eine zentrale Rolle. Einen Tag nach dem 15. Juni hieß es in der „Reichspost“: „Unter den Opfern befinden sich viele Jugendliche, Schulknaben sogar und ein hoher Prozentsatz Juden, wodurch der Charakter der gestrigen Veranstaltung wohl zur Genüge gekennzeichnet ist.“⁷⁰² Am 22. Juni konnte man in derselben Zeitung lesen: „Drei Monate sind es her, seitdem eine Handvoll Pester Judenbuben Ungarn in den Abgrund geführt hat. Ein Vierteljahr. Es wird kein zweites Vergehen und das dritte Reich Juda wird ausgelebt haben.“ Eine Woche später bemerkte Friedrich Funder, dass „die Bolschewikenbewegung in Wien und ganz Deutschösterreich höchstens einen verschärften Antisemitismus ausgelöst hat“. Der 1919 gegründete „Antisemitenbund“ widmete sich dem Kampf gegen „östliche Fremdlinge“, worin Anhänger und Anhängerinnen des Kommunismus und der Sozialdemokratie mit eingeschlossen wurden, und rief dazu auf: „Wenn wir uns so gegen die Juden stellen, erfüllen wir eine Pflicht der Selbsterhaltung, handeln wir im Stande der Notwehr! Zu dieser will der `Antisemitenbund` alle Deutschen, ohne Rücksicht auf ihre sonstige Parteistellung zu einer geschlossenen Schar zusammenführen.“ Der Aufruf schloss mit den Worten: „Unser Ziel ist die Befreiung unseres Volkstums von der jüdischen Herrschaft.“⁷⁰³

15.2.1. Das Ende der Ungarischen Räterepublik

Die sozialrevolutionäre Stimmung in Österreich hing maßgeblich von der Existenz der Ungarischen Räterepublik ab und nach deren Niederlage am 1. August 1919 ging die radikale Stimmung in Österreich abrupt zu Ende. Damit verschwand auch der relativ bedeutende Einfluss der KPDÖ.⁷⁰⁴ Bereits am 2. Mai 1919 war die Münchner Räterepublik blutig niedergeschlagen worden.

⁷⁰² Zitiert nach Botz, Gewalttaten, 129.

⁷⁰³ Zitiert nach Botz, Gewalttaten, 130.

⁷⁰⁴ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 12.

15.2.2. Die Flucht der ungarischen Kommissare nach Österreich

Seit dem Mai beschäftigte sich die deutschösterreichische Regierung mit einer bevorstehenden Flüchtlingswelle aus Ungarn. Karl Renner gab einen Erlass heraus, der die unterschiedliche Behandlung der Volkskommissare vorsah, wobei „diejenigen Volksbeauftragten, welche sich von der streng kommunistischen Richtung unterscheiden“, in Hotels wohnen durften. Zudem sollten Béla Kun, Tibor Szamuely und Béla Vágó von allen anderen abgetrennt werden. Mitglieder der Räteregierung sollten im niederösterreichischen Drosendorf untergebracht werden.⁷⁰⁵ Neben besagten Volkskommissaren wurden auch Jenő Landler, Ernő Por, József Pogány, Mátyás Rákosi, Emil Madarász, Jenő Varga, Julius Lengyel u. a. Asyl gewährt.⁷⁰⁶

Als die Volkskommissare am 1. und 2. August die deutschösterreichische Grenze überschritten, wurden sie sofort festgenommen und nachdem ihnen sämtliche Wertsachen abgenommen worden waren, in der Burg Karlstein bei Waidhofen an der Thaya in Niederösterreich interniert. Politische Betätigung oder der Kontakt mit „österreichischen Gesinnungsgenossen“ war strengstens untersagt, da dadurch eine Stärkung der KPDÖ befürchtet wurde. Die Bezirkshauptmannschaft Waidhofen und die Polizeidirektion Wien zensurierten die Post der Internierten. Eine Versammlung in Waidhofen erließ eine Resolution, in der es heißt: „Die deutschen Bürger und Bauern betrachten es als eine Herausforderung und Schändung des ganzen Bezirks sowie als eine schwere, nicht zu rechtfertigende Gefahr für die innere Ruhe und Ordnung und erachten es als eine Gewissenspflicht des deutschen Bauern- und Bürgerstandes, laut und vernehmlich, in der Ruhe der tiefsten Entschlossenheit zur Tat, gegen diesen Mißbrauch deutscher Gastfreundschaft Widerspruch zu erheben [...]“.⁷⁰⁷ Der ehemalige Volkskommissar für Volksbildung, Tibor Szamuely, verübte am 2. August vermutlich Selbstmord, nachdem er beim Grenzübertritt bei Lichtenwörth von der österreichischen Polizei festgenommen worden war und eine Abschiebung nach Ungarn befürchtete.⁷⁰⁸ Anderen Quellen zufolge wurde er ermordet.⁷⁰⁹ Die Angst war nicht unbegründet, denn mit dem neuen Regime setzte der „weiße“ Terror, die blutige Rache an tatsächlichen oder vermeintlichen Anhängern der Räterepublik ein. Zahlreiche Kommunisten wurden öffentlich gehängt, um die alte Ordnung wieder herzustellen. Den öffentlichen Hinrichtungen wohnten Ententevertreter „schön

⁷⁰⁵ Ebd., 200.

⁷⁰⁶ Ebd., 200f.

⁷⁰⁷ Vgl. [Anonym], Ungarische Rätekommissare, 764-772. In: WuZ, Nr. 11/1960, 767.

⁷⁰⁸ Ebd., 768.

⁷⁰⁹ Vgl. Leonhard, Signale, 111.

gekleidet, rasiert und mit ruhigem Gewissen“ bei.⁷¹⁰ Mehr als hunderttausend Ungarn flüchteten vor der neuen „weißen“ Regierung. Geflüchtete ungarische Kommunisten wurden von ungarischen Agenten aus Österreich verschleppt. Die KPDÖ startete eine Plakataktion gegen die Umtriebe der weißgardistischen „Mörderbanden“. In der Umgebung von Karlstein wurden ungarische Offiziere verhaftet, die Anschläge und Entführungen planten. Ungarn verlangte die Auslieferung der Rätekommissare und behauptete, Beweise über Verbindungen zwischen Karlstein, Wien, Budapest und Moskau zu haben.⁷¹¹ Der Auslieferungsantrag wurde von christlichsozialen und deutschnationalen Abgeordneten unterstützt. Im Dezember 1919 wurden die ehemaligen Gesandten Bolgár und Fenyö unter Mithilfe des ungarischen Botschafters aus Österreich nach Ungarn entführt.⁷¹²

Am 3. März 1920 wurden die Ungarn nach Hungerstreikdrohungen wegen der Haftbedingungen von Karlstein in die Nervenheilanstalt Steinhof in Wien verlegt. Diese Verlegung versuchten bewaffnete Ungarn am 6. März 1920 für eine Entführung Kuns zu nutzen, die aber scheiterte.⁷¹³ Ende März gingen Kun und einige Genossen in einen dreitägigen Hungerstreik.⁷¹⁴ Im April 1920 erfolgte ein Mordversuch mittels in die Anstalt eingeschmuggelter vergifteter Lebensmittel.

Johannes Schober war gegen die Verlegung der ehemaligen Kommissare nach Wien und wies darauf hin, dass „die Erfolge der Sowjetarmee die Kommunisten stark aktiviert haben“ und ihre Aktivitäten in den Arbeiterräten stark zugenommen hätten.⁷¹⁵ Am 23. März wurde Steinhardt, der kurz zuvor aus der rumänischen Haft zurückgekehrt war, erlaubt, die Internierten zu besuchen. Kun erklärte, die Internierten wären „auf keinen Fall gesonnen, uns länger in einem Irrenhaus einsperren zu lassen, während andere Mitglieder der ungarischen Räteregierung sich in Wien ihrer Freiheit erfreuen und sogar Artikel in der `Arbeiter-Zeitung` veröffentlichen können.“⁷¹⁶ Damit waren die sozialdemokratischen Volkskommissare wie Vilmos Böhm, Zsigmond Kunfi und der ehemalige Staatschef der Räterepublik, Sándor Garbai, gemeint. Diese waren nicht interniert worden und konnten sich ungehindert bewegen.

⁷¹⁰ Vgl. Westeuropäisches Sekretariat der Kommunistischen Internationale, Der ungarische Galgenwald spricht!, 112-118. In: Die KI. Organ des EKKI, Nr. 4/5 (1919), 112f.

⁷¹¹ Vgl. [Anonym], Rätekommissare, 764-772. In: WuZ, Nr. 11/1960, 770.

⁷¹² Vgl. Hautmann, Rätebewegung, 514.

⁷¹³ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 201.

⁷¹⁴ Vgl. Béla Kun u. a., Erklärung Béla Kuns und seiner Kameraden an den Wiener Kreisarbeiterrat, 290-291. In: Die KI. Organ des EKKI, Nr. 12 (1920), 290.

⁷¹⁵ Vgl. [Anonym], Rätekommissare, 764-772. In: WuZ, Nr. 11/1960, 770.

⁷¹⁶ Ebd., 772.

Österreich hatte mit der Regierung von Gyula Peidl einen Vertrag über die Gewährung von Asyl für die ungarischen Volkskommissare beschlossen, „solange der deutschösterreichischen Republik hierdurch keine inneren Schwierigkeiten erwachsen“. Die SDAP verteidigte das Asylrecht, das dem Schutz „unsere[r] verfolgten Brüder und Schwestern“ diene.⁷¹⁷ Auf ihrem Parteitag im Herbst 1919 protestierte die SDAP gegen den „weißen Terror“ in Ungarn. Demgegenüber verlautete das Westeuropäische Sekretariat der Komintern in einem Aufruf, dass an der Niederlage der Räterepublik „in erster Linie die sogenannten sozialdemokratischen Parteien Deutsch-Österreichs und der Tschecho-Slowakei schuld“ seien. Die SDAP „hielt die österreichischen Arbeiter mit aller Kraft zurück, sich Räteungarn anzuschließen [...]. Sie suchte das deutsch-österreichische Proletariat zu überzeugen, daß es nur als Bettler an dem Tore der Entente sein Leben fristen könne.“ Die sozialdemokratischen Parteien hätten bloß mit Worten protestiert, „aber sie haben nichts getan, um durch Massendruck auf ihre Regierungen sie zu nötigen, die Unterstützungen dem Koltschak und Denikin zu versagen. Dadurch, daß sie die schamlose Unterstützung der russischen Konterrevolutionäre durch das Ententekapital zulassen, haben sie mitgeholfen, die rote russische Armee am Ural aufzuhalten, die einzige Armee, die dem Räteungarn gegen die rumänischen Bojaren helfen konnte.“⁷¹⁸

Albert Sever, Landeshauptmann der SDAP von Niederösterreich und Wien hatte bereits im Juni 1919 zwei Verordnungen zur Ausweisung von ungarischen Flüchtlingen – oft als „Parasiten“ bezeichnet - erlassen.⁷¹⁹ Österreich versuchte die „lästigen Ausländer“ loszuwerden. Der sowjetrussische Außenkommissar Georgij V. Čičerin drohte damit, Österreicher in Sowjetrusland als Geiseln zu nehmen.⁷²⁰ Am 23. November 1919 verkündete Čičerin, die Sicherheit von „in Russland befindlichen Österreicher, die mit der österreichischen Regierung in Verbindung sind, hängt von der Sicherheit Béla Kuns und anderer ungarischer Volkskommissare ab. Die ersteren werden vorläufig in Russland verbleiben, als Bürgschaft dafür, daß die letzteren nicht an Ungarn ausgeliefert werden.“ Am 5. Juli 1920 unterzeichneten die RSFSR, die Ukrainische Sowjetrepublik (die Sowjetunion existierte noch nicht) und Österreich das Kopenhagener Abkommen über den Kriegsgefangenenaustausch. Aufgrund des Vertrages konnten Béla Kun, Jenő Varga, Mátyás Rákosi, Ernő Bettelheim und andere am 17. Juli 1920 nach abenteuerlicher Reise, nach Sowjetrusland ausreisen.⁷²¹ Das von Sowjetrusland geforderte Ende der Internierung

⁷¹⁷ Vgl. Nehring [Hrsg.], Flugblätter, 3.

⁷¹⁸ Vgl. Westeuropäisches Sekretariat der Kommunistischen Internationale, Galgenwald 112-118. In: Die KI. Organ des EKKI, Nr. 4/5 (1919), 116.

⁷¹⁹ Vgl. Verena Moritz, Hannes Leidinger, Wien als Standort der Kommunistischen Internationale bis Mitte der Zwanzigerjahre, 32-63. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2004 (hrsg. v. Hermann Weber), 46. (I. d. F.: JHKF 2004).

⁷²⁰ Ebd., 47.

⁷²¹ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 202.

wurde erst durch den Kopenhagener Vertrag verwirklicht.⁷²² Da Sowjetrußland keine diplomatischen Beziehungen unterhielt, hatte der Sowjetdiplomats Maksim M. Litvinov von Kopenhagen aus Kontakte zu europäischen Ländern hergestellt, um die Isolierung zu überwinden.⁷²³

15.3.1. Die KPDÖ nach dem Ende der Ungarischen Räterepublik

Die KP bemühte sich um Solidaritätsaktionen für ungarische und bayrische Emigranten und sammelte Geld dafür. Aber Moskau und die Komintern unterbrachen die Verbindung mit der KPDÖ. Die Komintern verlangte den Bruch mit der nun als gescheitert angesehenen „Bettelheimerei“. Erst im November 1919, nachdem sie einen vergleichsweise gemäßigten Kurs eingeschlagen hatte, erhielt die KPDÖ wieder finanzielle Zuwendungen aus Moskau. Die nach dem Ende Räteungarns angespannte finanzielle und organisatorische Lage, ergänzt durch polizeiliche Repressionen, führte dazu, dass sich viele KP-Mitglieder und sogar ganze Teilorganisationen der SDAP zuwandten. In Linz wechselte der Großteil der KP-Mitglieder nach dem 15. Juni 1919 zur SDAP.⁷²⁴ Die relativ starken kommunistischen Organisationen in Graz und der Obersteiermark sahen sich durch die repressive Politik des Landeshauptmanns Anton Rintelen zur Auflösung und Eingliederung in die SDAP gezwungen. Die Grazer KP musste im Herbst 1919 wieder gegründet werden.⁷²⁵ Grazer Druckereien wurde die Herstellung von Druckwerken für die KP bei Strafe verboten, womit die Pressefreiheit für die KP eingeschränkt wurde.⁷²⁶ Am 26. März 1920 kam es in Graz zu einer kommunistisch geführten Hungerdemonstration.⁷²⁷ In den Jahren 1919/20 kamen im Zuge von Hungerdemonstrationen österreichweit 29 Personen zu Tode.⁷²⁸

Die Herstellung und der Vertrieb der kommunistischen Zeitungen bereiteten große Schwierigkeiten, da die SDAP „mit allen Mitteln, auch mit denen der Gewalt“, wie die KP anmerkt, gegen ihre Verbreitung vorgingen. Ende August hatte die „Rote Fahne“ eine Auflage von 23 000 Stück.⁷²⁹ Die „Rote Fahne“ war nach dem zeitweiligen Verbot der Berliner „Roten Fahne“ die einzige regelmäßig erscheinende deutschsprachige kommunistische Tageszeitung, in der die wichtigsten Texte der sowjetrussischen Führung

⁷²² Vgl. Hornik, Ungarische, Räterepublik, 270-274. In: WuZ, Nr. 4/1959, 274.

⁷²³ Vgl. Günther Stökl, Sowjetrußland unter Lenin und Stalin (1917-1953) (=Schriften des Arbeitskreises für Ostfragen, Band 11), 33. (I. d. F.: Lenin und Stalin).

⁷²⁴ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 203.

⁷²⁵ Ebd., 204.

⁷²⁶ Vgl. Nehring [Hrsg.], Flugblätter, 148.

⁷²⁷ Vgl. Botz, Gewalttaten, 146.

⁷²⁸ Vgl. Historische Kommission beim ZK der KPÖ [Hrsg.], KPÖ, 66.

⁷²⁹ Vgl. [Anonym], Bericht über die kommunistische Bewegung und über die allgemeine politische Lage in Deutsch-Österreich, 229-236. In: Die KI. Organ des EKKI, Nr. 7/8 (1919), 234.

und der Komintern erschienen.⁷³⁰ Ab dem 16. September 1919 erschien die sie täglich. Breiten Raum nahmen nun Grundsatzartikel ein, in denen die Partei ihre Lage reflektierte. Karl Radek, Mitglied des EKKI, schrieb unter dem Pseudonym „Arnold Struthahn“ im Vorfeld des 3. Parteitags eine Artikelserie zur Krise in der KPDÖ. Er verwies auf die Notwendigkeit der Gewinnung des Proletariats für den Kommunismus und wandte sich gegen Putschabsichten. Koritschoner erwiderte Radek, das die Krise der Partei der zu frühen Gründung geschuldet wäre, „anstatt Spaltungstendenzen in der Sozialdemokratischen Partei ausreifen zu lassen“. Koritschoner wurde als „Über-Bettelheim“ titulierte, weil er die Politik der zum Umsturz entschlossenen „aktiven Minderheit“ weiterhin verteidigte.⁷³¹ Es wurde ihm vorgeworfen, dass er „dem Willen in der menschlichen Gesellschaft dieselbe Rolle zu[weist], die in der mosaischen Schöpfungsgeschichte der liebe Gott spielt. Wie nach der Bibel Gott durch sein bloßes Wollen die Welt erschuf, so brauchen, glaubt Koritschoner, die Arbeiter nur zu wollen und die kommunistische Revolution ist da.“⁷³²

Im Februar 1919 hatte die KP 3000 Mitglieder und mit zunehmender revolutionärer Stimmung nahm die Zahl der Mitglieder rasant zu, sodass die Partei im Juni über 40 000 Mitglieder verfügte.⁷³³ Allerdings hatte die SDAP zur selben Zeit mehr als 320 000 Mitglieder; 80 000 davon in Wien. Den Gewerkschaften gehörten mehr als 660 000 Mitglieder an und mehr als 800 000 Personen waren zum Arbeiterrat wahlberechtigt.⁷³⁴ Mit dem Niedergang der revolutionären Stimmung nahm auch die Mitgliederzahl der KP wieder rapide ab, sodass sie Ende 1919 wieder auf 10 000 gefallen war.⁷³⁵ Die KP „trat an die Oberfläche des politischen Lebens, ohne vorher die Zeit und die Möglichkeit gehabt zu haben, sich unter der Oberfläche zu entwickeln, Kampf- und Organisationsformen auszubilden. Die weitere Entwicklung ging in einem Schnellzugtempo“. Daraus folgte, dass die „so dringend notwendige Kleinarbeit [...] nicht im nötigen Ausmaß geleistet werden [konnte]. Statt in die Tiefe zu wachsen, wuchs die Partei in ungeahnter Weise in die Breite“, fasste die „Rote Fahne“ die Entwicklung zusammen.⁷³⁶

15.3.2. Die drohende Spaltung der KPDÖ

Die Niederlage Räteungarns führte aber keineswegs zum Ende der Bettelheimerei. Die Partei erklärte sich die Niederlage einerseits paternalistisch mit einer mangelnden

⁷³⁰ Vgl. Lania, Welt, 139.

⁷³¹ Vgl. Steiner, KPÖ 1918-1933, 21.

⁷³² Vgl. Rote Fahne, 21.11.1919, 2. (I. d. F.: RF).

⁷³³ Vgl. Historische Kommission beim ZK der KPÖ [Hrsg.], KPÖ, 48.

⁷³⁴ Vgl. Hautmann, Rätebewegung, 238.

⁷³⁵ Vgl. Autorenkollektiv der Historischen Kommission beim ZK der KPÖ [Hrsg.], Kurzer Abriss, 42.

⁷³⁶ Vgl. RF, 13.9.1919. 1.

„revolutionären Erziehung“ des Proletariats und andererseits damit, dass die Räteregierung zu milde gewesen wäre. Koritschoner beschuldigte die Parteileitung, dass diese gemeinsam mit der Polizei gegen „ausländische Genossen“ vorgehen würde und legte seine Mandate nieder.⁷³⁷ Bettelheim war mit seiner Begleiterin in Bad Vöslau untergetaucht.⁷³⁸ Bettelheim wollte die KP in kleine Einheiten, die die Grundlage für Terroreinheiten bilden sollten, umbauen. Neben den bisherigen Zielen sollte die KP einen Mietzinsstreik forcieren und Lohnerhöhungen fordern. Unterstützt wurde Bettelheim durch österreichische Kämpfer der ungarischen Roten Armee. „Mit Demonstrationen, Streiks, bewaffneten Aufständen und auch – mit den heutigen Arbeiterräten“ sollte die weitere Strategie der KP lauten.⁷³⁹ Eine Parteispaltung drohte, da Koritschoner und somit auch Bettelheims Anhang nach wie vor bedeutenden Einfluss hatten. Ihr wichtigster Stützpunkt war die relativ starke KP-Bezirksgruppe in Wien-Floridsdorf, die vom Arbeiterratsmitglied Johann Lumpi angeführt wurde. Lumpi und seine Gruppe wollten etwa in der Nacht vom 27. zum 28. Juli 1919 die Nordbahnbrücke sprengen. Ob sie dadurch einen Umsturz herbeiführen und damit die Ungarische Räterepublik unterstützen wollte, bleibt unklar. Klarer waren da schon Lumpis andere Aktivitäten. Nachdem die Parteikassa leer war, plünderte er im Herbst 1919 kurzerhand mit zwei weiteren Genossen die Opferstöcke der Kirchen und Kapellen im umliegenden Niederösterreich. Für den 10. August 1919 berief die Floridsdorfer Ortsgruppe eine Konferenz ein, in der der Abbruch mit den gemäßigten Elementen beschlossen werden sollte. Bettelheim verfasste einen Bericht über seine Tätigkeit, die er „Proletarier!“ betitelte und die eine Abrechnung mit der KP werden sollte. Darin bekräftigte er sein Komintern-Mandat. Bettelheim wurde jedoch am 13. August von der Polizei ausgeforscht und verhaftet. Seine bei der anschließenden Hausdurchsuchung sichergestellte Schrift sollte später der Sozialdemokratie zur Diffamierung der KPÖ dienen. Nach der Verhaftung Bettelheims verloren seine Anhänger parteiintern an Einfluss, womit die Parteispaltung von Tisch war. Die Untersuchungen gegen Bettelheim wurden am 14. November 1919 aufgrund einer Amnestie eingestellt und er wurde gemeinsam mit den ungarischen Kommissaren in Karlstein interniert und übersiedelte im Juli 1920 nach Sowjetrußland.⁷⁴⁰ Bettelheim betonte, dass „die ungarische Revolution nur durch die österreichische Revolution zu retten war und daß die Revolution nach Osten und Süden nur über Wien ihren Weg nehmen konnte.“⁷⁴¹

⁷³⁷ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 205.

⁷³⁸ Vgl. Botz, Gewalttaten, 131.

⁷³⁹ Ebd., 132.

⁷⁴⁰ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 206.

⁷⁴¹ Ebd., 243.

15.4. Die Auflösung des Volkswheerbataillons 41

Der rasche Niedergang der KP zeigte sich auch an der Auflösung des VB 41.⁷⁴² Das Abflauen der revolutionären Stimmung nützte die SDAP, um sich des einzig verbliebenen kommunistischen Macht- und Störfaktors zu entledigen.⁷⁴³ Am 27. August 1919 wurde das aus der Roten Garde hervorgegangene Bataillon ohne Gegenwehr zuerst isoliert und dann aufgelöst.⁷⁴⁴ Im Bericht an die Komintern heißt es dazu: „Die Volkswehr setzt sich zusammen aus den indifferentesten Leuten, einfach gesagt – aus dem Lumpenproletariat. Die Rückgratlosigkeit und Unzuverlässigkeit der Volkswehr in revolutionärer Beziehung zeigte sich gerade in den letzten Tagen, wo nach einer planmäßig eingesetzten Hetze der Sozialdemokratie die vollständige Auflösung des am meisten mit der kommunistischen Idee durchsetzten Bataillons 41 vor sich ging.“ Die Volkswehr „war immer nur dann in Aufregung zu bringen, wenn es sich um ihre eigenen materiellen Forderungen handelte.“⁷⁴⁵ Unter dem Einfluss des KPDÖ-Direktoriums stehende Soldatenräte des VB 41 hatten sich immer wieder Deutschs Befehlen widersetzt. Das VB 41 sicherte bewaffnete Demonstrationen der KP.⁷⁴⁶

15.5. Die kommunistische Neuorientierung

Seit dem der KP das Scheitern der Revolutionsbestrebungen allmählich klar geworden war, unterzog sie ihre Strategie und Taktik einer Selbstkritik. Die Folge der Diskussionen war ein neues Parteiprogramm, das sich eng am Programm der KPD (bzw. des Spartakusbundes) orientierte. Darin wurde die „Bettelheimerei“ verurteilt und die „Eindämmung der Konterrevolution“ als Ziel formuliert. Trotzdem war auch Platz für die noch vorhandene Anhängerschaft Bettelheims, die Putschabsichten nach wie vor zurückwiesen. Hilde Wertheim fand „es nicht nur naiv, sondern direkt kleinbürgerlich, sozialdemokratisch [...] von Putschen und Putschisten zu reden. Ohne den Willen des revolutionären Proletariats wäre die Kommunistische Partei weder Mitte Juni noch zu einem anderen Zeitpunkt vorgegangen.“⁷⁴⁷

Karl Radek genoss bei allen Fraktionen hohes Ansehen und er war es auch, der der KPDÖ die „Bettelheimerei“ austrieb. Radek bestritt, dass Bettelheim im Auftrag der Komintern gehandelt habe. Außerdem habe die KPR sich niemals eingebildet, von Moskau aus die Politik der ausländischen Kommunistischen Parteien bestimmen zu können, denn: „Die

⁷⁴² Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 208f.

⁷⁴³ Vgl. Deutsch, Österreichs Revolution, 116.

⁷⁴⁴ Vgl. Autorenkollektiv der Historischen Kommission beim ZK der KPÖ [Hrsg.], Kurzer Abriss, 40.

⁷⁴⁵ Vgl. [Anonym], Kommunistische Bewegung, 229-236. In: Die KI. Organ des EKKI, Nr. 7/8 (1919), 233.

⁷⁴⁶ Vgl. Deutsch, Österreichs Revolution, 114.

⁷⁴⁷ Vgl. RF, 16.10.1919.

Weltrevolution kann sich nur entwickeln als Bewegung, die vom Proletariat jedes Landes, nicht von `Emissären` gemacht werden kann“. Eine Räterepublik wäre schon an der Mehrheit des Arbeiterrats, der die Arbeiterklasse vertrete, gescheitert. Schließlich wirft Radek Bettelheim vor, dass er sich nicht die Mühe des Aufbaues der daniederliegenden Partei gemacht habe.⁷⁴⁸ Stattdessen haben Bettelheim und seine Agitatoren mit Geld nur so herumgeworfen, um sich Anhänger zu ködern. Die Politik der Sozialdemokratie hingegen habe sich als „restlose Herrschaft des Ententekapitals“ entpuppt. Radek urteilt über die KP: „Sie [die KP; Anm.] konnte politisch irren [...], aber ihr gehört die Zukunft.“ Die „Bettelheimerei“ sollte „mit Stumpf und Stiel“ ausgerottet werden. Mit Radek und der Komintern hinter sich, setzten sich die gemäßigten Gruppen durch und ihre Politik schien Erfolg zu versprechen. Bei den Arbeiterratswahlen im November 1919 erreichte die KP 499 Mandate, bzw. 10,2 Prozent, von insgesamt 4921 zu vergebenden Mandaten.⁷⁴⁹

Die SDAP versuchte die Tätigkeit des Arbeiterrats zunehmend einzuschränken.⁷⁵⁰ Die KP akzeptierte ihre Minderheitenposition innerhalb des Proletariats und versuchte nun durch Aufklärung und Agitation die Mehrheit im Arbeiterrat zu erringen, wobei sie die Revolution auf unbestimmte Zeit verschob. Der Parlamentarismus wurde nach wie vor abgelehnt, denn „[s]olange Arbeiterräte oder sonstige Möglichkeiten revolutionärer proletarischer Betätigung bestehen, bedürfe wir der parlamentarischen Tribüne nicht. [...]. Jede gültige Stimme zu parlamentarischen Wahlen bedeutet ein Bekenntnis zum kapitalistischen Staate!“⁷⁵¹ Koritschoner lehnte die Fortsetzung der „Bettelheimerei“ ab, betonte aber, dass er Bettelheims Politik im Juni 1919, die Räterepublik um jeden Preis zu errichten, für richtig hält.⁷⁵²

In der Grundsatzbroschüre „Was will die Kommunistische Partei“ von 1919 erklärte sie, dass sie „nie anders die Regierungsgewalt übernehmen [wird], als durch den klaren unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Massen“ und dass die proletarische Revolution „für ihre Ziele keines Terrors [bedarf], sie haßt und verabscheut den Menschenmord“.⁷⁵³ Diese Aussagen von 1919 zeugen noch von der Hoffnung auf eine eintretende Revolution. Innerhalb der Arbeiterbewegung sah sich die KP als „die aktive Minderheit“.⁷⁵⁴

⁷⁴⁸ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 213.

⁷⁴⁹ Ebd., 214.

⁷⁵⁰ Vgl. Hilde Wertheim, Die Arbeiterräte in Deutsch-Oesterreich, 200-202. In: Die KI. Organ des EKKI, Nr. 12 (1920), 201.

⁷⁵¹ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 215.

⁷⁵² Ebd., 217.

⁷⁵³ Vgl. Verlag der KPDÖ [Hrsg.], Was will die Kommunistische Partei?, 8.

⁷⁵⁴ Vgl. Steiner, KPÖ 1918-1933, 19.

In den Jahren 1918/19 führte die SDAP – nur durch den Polizeipräsidenten Schober unterstützt - den Kampf gegen ein Rätssystem, da die bürgerlichen Parteien nahezu paralysiert waren.⁷⁵⁵ Die SDAP unterstützte Schobers Idee zur Gründung einer „Politischen Zentralevidenzstelle“ (ZEST). Diese seit dem Sommer 1920 arbeitende Stelle wurde die wichtigste Instanz Schobers zur Überwachung, vor allem der Linken, Russlandheimkehrer und „lästiger Ausländer“. Neben der Observierung gehörte auch die Organisation von „Internationalen Nachrichtenkonferenzen zum Zwecke gemeinsamer Bekämpfung des Bolschewismus“ dazu.⁷⁵⁶ 1925 rühmte sich das Bundeskanzleramt damit, dass es Schober und seiner Polizei zu verdanken gewesen wäre, dass die Bevölkerung 1918/19 „besonnen“ geblieben ist und der Übergang in die „neue Epoche“ verhältnismäßig ruhig verlaufen ist. Nach dem Sommer 1919 wurde die KPDÖ nicht mehr als ernste Gefahr gesehen. Wien geriet aber wegen der von dort aus operierenden Einrichtungen der Komintern als „Bolschewikenzentrale“ in Verruf.⁷⁵⁷

15.6. Der 3. Parteitag der KPDÖ

Bereits fünf Monate nach dem 2. und vier Monate nach der Niederschlagung der ungarischen Räterepublik hielt die KP am 7. und 8. Dezember 1919 ihren 3. Parteitag als „Reichskonferenz“ mit 136 Delegierten und Gästen aus Russland, Rumänien, Polen und der Tschechoslowakei, ab. Die KP sammelte viel Geld für bayrische und ungarische Flüchtlinge. Leopold Forst berichtete über Schwierigkeiten, die davon herrührten, dass „viele Elemente beigetreten sind, die nur materielle Vorteile suchten“. ⁷⁵⁸ Es wurde ein Schreiben Radeks verlesen, indem er die Aufstandstaktik wiederholt kritisierte. „Zwischen dem Putschismus der Minderheit und dem Warten auf die Revolution liegt der Kampf um die Gehirne und Herzen der Massen“, schreibt Radek.⁷⁵⁹ Große Meinungsverschiedenheiten bestanden weiterhin im „Fall Bettelheim“. Eine parteiinterne Untersuchungskommission, geleitet von Anna Mönch, stellte sich auf Bettelheims Standpunkt und bezichtigte die Gegner Bettelheims der „Sabotage und Feigheit.“⁷⁶⁰

Auf dem 3. Parteitag stieg der Chefredakteur der „Roten Fahne“, Josef Strasser, zum neuen Repräsentanten der gemäßigten Linie auf. 1912 war sein Werk „Der Arbeiter und die Nation“ erschienen, worin er die Nationentheorie von Bauer und Renner kritisierte. Lenin nannte

⁷⁵⁵ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 13.

⁷⁵⁶ Vgl. Moritz, Leidinger, Kommunismusbekämpfung, 46-57. In: JHKF 2008, 54.

⁷⁵⁷ Vgl. Verena Moritz, Hannes Leidinger, Wien als Standort der Kommunistischen Internationale bis Mitte der Zwanzigerjahre, 32-63. In: JHKF 2004, 32.

⁷⁵⁸ Vgl. Steiner, KPÖ 1918-1933, 22.

⁷⁵⁹ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 218.

⁷⁶⁰ Ebd., 220.

Strasser angeblich, den bedeutendsten Journalisten deutscher Sprache. Strasser trat Anfang der 1930er Jahre aus Enttäuschung über die UdSSR aus der KPÖ aus und starb 1936. Auf dem 3. Parteitag wandte er sich gegen „individuelle Expropriation“, womit er Johann Lumpis Beutezüge meinte.⁷⁶¹ Strasser war gegen die Putschtaktik, die der KP von den verelendeten Gruppen aufgedrängt worden wäre. Seine Ablehnung brachte ihm den Vorwurf „menschewistisch kompromittiert“ zu sein, ein. Bettelheim wurde von der Untersuchungskommission als „ein durchaus ehrlicher Revolutionär, dem es aber an Menschenkenntnis mangelte“ bezeichnet. Koritschoner spitzte die Aussage zu, indem er meinte, dass „Bettelheim stets im Interesse der Weltrevolution zu handeln gedachte“. Paul Friedländer, der die Putschtaktik unterstützte, sah eine weitere Verschärfung der Krise und dadurch bessere Revolutionsbedingungen. Elfriede Friedländer spitzte diese Sichtweise zu: „Wir müssen den Kapitalismus wie ein wildes Tier hetzen, unter seiner Führung soll so wenig wie möglich produziert werden, bis er dann unter einigen wuchtigen Schlägen machtlos zu Boden fällt.“⁷⁶² Dazu passt Friedländers Kommunismusbild. Der „Wille zur neuen Gesellschaft muß so stark sein, daß er um dieser zu schaffenden Kultur willen alles erträgt, alles auf sich nimmt, wenn die Erkenntnis zwingend wird, daß dies oder jenes die einzige Möglichkeit zur Errichtung der kommunistischen Gesellschaft sei.“ Jedes notwendige Opfer müsse diesem „furchtbaren Heiland: der sozialen Revolution“ dargebracht werden.⁷⁶³ Die Kompromisslosigkeit mit der Friedländer zu Werke gehen wollte, speiste sich aus der Erkenntnis, dass der Sozialismus „nicht allmählich, nicht stufenweise zur Verwirklichung kommt, sondern nur durch einen gewaltsamen Umsturz der bisherigen Gesellschaftsordnung mit all seinen Fehlern und Schmerzen.“ Die deutschen Sozialdemokraten unterdrückten die Revolution und dafür „bedürfen sie der Bourgeoisie und des reaktionären Militarismus. Hilfsgeister die, einmal gerufen, nicht mehr zu bannen sind, die, wenn sie siegen, die Verwirklichung selbst der bescheidensten Reformen utopisch machen.“ Daher wäre entweder die Weltrevolution oder der Fortbestand des Kapitalismus unvermeidlich. Denn „es gibt keinen anderen Ausgang, als nochmaliger völliger Sieg des Kapitalismus in a l l e n [Hervorh. im Orig.; Anm.] Ländern oder völliger Sieg des Proletariats in a l l e n Ländern. Irgendein Kompromiß ist auf die Dauer auch nur einer Generation unmöglich. Kommunistische Staaten wie Rußland können nicht mit kapitalistischen Staaten in den Zustand des `Friedens`, des reibungslosen Güter- und Personenverkehrs kommen.“ Als ob Elfriede Friedländer die Entwicklung, die zwar länger als eine Generation dauerte, aber doch Stück um Stück zum Ende der Sowjetunion führte, vorausgesehen habe, bringt sie damit die Unmöglichkeit einer „friedlichen Koexistenz“ auf den Punkt. Sie irrte aber in der Hoffnung: „Alle Ereignisse der Gegenwart sprechen aber laut und deutlich dafür, daß diesmal nicht der

⁷⁶¹ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 221.

⁷⁶² Vgl. Steiner, KPÖ 1918-1933, 23.

⁷⁶³ Vgl. Friedländer, Sexualethik, 46.

Kapitalismus, sondern das Proletariat S i e g e r bleiben wird.“⁷⁶⁴ Strasser äußerte sich über seine Genossinnen und Genossen folgendermaßen: „Wenn ich nur den Rücken kehre, gleich richten Toman, Koritschoner oder die Fritzli [Friedländer; Anm.] irgendeine Katastrophe an! Revolutionäre? Sie spielen Revolution, wie Kinder Krieg spielen!“⁷⁶⁵

Gerhart Eisler berichtete über die Bildungsarbeit. Anna Ströhmer wurde zur Leiterin der Frauenarbeit bestimmt. Nach dem neuen Parteistatut wurde in aktive und sympathisierende Mitglieder unterschieden. In den Parteivorstand wurden Koritschoner, Toman, Wertheim, Leopold Maresch, Leopold Forst, Karl Frank, Siegmund Glass und Strasser gewählt.⁷⁶⁶ Das neue Motto lautete: „Hin zu den Massen!“ Lenin attestierte der KP „Wachstumskrankheiten“, die „noch nicht ganz überwunden“ wären.⁷⁶⁷

15.7. Der Arbeiterrat nach dem Ende der Ungarischen Räterepublik

Der Wiener Arbeiterrat erklärte gegenüber den Bürgerlichen, „so sehr der Wiener Kreisarbeiterrat dem Versuch Widerstand geleistet hat, die ungarische Räterepublik nach Deutsch-Österreich zu verpflanzen“, er trotzdem keine Hetze gegen den Sozialismus dulden werde. Die Bourgeoisie würde zu früh jubeln, wenn sie meine, „daß mit der ungarischen Räteregierung auch die Macht der Arbeiterklasse gebrochen sei.“⁷⁶⁸ Pathetisch charakterisiert die Situation der französische Trotzkiist Pierre Frank: „Bayern und Ungarn! Um die Verbindung zwischen diesen beiden Kommunen herzustellen, rührten die Austromarxisten, die österreichische Sozialdemokratie keinen Finger: auf ihnen ruht eine enorme Verantwortung in diesen Monaten, die es ermöglicht hätten, der europäischen und Weltgeschichte einen anderen Verlauf zu geben.“⁷⁶⁹ Ohne einen Finger für sie gerührt zu haben, bedauerte der Arbeiterrat die Niederschlagung der Räterepublik. In einer Analyse heißt es lapidar: „Da sich bestätigt hat, daß der in Ungarn eingeschlagene Weg nicht zum Ziel führt [...]“. „Bestätigt“ – wie es zynisch heißt - hat sich die Niederlage eben unter anderem durch die unterlassene Hilfeleistung seitens der von Ungarn um Hilfe gebetenen SP.

⁷⁶⁴ Ebd., 47.

⁷⁶⁵ Vgl. Lania, Welt, 138.

⁷⁶⁶ Vgl. Steiner, KPÖ 1918-1933, 24.

⁷⁶⁷ Vgl. Historische Kommission beim ZK der KPÖ [Hrsg.], KPÖ, 57.

⁷⁶⁸ Vgl. Keller, Arbeiter- und Soldatenräte, 33.

⁷⁶⁹ Vgl. Frank, Kommunistische Internationale, 75.

15.8. Der Niedergang der Arbeiterräte und die Bildung einer linken Opposition

Die bisherige Tätigkeit der Arbeiterräte war es gewesen, linke bzw. kommunistische Strömungen außerhalb und links von der SDAP zu integrieren und revolutionäre Tendenzen zu kanalisieren. Nach der politischen Niederlage der KP 1919/20 wurde der formal unabhängige Arbeiterrat mehr und mehr überflüssig.⁷⁷⁰ Die Arbeiter- und Soldatenräte verkamen zu funktionslosen Debatierklubs.⁷⁷¹ Praktisch kümmerten sich die Arbeiterräte nur mehr um die Lebensmittelversorgung.⁷⁷² Im Koalitionsabkommen vom Oktober 1919 wurden die Arbeiterräte zu Hilfsorganen der Verwaltung degradiert.

Innerhalb der SDAP gab es vermehrten Widerstand an der Koalitionsregierung die 1919 zur Bildung der „Neuen Linken“ in der SDAP führte. Zu den führenden Personen zählten Otto Leichter, seine spätere Frau Käthe Pick, Rudolf Goldscheid, Franz Rothe u. a. Im Herbst 1919 formierte sich in den Arbeiterräten eine linke Opposition: Die „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft Revolutionärer Arbeiterräte“ (SARA). Josef Frey, Alexander Täubler, Josef Benisch, Ernst Fabri u. a. stießen dazu.⁷⁷³ Die SARA wollte dem „Kapitalismus den Todesstoß versetzen“.⁷⁷⁴ Die revolutionäre Welle war aber am abebben und der Wunsch der nach Ergreifung der Macht mittels Arbeiterräte war endgültig nicht mehr realisierbar.⁷⁷⁵ Im Juli 1920 stellte die SARA, die sich „als äußerste Linke in der Partei [der SDAP; Anm.] für die Rätediktatur und den Anschluß an die Kommunistische Internationale“ kämpfen sah, den Antrag an den II. Weltkongress. Die SARA sah sich „geistig eng mit Euch verbunden“ und hoffte auf den Augenblick, „wo wir vereint den Endsieg der Weltrevolution erkämpfen werden“. Die Komintern reagierte kühl und forderte von der SARA den „Vernichtungskampf“ gegen die reformistische SDAP und die Vereinigung mit der KPDÖ.⁷⁷⁶

Im Oktober 1920 spaltete sich die SARA um einen von Josef Frey und einen von Franz Rothe geführten Flügel, die auch zum Niedergang und Mitgliederschwund der SARA führte. Führende Mitglieder kehrten wieder in den Schoß der SDAP zurück. Auf dem Parteitag der SDAP im November 1920 wurde den noch verbliebenen SARA-Mitgliedern die Unvereinbarkeit mit der Mitgliedschaft in der SDAP in Aussicht gestellt.⁷⁷⁷ Die beiden Flügel der SARA vereinigten sich nach dem Rauswurf aus der SDAP und benannte sich in

⁷⁷⁰ Vgl. Bruno Nussbichler, Otto Bauers und Friedrich Adlers Wirken im internationalen Sozialismus [Dissertation], 74.

⁷⁷¹ Vgl. Keller, Arbeiter- und Soldatenräte, 36.

⁷⁷² Ebd., 34.

⁷⁷³ Vgl. Hautmann, Rätebewegung, 483.

⁷⁷⁴ Ebd., 485.

⁷⁷⁵ Vgl. Keller, Arbeiter- und Soldatenräte, 35.

⁷⁷⁶ Vgl. Hautmann, Rätebewegung, 644.

⁷⁷⁷ Ebd., 645f.

„Sozialistische Arbeiterpartei/Linke“ (SAP) um. Bei dem Wahlen zum Arbeiterrat Anfang 1921 erzielte die SDAP 92,9%, die KPÖ 4,7% und die SAP 1,4%. Im Jänner 1921 vereinigte sich die SAP mit der KPÖ.⁷⁷⁸ Bei den Wahlen zum machtlos gewordenen Arbeiterrat im Juni 1922 kandidierte die KPÖ nicht mehr und erklärte, dass „der Arbeiterrat Marke Adler [...] eine Einrichtung [ist], bestimmt zur Diskreditierung der Sowjets, ein Instrument zur planmäßigen Sabotage des proletarischen Klassenkampfes.“⁷⁷⁹ 1924 wurden die wieder zu einer reinen SP-Instanz verkommenen Arbeiterräte endgültig aufgelöst.

⁷⁷⁸ Vgl. Keller, Arbeiter- und Soldatenräte, 37.

⁷⁷⁹ Ebd., 38.

16. Weltrevolutionsbestrebungen contra Schutz der Sowjetrepublik

16.1. Komintern und sowjetische Außenpolitik

Ganz im Sinne der Weltrevolution betrieb Sowjetrußland ursprünglich eine „Negation der Außenpolitik“. Die Bolschewiki hatten die konventionellen Grundlagen der Außenpolitik verworfen. Nach außen richtete sich Sowjetrußland nicht über diplomatische Vertretungen an andere Länder, sondern appellierte direkt an die revolutionär gesinnte Arbeiterklasse der ganzen Welt. Daher hoffte Trockij, durch das „Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten“ (NKID) „die Bude zumachen“ zu können. Doch enttäuschte die Realität die Erwartungen.⁷⁸⁰ Klassenkampf und Außenpolitik, Außen- und Kominternpolitik fielen ursprünglich zusammen und hatten die Weltrevolution zum Ziel.

Die Bolschewiki handelten sich als Staatsführung einen Widerspruch ein, da Sowjetrußland als Staat an normalen Beziehungen interessiert sein musste, um die gerade errungene Staatsmacht zu stabilisieren. Das bedeutete eine Anerkennung der gegnerischen kapitalistischen Staaten und genau genommen eine Diskreditierung dortiger antikapitalistischer Umsturzbewegungen. Einen Ausweg sollte die Komintern bieten.⁷⁸¹ Die Friedensverhandlungen von Brest-Litovsk führten zu einer Wiedereinführung der Diplomatie und bedeuteten eine Trennung zwischen den Beziehungen mit anderen Staaten und den Verbindungen mit den verbündeten Parteien. Sowjetrußland fuhr eine Doppelstrategie: Die Sowjetdiplomatie musste sich stets von Aktionen der Komintern offiziell distanzieren. Offiziell wurden konventionelle bilaterale Beziehungen aufgebaut; daneben die Komintern. Während des Bürgerkriegs war Sowjetrußland jede außenpolitische Entfaltungsmöglichkeit genommen. Nach der Intervention wurden die diplomatischen Beziehungen zu den Alliierten abgebrochen. Im November 1918 wurde der Vertrag von Brest-Litovsk für null und nichtig erklärt.⁷⁸² Bei den Pariser Friedensverhandlungen 1919 fehlte Sowjetrußland.

Das galt bis zur Einführung der „Neuen Ökonomischen Politik“ (NEP) 1921. Dem Bürgerkrieg und dem Kampf gegen die ausländische Intervention entsprachen bisher der Kriegskommunismus und die Weltrevolutionsbestrebungen. Die NEP war nach dem Ende des Bürgerkriegs eine radikale, wirtschaftspolitische Kehrtwende, da sie die Wiedereinführung einer (kontrollierten) kapitalistischen Wirtschaftsweise und die Öffnung Sowjetrußlands für den Weltmarkt zwecks Wiederaufbaus bedeutete. Die NEP wurde mit nicht wenigen Schwierigkeiten innerparteilich durchgesetzt. Sie war für die KP-Mitglieder

⁷⁸⁰ Vgl. Hermann Graml, Europa zwischen den Kriegen, 34.

⁷⁸¹ Vgl. Hans Kalt, Stalins langer Schatten. Das Scheitern des sowjetischen Modells, 40f.

⁷⁸² Vgl. Stökl, Lenin und Stalin, 32.

eine politisch-theoretische Herausforderung und förderte oppositionelle Positionen.⁷⁸³ Viele Kommunisten traten aus der KPR aus, weil sie keine Revolution für die Wiedereinführung des Kapitalismus gemacht haben wollten. Die späteren Fraktionskämpfe haben hier einen wesentlichen Ursprung. Das alte Bürgertum war verschwunden, aber stattdessen traten die „NEP-Leute“ in Erscheinung und mit ihnen die durch den „Revolutionskapitalismus“ wieder belebte kapitalistische Sitten. Trockij sah in der NEP „gewissermaßen die Lehrlingszeit der Arbeiterregierung im geschäftlichen Leben“. Im Übrigen gehöre die Konkurrenz notwendig zu jeder gesunden wirtschaftlichen Entwicklung und müsse daher nachgeholt werden. Der Staat müsse auf dem Gebiet des Wirtschaftslebens seine Kräfte mit dem Privatkapital messen, meinte Trockij. Das neue Motto lautete: Vom Kapitalismus über die ‚NEP‘-Wirtschaft zum Kommunismus!⁷⁸⁴

Die NEP bildete die Grundlage der wirtschaftlichen Beziehungen, auch mit Österreich, die in den 1920er Jahren mit Handelsverträgen besiegelt wurden. Im Zuge der im April 1922 tagenden Wirtschaftskonferenz in Genua, bei der Deutschland und Sowjetrusland ausgeschlossen worden waren, wurde im benachbarten Rapallo zur ärgerlichen Überraschung der anderen Teilnehmer ein Vertrag zwischen Deutschland und Sowjetrusland geschlossen, indem auf gegenseitige Reparationen und Entschädigungen verzichtet und die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen beschlossen wurden. Der Vertrag sollte jedoch die Komintern nicht von weiteren Revolutionsversuchen in Deutschland abhalten.⁷⁸⁵ Die KPD, die über den geplanten Vertragsabschluss nicht informiert worden war, sah dadurch ihre Revolutionshoffnungen endgültig begraben, wohingegen die Sympathien für Sowjetrusland in der deutschen Öffentlichkeit wuchsen.⁷⁸⁶ Mit dem Vertrag von Rapallo 1922 setzte endgültig die „Normalisierung“ der SU auch außenpolitisch ein.⁷⁸⁷

Ab 1920 erkannte die Kremelführung das (vorläufige) Scheitern der Weltrevolution und man stellte sich auf eine „Übergangszeit“ ein. Das Erreichte sollte vorerst innen- und außenpolitisch abgesichert werden. Dieser Kurswechsel erforderte die Wiedereinführung konventioneller Außenpolitik.⁷⁸⁸ Mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen musste die gegnerische, „imperialistisch-kapitalistische Welt“ notgedrungen anerkannt werden, ohne aber Revolutionsbestrebungen aufzugeben. Komintern- und Außenpolitik bedeutete ein Nebeneinander widersprüchlicher Handlungen. Die Politik sowohl des Außenkommissariats,

⁷⁸³ Ebd., 25f.

⁷⁸⁴ Vgl. René Fülöp-Miller, Geist und Gesicht des Bolschewismus. Darstellung und Kritik des kulturellen Lebens in Sowjet-Russland, 336ff.

⁷⁸⁵ Vgl. Stökl, Lenin und Stalin, 34.

⁷⁸⁶ Vgl. Buber-Neumann, Kriegsschauplätze, 65.

⁷⁸⁷ Vgl. Gärtner, KPÖ, 21.

⁷⁸⁸ Vgl. Haider, Österreichisch-sowjetische Beziehungen, 319.

als auch der Komintern wurden im Politbüro der KPR bzw. der KPdSU gefällt.⁷⁸⁹ Bereits hier liegen die Wurzeln der später von Nikita Chruschtschow forcierten „friedlichen Koexistenz“. Aus Sicht der Sowjetunion bestand die Welt nun aus zwei gegensätzlichen, aber koexistierenden Lagern, wobei dieser „neue Grundwiderspruch“ zum Niedergang des Kapitalismus oder zu dessen „Übertrumpfung“ führen sollte.⁷⁹⁰

Nach dem Ausbleiben der Weltrevolution blieb der Komintern eine ambivalente Funktion. Sie sollte das Weltproletariat weiter zur Revolution anstacheln, aber andererseits die außenpolitische „Normalisierung“ der UdSSR, also die diplomatischen Beziehungen zu kapitalistischen Staaten nicht nur nicht stören, sondern befördern. Die neben der Komintern existierende sowjetische Diplomatie achtete darauf, dass ihr die „revolutionäre“ Komintern nicht in die Quere kam. Der österreichische Gesandte in Moskau, Otto Pohl, bemerkte im Jänner 1925, dass die Sowjetregierung „die III. Internationale als außenpolitische Hilfskraft gerne benutzt, aber die heute doch schon beträchtlich davon entfernt ist ihr untertan sein zu wollen“ und ergänzt, dass es Moskau „sicherlich sehr angenehm [wäre], wenn es irgendwo in der Welt einen Winkel mit einer genügend geschützten Asyl- und Aktionsfreiheit gäbe, um die III. Internationale dorthin, ohne Prestigeminderung und den Schein des Zurückweichens übersiedeln zu lassen [...]“.⁷⁹¹

Das ursprünglich enge Zusammenwirken von Komintern- und Außenpolitik äußerste sich auch in personeller Hinsicht. Als treibende Kraft bei der Gründung der Komintern fungierte neben Lenin und Trockij auch Čičerin, der auch Delegierter des I. Kongresses war. Čičerin war seit dem Frühjahr 1918 Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten und somit für die sowjetrussische Diplomatie zuständig. Čičerin war Karl B. Radek gefolgt. Radek wiederum wechselte vom Außenkommissariat in die Führung der Komintern.

Die sowjetische Diplomatie und die Komintern blieben organisatorisch unabhängig voneinander. Somit konnten sie einander nicht unmittelbar gegenseitig diskreditieren. Die Komintern musste ihre „Glaubwürdigkeit“ gegenüber „dem Proletariat“ und den Kommunistischen Parteien bewahren; die sowjetische Diplomatie war den „klassischen“ Vertretungen verbunden. Seit der zweiten Hälfte der 1920er Jahre bildeten sich intensive Beziehungen zwischen Deutschland und der SU. Ab ca. 1935 wurden die Ziele der sowjetischen Diplomatie und die der Komintern gleichgesetzt, was die Auflösung der zunehmend als Störfaktor gesehenen Komintern bedeuten sollte.⁷⁹² Staat und Revolution als

⁷⁸⁹ Ebd., 320.

⁷⁹⁰ Vgl. Gärtner, KPÖ, 23f.

⁷⁹¹ Vgl. Haider, Österreichisch-sowjetische Beziehungen, 323.

⁷⁹² Vgl. Gärtner, KPÖ, 22.

einander entgegengesetzte Pole – dieser Gegensatz zeigt sich an dem widersprüchlichen Verhältnis zwischen Diplomatie und Komintern.

16.2. Die Strukturen der Komintern

So wie die politischen Phasen unterlagen auch die Strukturen des Apparats der Komintern einem ständigen Wandel. Kompetenzüberlagerungen, ein wenig transparentes Geflecht und sogar statutarisch gar nicht vorgesehene Gremien waren keine Seltenheit. Das oberste Gremium der Komintern sollte der einmal jährlich stattfindende Weltkongress sein. Tatsächlich sollten in den 24 Jahren des Bestehens der Komintern jedoch nur sieben Weltkongresse in den Jahren 1919 bis 1922, 1924, 1928 und 1935 stattfinden. Dazwischen wurde die Komintern vom „Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale“ (EKKI) und dem EKKI-Präsidium geleitet.⁷⁹³ Die Kongress-Delegierten wählten die Mitglieder des EKKI und diese wiederum das leitende EKKI-Präsidium. Das Präsidium wählte den Vorsitzenden. Die „Internationale Kontroll-Kommission“ (IKK) war das Kontrollorgan. Dem EKKI unterstanden sämtliche Abteilungen, darunter das Organisationsbüro (Orgbüro), das für die Entsendung der „Kominterndelegierten“ in die nationalen Sektionen zuständig war. Diese Delegierten sollten den Einfluss der Komintern in den Sektionen sicherstellen. Daneben gab es eine Agitprop-Abteilung, eine Kaderabteilung, eine militärische Abteilung, usw.⁷⁹⁴ Das EKKI hatte in Wirklichkeit eher dekorativen Charakter. Die Mitglieder waren meistens Parteiangehörige der nationalen Sektionen, die nach der Wahl Moskau wieder verließen. Die praktische Arbeit nahmen somit notgedrungen Sowjetrussen wahr, vor allem in der Aufbauphase des Apparats von 1921 bis 1923. Das unterbesetzte und kaum funktionsfähige EKKI beklagte immer wieder die mangelnde Bereitschaft westlicher EKKI-Mitarbeiter, in Moskau zu bleiben. Deshalb nahmen notgedrungen Sowjetrussen die leeren Stellen ein. Die Leitung appellierte an die Bruderparteien, Kader nach Moskau zu entsenden. Am ehesten blieben politisch Verfolgte aus osteuropäischen Ländern, in denen Kommunisten besonders scharf verfolgt wurden, in Moskau. Staatenlose bekamen die sowjetische Staatsbürgerschaft.⁷⁹⁵

Die nach dem krankheitsbedingten Ausscheiden Lenins 1923 anschließenden Parteikämpfe in der KPdSU hatten Auswirkungen auf die Komintern und die Kommunistischen Parteien. Von 1924 bis 1926, im Zuge der „Bolschewisierung“, wurden die personellen Besetzungen verschiedener ZKs direkt in Moskau von Kommissionen des Weltkongresses oder im Plenum

⁷⁹³ Vgl. Schumacher, *Kommunistische Internationale*, 25.

⁷⁹⁴ Vgl. Buber-Neumann, *Kriegsschauplätze*, 22f.

⁷⁹⁵ Vgl. Peter Huber, *Das Führungskorps der Komintern. Ein soziobiographischer Querschnitt, 195-246*. In: Buckmiller, Meschkat [Hrsg.], *Biographisches Handbuch*, 218.

beschlossen. Da die KPdSU großes Ansehen bei den Kommunistischen Parteien genoss, wurden die Eingriffe akzeptiert. Seit dem Jänner 1926 wurden die Besetzungen nicht mehr im Politbüro der KPdSU beschlossen, sondern in der neu geschaffenen „Delegation der sowjetrussischen KP“. Diese „sowjetrussische Delegation“ war in keinem Statut vorgesehen. Osip A. Pjatnickij war Vorsitzender der Budgetkommission des EKKI und Mitglied der sowjetischen Delegation. Deswegen konnte er seine Vorschläge gleich direkt in Beschlüsse der Komintern umwandeln. Im November 1926 wurde ein „Büro der Delegation“ geschaffen, das nur aus Stalin, Bucharin und Pjatnickij bestand.⁷⁹⁶

Von 1922 bis 1926 existierte das „Organisationsbüro des EKKI“ (Orgbüro), das in der Aufbauphase des Apparats eine wichtige Rolle spielte und dem 33 Mitglieder, die meisten von ihnen nur für kurze Zeit, angehörten. Es bestimmte die Mitarbeiter der Abteilungen und deren Zahl. Nur zwei waren von Beginn bis zum Schluss dabei – und sie prägten die Arbeit: Osip A. Pjatnickij und der Finne Otto W. Kuusinen.⁷⁹⁷ Während des EKKI-Plenums im Dezember 1926 bekamen Stalin und Bucharin die Vollmacht, „alle dringenden Fragen selbst zu entscheiden“. Im Dezember 1926 wurde das neue Politsekretariat geschaffen. Ab 1929 hatte sich die sowjetische Sektion faktisch in Stalins Büro aufgelöst. Clara Zetkin fasste es in einem Brief vom März 1928 an Jules Humbert-Droz so zusammen: Die Komintern habe sich „aus einem lebenden politischen Organismus in einen toten Mechanismus verwandelt [...] der auf der einen Seite Befehle in russischer Sprache einschluckt und sie auf der anderen Seite in verschiedenen Sprachen ausspuckt“. Eine weitere Überwachung erfolgte durch die vom NKVD durchdrungene „Spezialabteilung“, die nicht nur in der KPdSU, sondern auch in der Komintern ein Überwachungsnetz aufbaute. 1930 wurde sie in die Komintern eingebaut und ging 1932 in der Kaderabteilung des EKKI auf.⁷⁹⁸ 1931 tauchten noch zwei weitere Gremien auf, die später ebenfalls in der Kaderabteilung aufgingen; die „Kadersektion der Organisationsabteilung“ und die „Unterabteilung für vertraulichen Arbeitsdienst“. Ein drittes Gremium war die Parteiorganisation der KPdSU (Partorg). Diese spezialisierte sich auf Disziplinierungs- und Entlarvungsfunktionen. Sie überprüften die Bewerbungen um die Mitarbeit im EKKI. Im Lauf der Zeit spitzte sich die Repression immer mehr zu. Seit 1927 wurden Parteioppositionelle zur Verbannung verurteilt. Die ersten Säuberungen des EKKI fanden im September 1929 statt und betrafen nur KPdSU-Mitglieder. Die Säuberungen von 1933 erfassten nun alle Parteimitglieder. Dabei wurden noch wenige Personen sanktioniert. Ab Jänner 1936 geriet der gesamte EKKI-Apparat ins Visier.⁷⁹⁹ Grund der zunehmenden Repressionen war die Angst bzw. Paranoia vor Spionage, Sabotage und dem Einsickern von

⁷⁹⁶ Ebd., 197.

⁷⁹⁷ Ebd., 200.

⁷⁹⁸ Ebd., 198.

⁷⁹⁹ Ebd., 199.

„Feinden“.⁸⁰⁰ Mitte der 1930er Jahre erreichten die stalinistischen „Säuberungen“ in den Spitzen der KPdSU einen ersten Höhepunkt, dem auch die ehemaligen Vorsitzenden der Komintern, Zinov`ev und Bucharin zum Opfer fielen.

Eine Ebene unter dem „Orgbüro des EKKI“ war das „EKKI-Sekretariat“ bzw. „Politsekretariat“ angesiedelt. Die EKKI-Sekretäre wurden vom EKKI gewählt und sollten die beschlossene Politik in die Praxis umsetzen. Von 1921 bis 1943 gab es 78 Sekretäre; die meisten waren aus der Sowjetunion und die ausländischen Sekretäre waren meistens nur für ein paar Monate anwesend. Wegen permanenter Arbeitsüberlastung delegierte das EKKI-Sekretariat Kompetenzen an die „Kleine“ bzw. „Enge Kommission“ und die „Ständige Kommission“. Diese ebenfalls mit Personalfragen befassten Gremien existierten von 1926 bis 1935. Die von 1929 bis 1935 existierende „Politkommission des EKKI-Politsekretariats“ war kleiner und umfassten 13 Mitglieder, wovon vier den Ton angaben: Osip A. Pjatnickij, Otto W. Kuusinen, Dmitri Manuilski und Wilhelm Pieck. Seit 1921 existierte die „Internationale Kontrollkommission“ (IKK). Ihr gehörten 51 Mitglieder an.⁸⁰¹ Daneben gab es die „Leiter der Komintern-Abteilungen“, die sowohl politische als auch technische Abteilungen umfassten und die „Leiter der Ländersekretariate“. Weiters gab es „Offizielle KP-Vertreter beim EKKI“, die nicht mit den gewählten EKKI-Mitgliedern zu verwechseln sind.⁸⁰² Johann Kopenlig gehörte dem EKKI von 1928 bis zur Auflösung 1943 an.⁸⁰³

16.3. Die personelle Stärke des Apparats

Anfang 1920 waren 856 Leute für den Apparat des EKKI in Moskau und Petrograd tätig. Nach finanziell bedingten Kürzungen waren es im Frühjahr nur mehr 572 Personen. Der Apparat der Komintern hatte neben Moskau, auch Außenstellen in Petrograd (ab 1924 in Leningrad umbenannt) und im sibirischen Irkutsk. Mitte 1926 hatte die Geschäftsleitung des EKKI 97 festangestellte Mitarbeiter. Hugo Eberlein, der mit der Reorganisation der Komintern beauftragt war, nennt im April 1922 596 Angestellte im „Zentralbetrieb Moskau“ und 111 in Petrograd.⁸⁰⁴ Die Mitarbeiterzahl ist von der jeweiligen Zuordnung abhängig. 1931 verfügte der Apparat über 447 und 1933 über 666 Mitarbeiter. Im August 1939 waren es 591 und im März 1940 513 Mitarbeiter. Viele der Mitarbeiter, wahrscheinlich die Hälfte, gehörten der „sowjetischen Sektion“ an. Die sowjetischen Stellen bauten ihre ursprünglich revolutionäre

⁸⁰⁰ Vgl. Wolfgang Ruge, Stalinismus - Versuch einer Begriffserklärung, 11-21. In: Wolfgang Neugebauer [Hrsg.], Von der Utopie zum Terror. Stalinismus-Analysen, 13ff.

⁸⁰¹ Vgl. Huber, Führungskorps, 195-246. In: Buckmiller, Meschkat [Hrsg.], Biographisches Handbuch, 201.

⁸⁰² Ebd., 202.

⁸⁰³ Vgl. Historische Kommission beim ZK der KPÖ [Hrsg.], KPÖ, 92.

⁸⁰⁴ Vgl. Olaf Kirchner, Die „sowjetische Sektion“ in der Komintern. Versuch einer empirischen Profilbestimmung, 247-286. In: Buckmiller, Meschkat [Hrsg.], Biographisches Handbuch, 249.

Funktion sukzessive in eine staatliche Funktion um.⁸⁰⁵ Die Komintern wurde immer mehr ein Teil des Sowjetstaats. Die KPR (B) bzw. die KPdSU (B) war als eigenständige Partei in der Komintern nicht präsent. Es gab kein eigenes Ländersekretariat, keine eigenen Abteilungen (mit ein paar kleinen Ausnahmen) für die Sowjetunion. 1926 bestand für ein Jahr ein „Sektionssekretariat für die Sowjetunion“ unter der Leitung von Pjatnickij. Es gab zwar einzelne sowjetische Grundorganisationen in der Komintern; diese dürfen aber nicht mit der „Russischen Delegation im EKKI“, der die sowjetischen Leitungskader angehörten, verwechselt werden.⁸⁰⁶

Das Archiv der Komintern lagert im „Russischen Staatsarchiv für sozialpolitische Geschichte“ (RGASPI) in Moskau.⁸⁰⁷ Der von der Kominternforschung gesichtete Österreich-Bestand des Archivs umfasst 2438 gesichtete Personalien, davon haben 596 einen erwiesenen Bezug zur Komintern.⁸⁰⁸ Die KPÖ war mit der KPR bzw. der KPdSU stärker verflochten, als andere Kommunistische Parteien. Von den 596 Personen des Österreich-Bestands mit Kominternbezug hatten 563 eine österreichische Staatsangehörigkeit. Bei einigen war die Staatsangehörigkeit nicht ermittelbar.⁸⁰⁹ 112 Österreicher und Österreicherinnen wurden als Parteianghörige der „bolschewistischen Partei“ geführt und hatten demnach die sowjetische Staatsbürgerschaft erhalten.⁸¹⁰

16.4. Die Rolle der KPÖ in der Komintern

Aufgrund der Kleinheit und der Erfolglosigkeit der KPÖ war das Ansehen ihrer Mitglieder in der Komintern gering. Das drückte sich auch in der geringen finanziellen Unterstützung durch Moskau aus. Bei einer im Frühjahr 1925 durchgeführten Polizeirazzia im Parteisekretariat der KPÖ in Wien offenbarte sich der zerrüttete Zustand der Partei, den die Ermittlungsbehörden mittels eines Berichts allen ausländischen Gesandtschaften, bis auf Moskau und Genf, mitteilten. Die KPÖ war keineswegs eine „Bolschewikenzentrale“, von der Gefahr ausging, da sich die Propagandaleitstelle nicht in Wien, sondern in Moskau befand. Die Verbindung der KPÖ mit der sowjetischen Gesandtschaft wurde als „geradezu kümmerlich“ bezeichnet. Die direkt aus Moskau kommenden Geldmittel betrug lediglich 100 Dollar pro Monat.⁸¹¹ Die Unterstützung durch die Sowjetgesandtschaft beschränkte sich auf in Bedrängnis geratene Genossinnen und Genossen. Im Parteisekretariat konnte kein

⁸⁰⁵ Ebd., 250.

⁸⁰⁶ Ebd., 251.

⁸⁰⁷ Ebd., 247.

⁸⁰⁸ Ebd., 254.

⁸⁰⁹ Ebd., 262.

⁸¹⁰ Ebd., 259.

⁸¹¹ Vgl. Haider, Österreichisch-sowjetische Beziehungen, 347.

einziges Schriftstück gefunden werden, das von Wien ausgehende, länderübergreifende Aktionen bewiesen hätte. Wien war nur eine Durchgangsstation für Emissäre und Agenten, die die Exterritorialität der sowjetischen Gesandtschaft nutzten. Um das sowjetische Modell zu bewerben, wurden 1926 Arbeiterdelegationen in die UdSSR entsandt, die aber ebenfalls wenig Eindruck hinterließen. Der österreichische Gesandte berichtete im April 1926 vom geringen Interesse der sowjetischen Bevölkerung an den Besuchsreisenden aus Österreich, das regelmäßig mit Australien verwechselt wurde. In Minsk wurde eine österreichische Reisegruppe als Ozeanfahrer gefeiert.⁸¹² Nach einer neuerlichen Attacke der Sowjetunion gegen die SDAP, ausgelöst durch das Verbot einer Sowjetreise durch die österreichische Regierung, meldete Pohl am 21. Juli 1925 aus Moskau, die „Aussichtslosigkeit der österreichischen Kommunistischen Partei, die wegen ihrer geistigen Armut und ihrer inneren Zerfahrenheit im Komintern längst jede Beachtung verloren hat [...]“.⁸¹³

16.5. Die leitenden Kader

Von 1919 bis 1943 gab es ca. 576 Leitungskader, davon waren nur 24 Frauen. Eine „Frau der ersten Stunde“ war Angelica Balabanova, die nur kurz und als einzige Frau in der Leitung war. Ab 1920 spielten Clara Zetkin und später Dolores Ibarruri, sowie Elena D. Stasova bedeutende Rollen in der Komintern.⁸¹⁴ Am 20. November 1920 konstituierte sich das Frauensekretariat des EKKI.⁸¹⁵ Ruth Fischer (Elfriede Friedländer), die KPÖ-Mitbegründerin, war von 1924 bis 1926 Kandidatin des EKKI und des Präsidiums. Fischers Karriere in der Komintern endete mit dem Sturz Zinow`evs 1926.⁸¹⁶

In der kommunistischen Bewegung waren überdurchschnittlich viele Personen jüdischer Herkunft vertreten. Dabei handelte es sich oft – aber nicht ausschließlich - um assimilierte Juden und Jüdinnen, für die die Religion nichts (mehr) bedeutete. Die Arbeiterbewegung war, jedenfalls vom Programm her, nicht antisemitisch und versprach die Aufhebung der Judenfeindschaft durch Assimilation, Emanzipation und Sozialismus.⁸¹⁷ Prinzipiell und unzweideutig wie keine andere nichtjüdische Gruppierung bekämpfte die SDAPR (B) den Antisemitismus. Diese klare Ablehnung unterschied sie von den anderen linken Gruppen, wie den Sozialrevolutionären und den Anarchisten. Lenin trat entschiedener für die rechtliche Gleichstellung der Juden ein, als die Liberalen, wobei er keineswegs den Antisemitismus in

⁸¹² Ebd., 348.

⁸¹³ Zitiert nach Haider, Österreichisch-sowjetische Beziehungen, 349.

⁸¹⁴ Vgl. Huber, Führungskorps, 195-246. In: Buckmiller, Meschkat [Hrsg.], Biographisches Handbuch, 203.

⁸¹⁵ Vgl. Schneider, Feminismen, 54.

⁸¹⁶ Vgl. Huber, Führungskorps, 195-246. In: Buckmiller, Meschkat [Hrsg.], Biographisches Handbuch, 204.

⁸¹⁷ Vgl. Haury, Antisemitismus, 188ff.

der Arbeiterbewegung und selbst in der SDAPR leugnete.⁸¹⁸ Nach der Oktoberrevolution wurde der Antisemitismus praktisch bekämpft. Am 27. Juli 1918 veröffentlichte die „Izvestija“ eine Aufforderung des Rats der Volkskommissare, „um den Antisemitismus an der Wurzel auszurotten.“ Lenin fügte den letzten Absatz hinzu, in dem „angeordnet [wird], die Pogromisten und Initiatoren von Pogromen für vogelfrei zu erklären.“ Antisemitismus wurde in der Sowjetunion bis in die 1930er Jahre streng geahndet.⁸¹⁹ Im März 1919 ließ Lenin acht Erklärungen an die Bevölkerung – wegen der hohen Analphabetenrate - auf Schallplatte aufnehmen, wobei sich die achte Erklärung gegen den im Bürgerkrieg besonders wütenden Antisemitismus richtete.⁸²⁰

Im Durchschnitt waren 19% der leitenden Komintern-Kader jüdischer Herkunft; deutsche und österreichische Kader zu je 18%. Die ungarischen Leitungskader waren zu 50%, die sowjetrussischen zu 42,6% und diejenigen der USA zu 42,8% jüdischer Herkunft. Die KP der USA bestand zu einem Großteil aus Emigranten aus dem Zarenreich.⁸²¹

Von den 576 (bzw. 577) Leitungskader in den Jahren von 1919 bis 1943 waren 11 Österreicher.⁸²² Der Historiker Peter Huber grenzt die Leitungskader auf engere Leitungskader ein. Dazu zählt er Personen, die mindestens einem der Sekretariate bzw. der Kommissionen angehörten. So ermittelt Huber 109 Personen.⁸²³ Richard Schüller, von 1922 bis 1928 Vertreter der KJI bei der Komintern, zählte zu den führenden Personen der Komintern.⁸²⁴ Schüller war der ranghöchste österreichische Kommunist in der Komintern. Die wichtigsten Entscheidungsträger der ersten Jahre waren neben den schon erwähnten Kuusinen, Pjatnickij, Pieck und Manuilski noch Jules Humbert-Droz, Rákosi und Kolarov. Bedeutende Nebenrollen spielten Unszlicht, Raskolnikov, Zetkin und Schüller.⁸²⁵

16.6. Aktivitäten der Komintern in Deutschland und Österreich

Am 14. April 1919 beschloss das EKKI die Errichtung von Auslandsfilialen, um die Verbindung des isolierten Sowjetrussland mit Westeuropa herzustellen. Nach dem Ende der bayrischen und ungarischen Räterepubliken gewannen die Filialen an Bedeutung.⁸²⁶ Die Aktivitäten der Komintern konzentrierten sich vor allem auf Deutschland wo der

⁸¹⁸ Ebd., 212.

⁸¹⁹ Vgl. Léon Poliakov, Vom Antizionismus zum Antisemitismus, 44.

⁸²⁰ Ebd., 37.

⁸²¹ Vgl. Huber, Führungskorps, 195-246. In: Buckmiller, Meschkat [Hrsg.], Biographisches Handbuch, 221.

⁸²² Ebd., 217.

⁸²³ Ebd., 223.

⁸²⁴ Ebd., 225.

⁸²⁵ Ebd., 226.

⁸²⁶ Vgl. Moritz, Leidinger, Standort, 32-63. In: JHKF 2004, 34.

geheimnisumwitterte Jakob Reich (Tarnname „Thomas“) in Berlin das „Westeuropäische Sekretariat“ (WES) der Komintern aufbaute. Die Einflussnahme der Komintern beschränkte sich im ersten Jahr auf Propagandatätigkeit mittels Aufrufen und die Übersetzung und Verbreitung der Schriften sowjetrussischer Funktionäre sowie die Verbreitung des Zentralorgans „Die Kommunistische Internationale“. Stellungnahmen zu aktuellen Tagesthemen waren aufgrund der Isolierung Sowjetrusslands praktisch nicht möglich.⁸²⁷ Daneben existierte ein Büro in Amsterdam, das aber bereits im April 1920 wegen polizeilicher Repression aufgelöst werden musste. Da es nicht einmal Telefonverbindungen mit Moskau gab, wurde der Kontakt mit Kurieren aufrechterhalten.⁸²⁸ Über das Berliner Büro flossen hohe Geldbeträge an die Kommunistischen Parteien.

Nachdem Reichstagsabgeordnete der KPD aus dem Reichstag ausgeschieden und ihre Immunität erloschen war, versuchten sie sich nach Österreich abzusetzen, um der Verfolgung durch den deutschen Staat zu entgehen.⁸²⁹

16.7. Agenturen der Komintern in Österreich

In Wien waren wichtige Organe der Komintern, wie die „Kommunistische Balkanföderation“ (KBF) oder das schon erwähnte Westeuropäische Sekretariat (WES) untergebracht. Mehrere illegale Kommunistische Parteien Südosteuropas hatten sich in Wien illegal niedergelassen und produzierten hier ihre Zeitungen. Die Emigranten unterhielten Kontakte zur KPÖ. Die KPÖ leitete die „Rote Hilfe“, eine Hilfsorganisation für verfolgte Linke und Kommunisten. Auch Teile der Sozialdemokratie unterstützten die Solidaritätsaktionen.⁸³⁰

Nach dem I. Kominternkongress wurde Steinhardt die Organisation eines Wiener Büros des EKKI übertragen. Über Wien sollte der Kontakt zwischen Moskau und dem Balkan laufen. Die Finanzierung blieb aber aus. Steinhardt wurde jedoch auf der Rückreise gefangen genommen und kam erst im Jänner 1920 nach Österreich zurück. Deshalb initiierte das WES das Wiener „Südostbüro“ (SOB), das unmittelbar der Komintern unterstellt wurde. Gegründet wurde es Anfang 1920 vom Vertrauten Radeks, Józef Rotstadt (nach anderen Angaben: Rotstein), genannt „Krasny“. Von Wien aus sollten Ungarn, Rumänien, Polen, Bulgarien, Jugoslawien, die Tschechoslowakei, sowie Italien und die Schweiz betreut werden.⁸³¹ Das

⁸²⁷ Vgl. Marie-Luise Goldbach, Karl Radek und die deutsch-sowjetischen Beziehungen 1918-1923, 36f.

⁸²⁸ Vgl. Moritz, Leidinger, Standort, 32-63. In: JHKF 2004, 35.

⁸²⁹ Ebd., 37.

⁸³⁰ Vgl. Steiner, Kommunistische Partei, 317-329. In: Weinzierl, Skalník [Hrsg.], Österreich 1918-1938, 319.

⁸³¹ Vgl. Moritz, Leidinger, Standort, 32-63. In: JHKF 2004, 38.

WES forderte die Unterstellung des SOB unter Berlin. Béla Kun (Tarnnamen „Dietrich“ bzw. „Philipp“) übernahm 1921 das SOB.⁸³²

Auch die Kommunistische Jugendinternationale (KJI) unterhielt in Wien ein Untersekretariat für Südosteuropa. Initiiert wurde das Büro vom jungen Richard Schüller, einem Mitbegründer des österreichischen KJV und der Kommunistischen Jugendinternationale (KJI). Der am 30. Juni 1901 in Wien geborene Schüller beteiligte sich bereits 1919 an der Verteidigung Räteungarns. Vom Juni 1919 bis zum Juni 1921 war Schüller verantwortlicher Sekretär des ZK des KJV und der Leiter des Wiener Büros der KJI. Schüller war Delegierter aller Weltkongresse der Jugendinternationale, einschließlich bis zum V. Kongress im Jahre 1928. 1921 wurde er ins Exekutivkomitee der KJI gewählt und von 1922 bis 1928 war er einer der Sekretäre. Als Vertreter der Jugendinternationale nahm er am III., IV., V. und VI. Weltkongress der Komintern teil. Er war bereits Delegierter des II. Komintern-Kongresses 1920, kam aber zum Kongress zu spät, weil er in Bayern verhaftet worden war. Auf dem IV. Weltkongress der Komintern wurde er als Vertreter der KJI Mitglied des EKKI. Vom 6. Dezember 1922 bis zum Sommer 1923 und vom 8. Juli 1924 bis zum 5. Juli 1926 war er Mitglied des Organisationsbüros des EKKI, in das er im Februar 1928 erneut gewählt wurde. Von Dezember 1928 bis zum ihrem Verbot am 31. Juli 1933 war er verantwortlicher Redakteur der „Roten Fahne“. Vom Februar 1929 bis zum 26. Jänner 1934 war er Mitglied des ZK der KPÖ.⁸³³

Anfang 1920 wurde in Sofia die Kommunistische Balkan-Föderation (KBF) und ein „Balkanbüro“ gegründet, das zu Kompetenzstreitigkeiten mit Wien führte.⁸³⁴ Vom 24. bis zum 28. Februar 1921 tagte in Wien eine Konferenz der KBF, in der die Rolle des SOB bestritten wurde. Die vom SOB herausgegebene Zeitschrift „Kommunismus“, die sich thematisch auf den Balkan konzentrierte, wurde nach zweijährigem Bestehen wieder eingestellt. Der Chef der „Abteilung für internationale Beziehungen“ (OMS) des EKKI, Pjatnickij, reiste nach Österreich, um Wien als Standort der Komintern zu sichern.⁸³⁵ Der Wiener EKKI-Vertreter Aleksandr E. Abramovič (Tarnname: „Albrecht“) war für die Publizistik der OMS zuständig. Er arbeitete seit 1919 in Wien und war von 1922 bis 1924 für die Balkanföderation tätig.⁸³⁶

Pjatnickij und der EKKI-Sekretär Mátyás Rákosi planten im Juni 1921 den Ausbau des Wiener OMS-Standorts. Die Wiener Agentur wurde von der Berliner Agentur unterstützt. Dort hatte die Sowjetrussin Elena D. Stasova (Tarnname: „Hertha“) die konspirative Arbeit

⁸³² Ebd., 39.

⁸³³ Vgl. Tutotschkin, Mentalität, 170-191. In: Buckmiller, Meschkat [Hrsg.], Biographisches Handbuch, 176.

⁸³⁴ Vgl. Moritz, Leidinger, Standort, 32-63. In: JHKF 2004, 40.

⁸³⁵ Ebd., 41.

⁸³⁶ Vgl. Huber, Führungskorps, 195-246. In: Buckmiller, Meschkat [Hrsg.], Biographisches Handbuch, 242.

aufgenommen. Am 14. September 1921 meldete der hochrangige Komintern-Vertreter Béla Szántó, die Einrichtung der Wiener OMS-Abteilung. Am 8. März 1922 löste das EKKI-Präsidium das SOB formell auf. Das OMS stützte sich auf die diplomatischen Vertreter. Daneben wurden weitere Organisationen eingerichtet. Die im Dezember 1920 geschaffene „Auslandsabteilung“ der Čeka (INO), ging ebenfalls eine enge Verbindung mit der sowjetrussischen diplomatischen Vertretung ein. In Wien konzentrierte sich die INO auf die Infiltrierung der „weißen“ Emigrantengemeinde aus Russland. Von Juli 1920 bis zum März 1922 leitete der Pole Mieczysław Bronski-Warszawski die sowjetrussische Kriegsgefangenenkommission.⁸³⁷

Mit sowjetrussischer finanzieller Unterstützung gründete der Ungarnflüchtling Sándor Radó im Juli 1920 in Wien die „Russische Telegrafagentur“ (ROSTA), da der Funkverkehr die einzige Verbindung zwischen den beiden Ländern war. Geleitet wurde die ROSTA von dem Russen Konstantin Umanskij, dem späteren Sowjetbotschafter in den USA, der bis dahin in der Presseabteilung des österreichischen Außenamtes für die Übersetzung der russischen Funksprüche zuständig gewesen war. Gerhart Eisler, György Lukács und der „rote Graf“, der in russischer Kriegsgefangenschaft zum Kommunisten gewandelte Adelige Franz X. Schaffgotsch gehörten zum Mitarbeiterstab. Radó holte sich die Originaltelegramme direkt vom Leiter der am Ballhausplatz residierenden Radiostation. Die ROSTA sorgte für die Verbreitung der Nachrichten und lieferte Instruktionen für Diplomaten und Komintern-Mitarbeiter. Über die ROSTA gelangten auch sowjetrussische Zeitungen und Schallplatten mit Reden Lenins, die vervielfältigt und verbreitet wurden, über schwierige Wege von Murmansk über Norwegen nach Wien. Otto Pohl unterstützte die Arbeit der Agentur.⁸³⁸ Im März 1921 berichtete die Bundespolizeidirektion (BPD), dass sich in Wien ausländische Kommunistische Parteien niedergelassen haben und dass die ROSTA „als Zentralnachrichtenagentur für die Gebiete außerhalb Sowjetrusslands arbeitet. [...]“. Die ROSTA spielte für den Informationsaustausch zwischen Moskau und Europa für kurze Zeit eine zentrale Rolle. Weiter heißt es: „Zur Vorbereitung von politischen Kommissären und Agitatoren wurden in Wien auch Schulen organisiert, deren Standorte häufig gewechselt werden. [...]. Der Kommunismus ist still geworden in Wien, aber er ist nicht tot. Sein unterirdisches Graben und Bohren geht weiter.“⁸³⁹ Als die österreichische Polizei im April 1922 auf die ROSTA richtig aufmerksam wurde, war deren „Blütezeit“ schon vorbei.

⁸³⁷ Vgl. Moritz, Leidinger, Standort, 32-63. In: JHKF 2004, 42.

⁸³⁸ Vgl. Haider, Österreichisch-sowjetische Beziehungen, 55ff.

⁸³⁹ Vgl. Icha, Propaganda, 196.

16.8. Der II. Weltkongress der Komintern

Als der II. Kongress am 19. Juli 1920 in Moskau zusammentrat, waren die Hoffnungen Lenins und der Bolschewiki nicht aufgegangen. Die Räterepubliken außerhalb Sowjetrusslands waren blutig und unter tatkräftiger Mithilfe der Sozialdemokratie niedergeschlagen worden. Die Mehrheit des Proletariats Europas gehörte reformistischen oder zentristischen Parteien an.

Die anwesenden 217 Delegierten vertraten 152 kommunistische Parteien und Organisationen. Die KPR (B) stellte 69 Delegierte. Das Bild der Komintern hatte sich gewandelt. Sie erschien gefestigter und größer und vermittelte 1920 weniger den Eindruck einer Sammlung von revolutionären Romantikern, die sich um die KPR (B) gesammelt hatten. Nun gab es auch außerhalb Russlands revolutionäre Massenbewegungen.⁸⁴⁰ Die KPDÖ war mit drei Delegierten, Steinhardt, Toman, Ströhmer, vertreten.⁸⁴¹ Die Geschichtsschreibung der Komintern beginnt eigentlich erst mit dem II. Weltkongress, da es 1919 „nicht gelungen war, wirklich repräsentative Delegierte zur Anreise zu bewegen“.⁸⁴² Zinow`ev eröffnete den Kongress und verkündete: „Heute haben wir das volle Recht zu erklären, daß die Zweite Internationale von der Kommunistischen Internationale aufs Haupt geschlagen worden ist.“ Lenin musste eingestehen, dass die Mehrheit des europäischen Proletariats in den Sozialdemokratischen Parteien und den von diesen dominierten Gewerkschaften organisiert ist, bzw. „unter dem Joch der Arbeiteraristokratie und der Opportunisten“ stünde. Diese sozialdemokratischen Massen sollten den SP-Führungen abgeworben werden. Die Delegierten waren überzeugt, dass „die Epoche des unmittelbaren Kampfes um die kommunistische Revolution angebrochen“ sei. Einige Wochen vor Kongressbeginn war Lenins Schrift „Der `linke Radikalismus`, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ erschienen, in der die „Ultralinken“; die Putschbefürworter und die Parlamentsverweigerer kritisiert wurden. Die Statuten, in denen es unter anderem heißt, dass die Komintern „mit allen Mitteln, auch mit den Waffen in der Hand, für den Sturz der internationalen Bourgeoisie und für die Schaffung einer internationalen Sowjetrepublik“ kämpfen wird, wurden einstimmig beschlossen. Die „Diktatur des Proletariats“ sei „das einzige Mittel, um die Menschheit von den Greueln des Kapitalismus zu befreien.“⁸⁴³ Folgerichtig wurde der Föderalismus der II. Internationale verworfen.

⁸⁴⁰ Vgl. Braunthal, Internationale, 187.

⁸⁴¹ Vgl. Hautmann, Rätebewegung, 625.

⁸⁴² Vgl. Hedeler, Vatlin, Fotografie, 1-8. In: JHKF 2008, 6.

⁸⁴³ Vgl. Braunthal, Internationale, 188.

Nachdem die Revolutionsversuche im ersten Anlauf 1918/19 gescheitert waren, setzte seit 1920 ein Hegemoniestreben der KPR ein, um der kommunistischen Bewegung eine feste Basis zu verschaffen. Die Komintern müsse „wirklich und in der Tat eine einheitliche kommunistische Partei der ganzen Welt darstellen.“ Die der Komintern angeschlossenen Parteien „erscheinen nur als ihre Sektionen.“ Die Komintern brauche „eiserne Disziplin und eine zentralistische Organisation.“ Das EKKI sollte als „Generalstab“ und die einzelnen Parteien als „Divisionen“ der Revolution fungieren. Die Weisungen des EKKI hatten bindenden Charakter. Die Führung der Komintern bekam auch das Recht, in die einzelnen Parteien einzugreifen und das Führungspersonal auszuwechseln. Das EKKI war ferner berechtigt, in verschiedenen Ländern technische und andere Hilfsbüros einzurichten. Das EKKI war nur dem Weltkongress verantwortlich. Die Statuten übertrugen „die Hauptarbeit des EKKI der Partei des Landes“, in dem es seinen Sitz hatte. So war von Anfang an der Einfluss der KPR (B) gesichert. Die sowjetrussische Delegation im EKKI bekam 5 Delegierte. KPD-Chef Paul Levi beantragte, den Sitz des Sekretariats der Komintern nach Deutschland zu verlegen, um den sowjetrussischen Einfluss zu bremsen. Der niederländische Delegierte David Wijnkoop wollte den Sitz entweder nach Italien oder nach Norwegen verlegen. Wijnkoop kritisierte, dass der Kongress anstatt eines internationalen EKs „in Wirklichkeit ein erweitertes russisches“ bilden würde.⁸⁴⁴ Doch wurde seit der Gründung der Komintern die sowjetrussische Hegemonie von vielen Parteien und Personen anerkannt und auch gefordert. Sadoul meinte, dass Russisch die Sprache des internationalen Kommunismus sein werde und Steinhardt sah 1919 durch den Bolschewismus eine neue Epoche der Weltgeschichte eröffnet. Es kam zu regelrechten Liebeserklärungen gegenüber der KPR. Nur die KPR selbst sah sich bis 1920 in keiner Vorreiter- bzw. Musterrolle. Seit dem II. Weltkongress ging die KPR aber dazu über, dass „die Arbeiterklasse der ganzen Welt der russischen folgen“ solle, da das bolschewistische Modell als Erfolg versprechend angesehen wurde.⁸⁴⁵ Kritiker der sowjetrussischen Hegemonie - neben Levi und Wijnkoop exponierten sich der KPD-Chef August Thalheimer und der erste KPI-Chef Amadeo Bordiga – hatten bis 1926 Platz in der Komintern.⁸⁴⁶ Die jugoslawische KP verwendete 1920 erstmals die Floskel vom „ersten Vaterland des internationalen Proletariats“, erntete damit aber noch keinen Widerhall. Es ist nicht klar, ob es sich dabei um eine Polemik gegen die Ideologie des Nationalstaats handelte.⁸⁴⁷ In offiziellen Dokumenten der Komintern taucht die Bezeichnung

⁸⁴⁴ Ebd., 189.

⁸⁴⁵ Vgl. Jerzy Holzer, Das einzige Vaterland des Proletariats – die Sowjetunion: Ob gut oder schlecht, sie ist mein Land!, 24-31. In: JHKF 2008, 24.

⁸⁴⁶ Ebd., 26.

⁸⁴⁷ Ebd., 25.

„Vaterland des Proletariats“ erst im Mai 1927 auf.⁸⁴⁸ Mit der Umorientierung der Komintern auf die Volksfront-Politik sollte die Formel 1935 wieder verschwinden.⁸⁴⁹

16.8.2. Strenge Aufnahmebedingungen und Herausbildung des Apparats

Auf dem II. Weltkongress wurden auch die „21 Bedingungen“ erlassen, die die strengen Kriterien der Aufnahme in die Komintern regeln sollten. Darin wurde unter anderem, regelmäßige Überprüfungen der politischen Zuverlässigkeit der Parteimitglieder gefordert und wenn diese nicht mehr gegeben wäre, sollten „Reinigungen“ durchgeführt werden. Dadurch wollte die Komintern das Einsickern „kleinbürgerlicher und „zentristischer“, d.h. kautskyanischer bzw. austromarxistischer Positionen verhindern.⁸⁵⁰ Auf dem II. Weltkongress wurden auch Fragen der materiellen Unterstützung geregelt. Die KPR übernahm nicht nur die Hauptlast der finanziellen Kosten der Komintern, sondern finanzierte auch die einzelnen Kommunistischen Parteien. In seiner Schlussrede am II. Weltkongress erklärte Zinov`ev: „Wir wünschen unseren Genossen Mut zu diesem Kampfe und wir bitten sie, in den schweren Augenblicken daran zu denken, daß die Sowjetrepublik bereit ist, alles, was sie besitzt, mit ihnen zu teilen. Die Kommunistische Partei Russlands hält es für ihre Ehrenpflicht, allen Brüderparteien mit allem, was sie hat, zu Hilfe zu kommen.“⁸⁵¹

Die einzelnen Parteien sollten möglichst schnell ihre Programme im Sinne der Komintern ändern und vom EKKI absegnen lassen. Der Parteiname wurde verbindlich auf die Bezeichnung „Kommunistische Partei. Sektion der III. Internationale“ festgelegt. Die Parteien wurden verpflichtet, parallel dazu illegale Organisationen aufzubauen. Weiters sollte ein „hartnäckiger Kampf gegen die `Amsterdamer Internationale´ der gelben Gewerkschaftsverbände“ geführt werden und als Alternative dazu, die „Rote Gewerkschaftsinternationale“ (RGI) aufgebaut werden.⁸⁵² Die Amsterdamer Organisation war ein sozialdemokratischer Gewerkschaftsdachverband.

Die Fragen der Gewerkschaftsarbeit spielten auf dem II. Weltkongress eine zentrale Rolle, da intensiv beraten wurde, wie Millionen Gewerkschaftsmitglieder gewonnen werden könnten. Dafür wurde die Gründung der RGI beschlossen und eingeleitet. Geleitet wurde die 1921, während des III. Weltkongresses der Komintern gegründete RGI, von dem sowjetrussischen Gewerkschaftern Michail P. Tomskij und dem Sekretär Solomon A.

⁸⁴⁸ Ebd., 27.

⁸⁴⁹ Ebd., 28.

⁸⁵⁰ Vgl. Braunthal, Internationale, 190.

⁸⁵¹ Vgl. Holzer, Vaterland, 24-31. In: JHKF 2008, 31.

⁸⁵² Vgl. Braunthal, Internationale, 191.

Lozovskij.⁸⁵³ Koritschoner wurde ein enger Mitarbeiter Lozovskijs. Es gab heftige Widersprüche, weil einige generell eine revolutionäre Fähigkeit der Gewerkschaften bestritten. Die praktische Gewerkschaftsarbeit habe gezeigt, dass dadurch „nichts für den Kommunismus und die Revolution erzielt werden kann“.⁸⁵⁴

Die strengen 21 Bedingungen verlangten den sicheren Ausschluss der „Zentristen.“ Vom Ausschluss bedroht waren somit bekannte Parteiführer wie Filippo Turati aus Italien, Kautsky und Hilferding (USPD) aus Deutschland, Longuet aus Frankreich. Die Delegierten der italienischen, der französischen SP und der USPD wehrten sich dagegen. Zinov`ev, vom Sieg der Komintern überzeugt, meinte nur: „Wir fordern Reinigung [...]. Und das werden wir erreichen [...]. Wie es dem Kamel nicht leicht ist, durch das Nadelöhr zu gehen, so wird es auch den Anhängern des Zentrums nicht leicht sein, durch die einundzwanzig Bedingungen durchzuschlüpfen.“ Die USPD lehnte außerdem den Bürgerkrieg ab. Mit dieser Forderung meinte sie, suche die Komintern „eine spezifisch russische Form der Diktatur des Proletariats zum Grundgesetz für das internationale Proletariat“ zu erheben.

16.9. Die Beziehungen zwischen Sowjetrußland und Österreich

Seit Anfang November 1918 betrachtete Sowjetrußland nur noch den Austrosowjet als legitime Vertretung der österreichischen Staatsbürger. Einen Tag nach der Ausrufung der Republik, am 13. November 1918, hatte Sowjetrußland den Friedensvertrag von Brest-Litovsk annulliert, da man durch den Zusammenbruch der Monarchie eine sozialistische Revolution herannahen sah.⁸⁵⁵ Der Erhalt der territorialen Einheit der ehemaligen Monarchie, war nach Ansicht Moskaus, vorteilhafter für die Revolutionierung des Balkans, die von Wien ausgehen sollte. Diese Sichtweise herrschte bis Anfang 1920 vor.⁸⁵⁶ Von 1920 an stand Sowjetrußland einem Anschluss Österreichs an Deutschland positiv gegenüber. Mit Deutschland pflegte es gute Kontakte und die Konflikte zwischen den osteuropäischen Staaten wollte Sowjetrußland am Köcheln halten, da man im Falle einer Einigung eine antisowjetische Formation und eine neuerliche Intervention befürchtete. Nachdem sich Deutschland den Westmächten annäherte, kühlten die Beziehungen zur Sowjetunion ab und der Anschlussgedanke spielte immer weniger eine Rolle, bis er 1933/34 völlig verworfen wurde.⁸⁵⁷

⁸⁵³ Ebd., 192.

⁸⁵⁴ Ebd., 195.

⁸⁵⁵ Vgl. Haider, Österreichisch-sowjetische Beziehungen, 9f.

⁸⁵⁶ Ebd., 230ff.

⁸⁵⁷ Ebd., 232ff.

Seit der Ausweisung der Kriegsgefangenenmission Anfang 1919 gab es kaum mehr direkten Kontakt zwischen Sowjetrußland und Österreich und der bestehende Kontakt beschränkte sich auf Protestnoten. Am 25. Mai 1919 verwahrte sich Außenkommissar Čičerin gegen Berichte in der Wiener Presse, wonach Lenin sich über Kun verächtlich geäußert habe.⁸⁵⁸ Vom Herbst 1919 bis zum Februar 1920 verhängte die Entente eine Blockade gegen Sowjetrußland. Seit dem Februar 1920 bahnten sich erste Handelsverträge zwischen Sowjetrußland und dem Westen an, obwohl die Blockade nicht dazu geführt hatte, dass Sowjetrußland gezwungen werden konnte „ihre Regierungsmethoden und ihr diplomatisches Verhalten den Gepflogenheiten aller zivilisierten Regierungen anzupassen“, wie es in einem Memorandum des Obersten Rats der Alliierten vom 24. Februar 1920 heißt.⁸⁵⁹

Am 25. April 1920 löste Polen durch einen Überfall und ein schnelles Vorstoßen auf sowjetrussisches Territorium den polnisch-sowjetischen Krieg aus. Mitte Mai wendete sich das Blatt und die Rote Armee drängte die polnischen Truppen weit zurück.⁸⁶⁰ Ende Mai und Anfang Juni 1920 protestierte Moskau gegen Waffenlieferungen österreichischer Firmen an Polen und drohte abermals mit Repressalien gegenüber österreichischen kriegsgefangenen Offizieren und dem Abbruch handelspolitischer Besprechungen.⁸⁶¹ Österreich verpflichtete sich im polnisch-sowjetischen Krieg zur Neutralität. Das war eine Vorbedingung für den Abschluss des Kopenhagener Abkommens.⁸⁶²

Am 5. Juli 1920 wurde zwischen der RSFSR, der Ukrainischen Sowjetrepublik – die Sowjetunion existierte noch nicht - und Österreich der Vertrag von Kopenhagen geschlossen.⁸⁶³ Ferner regelte der Kopenhagener Vertrags die Übersiedlung von russischen Kriegsgefangene und ungarischen Kommunisten von Österreich nach Sowjetrußland. Die Westmächte sahen in dem Vertrag eine Verletzung des Vertrags von St.-Germain und drohten mit Sanktionen. Bronski-Warszawski wurde von der Wiener Exekutive klar gemacht, dass er nur geduldet, nicht aber erwünscht ist. Im Dezember 1921 statteten einerseits die Russische und die Ukrainische Sowjetrepublik, sowie andererseits Österreich ihre Gefangenenmissionen, denen Handelsvertretungen angeschlossen wurden, mit konsularischen Befugnissen aus. Dabei befürchteten die Christlichsozialen, dass „die Organe der Sowjetregierung [...] nicht imstande sind, den wirtschaftlichen Zweck vor ihre

⁸⁵⁸ Ebd., 23.

⁸⁵⁹ Ebd., 25f.

⁸⁶⁰ Vgl. Buber-Neumann, Kriegsschauplätze, 23f.

⁸⁶¹ Vgl. Haider, Österreichisch-sowjetische Beziehungen, 29.

⁸⁶² Ebd., 31.

⁸⁶³ Ebd., 32.

politischen Ziele zu stellen“.⁸⁶⁴ Otto Bauer beschwichtigte und verwies auf die „Tatsache, dass die russischen Missionen jetzt viel vorsichtiger arbeiten, als in früherer Zeit“.

16.10. Der österreichische Gesandte in Moskau

Der erste Gesandte Österreichs in Sowjetrußland, Otto Pohl, war neben Ludo Hartmann der einige sozialdemokratische Diplomat. Konservative Kreise unterstellten ihm, dass er sowjetischen Agenten Visa ausstellen würde und so zur kommunistischen Tätigkeit in Österreich beitragen würde.⁸⁶⁵ Er gehörte dem linken Flügel der SDAP an und widmete sich der Bekämpfung des Antisowjetismus durch objektive Berichterstattung und der Information breiter Bevölkerungskreise über die UdSSR. Pohl war eng mit Čičerin, Litvinov, Lunačarskij und Radek befreundet. Auch zu Lenin pflegte er gute Beziehungen.⁸⁶⁶ Nachdem Pohl im Dezember 1927 seines Postens enthoben wurde, kehrte er nicht nach Österreich zurück, sondern blieb in Moskau und fungierte ab 1929 als Herausgeber und Chefredakteur der bis 1934 erscheinenden, deutschsprachigen „Moskauer Rundschau“, in der der sowjetische Standpunkt in wichtigen Fragen verbreitet und um Sympathie für die UdSSR geworben wurde. Für diese Tätigkeit des ehemaligen Gesandten hatte die österreichische Regierung kein Verständnis.⁸⁶⁷ Sie erklärte Pohl nach österreichkritischen Artikeln zum Schädling österreichischer Interessen und entzog ihm die Beamtenpension.⁸⁶⁸

16.11. Ausbau der diplomatischen und handelspolitischen Beziehungen

Die Abkehr vom Kriegskommunismus und die Hinwendung zur NEP sollten Vertrauen in die sowjetrussische Gesellschaft schaffen und kapitalistische Investoren anlocken. Bis zum Herbst 1920 bestanden praktisch keine direkten Kontakte zwischen Österreich und Sowjetrußland. Die Telegraphie- und Postverbindungen, sowie der Reiseverkehr waren praktisch unterbrochen. Erst nach dem Ende des Bürgerkriegs verbesserten sich die Verkehrsbedingungen.⁸⁶⁹ Seit dem Juni 1921 verhandelte Österreich mit Bronski-Warszawski über den Abschluss eines Handelsvertrags. Trotzdem hoffte man Ende 1921 immer noch auf den Zusammenbruch des Sowjetsystems und die Rückkehr der alten Machthaber. Nationalratsdebatten waren von Antibolschewismus und Antisemitismus gekennzeichnet. Obwohl am 7. Dezember 1921 ein Ergänzungsabkommen zum Kopenhagener Vertrag und ein Provisorisches Abkommen zwischen Wien, Moskau und

⁸⁶⁴ Vgl. Mueller, Leidinger, Tiefes Misstrauen, 70-114. In: Koch u. a. [Hrsg.], Saint-Germain, 75.

⁸⁶⁵ Vgl. Haider, Österreichisch-sowjetische Beziehungen, 140.

⁸⁶⁶ Ebd., 136.

⁸⁶⁷ Ebd., 141.

⁸⁶⁸ Ebd., 142.

⁸⁶⁹ Ebd., 93.

Charkov, das am 14. Februar 1922 durch einen Notenwechsel bestätigt wurde, unterzeichnet worden war, bremste Ignaz Seipel die Realisierung.⁸⁷⁰

Im April 1922 schloss Deutschland mit Sowjetrußland bei der Konferenz von Genua, den Vertrag von Rapallo, der die Entente ebenso empörte, wie der Kopenhagener Vertrag. Österreichs Stellung gegenüber der Entente war zu schwach, als dass es einen ähnlichen Vertrag wie Rapallo aushandeln hätte können. Aleksandr G. Šličter trat im Frühjahr 1922 die Nachfolge von Bronski-Warszawski an, worauf sich die diplomatischen Beziehungen verschlechterten. Seine beiden Söhne nahmen am 19. Juli 1922 an einer polizeilich nicht genehmigten Demonstration teil, worauf die österreichischen Behörden Šličter im Wiederholungsfall Konsequenzen androhten.⁸⁷¹ Šličter forderte eine österreichische Rapallo-Politik und die Rückgabe des alten zaristischen Botschaftsgebäudes in der Wiener Reiserstraße. Das Verhältnis zu Österreich skizzierte er am 31. Jänner 1923 gegenüber Litvinov folgendermaßen: „Unser ökonomisches Interesse an Österreich ist so nichtig, aber das Interesse des österreichischen Kapitals am russischen Markt ist so groß, dass es zum gegebenen Zeitpunkt wohl richtiger und wünschenswert wäre, jegliche Gelegenheit über Handelskontakte abubrechen und an erster Stelle etwaiger Unterredungen die Forderung nach einem Vertrag vom Typ Rapallo zu stellen.“ Österreich orientierte sich aber an der britischen Sowjetpolitik und wollte dem deutschen Beispiel nicht folgen. Dem seit dem Juni 1922 in Moskau akkreditierten Diplomaten Otto Pohl oblag es, die Differenzen auszugleichen.⁸⁷²

Vom 23. Juni bis zum 9. Juli 1922 hielt sich Čičerin, während der Haager Konferenz, einem Nachfolgetreffen von Genua, in Innsbruck auf und stattete dem Tiroler Landeshauptmann einen Besuch ab. Dieser hielt Čičerin von einem Besuch in Wien ab, da man halboffizielle Besuche hoher Sowjetfunktionäre wegen befürchteter Verwicklungen mit der Entente vermeiden wollte. Čičerin stand die ganze Zeit in Kontakt mit dem Chef der Tiroler KP, dem Parteivorstandsmitglied und Kriegsversehrten Idl. Österreich sah durch den Kontakt einen Beweis erbracht, dass es für Sowjetrußland keine Trennung von Staat und Partei gab.⁸⁷³

Am 8. September 1923 wurde der Vertrag auf die gesamte Sowjetunion ausgedehnt. Eine Anerkennung ließ aber noch auf sich warten, da immer noch kommunistische Propaganda seitens der Sowjets befürchtet wurde. Der Dritte Nationalratspräsident, der Großdeutsche Franz Dinghofer, berichtete, dass „die rechtliche Anerkennung wohl erfolgen könne, wenn

⁸⁷⁰ Vgl. Mueller, Leidinger, Tiefes Misstrauen, 70-114. In: Koch u. a. [Hrsg.], Saint-Germain, 76.

⁸⁷¹ Vgl. Haider, Österreichisch-sowjetische Beziehungen, 77.

⁸⁷² Vgl. Mueller, Leidinger, Tiefes Misstrauen, 70-114. In: Koch u. a. [Hrsg.], Saint-Germain, 77.

⁸⁷³ Vgl. Haider, Österreichisch-sowjetische Beziehungen, 73.

sie die Vorbedingung für wirtschaftliche Bindungen ist, die für unsere Industrie von größter Bedeutung wären. Das System Lenins werde wohl bald von der Reaktion abgelöst werden.“ Darauf meinte der Bundeskanzler, „dass die wirtschaftlichen Beziehungen doch nicht so enge seien, um durch die Anerkennung politische Nachteile einzutauschen. Mit der russischen Gesandtschaft käme auch ein großer Staat, der lediglich kommunistische Propaganda treiben würde.“ Am 25. Februar 1924 erfolgte die De-jure-Anerkennung durch die offizielle Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Damit folgte Österreich Großbritannien und dem faschistischen Italien. Für Außenkommissar Čičerin war die Anerkennung eine „willkommene Überraschung“. Die „Izvestija“ betonte am 28. Februar 1924: „Es ist bekannt, [...] welchen Druck einige feindliche Stimmungen im Zusammenhang mit der Anerkennung der UdSSR durch Österreich ausübten und verlangten, von einer solchen Anerkennung Abstand zu nehmen.“ Neben Österreich hatten die beiden Sowjetrepubliken seit 1921 auch Handelsverträge mit Großbritannien, Deutschland und Norwegen geschlossen, worauf ein stetig zunehmender Handel einsetzte.⁸⁷⁴ Otto Pohl riet 1923 Wien, sich zu beeilen und sich „einen lohnenden Platz zu sichern und nicht als düpierte Musterknaben dazustehen, wenn der Vorhang über dem inzwischen fertig inszenierten politisch-wirtschaftlichen Versöhnungsbild aufgeht.“ 1923 wurden zwei bilaterale Handelsgesellschaften gegründet; die „Russisch-Österreichische Handelsgesellschaft“ (RATAO) und die „Russisch-Österreichische Handels- und Industrie-AG“ (RUSAVSTORG). Das „rote Wien“ förderte den Handel mit der Sowjetunion besonders intensiv. Seit einem Aufruf der Komintern von 1925, stieg auch die Emigration österreichischer Facharbeiter in die UdSSR. Obwohl Österreich politisch auf Distanz blieb, erklärte der Regierungschef Aleksej I. Rykov, dass „mit keinem Staate so normale und vollkommen reibungslose Beziehungen existieren wie mit der Republik Österreich.“ Die Beziehungen waren aber für beide Seiten unbedeutend.⁸⁷⁵ Daher stellte Karl Renner 1925 fest: „Wir haben zur russischen Sowjetregierung gar kein politisches Verhältnis. Wir haben keine gemeinsamen Grenzen, wir haben keine strittigen Fragen der Außenpolitik, die bestanden, sind ja gütlich gelöst worden. Das Land ist meilenfern.“ Eine Revolution in Österreich war für die Sowjetunion kein primäres Ziel. Außenminister Alfred Grünberger stellte im Oktober 1924 fest: „Über unsere Erfahrungen mit den Sowjets wäre zu sagen, dass sich die sehr bescheidenen wirtschaftlichen Erwartungen, welche wir seinerzeit an die Anerkennung knüpften, erfüllen, während sich erfreulicherweise die gehegten Befürchtungen wegen verstärkter kommunistischer Propaganda im Lande nicht erfüllen. Allerdings scheinen die Sowjets keinen besonderen Wert auf die Revolutionierung Österreichs zu legen, da ihre Tätigkeit hier sich in sehr engen Grenzen hält.“ Parallel dazu

⁸⁷⁴ Vgl. Mueller, Leidinger, Tiefes Misstrauen, 70-114. In: Koch u. a. [Hrsg.], Saint-Germain, 78.

⁸⁷⁵ Ebd., 79.

wurde Wien zu einem wichtigen Stützpunkt der „Abteilung für internationale Beziehungen“ (OMS) der Komintern ausgebaut.⁸⁷⁶

16.12. Die sowjetrussische Vertretung in Österreich

Die Kriegsgefangenenfürsorge- und Repatriierungskommission nahm die seit der Ausweisung von Berman und Vejsbrod unterbrochenen Beziehungen zwischen Österreich und Sowjetrussland wieder auf und kümmerte sich um die Übersiedlung der Russen und Ungarn. Bronski-Warszawski wurde rund um die Uhr überwacht. Auch die Westmächte interessierten sich für die Aktivitäten des sowjetrussischen Missionsleiters. Schober befürchtete durch eventuelle Umtriebigkeiten Bronski-Warszawskis, das Vertrauen der Westmächte zu verlieren. Österreich betrieb jedoch nicht seine Abberufung, da man dadurch den Kriegsgefangenenabzug gefährdet sah. Im Zusatzvertrag zum Kopenhagener Abkommen vom Dezember 1921 wurden die jeweiligen Kriegsgefangenenkommissionen in den Rang bevollmächtigter Vertretungen mit konsularischen Befugnissen erhoben. Damit wurde der gebürtige Pole Bronski, der erste offizielle Gesandte Moskaus in Österreich.⁸⁷⁷ Mieczysław Bronski-Warszawski war Professor für Nationalökonomie und Mitbegründer der westeuropäischen Komintern-Filiale und er stand in engem Kontakt mit Radek und Lenin.⁸⁷⁸ Bronski war sein richtiger Name; Warszawski sein Deckname, den er sich in Dänemark zugelegt hatte. Nachdem er von den dänischen Behörden verhaftet worden war, machte ihn Lenin zum diplomatischen Vertreter, um ihm weitere Unannehmlichkeiten zu ersparen.⁸⁷⁹

16.13. Differenzen zwischen der Komintern und der Sowjetdiplomatie

Bronski-Warszawski entfaltete zur Freude Österreichs und zum Ärger der Komintern keine Agitationstätigkeit, weswegen der Apparat auf eine Neubesetzung des Postens durch Julian Marchlewski drängte. Doch verweigerte Wien die Zustimmung.⁸⁸⁰ Steinhardt warf Bronski-Warszawski vor, sich mehr um die Kriegsgefangenen als um die Propagandatätigkeit zu kümmern. Steinhardts Kritik fand in der Komintern Zustimmung, doch stellte sich Čičerin vor seinen Untergebenen Bronski-Warszawski und verbat sich jegliche Einmischung der Komintern in diplomatische Belange. Auf dem III. Weltkongress der Komintern 1921 setzte sich Čičerins Haltung durch, weil der radikale Flügel, den auch Lenin unterstützte, unterlag. Der österreichische Kriegsgefangenenmissionschef Otto Pohl erhoffte sich dadurch ein Ende der Schwierigkeiten, die die Föderation der ausländischen Sowjets unter der Leitung von

⁸⁷⁶ Ebd., 80.

⁸⁷⁷ Vgl. Moritz, Leidinger, Kommunismusbekämpfung, 46-57. In: JHKF 2008, 55.

⁸⁷⁸ Vgl. Lania, Welt, 167.

⁸⁷⁹ Vgl. Haider, Österreichisch-sowjetische Beziehungen, 53.

⁸⁸⁰ Ebd., 54.

Béla Kun, österreichischen Interessen bereitete. Steinhardt versuchte in Moskau weiters eine Mitsprache der KPÖ bei den Handelsbeziehungen zu erreichen, allerdings ebenso erfolglos. Pohl empfand die Aktionen der österreichischen Kommunisten in Sowjetrußland als Sabotage der österreichischen Vertretung und verbat sich jegliche Einmischung.⁸⁸¹ Pohl wollte ein „erträgliches Verhältnis“ zum Austrosowjet durch die Anstellung einzelner Mitglieder im Kanzleidienst der österreichischen Mission herstellen. Gleichzeitig wollte Pohl im Oktober 1920, seinen Mitarbeiter, einen Kommunisten namens Walz, loswerden, da Walz Steinhardts Standpunkt unterstützte. Steinhardts Interventionen scheiterten, weil Sowjetrußland nach dem Ende des Kriegskommunismus und dem Beginn der NEP zunehmend an „normalen“ Beziehungen zum kapitalistischen Ausland interessiert war und die Komintern gegenüber der Sowjetdiplomatie ins Hintertreffen geriet.⁸⁸²

16.14. Diplomatische Verwicklungen

Zwischen den sowjetischen Diplomaten, den INO- und OMS-Agenten, sowie der Militärsplionage, der „Erkundungsverwaltung beim Stab der Roten Armee“ unter Felix Wolff (Tarnname: „Inkoff“) gab es oft Kompetenzstreitigkeiten. Johannes Schober betrachtete die steigende Zahl an Botschaftsangehörigen als Indiz für gesteigerte Untergrundtätigkeit. Neben der Botschaft und den genannten Organisationen existierten in Wien noch weitere sowjetische Einrichtungen. Zum einen, die sowjetische Handelsmission, die nicht exterritoriales Gebiet war; zum anderen die „Russische Telegrafagentur“ (ROSTA).⁸⁸³ Bis 1927/28 befanden sich sämtliche Agenturen in der Botschaft bzw. der Handelsvertretung. Danach wurden die OMS-Mitarbeiter aus der offiziellen Sowjetvertretung in „konspirative Wohnungen“ und Scheinfirmen „ausgelagert“, um eine Arbeitsteilung zwischen Außenamt und Komintern zu gewährleisten. Viele KPÖ-Funktionäre waren in der Sowjetbotschaft beschäftigt. Mit der Zeit wurden diese durch Sowjetbürger ersetzt. Erst Anfang der 1930er Jahre zogen sich die Komintern-Agenturen wegen der innenpolitischen Entwicklung aus Österreich zurück und verlagerten ihre Büros in Nachbarstaaten. Die Komintern wollte von Wien aus Einfluss auf dem Balkan gewinnen. Angeleitet wurde sie dabei vom in Wien stationierten Sowjetdiplomaten Ephraim Goldenstein.⁸⁸⁴ Die SDAP maß sicherheitspolitischen Bedenken weniger Bedeutung, als wirtschaftspolitischen bei. Sowjetische Aufträge sollten die österreichische Wirtschaft ankurbeln helfen.⁸⁸⁵

⁸⁸¹ Ebd., 345.

⁸⁸² Ebd., 346.

⁸⁸³ Vgl. Moritz, Leidinger, Standort, 32-63. In: JHKF 2004, 43.

⁸⁸⁴ Vgl. Mueller, Leidinger, Tiefes Misstrauen, 70-114. In: Koch u. a. [Hrsg.], Saint-Germain, 81.

⁸⁸⁵ Vgl. Moritz, Leidinger, Standort, 32-63. In: JHKF 2004, 44.

Als im April 1924 in Wien sowjetisch-rumänische Verhandlungen über Bessarabien stattgefunden hatten, hatte sich Wien bereits den Ruf „russophil“ zu sein, zugezogen. Die Balkanstaaten vermuteten ein geheimes Einverständnis zwischen Moskau und Wien.⁸⁸⁶ Dabei achtete Österreich beim Kampf gegen den Kommunismus, den es unvermindert betrieb, darauf, sich keine diplomatischen Verwicklungen mit der Sowjetunion zu leisten.⁸⁸⁷

Als am 16. April 1925 auf eine Kathedrale in Sofia ein Bombenanschlag mit 120 Toten verübt wurde, war der Ruf Wiens als „Bolschewikenzentrale“ besiegelt.⁸⁸⁸ Im Mai 1925 forderte die Kleine Entente, „alle bolschewistischen Zentren auf österreichischem Gebiet zu beseitigen.“ Belgrad bezeichnete Wien als bolschewistischen „Seuchenherd“. Die österreichische Gesandtschaft in Sofia berichtete nach dem Attentat: „Die Instruktionen und das Geld, welches die illegale kommunistische Partei Bulgariens erhielt, kamen aus Wien, wo sich die kommunistische Zentrale für den Balkan, zusammengesetzt aus fünf Sektionen, befindet. [...]. Die III. Internationale hat allerdings in letzter Zeit die Überzeugung gewonnen, dass Wien nicht mehr weiter als Operationsbasis des Balkankomitees dienen kann. Das Verbrechen in der Kathedrale St. Nedelja hat die ganze zivilisierte Welt empört, und Jugoslawien hat ernste Schritte bezüglich des von der Bundesregierung gewährten Asyls unternommen. Diese sieht sich jetzt gezwungen, die kommunistischen Emigranten aus Wien auszuweisen.“ Die österreichische Polizei überwachte die sowjetischen Aktivitäten, die aber vom innenpolitischen Standpunkt begutachtet wurden, womit die auf den Balkan gerichteten Aktivitäten nicht so sehr überwacht wurden. Es sollte nur in jenen Fällen eingeschritten werden, wenn eine Verwicklung österreichischer Staatsbürger konstatiert wurde.⁸⁸⁹ Auf die Anwürfe der Balkanstaaten reagierte Außenminister Heinrich Mataja auf einer christlichsozialen Parteiveranstaltung am 20. Mai 1925 mit einer berühmt-berüchtigten „Bolschewikenrede“, in der er bekräftigte, was sowieso klar war. Die österreichische Regierung sei ein „Gegner der III. Internationale“ und ein „unversöhnlicher Feind des kommunistischen Regimes“ und er wies auf die „überaus enge Verbindung“ zwischen Komintern und der Sowjetunion hin. Mataja wörtlich: „Was uns zu unversöhnlichen Feinden des kommunistischen Regimes macht, ist der ebenso furchtbare, wie widerwärtige Kampf, den dieses Regime gegen Christentum und Religion, gegen Kultur und Sittengesetze entfesselt hat. [...]. Der Kapitalismus kann sich mit dem Bolschewismus um den Preis von ein paar Konzessionen oder ein paar Lieferungsgeschäften versöhnen. In unserem ideellen Kampf ist eine solche Versöhnung unmöglich. [...]. Wir geben uns genau Rechenschaft darüber, daß die Entfaltung der Weltrevolution ein unauslöschlicher und nie verleugneter

⁸⁸⁶ Vgl. Haider, Österreichisch-sowjetische Beziehungen, 148.

⁸⁸⁷ Vgl. Moritz, Leidinger, Kommunismusbekämpfung, 46-57. In: JHKF 2008, 57.

⁸⁸⁸ Vgl. Mueller, Leidinger, Tiefes Misstrauen, 70-114. In: Koch u. a. [Hrsg.], Saint-Germain, 82.

⁸⁸⁹ Ebd., 83.

Programmpunkt der kommunistischen Internationale ist, und bei der überaus engen Verbindung, die zwischen dieser Internationale und der Union der Sowjetrepubliken besteht, liegt natürlich die Gefahr nahe, daß Organe dieses Staatswesens sich gleichzeitig in den Dienst der kommunistischen Internationale stellen und in irgendeiner Form bei Handlungen mitwirken, die auf die Vorbereitung der Weltrevolution und im Zusammenhang damit auf die Anstiftung von Unruhen, von Attentaten und Revolutionen in einzelnen Ländern abzielen.“⁸⁹⁰ Die UdSSR protestierte gegen diese offizielle Note, da sie ihren Standpunkt der Nichtidentität von sowjetischer Außen- und Kominternpolitik desavouiert sah. Noch schärfer als die SDAP verwahrte sich die österreichische Wirtschaft gegen Matajas Ausfälle, da sie die Handelsbeziehungen gefährdet sah.⁸⁹¹

Mit Adolf A. Ioffe war Ende 1924 ein ranghoher Sowjetdiplomate nach Wien gekommen. Er war der Delegationsleiter der Friedensverhandlungen von Brest-Litovsk gewesen und wurde 1918 erster Sowjetbotschafter in Berlin. Dort wurde er wegen seiner politischen Tätigkeit ausgewiesen. Er war auch Delegierter auf der Konferenz von Genua. Als Ioffe nach Wien entsandt wurde, glaubte man im Westen, dass er die Kleine Entente spalten, eine Verbindung mit Italien herstellen und generell die kommunistische Agitation vorantreiben wollte.⁸⁹² Ioffes Anwesenheit in Wien bestärkte den Ruf Wiens als „Bolschewikenzentrale“. Doch wurde Ioffe bereits im März 1925 an den japanischen Kaiserhof berufen.⁸⁹³

Jan Berzin folgte 1925 Ioffe als Botschafter, dessen Posten er bis 1927 bekleidete. In ganz Europa gab es eine Welle von Attentaten auf Sowjetpolitiker.⁸⁹⁴ Nach einem missglückten Mordanschlag auf Berzin Anfang 1926 und dem Freispruch der Attentäter, verschlechterten sich die Beziehungen weiter.⁸⁹⁵

Im Herbst 1927 folgte Konstantin Juren'ev als Botschafter. Im selben Jahr wurde Otto Pohl, dem Kritiklosigkeit und Kommunismusfreundlichkeit vorgeworfen wurden, vom Posten des Gesandten in Moskau enthoben und durch Robert Egon Hein ersetzt, der sich hauptsächlich für die Lage der Katholiken in der Sowjetunion interessierte. Die innenpolitischen Attacken gegen Pohl trugen antisemitische Züge.⁸⁹⁶ Seit 1930 verringerte sich der Warenverkehr beider Länder drastisch. Verhandlungen über ein Handelsabkommen zwischen Wien und Moskau verliefen im Mai 1932 ergebnislos. Sowohl der Nachfolger vom Gesandten Hein, Heinrich Pacher, als auch Engelbert Dollfuß waren erklärte Gegner des Sowjethandels. Seit

⁸⁹⁰ Vgl. Haider, Österreichisch-sowjetische Beziehungen, 159.

⁸⁹¹ Ebd., 163f.

⁸⁹² Ebd., 149.

⁸⁹³ Ebd., 151.

⁸⁹⁴ Ebd., 170.

⁸⁹⁵ Vgl. Mueller, Leidinger, Tiefes Misstrauen, 70-114. In: Koch u. a. [Hrsg.], Saint-Germain, 84.

⁸⁹⁶ Ebd., 85.

Beginn der 1930er Jahre wich der Pragmatismus in der Außenpolitik wieder einem verstärktem Misstrauen. Moskau beförderte Zwistigkeiten innerhalb der europäischen Staaten und betrachtete jeden Ausgleich als Anzeichen einer Bildung eines antisowjetischen Blocks. Bereits die Annäherung Deutschlands an die Westmächte im Vertrag von Locarno 1925/26 und die Aufnahme in den Völkerbund hatte Moskau verunsichert.⁸⁹⁷

Ab 1925 setzte eine wirtschaftlich, als auch politisch motivierte Auswanderungsbewegung vor allem unter Arbeitslosen in die Sowjetunion ein.⁸⁹⁸ Zu Beginn der 1930er Jahre nahm die Auswanderung erneut zu, wobei die wirtschaftlichen Motive überwogen. Erst Mitte der 1930er Jahre machte die Sowjetunion die Grenzen dicht.⁸⁹⁹

16.15. Sowjetrussische Spionage

Das geringe sowjetische Interesse konnte man an den spärlichen eher untergeordneten Spionagetätigkeiten ermesen. Rosa Fuchs, eine Angestellte im Bundeskanzleramt, kopierte Nachrichten und gab sie an ihren Ehemann, den Journalisten Ludwig Fuchs weiter, der sie an die sowjetische Botschaft weitergab. Dieser seit 1920 bestehende Spionagering flog 1927 auf.⁹⁰⁰ 1922 wurde die Stockhammer-Affäre aufgedeckt. Rudolf Stockhammer war Mitarbeiter im Verkehrsministerium. Er versuchte bei einem Mitarbeiter des Verkehrsarchivs, Kopien von wichtigen Eisenbahnknotenpunkten der ehemaligen Donaumonarchie, zu kaufen. Der Beamte ließ die Bestechung jedoch auffliegen. Im Verhör gestand Stockhammer, von Richard Jackwerth dazu angestiftet worden zu sein. Der Offizier Jackwerth hatte sich in der russischen Kriegsgefangenschaft der Revolution angeschlossen und war in der Roten Armee zum Brigadekommandanten aufgestiegen. Im Mai 1921 kehrte er in einer Mission des Generalstabs der Roten Armee nach Österreich zurück und hielt Kontakt zur KPÖ, vor allem zum kommunistischen Soldatenrat Karl Nebenführ.⁹⁰¹ Nebenführ bekleidete später den Rang eines Generals der Roten Armee.⁹⁰² Er gehörte der Delegation zum III. Weltkongress der Komintern an.⁹⁰³ Ab 1922 dürfte Nebenführ dem Auslandsnachrichtendienst der Roten Armee angehört haben.⁹⁰⁴

⁸⁹⁷ Ebd., 86.

⁸⁹⁸ Vgl. Haider, Österreichisch-sowjetische Beziehungen, 118.

⁸⁹⁹ Ebd., 119.

⁹⁰⁰ Ebd., 176f.

⁹⁰¹ Ebd., 177f.

⁹⁰² Vgl. Hans Schafranek, „Angehörigen von Volksfeinden können wir nicht helfen“. Das Schicksal der Familie Nebenführ, 75-100. In: Schafranek [Hrsg.], Die Betrogenen, 75.

⁹⁰³ Ebd., 76.

⁹⁰⁴ Ebd., 77f.

17. Die Abkehr von Weltrevolutionsbestrebungen und der Niedergang der KPÖ

17.1. Der rasche Verfall

Die KPÖ änderte nach dem Abflauen der revolutionären Nachkriegsstimmung ihre Politik, setzte das „Direktorium“ ab und den Parteivorstand wieder ein. Sie machte eine Kehrtwendung und setzte längerfristig auf die Eroberung kommunistischer Mehrheiten in den Räten und den Betrieben.⁹⁰⁵ Die spontaneistisch anmutende Politik des Direktoriums, sowie die grundsätzliche Ablehnung der bürgerlichen Republik inklusive der Nichtteilnahme an Wahlen wurden seit 1920 als „ultralinke Auffassungen“ abgelehnt.⁹⁰⁶

17.2. Die Erste Republik zu Beginn der 1920er Jahre

Die 1920er Jahre waren geprägt von der ideologischen Auseinandersetzung zwischen der Sozialdemokratie und dem regierenden bürgerlichen Lager. Die Christlichsozialen und die Deutschnationalen zeichneten sich durch einen zusehends kompromissloser werdenden Antisozialismus aus, der in der Verfolgung von Demonstranten während und nach dem „Justizpalastbrand“ 1927 einen brutalen Höhepunkt erreichen sollte. Seit 1933/34 ersetzten die Christlichsozialen, tatkräftig unterstützt durch die paramilitärischen Heimwehren, die Regierungsform der Demokratie durch den Ständestaat, um ihre politischen Gegner zu entmachten.⁹⁰⁷

1922 wurde Ignaz Seipel, der „Prälat ohne Milde“, erstmals Bundeskanzler. Er setzte sich das Wegräumen des „revolutionären Schutts“ zum Ziel. Die Hyperinflation sollte mittels einer Anleihe des Völkerbunds und einer Währungsreform gestoppt werden, was in Folge auch gelang. Mittels groß angelegten Beamtenabbaus wurde die „Sanierung“ durchgeführt. Preissteigerungen und ein Anstieg der Arbeitslosigkeit waren die Folge. Die SP trat ursprünglich für eine Besteuerung der Reichen ein, um die Sanierung finanzieren zu können.⁹⁰⁸ Trotzdem stimmte sie dieser, „Genfer Sanierung“ genannten Politik zu.⁹⁰⁹ Nach dem Rücktritt Seipels und der Kanzlerschaft Rudolf Rameks 1924 sah die KPÖ bereits den Faschismus an der Macht.⁹¹⁰ Diese Analyse wurde jedoch zurückgenommen und der

⁹⁰⁵ Vgl. Autorenkollektiv der Historischen Kommission beim ZK der KPÖ [Hrsg.], Kurzer Abriss, 41.

⁹⁰⁶ Vgl. Historische Kommission beim ZK der KPÖ [Hrsg.], KPÖ, 56.

⁹⁰⁷ Vgl. Vocelka, Geschichte Österreichs, 286f.

⁹⁰⁸ Ebd., 276.

⁹⁰⁹ Vgl. Historische Kommission beim ZK der KPÖ [Hrsg.], KPÖ, 71.

⁹¹⁰ Ebd., 93.

Regierung Ramek nur die Förderung des Faschismus unterstellt.⁹¹¹ Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsführung hätten die „Kampffront der Arbeiter zerschlagen und dadurch die Auswirkungen dieser Kämpfe auf Staat und Regierung verhindert.“⁹¹² Obwohl die KPÖ 1927 angesichts des drohenden Faschismus, der SP in einem „offenen Brief“ ihre Wahlunterstützung anbot, warf sie der SP zugleich eine „stille Koalition mit den Christlichsozialen“ vor.⁹¹³

17.3. Fraktionskämpfe und Bedeutungslosigkeit der KPÖ

Seit Ende 1919 war die KPÖ innenpolitisch bedeutungslos. Sie schaffte oft nicht einmal flächendeckende Kandidaturen.⁹¹⁴ Von 1921 bis zum Herbst 1924 zerrieb sie sich in Fraktionskämpfen zwischen der Gruppe um Josef Frey auf der eine Seite und der Gruppe um Karl Toman und Franz Koritschoner auf der anderen Seite. Die Fraktionen nannten sich „Freyiten“ und „Tomanniten“.⁹¹⁵ Auslöser war unter anderem die Einschätzung der bewaffneten „Märzaktion“ der KPD im März 1921. Die Positionen der Kontrahenten wechselten so oft, dass die Unterscheidung in einen „linken“ und „rechten“ Flügel keinen Sinn ergibt. Grund der Streitigkeiten waren weniger politische, als vielmehr persönliche Animositäten zwischen Frey und Toman. Politischen Grundsatzdebatten wichen die Gruppen aus.⁹¹⁶

17.4. Die Auseinandersetzungen um die Wahlbeteiligung

Die KPÖ nahm an den Wahlen vom 17. Oktober 1920 teil, nachdem sie von Lenin dazu motiviert worden war.⁹¹⁷ Zum schlechten Wahlergebnis trug die bis kurz vor der Wahl verfolgte Ablehnung des Parlamentarismus bei. Die ungarischen Emigranten waren für den Wahlboykott; Béla Kun forderte einen „aktiven Wahlboykott“.⁹¹⁸ Für Paul Friedländer war weder die Beteiligung, noch der Boykott von Bedeutung, sondern nur die „Aktion im Klassenkampf“. Er sah Österreich 1920 im Bürgerkrieg und meinte, gegen die Gewerkschaftsarbeit gerichtet, „alle soziale Reform dient dem Kapitalismus.“ Lenin meinte, dass die KP einer Illusion erliegen würde, „als ob eine Gruppe, wenn sie sich als kommunistisch erkläre, zur Kraft werden könne, ohne tiefgehenden Kampf um den Einfluß unter den Massen [...]“. Wie der Einfluss erreicht werden könne, darüber entspann sich der

⁹¹¹ Vgl. Koplénig, Reden, 14.

⁹¹² Ebd., 5.

⁹¹³ Ebd., 18.

⁹¹⁴ Vgl. Ehmer, KPÖ, 218-230. In: Tálos u.a. [Hrsg.], Handbuch, 221.

⁹¹⁵ Vgl. Historische Kommission beim ZK der KPÖ [Hrsg.], KPÖ, 89.

⁹¹⁶ Ebd., 73.

⁹¹⁷ Vgl. W. I. Lenin, Brief an die österreichischen Kommunisten. In: LW 31, 256ff.

⁹¹⁸ Vgl. Steiner, KPÖ 1918-1933, 25.

Streit. Nach der Rückkehr von Steinhardt, Toman und Ströhmer vom II. Weltkongress wurde die Haltung der KP zur Wahlbeteiligung grundlegend geändert. Am 1. September 1920 fasste eine Versammlung von „Hauptvertrauensmännern“ mit großer Mehrheit den Beschluss zur Wahlbeteiligung der KPÖ. Es bestand zeitlich keine Möglichkeit mehr, diesen Schwenk theoretisch zu begründen. Der Schwenk wurde als notwendige Disziplin gegenüber der Komintern dargestellt. Die grundsätzlichen ideologischen Implikationen und die internationale Bedeutung wurden von der KP unterschätzt. Aus der Frage des Parlamentarismus war eine Frage der Disziplin gegenüber der Komintern geworden, meinte die niederländische Kommunistin Henriette Roland-Holst.⁹¹⁹ Die Kehrtwende der KPÖ hatte Lenins Schrift „Der `linke Radikalismus`, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ ausgelöst. Dabei bedeutete es für die KPÖ keine so große Wende, da die Partei Lenin und der Komintern treu blieb, indem sie die von Lenin nach den gescheiterten Revolutionen vollzogene Kurskorrektur anstandslos mitmachten. Das bedeutete die Ablehnung der Bettelheimerei, die Hinwendung zur Aufklärung des Proletariats und die Teilnahme an Wahlen. Die bislang verfeimten „Rechten“ der Partei wurden nun hofiert und auch ausgewiesene Linke, wie Koritschoner, machten den Schwenk mit. Nachdem Lazar Herman in Lenins Schrift wohlwollend erwähnt wird, bot man ihm die Chefredaktion der „Roten Fahne“ an.⁹²⁰ Zuvor war Herman als Parteigänger des in Ungnade gefallenen KPD-Chefs Paul Levi von der KPÖ noch kritisiert worden, woraufhin er der Partei und dem Kommunismus den Rücken gekehrt hatte.⁹²¹ Immerhin hatte die KPÖ kurz zuvor noch das Gegenteil, den Wahlboykott propagiert. Die ideologische Frage und ihre Klärung wurden zugunsten der Disziplin hintangestellt. Diese Unterordnung hatte es bislang in der kommunistischen Weltbewegung nicht gegeben.

Elf Parteien stellten sich am 17. Oktober 1920 zur Wahl. Die SDAP verlor im Vergleich zur ersten Wahl 1919 drei Mandate und hielt 69. Gewinner waren die Christlichsozialen. Sie konnten sich von 69 auf 85 Sitze steigern. Die Christlichsozialen waren nun nicht mehr auf die SDAP angewiesen und bildeten nunmehr bis zum Ende der Ersten Republik Regierungen mit anderen rechten Parteien.⁹²²

Die KPÖ errang 26651 Stimmen und war damit von einem Mandat weit entfernt. Die Stimmenanzahl war geringer als die Mitgliederzahl, da etliche Mitglieder weiterhin den Wahlboykott betrieben. Paul Friedländer betrachtete „die Wahlen keineswegs als entscheidende Episode“.

⁹¹⁹ Ebd., 26.

⁹²⁰ Vgl. Lania, Welt, 179ff.

⁹²¹ Ebd., 177f.

⁹²² Vgl. Historische Kommission beim ZK der KPÖ [Hrsg.], KPÖ, 59.

Bei den Wahlen zu den Arbeiterräten erzielte die KPÖ gewisse Erfolge. Die Hälfte der kommunistischen Arbeiterräte war arbeitslos. In der Exekutive des Reichsarbeiterrats war die KPÖ durch Koritschoner und Buchleitner vertreten. Eine Begrüßung der Komintern wurde von den Arbeiterräten mit 76 zu 60 Stimmen abgelehnt.⁹²³

17.5. Der 4. Parteitag der KPÖ

Am Parteitag, der vom 23. bis zum 25. Jänner 1921 abgehalten wurde, nahmen 118 Delegierte und 50 Delegierte der ehemaligen SARA, sowie 6 tschechische Zentralisten teil. Aus den Kommunistischen Parteien Deutschlands, Bulgariens, Jugoslawiens und Ungarns waren Gäste anwesend. Toman, der die Gewerkschaftsarbeit und die Gewinnung der Landbevölkerung betonte, meinte zur neuen christlichsozialen Regierung, dass nun „die Bourgeoisie in eigenem Namen die Verwaltung [übernahm]. Die Sozialdemokraten aber wurden mit derselben Peitsche gezüchtigt, welche sie als Regierungspartei geflochten hatten.“ Die Vereinigung mit der SARA im Jänner 1921 wertete Toman „als Grundlage zur kommunistischen Massenpartei.“ Von 510 gewählten Betriebsräten waren 173 KPÖ-Mitglieder.⁹²⁴ Der Anschluss an Deutschland wurde abgelehnt.⁹²⁵ Ein Anschluss kam für die Partei nur unter sozialistischem Vorzeichen in Frage.⁹²⁶ Im Vergleich dazu setzte die SDAP ihre Anschlussbestrebungen erst 1933 „vorübergehend“ aus.⁹²⁷

Paul Friedländer leitete aus der behaupteten Lebensunfähigkeit Österreichs die Ohnmacht zur sozialen Revolution ab und forderte den Anschluss an ein nicht näher definiertes „revolutionäres Wirtschaftsgebiet“. Unter dem Hinweis auf die Grußbotschaft der Komintern forderte Toman, dass „wir den schärfsten Kampf anzuwenden haben gegenüber den Sozialdemokraten.“ Die Mitarbeit in den immer machtloser werdenden Arbeiterräten und in der Gewerkschaft wurde beschlossen. In den Parteivorstand wurden Strasser, Wertheim, Toman, Glass, Gruber, Koritschoner, Frey, Max Tober und Novotny gewählt.⁹²⁸ In den erweiterten Vorstand wurden Riehs, Haidt, Idl, Maresch, Deubler, Ströhmer u. a. entsandt.⁹²⁹ Gerhart Eisler kritisierte neben dem Fehlen einer programmatischen Grundsatzdiskussion den Beitritt der linken Sozialdemokraten, da sie in der SDAP mehr hätten bewirken können.⁹³⁰

⁹²³ Vgl. Steiner, KPÖ 1918-1933, 27.

⁹²⁴ Ebd., 28.

⁹²⁵ Vgl. Autorenkollektiv der Historischen Kommission beim ZK der KPÖ [Hrsg.], Kurzer Abriss, 51 ff.

⁹²⁶ Vgl. Historische Kommission beim ZK der KPÖ [Hrsg.], KPÖ, 166f.

⁹²⁷ Vgl. Autorenkollektiv der Historischen Kommission beim ZK der KPÖ [Hrsg.], Kurzer Abriss, 54.

⁹²⁸ Vgl. Steiner, KPÖ 1918-1933, 29.

⁹²⁹ Ebd., 29f.

⁹³⁰ Ebd., 30.

Durch mehrere Landeskonferenzen wurde 1921 der organisatorische Ausbau der KPÖ vollzogen. Die Partei beteiligte sich trotz großer Schwierigkeiten und einzelner Gewaltaktionen ihrer politischen Gegner an den Landtags- und Gemeinderatswahlen in Niederösterreich und erreichte 20 Gemeinderatsmandate. Die Debatte über die deutsche März-Aktion nahm breiten Raum ein. Die Haltung Levis wurde verurteilt, woraufhin Josef Strasser als Chefredakteur der „Roten Fahne“ zurücktrat und durch Josef Mornik ersetzt wurde. Paul Friedländer wandte sich gegen eine Verpflanzung des KPD-Streits nach Österreich.⁹³¹

17.6. Die Auseinandersetzungen mit der IASP

Die 21 Bedingungen der Aufnahme in die Komintern, bildeten 1920 den Abschluss der Gründungsphase. Diese Bedingungen führten auch in den Sozialdemokratischen Parteien, vor allem bei den Zentristen, wie etwa der USPD zu Diskussionen über den Beitritt zur Komintern.⁹³² Die Mehrheit der USPD entschloss sich im Dezember 1920 für den Beitritt. Das bedeutete gleichzeitig die Spaltung der USPD und die Gründung der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (VKPD) durch den Zusammenschluss des linken Flügels der USPD mit der KPD.⁹³³ Daneben gab es Sozialdemokratische Parteien, die die II. Internationale verlassen haben, aber Gegner der Komintern geblieben waren. Im Februar 1921 fand eine sich „Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien“ (IASP) nennende Konferenz in Wien statt. Die Bolschewiki nannten sie spöttisch die „Zweieinhalbte Internationale“. Zu ihnen zählten neben der österreichischen SDAP, die restliche USPD, die Schweizerische SP und die russischen Menschewiki. Friedrich Adler stellte die revolutionäre Perspektive der Komintern in Frage.⁹³⁴ Zur Konferenz hatte die KPÖ zwei Broschüren mit Beilagen von Trockij und Lenin und einen Brief Zinov`evs an Friedrich Adler publiziert, in der der Austromarxismus „als eine gelehrte und gespreizte Theorie der Passivität und des Kapitalismus“ charakterisiert wird. Die angekündigte Annäherung der „Zweieinhalbten“ an die Komintern wurde vom EKKI als Täuschungsmanöver abgetan, denn: „Niemals wird die 3. Internationale in ihren Reihen diese Agenten der Bourgeoisie aufnehmen.“ In der zweiten Broschüre wurde die Politik Adlers einer Kritik unterzogen. Darin heißt es, dass unter der Führung Adlers die Politik seiner alten Gegner triumphiert habe, denn als „Friedrich Adler den Gewahrsam der Monarchie verließ, amnestierte er seine Gegner.“⁹³⁵ 1923 löste sich die „Zweieinhalbte“ auf und ihre Mitgliederparteien schlossen sich der II. Internationale an.

⁹³¹ Ebd., 32.

⁹³² Vgl. Frank, Kommunistische Internationale, 117.

⁹³³ Ebd., 118.

⁹³⁴ Ebd., 119.

⁹³⁵ Vgl. Steiner, KPÖ 1918-1933, 31.

17.7. Der III. Weltkongress der Komintern

Nach der blutigen Niederschlagung der Revolutionen in den Jahren nach 1918, die sie als „revolutionäre Pause“ bezeichnete, begann sich die KPÖ auf eine „lange Perspektive“ zu orientieren. Die nächste Revolution würde bestimmt kommen und darauf bereitete sich die Komintern vor. In der „Pause“ sollte sich die KPÖ den Marxismus-Leninismus aneignen. Diese Kehrtwendung wurde auf dem III. Weltkongress der KI, mit der Losung „Heran an die Massen“ vollzogen. Dieser auch von Lenin geteilte Standpunkt stieß bei etlichen Delegierten auf Widerspruch, inklusive der KPÖ-Delegation. Einige kommunistische Gruppen wollten mittels „offensiver“ Aktionen die Initiative ergreifen; bei anderen wiederum stellte sich Resignation ein.⁹³⁶

Die Einladungen zum, vom 22. Juni bis 12. Juli 1921 tagenden III. Weltkongress der Komintern wurden vom EKKI-Mitglied Steinhardt mitunterzeichnet. Die KPÖ wurde von 7 Delegierten, wie Koritschoner, Frey, Riehs, Nebenführ, u. a. vertreten. In seinem Österreich-Bericht stellte Zinov`ev die Angliederung der SARA an die KPÖ übertrieben als Abspaltung des linken SP-Flügels dar. Auf einer Sitzung des EKKI am 23. Juli 1921 wurde auch die Lage in Österreich und die Situation der KPÖ besprochen. Der innerparteilich angefeindete Josef Strasser wurde zu den Verhandlungen zugezogen. Das EKKI empfahl der KPÖ, Strasser die Möglichkeit zu geben, „in Stellungen, die seinen Fähigkeiten entsprechen, weiter der Partei zu dienen“. Auf derselben Sitzung wies Koritschoner auf die schlechte finanzielle Lage der KPÖ hin und berichtete über Zusammenstöße mit Horthy-Anhängern. Das EKKI verfasste daraufhin einen Aufruf an die Arbeiterschaft des Burgenlands.⁹³⁷ Auf dem, an den III. Weltkongress anschließenden 2. Kongress der KJI hielt Koritschoner im Namen des EKKI eine Begrüßungsrede. Richard Schüller wurde in das EK der KJI gewählt.⁹³⁸

Als Folge der Kursänderung nahm die KPÖ nun keine eindeutig ablehnende, sondern eine ambivalente Haltung der Republik gegenüber ein. Sie verteidigte zunehmend die bürgerliche Republik, die sie nach wie vor eine Scheindemokratie nannte, sowohl gegen monarchistische Restaurationsversuche Karl Habsburgs, als auch gegen präfaschistische Gruppen.⁹³⁹ Kommunisten traten in den 1923 geschaffenen Republikanischen Schutzbund ein und waren bis zum Rauswurf durch die sozialdemokratische Verbandsleitung Ende 1927 darin aktiv.⁹⁴⁰

⁹³⁶ Vgl. Historische Kommission beim ZK der KPÖ [Hrsg.], KPÖ, 61f.

⁹³⁷ Vgl. Steiner, KPÖ 1918-1933, 33.

⁹³⁸ Ebd., 34.

⁹³⁹ Vgl. Historische Kommission beim ZK der KPÖ [Hrsg.], KPÖ. 63.

⁹⁴⁰ Ebd., 65.

17.8. Zuspitzung der Fraktionskämpfe

Vom 25. bis 27. März 1922 fand der 5. Parteitag statt. Neben 67 Delegierten und 43 Gästen waren auch die Vertreterin des Frauensekretariats der Komintern und der Vertreter des EKKI, der tschechoslowakische Kommunist Alois Neurath, anwesend. Neurath erläuterte die Einschätzung der österreichischen Lage durch das EKKI und betonte, dass die Bildung der proletarischen „Einheitsfront“ durch die Dominanz der Sozialdemokratie erschwert werde. Der Wunsch der tschechischen Minderheit in der KPÖ nach Bildung einer eigenen Sektion wurde vom EKKI abgelehnt, da es einem Grundsatz der „21 Bedingungen“ widersprochen hätte, der in „jedem Land nur eine Kommunistische Partei, keine Sonderorganisationen nach nationalen oder sprachlichen Gesichtspunkten“ vorsah. Insgesamt zählte die Partei nur mehr 4500 Mitglieder, wovon nur zehn Prozent Frauen waren.⁹⁴¹ Der geringe Frauenanteil war immerhin eine Steigerung, da sich in den ersten KP-Versammlungen ausschließlich Männer eingefunden hatten.⁹⁴²

In den Parteivorstand wurden die beiden Fraktionsführer Toman und Frey gewählt, wobei die Frey-Gruppe die Oberhand gewann. Die unterlegene Toman-Gruppe gab sich jedoch nicht geschlagen. Jenseits der Fraktionskämpfe versuchte Josef Strasser von Moskau unabhängiger zu werden. Er betrachtete die von der Komintern geforderte Zentralisierung nicht in Widerspruch dazu, „daß wir die geistige Unabhängigkeit anstreben und daß wir uns nur als Organisation abhängig erklären.“ Neben der Taktik der „Einheitsfront“ wurde vor allem um das Organisationsstatut gestritten.⁹⁴³ Neurath bezeichnete dieses als „schlimmer als ein militärisches Dienstreglement.“ Die Toman-Gruppe wollte, gegen den Komintern- und Parteibeschluss, die kommunistischen Betriebsräte zu einer eigenen Gewerkschaft zusammenfassen. Die internen Streitigkeiten veranlassten auch sozialdemokratische und bürgerliche Zeitungen zu Berichten über die marginalisierte Partei.⁹⁴⁴

Der Parteistreit veranlasste die Komintern im Juni 1923 auf dem III. Erweiterten Plenum des EKKI, eine eigene österreichische Kommission einzusetzen. Das EKKI übertrug Alois Neurath die Kompetenz zur Regelung der KPÖ-Angelegenheiten; vermutlich, weil er schon mit den Streitigkeiten vertraut war. Er bildete im November 1923 eine provisorische KPÖ-Parteileitung, die die Kämpfe aber nicht im Zaum halten konnte. Parteispaltungstendenzen herrschten in der KPÖ bis 1924.⁹⁴⁵ Auf dem im März 1923 abgehaltenen 6. Parteitag hatten sich Toman und Koritschoner gegen Frey durchgesetzt und am 7. Parteitag im März 1924

⁹⁴¹ Vgl. Steiner, KPÖ 1918-1933, 37f.

⁹⁴² Vgl. Schneider, Feminismen, 47.

⁹⁴³ Vgl. Steiner, KPÖ 1918-1933, 39.

⁹⁴⁴ Vgl. Historische Kommission beim ZK der KPÖ [Hrsg.], KPÖ, 74.

⁹⁴⁵ Vgl. Hautmann, Verlorene Räterepublik, 224.

kam es sogar zu tätlichen Auseinandersetzungen. Neurath wurde daraufhin durch den bulgarischen Kommunisten Georgij Dimitrov ersetzt.⁹⁴⁶

Vom März bis zum Sommer 1924 war Georgij Dimitrov „Vorsitzender der Zentrale der KPÖ“. Dimitrov war nach einem Aufstand 1923 aus Bulgarien nach Wien geflüchtet, wo er sich im Auftrag der Komintern der Betreuung der „Balkanföderation“, dem Zusammenschluss der illegalen jugoslawischen, rumänischen, bulgarischen und griechischen Kommunistischen Parteien, widmete. Danach übertrug das EKKI dem Deutschen Karl Frank die Leitung der KPÖ.⁹⁴⁷

Als Ursache der Fraktionskämpfe konstatierte Kopenig 1925 eine „nichtgenügende Loslösung von der sozialdemokratischen Ideologie.“⁹⁴⁸ Die KP wäre im Zuge der „Arbeitereinheitsfrontpolitik“ der Illusion aufgesessen, dass die SDAP doch eine revolutionäre Partei sei, die „im gegebenen Moment ebenfalls eine Schwenkung vollziehen und mit der Kommunistischen Partei zusammen die Revolution durchführen werde“. Die österreichische Lage sei außerdem nicht „unmittelbar revolutionär“.⁹⁴⁹ Am 8. Parteitag 1925 erklärte Kopenig die Fraktionskämpfe kurzerhand für überwunden.⁹⁵⁰ Mit der Rückendeckung der Komintern schaltete die Gruppe um Kopenig sukzessive die Fraktionen aus. Später wurden die führenden Parteikader an der Moskauer „Internationalen Lenin-Schule“ (ILS) in halb- bis dreijährigen Kursen „marxistisch-leninistisch“ geschult und so von vornherein auf Linie gebracht. Trotz der Streitigkeiten organisierte die Partei Arbeitslosenkomitees und antifaschistische, zum Teil militante, Demonstrationen.⁹⁵¹

17.9. Die Bolschewisierung der KPÖ

Johann Kopenig leitete seit 1924 das Organisationsbüro (Orgbüro) und er war seit 1927 „Reichssekretär“ und somit der „starke Mann“ der KPÖ, doch war er in der Ersten Republik nie formell Parteivorsitzender.⁹⁵² Die Straffung der Partei brachte ihr keinen Aufschwung. Sie erreichte sogar 1929 mit nur ca. 2000 Mitgliedern den organisatorischen Tiefpunkt ihrer gesamten Geschichte.⁹⁵³

⁹⁴⁶ Vgl. Historische Kommission beim ZK der KPÖ [Hrsg.], KPÖ, 75.

⁹⁴⁷ Ebd., 87f.

⁹⁴⁸ Vgl. Kopenig, Reden, 12.

⁹⁴⁹ Ebd., 13.

⁹⁵⁰ Ebd., 15.

⁹⁵¹ Vgl. Ehmer, KPÖ, 218-230. In: Tálos u. a. [Hrsg.], Handbuch, 222.

⁹⁵² Vgl. Historische Kommission beim ZK der KPÖ [Hrsg.], KPÖ, 91.

⁹⁵³ Vgl. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands [Hrsg.], Österreicher im Exil. Sowjetunion 1934-1945. Eine Dokumentation, 554f. (I. d. F.: Exil).

Die innenpolitische Bedeutungslosigkeit änderte sich erst zu Beginn der 1930er Jahre.⁹⁵⁴ Am 26. Mai 1933 wurde die KPÖ verboten, doch war sie auf die Illegalität schon vorbereitet. Nach der Niederlage der Arbeiterbewegung im Februar 1934 und dem Ende der demokratischen Republik, die de facto schon seit dem März 1933 tot war, traten viele Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen der illegalen KPÖ bei. Vom Februar bis zum September 1934 stieg die Mitgliederzahl von 3000 auf 16000 an. Erst in der Illegalität spielte sie die Rolle, die sie bisher vergeblich abgestrebt hatte.⁹⁵⁵

Im Dezember 1922 wurde die UdSSR, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken gegründet.⁹⁵⁶ Der V. Weltkongress der KI stellte für die Bolschewisierung im Sommer 1924 die Weichen, durch die die Erfahrungen der Bolschewiki verallgemeinert werden sollten. Durch die Einmischung in Tageskämpfe sollte die KP in der Arbeiterklasse fester verankert und eine Massenpartei werden. Dazu wurden die noch wenig bekannten Schriften Lenins und anderer KI-Funktionäre verbreitet und die Parteischulung vorangetrieben.⁹⁵⁷ Die Struktur der Partei wurde der der KPdSU nachempfunden. Der Parteivorstand wurde in Zentralkomitee (ZK) umbenannt und es wurden ein Organisations- (Orgbüro) und ein Politisches Büro (Polbüro) eingerichtet. Der „demokratische Zentralismus“ wurde das verbindliche Organisationsprinzip. Strenge Parteidisziplin und die genaue und rasche Umsetzung der Beschlüsse wurde verlangt.⁹⁵⁸ Trotz der straffen Organisation war die Ideologie und Programmatik nicht einheitlich.⁹⁵⁹

17.10. Ideologische Entwicklung der KPÖ und der Komintern

Waren Komintern und KPÖ ursprünglich angetreten, um eine Weltrevolution durchzuführen und die „Höherentwicklung“ vom Kapitalismus zum Sozialismus zu ermöglichen, so näherten sie sich nach dem Ausbleiben der Revolution außerhalb Sowjetruslands dem bürgerlichen Status Quo immer mehr an, statt an den Revolutionsbestrebungen festzuhalten. Die bürgerlich-demokratische Republik wurde ursprünglich konsequent abgelehnt und mit der gegnerischen Sozialdemokratie wurden keine Kompromisse eingegangen. Nach dem Ausbleiben der Revolution und der Etablierung der Sowjetunion, suchte die Komintern unter der Losung der „Einheitsfront“, ausgegeben auf dem IV. Weltkongress 1922, vorübergehend das taktische Bündnis mit der Sozialdemokratie. Die Abwerbung der sozialdemokratischen

⁹⁵⁴ Vgl. Historische Kommission beim ZK der KPÖ [Hrsg.], KPÖ, 186.

⁹⁵⁵ Vgl. Ehmer, KPÖ, 218-230. In: Tálos u. a. [Hrsg.], Handbuch, 223.

⁹⁵⁶ Vgl. Autorenkollektiv [Hrsg.], Geschichte der KPdSU, 456f.

⁹⁵⁷ Vgl. Historische Kommission beim ZK der KPÖ [Hrsg.], KPÖ, 84.

⁹⁵⁸ Vgl. Ehmer, KPÖ, 218-230. In: Tálos u.a. [Hrsg.], Handbuch, 224.

⁹⁵⁹ Ebd., 227.

Basis von der Parteiführung sollte durch ein konsequentes Eintreten für (gewerkschaftliche) Ziele erreicht werden.

Die „linke“ bzw. „ultralinke“ Sozialfaschismus-These revidierte Ende der 1920er Jahre die Einheitsfrontpolitik insofern, als taktische Bündnisse mit SP-Parteiführungen abgelehnt wurden. Der Kampf gegen Faschismus und Sozialdemokratie wurde mittels „Einheitsfront von unten“, d. h., der Vereinigung mit der sozialdemokratischen Basis, geführt. Die SP-Führungen wurden als kapitalismus- und faschismusfreundlich angesehen.

Mitte der 1930er Jahre, spätestens mit dem VII. Weltkongress 1935, kehrte sich diese Strategie in ihr Gegenteil, in die Volksfrontstrategie. Diese schwankenden ideologischen Vorgaben Moskaus beeinflussten die Ideologie der nationalen Sektionen.

Die SDAP zeichnete sich durch revolutionäre Phrasen und durch eine reformerische, pragmatische Politik aus. Der Kapitalismus habe sich in den 1920er Jahren „stabilisiert“. Zaghaftigkeit und Kompromissbereitschaft paarte sich mit Selbstüberschätzung. Im Unterschied zur KPÖ hielt sie den Weg zum Sozialismus mittels Stimmzettel, der Erziehung eines neuen Menschen samt dazugehöriger Gegenkultur, also auf evolutionärem Weg, für möglich.⁹⁶⁰ Die KPÖ wandte sich gegen derlei „Illusionen“ und wies in einem „Offenen Brief“ im März 1927 darauf hin, dass die von der SDAP angestrebte Regierungsübernahme nichts mit einer proletarischen Machtübernahme zu tun hat. Dafür wäre das Zerschlagen des bürgerlichen Staatsapparats notwendig und das sah die SDAP nicht vor.⁹⁶¹

⁹⁶⁰ Vgl. Vöclka, Geschichte Österreichs, 279.

⁹⁶¹ Vgl. Historische Kommission beim ZK der KPÖ [Hrsg.], KPÖ, 99.

18. Schluss

Zinov`ev brachte die Aufgabe der Komintern 1919 auf einen einfachen Nenner: „Es ist die Organisation, deren Sieg absolut sicher ist, und die uns in naher Zukunft zur internationalen sozialistischen Räterepublik führen wird.“ Diese Siegesgewissheit nahm in den Sektionen der Komintern einen kategorischen Glaubensgrundsatz ein. Die Bolschewiki hatten unter dieser Annahme die Macht erobert und erhielten sie „unter der Voraussetzung, dass etwas eintritt, was nicht eintrat.“ Die Bolschewiki „wurden mit ihrer Revolution im wahrsten Sinne des Wortes sitzengelassen“, weswegen sie es mit Aufgaben zu tun bekamen, die sie sich ursprünglich gar nicht gestellt hatten, beschreibt der Historiker Franz Schandl das „Dilemma“ der Russischen Revolution. Mit der Sicherung der errungenen Macht und der Einführung der NEP passten sich die Bolschewiki an die für sie ungünstige Situation an. Lenin, der die NEP forcierte, bezeichnete sie als „eine ernste Niederlage [...] und einen strategischen Rückzug.“ Mit den geschwundenen Revolutionsmöglichkeiten wurde die Lösung dieses Dilemmas zusehends unmöglich. Diese ungünstige Situation bedingte den Ausbau des sowjetischen Gewaltapparates. Schandl meint, dass das auf „dem Niveau sowjetischer Produktivkräfte [...] auch gar nicht anders sein [konnte].“⁹⁶² Mit dem Ausbleiben der weltgeschichtlich endgültig als fällig erachteten Weltrevolution, zu der die Bolschewiki mit der Oktoberrevolution nur das Startsignal geben wollten und die sie niemals als Selbstzweck, sondern nur als Teil der Weltrevolution betrachteten, blieb Sowjetrußland inmitten einer feindlichen Umwelt auf sich selbst zurückgeworfen. Die Sowjetunion konnte ihren sozialistischen Staat nie anders aufbauen, als unter Kriegsbedingungen und Kriegsdrohungen, denen sie mit enormen Rüstungsanstrengungen begegnen musste, wollte es überleben.

Von daher schien das von Bucharin erfundene und von Stalin durchgesetzte Konzept des „Aufbaues des Sozialismus in einem Land“ realistischer zu sein, als die nach wie vor an der Weltrevolution orientierten Konzepte seiner Widersacher. Die Isolierung der Sowjetunion trug zum Aufstieg Stalins und der Ausschaltung seiner Gegner bei. Die Schwäche der Weltrevolution wurde zur Schwäche ihrer Protagonistinnen und Protagonisten. Für Trockij konnte die Aufrechterhaltung der Revolution in einem nationalen Rahmen nur ein Provisorium sein, da die inneren und äußeren Widersprüche und Bedrohungen wachsen und der proletarische Staat auf die Dauer ein Opfer dieser Widersprüche würde. Ein Ausweg wäre nur die Revolution in den westlichen Ländern gewesen. Stalin und Bucharin akzeptierten die Niederlage und versuchten das Beste daraus zu machen. Ihr Fehler war, dass sie den Rückzug ideologisierten, indem sie die beschränkten Möglichkeiten der

⁹⁶² Vgl. Franz Schandl, Das Dilemma der Russischen Revolution, 2-8. In: Weg und Ziel. Marxistische Zeitschrift, Nr. 4/1997, 3.

Sowjetunion als Sozialismus affirmierten. Das, was die Sowjetunion erreichte, wurde zum Ziel erklärt. Das aus dem Ausbleiben der Weltrevolution resultierende Dilemma der Russischen Revolution, das den Stalinismus beförderte, wurde wiederum zum Dilemma der folgenden Revolutionsbestrebungen.⁹⁶³

Die Machtkämpfe in der sowjetischen KP und die damit verbundenen Richtungswechsel über den richtigen Umgang mit diesem „Dilemma“ wurden auf die Komintern und somit auf die nationalen Sektionen übertragen. Die Fraktionskämpfe in der KPÖ spiegelten die noch nicht entschiedenen Machtkämpfe in der KPdSU wider, die jedoch noch vor der Durchsetzung Stalins Ende der 1920er Jahre beendet wurden. Am 8. Parteitag 1925 wurde eine gefällige Parteileitung gewählt, nachdem zuvor die gewählten Parteileitungen von der Komintern einfach abgesetzt worden waren. Für die unter dem Stichwort „Bolschewisierung“ durchgesetzte Linie des „Marxismus-Leninismus“ (ML) garantierten Johann Kopenig, Franz Honner, Friedl Fürnberg u. a. Die Moskautreue der Gruppe um Kopenig sicherte ihre jahrzehntelange innerparteiliche Behauptung bis weit in die Zweite Republik. Die Gründungsmitglieder der KPÖ wurden nach der Bolschewisierung der Partei, wegen ihrer anfänglichen, zeitweiligen oder auch nur vermeintlichen Abweichung von der durch Kopenig repräsentierten „Generallinie“ in ein ungünstiges Licht getaucht. Viele Angehörige dieser ersten KP-Generation galten als Ultralinke, Anarchokommunisten, Rätekommunisten, Trotzlisten, „prinzipienlose Fraktionierer“ oder einfach als „Schwankende“. Es handelte sich jedenfalls um eine heterogene Gruppe von „Altkommunisten“ – so wurden später diejenigen Parteimitglieder bezeichnet, die vor 1934 der KPÖ beigetreten waren – die auf die eine oder andere Art in Ungnade gefallen waren. Etliche wurden in die Sowjetunion „zur Bewährung“ abgeschoben und gerieten in die stalinistischen Mühlen.⁹⁶⁴ Die Führungskader der ersten Generation waren von den Säuberungen in der Sowjetunion stark betroffen. Damit sollte die „vorstalinistische“ Ära getilgt werden.⁹⁶⁵ Das führte dazu, dass die KPÖ bis in die 1960er Jahre ihrer Parteigründung keinen großen Raum widmete, weil die Personen, mit denen sich die KPÖ lange Zeit identifizierte, erst Mitte der 1920er Jahre in die Führung aufgerückt waren. Hätte die Partei etwa Franz Koritschoner gewürdigt, so konnte unmöglich sein Ende verschwiegen werden. Ebenso wäre eine Ausklammerung seiner Person nicht möglich gewesen. Die Partei „löste“ den Zwiespalt, indem sie die Parteigründung lediglich als Anlass für andere Veranstaltungen nahm. So berücksichtigte die Partei die Periode vor Kopenig, ohne auf Details der Parteigeschichte eingehen zu müssen.⁹⁶⁶

⁹⁶³ Ebd., 4.

⁹⁶⁴ Vgl. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands [Hrsg.], Exil, 603.

⁹⁶⁵ Ebd., 606f.

⁹⁶⁶ Vgl. Susanne Kowarc, Inszenierte Geschichte. 80 Jahre KPÖ im Spiegel der Parteiorgane, 51-53. In: Weg und Ziel. Marxistische Zeitschrift Nr. 5/1998, 53.

19. Abkürzungsverzeichnis

ABC	=	Antibolschewistisches Comité
AKG	=	Alfred-Klahr-Gesellschaft
Anm.	=	Anmerkung
AZ	=	Arbeiter-Zeitung
BPD	=	Bundespolizeidirektion
BRD	=	Bundesrepublik Deutschland
Čeka	=	„Außerordentliche Allrussische Kommission zur Bekämpfung von Konterrevolution, Spekulation und Sabotage“
CSP	=	Christlichsoziale Partei
DDR	=	Deutsche Demokratische Republik
DÖW	=	Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands
DSAPÖ	=	Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei in Österreich
EK	=	Exekutivkomitee
EKKI	=	Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale
FRSI	=	Föderation Revolutionärer Sozialisten/Internationale
GdP	=	Großdeutsche Partei
GULag	=	„Hauptverwaltung der Besserungsarbeitslager“
Hervorh.	=	Hervorhebung
Hrsg.	=	Herausgeber
IAA	=	Internationale Arbeiterassoziation, I. Internationale
IASP	=	Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien
I. d. F.	=	In der Folge
ILP	=	„Unabhängige Arbeiterpartei“ Großbritanniens
ILS	=	Internationale Lenin-Schule
IKK	=	Internationale Kontroll-Kommission
INO	=	„Auslandsabteilung“ der Čeka
Inprekorr	=	Internationale Pressekorrespondenz
ISB	=	Internationales Sozialistisches Büro
JHKF	=	Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung
KBF	=	Kommunistische Balkan-Föderation
Komintern, KI	=	Kommunistische Internationale, III. Internationale
KJI, KIM	=	Kommunistische Jugendinternationale
KJVÖ	=	Kommunistischer Jugendverband Österreichs
k. k.	=	kaiserlich-königlich
KP	=	Kommunistische Partei
KPD	=	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	=	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPDÖ	=	Kommunistische Partei Deutschösterreichs
KPÖ	=	Kommunistische Partei Österreichs
KPR (B)	=	Kommunistische Partei Russlands (Bolschewiki)
KPU	=	Kommunistische Partei Ungarns
KZ	=	Konzentrationslager
LW	=	Lenin-Werke
MEW	=	Marx-Engels-Werke

ML	=	Marxismus-Leninismus
MSZ	=	Marxistische Studentenzeitung
NEP	=	„Neue Ökonomische Politik“
NFP	=	Neue Freie Presse
NKID	=	„Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten“
NKVD	=	„Volkskommissariat für innere Angelegenheiten“
NSDAP	=	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
OMS	=	„Abteilung für internationale Beziehungen“ (der Komintern)
Orgbüro	=	Organisationsbüro
Orig.	=	Original
ÖVP	=	Österreichische Volkspartei
PAR	=	Polizeiagenten-Referat
Partorg	=	Parteiorganisation der KPdSU (in der Komintern)
PLSR	=	Partei der Linken Sozialrevolutionäre
Polbüro	=	Politisches Büro
RATAO	=	„Russisch-Österreichische Handelsgesellschaft“
RF	=	Rote Fahne
RGASPI	=	„Russisches Staatsarchiv für soziale und politische Geschichte“
RGI, Profintern	=	Rote Gewerkschaftsinternationale
ROSTA	=	„Russische Telegrafagentur“
RSFSR	=	Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik
RUSAVSTORG	=	„Russisch-Österreichische Handels- und Industrie-AG“
RVA	=	Reichsvollzugsausschuss
SA	=	Sturm-Abteilung
SAP	=	Sozialistische Arbeiterpartei/Linke
SARA	=	Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft Revolutionärer Arbeiterräte
SDAPÖ	=	Sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs
SDAPR (B)	=	Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands (Bolschewiki)
SED	=	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SFIO	=	„Sozialistische Partei Frankreichs“
SOB	=	Südosteuropäisches Büro
SP	=	Sozialdemokratische Partei
SPD	=	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPÖ	=	Sozialdemokratische (bzw. Sozialistische) Partei Österreichs
SR	=	Soziale Revolution
UdSSR, SU	=	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Sowjetunion
USA	=	„Vereinigte Staaten von Amerika“
USPD	=	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VB 41	=	Volkwehrebataillon 41
VKPD	=	Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands
WES	=	Westeuropäisches Sekretariat
WuZ	=	Weg und Ziel
ZEK	=	Zentrales Exekutivkomitee
ZESst	=	Politische Zentralevidenzstelle
ZK	=	Zentralkomitee

20. Literaturverzeichnis

20.1. Gedruckte Quellen und Protokolle

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED [Hrsg.], Der I. und II. Kongreß der Kommunistischen Internationale. Dokumente der Kongresse und Reden W. I. Lenins, (Berlin/DDR 1959).

W. I. *Lenin*, Ausgewählte Werke. In drei Bänden, (Berlin/DDR 1961).

W. I. *Lenin*, Briefe, 10 Bände, (Berlin/DDR 1967ff.).

W. I. *Lenin*, Werke, 40 Bände, (Berlin/DDR 1955ff.).

Karl *Marx*, Friedrich *Engels*, Werke, 43 Bände, (Berlin/DDR 1956ff.).

Karl *Nehring* [Hrsg.], Flugblätter und Flugschriften zur Ungarischen Räterepublik 1919. Deutschsprachige Drucke aus Budapester Sammlungen (=Veröffentlichungen des Finnisch-Ugrischen Seminars an der Universität München, Serie C, Band 12), (München 1981).

Theo *Pirker* [Hrsg.], Utopie und Mythos der Weltrevolution. Zur Geschichte der Komintern 1920-1940, (München 1964).

Karl *Radek*, Die Entwicklung der Weltrevolution und die Taktik der Kommunistischen Parteien im Kampfe um die Diktatur des Proletariats (hrsg. v. *Westeuropäischen Sekretariat der Kommunistischen Internationale*), (Berlin 1919).

Stenographische Protokolle über die Sitzungen der konstituierenden Nationalversammlung der Republik Österreich 1919. I. Band. 1. bis 46. Sitzung, (Wien 1919).

Verlag der KPDÖ [Hrsg.], Ist Deutsch-Österreich reif zur Räterepublik? Reden von Karl Tomann und Elfriede Friedländer auf der 2. Reichskonferenz der Arbeiterräte Deutsch-Österreichs am 30. Juni 1919. Mit einer Einleitung, (Wien 1919).

Verlag der KPDÖ [Hrsg.], Was will die Kommunistische Partei?, (Wien o. J. [1919]).

20.2. Zeitungen

Neue Freie Presse, Morgenblatt, 13.12.1918.

Neue Freie Presse, Morgenblatt, 18.4.1919.

Neue Freie Presse, Nachmittagsblatt, 16.6.1919.

Rote Fahne, 13.9.1919.

Rote Fahne, 16.10.1919.

Rote Fahne, 21.11.1919.

Soziale Revolution, 29.1.1919.

Soziale Revolution, 26.3.1919.

Soziale Revolution, 9.4.1919.

Soziale Revolution, 24.4.1919.

Soziale Revolution, 18.6.1919.

20.3. Zeitschriften

[Anonym], Bericht über die kommunistische Bewegung und über die allgemeine politische Lage in Deutsch-Österreich. In: Die Kommunistische Internationale. Organ des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, Nr. 7/8, (Moskau - Petrograd 1919), 229-236.

[Anonym], Die ungarischen Rätekommissare in Österreich 1919-1920. In: Weg und Ziel. Monatsschrift für Fragen der Demokratie und des wissenschaftlichen Sozialismus, Nr. 11/1960, (Wien 1960), 764-772.

Friedl *Fürnberg*, 40 Jahre KPÖ. In: Weg und Ziel. Monatsschrift für Fragen der Demokratie und des wissenschaftlichen Sozialismus, Nr. 11/1958, (Wien 1958), 886-893.

Winfried R. *Garscha*, Die KPÖ und die Stalinschen Repressalien. In: Weg und Ziel. Monatsschrift für Theorie und Praxis des Marxismus-Leninismus, Nr. 12/1989, (Wien 1989), 510-513.

Hans *Hautmann*, Die Mitwirkung der KPÖ bei der Gründung der Komintern. In: Weg und Ziel. Monatsschrift für Theorie und Praxis des Marxismus-Leninismus, Nr. 3/1979, (Wien 1979), 115-117.

Hans *Hautmann*, Die Sozialdemokratie: Der Übergang auf zentristische Positionen. In: Mitteilungen der Alfred-Klahr-Gesellschaft Nr. 3/2007, (Wien 2007), 1-7.

Hans *Hautmann*, Sittenbilder aus dem Hause Habsburg im Weltkrieg. In: Mitteilungen der Alfred-Klahr-Gesellschaft Nr. 2/2008, (Wien 2008), 10-14.

Karl *Held*, Die Genesis des Hauptfeindes. Historisches zum Ost-West-Gegensatz. In: Marxistische Studentenzeitung Nr. 6/1982, (München 1982), 53-55.

Anna *Hornik*, 40 Jahre Jännerstreik. In: Weg und Ziel. Monatsschrift für Fragen der Demokratie und des wissenschaftlichen Sozialismus, Nr. 1/1958, (Wien 1958), 46-51.

Anna *Hornik*, Die ungarische Räterepublik und Österreich. In: Weg und Ziel. Monatsschrift für Fragen der Demokratie und des wissenschaftlichen Sozialismus, Nr. 4/1959, (Wien 1959), 270-274.

Susanne *Kowarc*, Inszenierte Geschichte. 80 Jahre KPÖ im Spiegel der Parteiorgane. In: Weg und Ziel. Marxistische Zeitschrift Nr. 5/1998, (Wien 1998), 51-53.

Béla *Kun* u. a., Erklärung Béla Kuns und seiner Kameraden an den Wiener Kreisarbeiterrat. In: Die Kommunistische Internationale. Organ des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, Nr. 12, (Moskau – Petrograd 1920), 290-291.

N. *Lenin*, Die Dritte Internationale, ihr Platz in der Geschichte. In: Die Kommunistische Internationale. Organ des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, Nr. 1, (Moskau – Petrograd 1919), 3-8.

Leo *Maché-Suniza*, Der 80. Jahrestag der Oktoberrevolution. In: Weg und Ziel. Marxistische Zeitschrift, Nr. 4/1997, (Wien 1997), 15-16.

Hermann *Mitteräcker*, Vierzig Jahre KPÖ. Einige Besonderheiten in der Entwicklung der KPÖ. In: Weg und Ziel. Monatsschrift für Fragen der Demokratie und des wissenschaftlichen Sozialismus, Nr. 7/8/1958, (Wien 1958), 657-662.

Eduard *Rabofsky*, Parteigeschichte und Widerstand. In: Weg und Ziel. Monatsschrift für Theorie und Praxis des Marxismus-Leninismus, Nr. 9/1990, (Wien 1990), 350-353.

Karl *Radek*, Die Lehren eines Putschversuchs. (Die Krise in der Deutsch-Oesterreichischen Kommunistischen Partei). In: Die Kommunistische Internationale. Organ des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, Nr. 9 (Moskau – Petrograd 1920), 29-37.

Franz *Schandl*, Das Dilemma der Russischen Revolution. In: Weg und Ziel. Marxistische Zeitschrift, Nr. 4/1997, (Wien 1997), 2-8.

Karin *Schneider*, ...da sie sich nicht erst die Mühe machen, die Frauen zu gewinnen.... In: Weg und Ziel. Marxistische Zeitschrift, Nr. 5/1998, (Wien 1998), 54-59.

G. *Sinowjew*, Die Perspektiven der proletarischen Revolution. In: Die Kommunistische Internationale. Organ des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, Nr. 1 (Moskau – Petrograd 1919), 9-14.

G. *Sinowjew*, An die Proletarier der ganzen Welt! In: Die Kommunistische Internationale. Organ des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, Nr. 3 (Moskau – Petrograd 1919), 69-70.

J. Gruber [Karl *Steinhardt*], Bericht des Genossen J. Gruber. In: Die Kommunistische Internationale. Organ des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, Nr. 3 (Moskau – Petrograd 1919), 75-79.

Franz *Strobl*, Zur Geschichte der Spaltung der österreichischen Arbeiterbewegung. In: Weg und Ziel. Monatsschrift für Fragen der Demokratie und des wissenschaftlichen Sozialismus, Nr. 9/1958, (Wien 1958), 727-740.

Franz *Strobl*, Zur Vorgeschichte der KPÖ. In: Weg und Ziel. Monatsschrift für Fragen der Demokratie und des wissenschaftlichen Sozialismus, Nr. 10/1958, (Wien 1958), 854-880.

Henrik *Vass*, Die Ungarische Räterepublik. In: Weg und Ziel. Monatsschrift für Theorie und Praxis des Marxismus-Leninismus, Nr. 3/1979, (Wien 1979), 112-114.

Hilde *Wertheim*, Die Arbeiterräte in Deutsch-Oesterreich. In: Die Kommunistische Internationale. Organ des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, Nr. 12 (Moskau – Petrograd 1920), 200-202.

Westeuropäisches Sekretariat der Kommunistischen Internationale, Der ungarische Galgenwald spricht! In: Die Kommunistische Internationale. Organ des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, Nr. 4/5 (Moskau – Petrograd 1919), 112-118.

20.4. Sammelbände

Josef *Ehmer*, Die Kommunistische Partei Österreichs. In: Emmerich *Tálos*, Herbert *Dachs*, Ernst *Hanisch*, Anton *Staudinger* [Hrsg.], Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933, (Wien 1995), 218-230.

József *Farkas*, Die schöpferische Intelligenz und die ungarische Kommune. In: József *Farkas* [Hrsg.], Räterepublik und Kultur. Ungarn 1919, (Budapest 1979), 21-32.

Heinz *Faßmann*, Der Wandel der Bevölkerungs- und Sozialstruktur in der Ersten Republik. In: Emmerich *Tálos*, Herbert *Dachs*, Ernst *Hanisch*, Anton *Staudinger* [Hrsg.], Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933, (Wien 1995), 11-22.

Wladislaw *Hedeler*, Alexander *Vatlin*, Wer gründete die Komintern? Zur Geschichte einer Fotografie. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2008 (hrsg. v. Ulrich *Mähler*, u. a.), (Berlin 2008), 1-8.

Jerzy *Holzer*, Das einzige Vaterland des Proletariats – die Sowjetunion: Ob gut oder schlecht, sie ist mein Land! In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2008 (hrsg. v. Ulrich *Mähler*, u. a.), (Berlin 2008), 24-31.

Peter *Huber*, Das Führungskorps der Komintern. Ein soziobiographischer Querschnitt. In: Michael *Buckmiller*, Klaus *Meschkat* [Hrsg.], Biographisches Handbuch zur Geschichte der Kommunistischen Internationale. Ein deutsch-russisches Forschungsprojekt, (Berlin 2007), 195-246.

Olaf *Kirchner*, Die „sowjetische Sektion“ in der Komintern. Versuch einer empirischen Profilbestimmung. In: Michael *Buckmiller*, Klaus *Meschkat* [Hrsg.], Biographisches Handbuch zur Geschichte der Kommunistischen Internationale. Ein deutsch-russisches Forschungsprojekt, (Berlin 2007), 247-286.

Oskar *Lehner*, Verfassungsentwicklung. In: Emmerich *Tálos*, Herbert *Dachs*, Ernst *Hanisch*, Anton *Staudinger* [Hrsg.], Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933, (Wien 1995), 45-58.

Georg *Lukács*, Die moralische Grundlage des Kommunismus. In: József *Farkas* [Hrsg.], Räterepublik und Kultur. Ungarn 1919, (Budapest 1979), 64-66.

Wolfgang *Maderthaner*, Die Sozialdemokratie. In: Emmerich *Tálos*, Herbert *Dachs*, Ernst *Hanisch*, Anton *Staudinger* [Hrsg.], Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933, (Wien 1995), 177-194.

Verena *Moritz*, Hannes *Leidinger*, Wien als Standort der Kommunistischen Internationale bis Mitte der Zwanzigerjahre. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2004 (hrsg. v. Hermann *Weber* u. a.), (Berlin 2004), 32-63.

Verena *Moritz*, Hannes *Leidinger*, Kommunismusbekämpfung. Am Wiener Beispiel 1918-1921. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2008 (hrsg. v. Ulrich *Mählert* u. a.), (Berlin 2008), 46-57.

Wolfgang *Mueller*, Hannes *Leidinger*, Tiefes Misstrauen – begrenztes Interesse: Die österreichisch-sowjetischen Beziehungen 1918-1955. In: Klaus *Koch*, Walter *Rauscher*, Arnold *Suppan*, Elisabeth *Vyslonzil* [Hrsg.], Von Saint-Germain zum Belvedere. Österreich und Europa 1919-1955 (=Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich 1918-1938 (ADÖ), Sonderband), (München 2007), 70-114.

Zsuzsa L. *Nagy*, Über die Geschichte der ungarischen Kommune. In: József *Farkas* [Hrsg.], Räterepublik und Kultur. Ungarn 1919, (Budapest 1979), 7-17.

Rudolf Neck, Sozialdemokratie. In: Erika Weinzierl, Kurt Skalnik [Hrsg.], Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik, (Graz 1983), 225-248.

Anton Pelinka, Parlament. In: Emmerich Tálos, Herbert Dachs, Ernst Hanisch, Anton Staudinger [Hrsg.], Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933, (Wien 1995), 59-71.

József Pogány, Wir haben es leichter. In: József Farkas [Hrsg.], Räterepublik und Kultur. Ungarn 1919, (Budapest 1979), 67-69.

József Révai, Für eine reine Politik des Proletariats! In: József Farkas [Hrsg.], Räterepublik und Kultur. Ungarn 1919, (Budapest 1979), 57-59.

Emily Rosdolsky, Franz Koritschoner. In: *Memorial Österreich* [Hrsg.], Österreichische Stalin-Opfer, (Wien 1990), 69-76.

Wolfgang Ruge, Stalinismus - Versuch einer Begriffserklärung. In: Wolfgang Neugebauer [Hrsg.], Von der Utopie zum Terror. Stalinismus-Analysen (=Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik, Band 59), (Wien 1994), 11-21.

Hans Schafranek, „Angehörigen von Volksfeinden können wir nicht helfen“. Das Schicksal der Familie Nebenführ. In: Hans Schafranek [Hrsg.], Die Betrogenen. Österreicher als Opfer stalinistischen Terrors in der Sowjetunion, (Wien 1991), 75-100.

Hans Schafranek, 405 Kurzbiographien österreichischer Stalin-Opfer (1933-1939). In: Hans Schafranek [Hrsg.], Die Betrogenen. Österreicher als Opfer stalinistischen Terrors in der Sowjetunion, (Wien 1991), 161-244.

Hans Schafranek, Franz Koritschoner (1892-1941). In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1995 (hrsg. v. Hermann Weber u. a.), (Berlin 1995), 239-262.

Annelie Schalm, Ruth Fischer – eine Frau im Umbruch des internationalen Kommunismus 1920-1927. In: Michael Buckmiller, Klaus Meschkat [Hrsg.], Biographisches Handbuch zur Geschichte der Kommunistischen Internationale. Ein deutsch-russisches Forschungsprojekt, (Berlin 2007), 129-147.

Norbert *Schausberger*, Deutsche Anschlussaspirationen 1918/19 (Bisher wenig beachtete ökonomisch-strategische Aspekte zum November 1918). In: Isabella *Ackerl* [Hrsg.], Österreich November 1918. Die Entstehung der Ersten Republik; Protokoll des Symposiums in Wien am 24. und 25. Oktober 1978 (=Veröffentlichungen / Wissenschaftliche Kommission zur Erforschung der Geschichte der Republik Österreich 9), (Wien 1986), 66-100.

Herbert *Steiner*, Die Kommunistische Partei. In: Erika *Weinzierl*, Kurt *Skalnik* [Hrsg.], Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik, (Graz 1983), 317-329.

Arnold *Suppan*, Von Saint-Germain zum Belvedere. Österreich und Europa 1919-1955. In: Klaus *Koch*, Walter *Rauscher*, Arnold *Suppan*, Elisabeth *Vyslonzil* [Hrsg.], Von Saint-Germain zum Belvedere. Österreich und Europa 1919-1955 (=Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich 1918-1938 (ADÖ), Sonderband), (München 2007), 25-43.

Juri *Tutotschkin*, Mentalität und Persönlichkeit in dokumentarischen Materialien. Exemplarische Fälle. In: Michael *Buckmiller*, Klaus *Meschkat* [Hrsg.], Biographisches Handbuch zur Geschichte der Kommunistischen Internationale. Ein deutsch-russisches Forschungsprojekt, (Berlin 2007), 170-191.

Alexander *Vatlin*, Zur Frage der `Russifizierung` der Komintern. In: Michael *Buckmiller*, Klaus *Meschkat* [Hrsg.], Biographisches Handbuch zur Geschichte der Kommunistischen Internationale. Ein deutsch-russisches Forschungsprojekt, (Berlin 2007), 329-345.

Nikolai *Wassezki*, Grigori Sinowjew. Seiten seines Lebens und politischen Wirkens. In: Gennadi *Bordjugow*, u. a., „Unpersonen“ - Wer waren sie wirklich? Bucharin, Rykow, Trotzki, Sinowjew, Kamenew, (Berlin/DDR 1990), 138-179.

Fritz *Weber*, Die wirtschaftliche Entwicklung. In: Emmerich *Tálos*, Herbert *Dachs*, Ernst *Hanisch*, Anton *Staudinger* [Hrsg.], Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933, (Wien 1995), 23-42.

Georges *Wertheim*, Die Odyssee eines Verlegers. In memoriam Dr. Johannes Wertheim (1888-1942). In: *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands* [Hrsg.], Jahrbuch 1996, (Wien 1996), 204-229.

Johannes *Wertheim*, Die Föderation revolutionärer Sozialisten „Internationale“. Eine Episode aus der österreichischen Arbeiterbewegung 1918/19. In: *Arbeitsgruppe Marxismus* [Hrsg.], Johannes Wertheim: Die Föderation revolutionärer Sozialisten „Internationale“ (=Kleine Schriftenreihe zur österreichischen Arbeiter/innen/geschichte 10), (Wien 2003), 17-30.

Wolfgang *Wippermann*, Totalitarismus als „Analyserahmen“? In: Jens *Mecklenburg*, Wolfgang *Wippermann* [Hrsg.], „Roter Holocaust“? Kritik des Schwarzbuchs des Kommunismus, (Hamburg 1998), 73-89.

20.5. Monographien

Autorenkollektiv [Hrsg.], Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (= Bücherei des Marxismus-Leninismus, Band 12), (Berlin/DDR 1960).

Autorenkollektiv [Hrsg.], Der Leninsche Kommunistische Jugendverband, (Moskau 1975).

Autorenkollektiv der Historischen Kommission beim ZK der KPÖ [Hrsg.], Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs 1918-1955. Kurzer Abriss, (Wien 1977).

Otto *Bauer*, Die österreichische Revolution, (Wien 1965).

Gerhard *Botz*, Beiträge zur Geschichte der politischen Gewalttaten in Österreich von 1918 bis 1933 [Dissertation], (Wien 1966).

Eszter *Brader*, Ungarn und Deutschösterreich zur Zeit der Ungarischen Räterepublik 1919 [Dissertation], (Wien 1981).

Julius *Braunthal*, Geschichte der Internationale, Band 2, (Berlin/BRD – Bonn 1974, 2. Aufl.).

Margarete *Buber-Neumann*, Kriegsschauplätze der Weltrevolution. Ein Bericht aus der Praxis der Komintern 1919-1943, (Stuttgart 1967).

Bundesvorstand der KPÖ [Hrsg.], Stalin und wir. Stalinismus und die Rehabilitierung österreichischer Opfer, (Wien 2001).

Bundesvorstand der KPÖ [Hrsg.], Unentwegt Bewegte. Die KommunistInnen 1918 bis 2008, (Wien 2008).

Werner *Conze* [Hrsg.], Deutschland-Ploetz. Deutsche Geschichte zum Nachschlagen, (Freiburg - Würzburg 1991, 2., aktualisierte Aufl.).

Julius *Deutsch*, Aus Österreichs Revolution. Militärpolitische Erinnerungen, (Wien o. J. [1921]).

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands [Hrsg.], Österreicher im Exil. Sowjetunion 1934-1945. Eine Dokumentation, (Wien 1999).

Jacques *Droz* [Hrsg.], Geschichte des Sozialismus. Von 1919 bis 1945. Band XII. Der Sozialismus in Ungarn, Österreich, Tschechoslowakei, Belgien, Holland, Schweiz, Polen und den Balkanländern, (Frankfurt a. M. – Berlin/BRD 1978).

Iring *Fetscher*, Von Marx zur Sowjetideologie. Darstellung, Kritik und Dokumentation des sowjetischen, jugoslawischen und chinesischen Marxismus, (Frankfurt a. M. 1972, 17. Aufl., Neufassung).

Gabriel *Foco*, Der verlorene Friede nach dem gewonnenen Krieg. Kritik an den Pariser Vororteverträgen 1919-1920 aus ungarischer Sicht, (Wien 2005).

Pierre *Frank*, Geschichte der Kommunistischen Internationale (1919-1943), 2 Bände, (Frankfurt a. M. 1981).

Elfriede *Friedländer*, Sexualethik des Kommunismus. Eine prinzipielle Studie, (Wien 1920).

René *Fülöp-Miller*, Geist und Gesicht des Bolschewismus. Darstellung und Kritik des kulturellen Lebens in Sowjet-Russland, (Zürich – Leipzig – Wien 1926).

Heinz *Gärtner*, Zwischen Moskau und Österreich. Die KPÖ – Analyse einer sowjetabhängigen Partei, (Wien 1979).

Heinrich *Gemkow*, Unser Leben. Eine Biographie über Karl Marx und Friedrich Engels, (Wien 1982).

Dietrich *Geyer*, Die Russische Revolution. Historische Probleme und Perspektiven, (Göttingen 1977, 2., durchges. u. bibliogr. erg. Aufl.).

Karl *Glaubauf*, Die Volkswehr 1918-1920 und die Gründung der Republik (=Österreichische Militärgeschichte, Sonderband-Folge 1), (Wien 1993).

Walter *Göhring*, Brigitte *Pellar*, Ferdinand Hanusch. Aufbruch zum Sozialstaat (=Schriftenreihe des Instituts zur Erforschung der Geschichte der Gewerkschaften und Arbeiterkammern Nr. 18), (Wien 2003).

Marie-Luise *Goldbach*, Karl Radek und die deutsch-sowjetischen Beziehungen 1918-1923 (=Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Band 97), (Bonn 1973).

Hermann *Graml*, Europa zwischen den Kriegen, (München 1979, 4. Aufl.)

Charles *Gulick*, Österreich von Habsburg zu Hitler, (Wien 1976).

Sebastian *Haffner*, Die deutsche Revolution 1918/19, (Reinbek bei Hamburg 2004).

Edgard *Haider*, Die österreichisch-sowjetischen Beziehungen 1918-1938 [Dissertation], (Wien 1975).

Jacques *Hannak*, Johannes Schober. Mittelweg in die Katastrophe. Porträt eines Repräsentanten der verlorenen Mitte, (Wien - Frankfurt a. M. - Zürich 1966).

Thomas *Haury*, Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR, (Hamburg 2002).

Hans *Hautmann*, Die verlorene Räterepublik. Am Beispiel der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs, (Wien 1971, 2., erg. Aufl.).

Hans *Hautmann*, Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918-1924 (=Veröffentlichungen des Ludwig Boltzmann Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung), (Wien – Zürich 1987).

Karl *Held* [Hrsg.], Das Lebenswerk des Michail Gorbatschow. Von der Reform des 'realen Sozialismus' zur Zerstörung der Sowjetunion, (München 1992).

Karl *Held*, Theo *Ebel*, Krieg und Frieden. Politische Ökonomie des Weltfriedens, (Frankfurt a. M. 1983).

Historische Kommission beim ZK der KPÖ [Hrsg.], Aus der Vergangenheit der KPÖ. Aufzeichnungen und Erinnerungen zur Geschichte der Partei, (Wien 1961).

Historische Kommission beim ZK der KPÖ [Hrsg.], Die Kommunistische Partei Österreichs – Beiträge zu ihrer Geschichte und Politik, (Wien 1987).

Gisela *Icha*, „Völker, hört die Signale“. Politische Propaganda unter besonderer Berücksichtigung des unterschiedlichen ideologischen Propagandazieles der SDAPÖ und der KPÖ in der `Ersten Republik` zwischen 1918/1920 [Diplomarbeit], (Wien 2005).

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU [Hrsg.], Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. In sechs Bänden, (Moskau 1971).

Ludwig *Jedlicka*, Ende und Anfang. Österreich 1918/19. Wien und die Bundesländer, (Salzburg 1969).

Hans *Kalt*, Stalins langer Schatten. Das Scheitern des sowjetischen Modells, (Köln 1994).

Fritz *Keller*, Gegen den Strom. Fraktionskämpfe in der KPÖ – Trotzlisten und andere Gruppen 1919-1945 (=Materialien zur Arbeiterbewegung Nr. 10), (Wien 1978).

Fritz *Keller*, Die Arbeiter- und Soldatenräte in Österreich 1918-23. Versuch einer Analyse, (Wien 1998).

Johann *Koplenig*, Reden und Aufsätze 1924-1950, (Wien 1951).

Ernst *Kudielka*, Der Gründonnerstagsputsch 1919 [Diplomarbeit], (Wien 1990).

Leo *Lania*, Welt im Umbruch. Biographie einer Generation, (Frankfurt a. M. – Wien o. J. [1954]).

Wolfgang *Leonhard*, Völker hört die Signale. Die Anfänge des Weltkommunismus 1919-1924, (München 1981).

Norbert *Leser*, Zwischen Reformismus und Bolschewismus. Der Austromarxismus als Theorie und Praxis (=Schriftenreihe des Ludwig-Boltzmann-Instituts für neuere österreichische Geistesgeschichte, Band 1), (Wien – Köln - Graz 1985).

Alfred *Mansfeld*, Der junge Trotzki unter besonderer Berücksichtigung der Wiener Jahre (1907-1914) [Diplomarbeit], (Wien 1997).

Manfred *Mugrauer*, Die Politik der Kommunistischen Partei Österreichs in der Provisorischen Regierung Renner [Diplomarbeit], (Wien 2004).

Franz *Muhri*, Kein Ende der Geschichte. Erinnerungen, kritische Bilanz eines politischen Lebens, Gedanken über die Zukunft, (Wien 1995).

Bruno *Nussbichler*, Otto Bauers und Friedrich Adlers Wirken im internationalen Sozialismus [Dissertation], (Wien 1956).

Léon *Poliakov*, Vom Antizionismus zum Antisemitismus, (Freiburg i. Br. 1992).

Georg v. *Rauch*, Geschichte der Sowjetunion, (Stuttgart 1977, 6., verb. u. erw. Aufl.).

Günter *Rosenfeld*, Horst *Schützler*, Kurze Geschichte der Sowjetunion 1917-1983, (Berlin/DDR 1985).

Alfred *Rosmer*, Moskau zu Lenins Zeiten, (Frankfurt a. M. 1989).

Hans *Schafranek*, Zwischen NKWD und Gestapo. Die Auslieferung deutscher und österreichischer Antifaschisten aus der Sowjetunion an Nazideutschland 1937-1941, (Frankfurt a. M. 1990).

Karin *Schneider*, Verborgene Feminismen? Frauenpolitische Denk- und Utopieangebote der österreichischen ArbeiterInnenbewegung der Ersten Republik unter Fokus auf die KPÖ [Diplomarbeit], (Wien 2004).

Horst *Schumacher*, Die Kommunistische Internationale (1919-1943). Grundzüge ihres Kampfes für Frieden, Demokratie, nationale Befreiung und Sozialismus, (Berlin/DDR 1979).

Alfred *Schwarz*, Die kommunistische Tagespresse in den Gründungsjahren der ersten österreichischen Republik [Dissertation], (Wien 1988).

Leopold *Spira*, Lehrheft zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung. Teil II. Vom ersten Weltkrieg bis 1927, (Wien 1952).

Herbert *Steiner*, Die Kommunistische Partei Österreichs von 1918-1933. Bibliographische Bemerkungen (=Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, Band 11), (Meisenheim am Glan 1968).

Karl *Steinhardt*, Wiedersehen mit Moskau. Reiseeindrücke, (Wien 1951).

Günther *Stökl*, Sowjetrußland unter Lenin und Stalin (1917-1953) (=Schriften des Arbeitskreises für Ostfragen, Band 11), (München 1963).

Emmerich *Talós*, Staatliche Sozialpolitik in Österreich. Retrospektive und Analyse, (Wien 1981).

Alexander *Vatlin*, Die Komintern 1919-1929. Studien zur Geschichte der Komintern, (Mainz 1993).

Karl *Vocelka*, Geschichte Österreichs. Kultur – Gesellschaft – Politik, (Graz – Wien – Köln 2000).

Ewald *Weillechner*, Flugblätter und Flugschriften der Arbeiterbewegung in Ostösterreich vom November 1918 bis zum 17. Oktober 1920. Analyse und Interpretation [Dissertation], (Wien 1984).

Dmitri *Wolkogonow*, Triumph und Tragödie. Politisches Porträt des J. W. Stalin, 4 Bände, (Berlin/DDR 1990).

Erwin *Zucker-Schilling*, Er diente seiner Klasse. Johann Kopenig 1891-1968. Eine Biographie, (Wien 1971).

Abstract

Der Begriff Kommunismus hat eine Doppelbedeutung. Als kommunistisch gilt einerseits die von Karl Marx in seinem Hauptwerk „Das Kapital“ vorgenommene Analyse der kapitalistischen Gesellschaft und die daraus sich ergebende „Kritik der politischen Ökonomie“ derselben, andererseits werden auch die Ideen und die Politik der bolschewistischen Kommunistischen Parteien mit diesem Adjektiv beschrieben. Den Parteien der marxistisch inspirierten Arbeiterbewegung – sowohl der sozialdemokratischen, als auch der kommunistischen - war die Berufung auf Marx zwar wichtig, doch schufen sie in Wirklichkeit eigenständige politische Parteien, die die Marx'sche Kritik für ihre jeweiligen Zwecke interpretierten.

Das Jahr 1914 kann als Gründungsjahr der (partei-)kommunistischen Bewegung angesehen werden. Die Bewegung entstand als Reaktion auf die Unterstützung des Krieges 1914 durch die seit 1889 existierende sozialdemokratische II. Internationale. Für den führenden Kopf und Theoretiker des bolschewistischen Flügels der kleinen russischen Sozialdemokratischen Partei, Vladimir I. Lenin, war deshalb ein Wirken innerhalb der alten Internationale unmöglich geworden. Der 1914 theoretisch vollzogene Bruch wurde durch die siegreiche Oktoberrevolution 1917 praktisch wirksam, in deren Gefolge sich Kommunistische Parteien etablierten. Als Ursache der Revolution wurde weniger der revolutionäre Wille der Arbeitenden, als vielmehr ein Wirken „der Geschichte“ ausgemacht, womit statt der Kritik am Kapitalismus, mehr der Glaube an den Sozialismus befördert wurde.

Der Bruch mit der Sozialdemokratie wurde besiegelt; das Verschwinden der kapitalistischen Welt inklusive der Sozialdemokratie wurde im revolutionären Überschwang als gesichert angesehen. Diese Zuversicht speiste sich nicht so sehr aus der Einsicht in den zerstörerischen Charakter des Gesellschaftssystems für die Arbeitenden, wie er von Marx analysiert worden war, sondern mehr aus der Unterstellung der Überholtheit der bürgerlichen Welt, deren Zeit abgelaufen sei. Aufgabe der Arbeitenden sei es, dieser als „geschichtlicher Mission“ empfundenen „Höherentwicklung“ vom Kapitalismus zum Sozialismus zum Durchbruch zu verhelfen. In diesem Geiste operierten die Kommunistischen Parteien und bekamen theoretische und praktische Probleme, weil sich der Geschichtsverlauf nicht an die geschichtsphilosophischen Prognosen hielt. Anstatt die Geschichtsphilosophie ad acta zu legen und die Revolutionsversuche weiterzuverfolgen, wandelte die KPdSU die Komintern von einer eigens dafür gegründeten Revolutionsagentur inklusive ihrer nationalen Sektionen, in eine außenpolitische Vorfeldorganisation der Sowjetunion um, die schließlich – weil überflüssig geworden – durch die Sowjetdiplomatie ersetzt wurde.

Lebenslauf

Roland Starch

Geboren am 23. September 1970 in Stockerau

Eltern: Berta Starch, geb. Knoth, Landwirtin

Heinrich Starch, Landwirt

beide wohnhaft in Schmida, Gemeinde Hausleiten

drei Schwestern

1976-1980 Volksschule, Hausleiten

1980-1984 Hauptschule, Hausleiten

1984-1986 HTL, Hollabrunn

1986-1990 Lehre als Physiklaborant, Stockerau

1990-1999 Beschäftigt als Physiklaborant-Facharbeiter, Stockerau

1996-2001 AHS für Berufstätige, Wien

Seit Sommersemester 2001 Studium an der Universität Wien, Geschichte und Politikwissenschaft.

Seit Wintersemester 2003, Doppelstudium Geschichte und Politikwissenschaft.

2004-2005 Studium an der Technischen Universität Berlin und an der Universität Potsdam.

Seit Wintersemester 2005 Studium der Slawistik-Russisch.

Neben dem Studium, Tätigkeit als Zivildienstberater bei der Österreichischen HochschülerInnenschaft (ÖH) an der Universität Wien und an der Universität für Bodenkultur.